



# HESSISCHER LANDTAG

17. 05. 2006

## 101. Sitzung

Wiesbaden, den 17. Mai 2006

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	6933	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	6962
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	6933	Elisabeth Apel . . . . .	6949
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6933	Ursula Hammann . . . . .	6951
43. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>keine Studiengebühren in Hessen</b>		Heinrich Heidel . . . . .	6954, 6961
– Drucks. 16/5543 – . . . . .	6933	Gernot Grumbach . . . . .	6956, 6962
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	6948	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	6958
45. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>keine Studiengebühren in Hessen</b>		Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	6962
– Drucks. 16/5547 – . . . . .	6933	6. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Reform des Naturschutzrechts, zur Änderung des Hessischen Forstgesetzes und anderer Rechtsvorschriften</b>	
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	6948	– Drucks. 16/5549 – . . . . .	6962
75. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Drei-Säulen-Modell zur Qualitätsverbesserung und Stärkung der Finanzautonomie an den hessischen Hochschulen</b>		<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	6973
– Drucks. 16/5591 – . . . . .	6933	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	6962
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	6949	Heinrich Heidel . . . . .	6964
77. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Studienbeiträge dienen der weiteren Qualitätsverbesserung der Lehre und der Studienbedingungen</b>		Ursula Hammann . . . . .	6965
– Drucks. 16/5594 – . . . . .	6933	Michael Denzin . . . . .	6968
<i>Angenommen</i> . . . . .	6949	Elisabeth Apel . . . . .	6969
Michael Siebel . . . . .	6933	Gernot Grumbach . . . . .	6971
Minister Udo Corts . . . . .	6936	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	6973
Andrea Ypsilanti . . . . .	6939	42. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „ <b>Soziale Charta</b> “ <b>auch für Hessen</b>	
Sarah Sorge . . . . .	6940, 6948	– Drucks. 16/5542 – . . . . .	6974
Nicola Beer . . . . .	6942, 6948	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	6985
Eva Kühne-Hörmann . . . . .	6944	72. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>zukunftsgewandte Sozialpolitik</b>	
Ruth Wagner (Darmstadt) . . . . .	6947	– Drucks. 16/5588 – . . . . .	6975
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6948	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	6985
16. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>umsichtige und nachhaltige Umweltpolitik in Hessen</b>		Kordula Schulz-Asche . . . . .	6974, 6979, 6984
– Drucks. 16/5414 – . . . . .	6949	Anne Oppermann . . . . .	6975
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	6962	Florian Rentsch . . . . .	6977, 6982
31. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>fehlende nachhaltige Umweltpolitik schwächt den Standort Hessen</b>		Petra Fuhrmann . . . . .	6980, 6983
– Drucks. 16/5509 – . . . . .	6949	Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	6982
		Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	6985
		8. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Gesetz zur Sicherstellung einer hochschuleinheitlichen Entwicklungsplanung</b>	
		– Drucks. 16/5525 zu Drucks. 16/5411 – . . . . .	6985
		<i>In zweiter Lesung abgelehnt</i> . . . . .	6988
		Marcus Bocklet . . . . .	6985

	Seite		Seite
Sarah Sorge	6985, 6986	1949 (GVBl. S 93); hier: 54. Bericht über die Prüfung der Schulden im Haushaltsjahr 2004	
Anne Oppermann	6986	– Drucks. 16/5467 –	6992
Nicola Beer	6987	<i>Zustimmend zur Kenntnis genommen</i>	6998
Dr. Thomas Spies	6987	Norbert Schmitt	6992, 6995
Minister Udo Corts	6988	Frank-Peter Kaufmann	6992
Vizepräsidentin Ruth Wagner	6988	Gottfried Milde (Griesheim)	6993
64. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen</b>		Roland von Hunnius	6994
– Drucks. 16/5572 zu Drucks. 16/5253 –	6988	Minister Karlheinz Weimar	6996
<i>Nach zweiter Lesung dem Sozialpolitischen Ausschuss zurücküberwiesen</i>	6992	Axel Wintermeyer	6997
Ilona Dörr (Bergstraße)	6988, 6991	Vizepräsidentin Sarah Sorge	6997
Florian Rentsch	6988, 6990, 6991	59. <b>Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen</b>	
Kordula Schulz-Asche	6989	– Drucks. 16/5466 –	6998
Petra Fuhrmann	6990	<i>Beschlussempfehlungen angenommen; Petition 4072/16 der Landesregierung mit der Bitte überwiesen, die Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten</i>	7005
Dr. Andreas Jürgens	6991	Jürgen Frömmrich	6998, 7002
Ministerin Silke Lautenschläger	6991	Sabine Waschke	6999, 7003
Axel Wintermeyer	6991	Florian Rentsch	7000
Vizepräsidentin Ruth Wagner	6992	Norbert Kartmann	7000, 7003
9. <b>Bericht des Landesschuldenausschusses</b> nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli		Ministerin Karin Wolff	7001
		Vizepräsidentin Sarah Sorge	7004

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
 Vizepräsident Frank Lortz  
 Vizepräsident Lothar Quanz  
 Vizepräsidentin Sarah Sorge  
 Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff  
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
 Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
 Kultusministerin Karin Wolff  
 Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
 Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
 Sozialministerin Silke Lautenschläger  
 Staatssekretär Dirk Metz  
 Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
 Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
 Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
 Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
 Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard  
 Staatssekretär Bernd Abeln  
 Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Gerhard Becker (Nidda)  
 Dieter Posch

(Beginn: 9.04 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 101. Plenarsitzung des Hessischen Landtags, heiße Sie herzlich willkommen und wünsche einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Zur Tagesordnung: Erledigt sind die Punkte 1 bis 5, 7, 32, 39 und 44.

Noch eingegangen und auf ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend Studienbeiträge dienen der weiteren Qualitätsverbesserung der Lehre und der Studienbedingungen, Drucks. 16/5594. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 77 und kann mit den Tagesordnungspunkten 43, 45 und 75 aufgerufen werden. – Dem wird nicht widersprochen. Dann machen wir das so.

Vereinbarungsgemäß tagen wir heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden.

Wir beginnen mit den Tagesordnungspunkten 43, 45, 75 und 77. Nach der Debatte über die Studiengebühren folgt Tagesordnungspunkt 16, Antrag der Fraktion der CDU betreffend umsichtige und nachhaltige Umweltpolitik in Hessen. Dieser Punkt wird mit Tagesordnungspunkt 31 aufgerufen. Nach der Mittagspause beginnen wir mit den Tagesordnungspunkten 42 und 72.

Zur Information: Herr Staatsminister Dr. Alois Rhiel nimmt heute an der Verkehrsministerkonferenz in Berlin teil. Herr Staatsminister Banzer nimmt an einer öffentlichen Anhörung zur Föderalismusreform mit dem Schwerpunkt Justiz in Berlin teil.

Auf Ihren Plätzen verteilt ist der Terminplan des Hessischen Landtags für 2007, der in der letzten Sitzung des Ältestenrats beschlossen wurde und der Ihnen einen Überblick über Ihre Termine im Jahr 2007 gibt.

Wir steigen in die Tagesordnung ein. Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 43, 45, 75 und 77** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend keine Studiengebühren in Hessen – Drucks. 16/5543 –**

**Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend keine Studiengebühren in Hessen – Drucks. 16/5547 –**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Drei-Säulen-Modell zur Qualitätsverbesserung und Stärkung der Finanzautonomie an den hessischen Hochschulen – Drucks. 16/5591 –**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend Studienbeiträge dienen der weiteren Qualitätsverbesserung der Lehre und der Studienbedingungen – Drucks. 16/5594 –**

Erste Wortmeldung: Kollege Siebel für die Fraktion der SPD. Es ist eine Redezeit von 15 Minuten vereinbart.

**Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Beschluss der CDU-Landesregierung, Studiengebühren einzuführen, ist ein historischer Einschnitt. In letzter Konsequenz würden damit wesentliche Ergebnisse der Bildungsreformperiode in Hessen auch im Hochschulbereich revidiert. Der soziale Grundkonsens in der Hochschulpolitik wurde endgültig aufgekündigt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb fordert die SPD-Fraktion heute Morgen sehr knapp und prägnant: Lehnen Sie die Einführung allgemeiner Studiengebühren in Hessen ab. – An die Landesregierung geht der Appell, ihre diesbezüglichen Pläne nicht weiterzuverfolgen, den Gesetzentwurf also nicht in den Landtag einzubringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum vertritt die SPD-Fraktion diese klare Position? Studiengebühren sind sozial ungerecht. Sie treffen die Familien, die wenig Geld haben. Aber genau die Kinder aus diesen Familien braucht unser Land auch, wenn es Bildungsland Nummer eins werden will. Meine Damen und Herren von der CDU, das Ziel, Bildungsland Nummer eins zu werden, ist noch nicht erreicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Deutsche Studentenwerk hat dazu ausgeführt – ich darf zitieren –:

Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks verweist sehr nachdrücklich darauf, dass die Entscheidung über den Bildungsweg das Resultat komplexer schichtspezifischer Kalkulationen zu den Kosten und Nutzen der Bildung sind.

Höhere Kosten und diesbezügliche Risiken schrecken gerade Kinder aus einkommensschwächeren Familien ab, ein Studium aufzunehmen.

(Zurufe von der CDU)

– Herr Irmer, wenn Sie an der Stelle murren, dann muss ich feststellen, dass Sie es erstens nicht begriffen haben und dass es zweitens zum Glück noch ein paar Leute in der CDU gibt, die es begriffen haben, unter anderem der Vorsitzende der Jungen Union, der heute Morgen in „hr-info“ noch einmal sehr klar gesagt hat, dass die Junge Union gegen Studiengebühren ist. Er hat diese Auffassung sehr wohl begründet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Deutsche Studentenwerk hat festgestellt, dass es darum geht, inwieweit wir auch Kindern armer Familien den Zugang zu unseren Hochschulen ermöglichen. Da besteht ein einfacher und zugleich brutaler Zusammenhang. Schauen Sie sich einmal an, wie das in einer Arbeiterfamilie läuft, wenn darüber entschieden wird, ob der Bub, das Mädle eigentlich studieren soll. Bei dieser in der Tat individuellen Entscheidung geht es nämlich darum, welche ökonomischen Auswirkungen ein Studium auf die Situation der Familie hat. Diese Entscheidung, die individuell getroffen wird, hat nichts mit Bildungsgerechtigkeit zu tun. Sie hat nichts mit Chancengleichheit zu tun. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie nehmen billigend in Kauf, dass der Geldbeutel

der Familien über den Lebens- und Bildungsweg der jungen Menschen entscheidet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich entschieden und klar: Wir waren in der hessischen Bildungspolitik schon einmal weiter. Aber der Hessische Ministerpräsident möchte einen neuen Keil der sozialen Ungerechtigkeit in diese Gesellschaft treiben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Was das große Vorbild von Herrn Koch, Helmut Kohl, mit der De-facto-Abschaffung des BAföG in seiner 16-jährigen Regierungszeit nicht geschafft hat, das will Koch offensichtlich mit Studiengebühren in Hessen realisieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Wir reden doch nicht wie die Blinden vom Sehen. In den Jahren 1982 bis 2000 sank der prozentuale Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschulen von 23 % auf 13 %. Herr Koch, wer hat zu dieser Zeit in Berlin regiert? Es war ein Riesenkraftakt der rot-grünen Bundesregierung, die mit Milliardenbeträgen das BAföG wieder aufgestockt und dafür gesorgt hat, dass wieder mehr Arbeiterkinder an unsere Hochschulen kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Jetzt kommt Herr Koch und will mit Studiengebühren die soziale Segregation wieder anheizen. Es soll wieder heißen: Zeige mir deine Eltern, und ich sage dir deinen Bildungsweg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie murren, will ich mich gerne mit den politischen Argumenten des Gegners auseinander setzen. Herr Klee, ich habe gestern von einem Abgeordneten der CDU-Fraktion gehört, dass das Land Hessen gezwungen sei, Studiengebühren einzuführen. Alle Länder um Hessen herum würden Studiengebühren einführen, deshalb sei es unausweichlich, auch in Hessen solche Gebühren zu erheben.

Ich frage Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion: Seit wann ist der Hessische Ministerpräsident, seit wann ist die hessische CDU-Fraktion an diesem Punkt eigentlich so kleinmütig? Seit wann schauen Sie auf andere Länder? Herr Ministerpräsident, in allen Fällen – z. B. „Wisconsin Works“, Einbürgerungstest oder, um ein Beispiel aus dem Hochschulbereich zu nehmen, Elite-Förderung – haben Sie dezidiert immer eine eigene Position für das Land Hessen eingenommen. In diesem Fall aber sind Sie kleinmütig und sagen: Wir müssen uns ändern und uns an die anderen Länder anpassen. – Das nimmt Ihnen niemand ab.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch hat den Saal leider verlassen, aber ich möchte Herrn Koch und Herrn Corts einen Vorschlag machen, wie sie das Profil des Landes schärfen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verzichten Sie auf die Studiengebühren. Erklären Sie, dass Ihnen die Hochschulbildung so viel Steuergeld wert ist, wie Sie aus

den Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer erhalten. Folgen Sie doch dem Vorschlag des Finanzministers, der in der ersten Fassung des Hochschulpaktes vorgeschlagen hat, den Hochschulen, wenn es zu Steuermehreinnahmen kommt, 4,5 % mehr zu geben. Das sind 50 Millionen €.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Frau Kühne-Hörmann, Sie sollten Ihre Presseerklärungen ein bisschen genauer lesen. Sie schreiben, die SPD schade den Studierenden, indem sie so tue, als ginge es nur ohne Beiträge. Natürlich geht es ohne Beiträge. Es geht darum, den politischen Willen zu formulieren. Das tun Sie aber nicht in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Würden wir keine Studiengebühren erheben, dann hätten wir natürlich insofern ein Problem, als dass möglicherweise in anderen Ländern Studiengebühren erhoben werden. Herr Corts, aber auch hierzu gibt es einen Gegenvorschlag. Es gibt den Vorschlag, einen Ausgleichsfonds zwischen den Ländern zu schaffen, damit die Länder, die relativ mehr ausbilden, als sie Landeskinder haben, etwas von den Ländern bekommen, die relativ weniger ausbilden, als sie Landeskinder haben.

Herr Ministerpräsident, beauftragen Sie doch Ihren Wissenschaftsminister, mit Herrn Zöllner diese Frage zu diskutieren. Dann könnte das ein wunderschönes Koch-Beck-Papier werden, in dem beide Länder dies gemeinsam ohne Studiengebühren schultern können – durch eine Möglichkeit des Ausgleichs zwischen den Ländern. Das wäre ein Alleinstellungsmerkmal, dass Sie herstellen könnten. Das fände ich unglaublich spannend.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das waren zwei Argumente des politischen Gegners, mit denen ich versucht habe, mich auseinander zu setzen. Mir fallen aber immer mehr Argumente ein, die gegen Studiengebühren sprechen. Das sind nicht nur Kleinigkeiten.

Studiengebühren diskriminieren ausländische Studierende.

(Zurufe von der CDU)

– Meine Damen und Herren von der CDU, reagieren Sie doch nicht immer so pawlowsch. – In Deutschland gibt es rund 1.800 Personen, die ihre Hochschulreife außerhalb Deutschlands erworben haben. Von diesen Personen haben viele ihre Hochschulreife in Entwicklungsländern erworben.

Sofern diese Personen aus Nicht-EU-Staaten kommen, droht ihnen in Hessen eine erhöhte Gebühr von bis zu 3.000 € im Jahr. Zudem haben sie nach dem Gesetzentwurf keinen Anspruch auf ein Studientdarlehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir rühmen uns mit einem hohen Internationalisierungsgrad am Hochschulstandort Hessen. Wir rühmen uns damit, dass die Modelluniversität in Darmstadt einen Internationalisierungsgrad von etwa 22 % hat. Deshalb kommt der Präsident der Modelluniversität in Darmstadt, Wörner, folgerichtig zu dem Schluss – wie es am 6. Mai im „Darmstädter Echo“ nachzulesen war –: „Für die Unis ein Minusgeschäft“. Er hat damit zu rechnen, dass die Anzahl der Studierenden ausländischer Herkunft, die an seiner Hochschule etwa 20 % der Studierenden ausmacht, in erheblichem Umfang zurückgeht.

Meine Damen und Herren, Studiengebühren werden oft damit begründet, dass ein kostenfreier Zugang eine Subvention aller Steuerzahler an eine Personengruppe sei, die später ohnehin viel Geld verdiene. Ich glaube, dass diese Argumentation übersieht, dass in einem sozial gerecht ausgestatteten Steuersystem die Besserverdienenden natürlich mehr Steuern zum Gesamtsteueraufkommen beitragen. Wer soziale Gerechtigkeit will, muss deshalb für eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit kämpfen, aber nicht für Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Argument ist, dass Studiengebühren langfristig keine Verbesserung der Studienbedingungen mit sich bringen. Es ist noch viel schlimmer. Schon jetzt steht fest, dass das Geld nicht vollständig den Hochschulen zur Verfügung steht. Die Erfahrungen zahlreicher anderer Länder haben gezeigt, dass in dem Maße, in dem Studiengebühren erhoben werden und die Hochschulen privat finanziert werden, auf der anderen Seite der staatliche Anteil der Finanzierung zurückgeht.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Boddenberg, wenn Sie festschreiben wollen, dass es nicht so ist, dann schreiben Sie es doch in den Gesetzentwurf. Dort steht nicht das, was Sie behaupten. Erzählen Sie den Leuten doch nicht solch einen Unfug, Herr Boddenberg. Es ist doch falsch, was Sie erzählen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass 10 % der Studiengebühren in den Studienfonds fließen, mit dem die Kosten finanziert werden, die nicht über Darlehen erzielt werden. Bemerkenswerterweise war in einem ersten Diskussionspapier des Ministeriums nicht von 10 %, sondern von 25 % die Rede. Offensichtlich ist diese Größe politisch korrigiert worden, Herr Cortis.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Offensichtlich ist eine Größe, die politisch so korrigiert worden ist, auch anders korrigiert worden.

Meine Damen und Herren, erzählen Sie den Hochschulen bitte nicht, dass sie 100 % der Studiengebühren bekommen. Das Gegenteil ist der Fall. Schon jetzt werden es nur 90 % sein. Ich prognostiziere, dass es mehr als die genannten 10 % sein werden. Wenn das Darlehen nicht ordnungsgemäß zurückgezahlt wird, dann werden es 15 % oder 25 % sein. Das ist eine Lüge den Hochschulen gegenüber. Das muss in diesem Parlament klar benannt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Studiengebühren verlängern das Studium. Auch dies haben vielfältige Untersuchungen gezeigt. Wenn man 500 € oder gar 1.500 € Studiengebühren pro Semester bezahlen muss, ist das doch völlig klar. Es ist doch nicht mehr so wie früher, als ich studiert habe, dass nur 10 % der Studierenden nebenher gearbeitet haben. Heute arbeiten 50 % bis 70 % der Studierenden neben ihrem Studium. Es werden noch mehr sein, je höher die privaten Kosten für das Studium sein werden. Das Arbeiten neben dem Studium wird das Studium verlängern. Es ist kontraproduktiv für den Bildungsstandort Hessen, wenn die Studierenden länger an den Hochschulen sind und Sie dafür auch noch die politischen Rahmenbedingungen schaffen. Das gilt es zu verändern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): So viele Baudemeisterstellen gibt es doch gar nicht!)

– Es geht um 500 €. Das steht so immer wieder in den Zeitungen.

Es geht aber nicht nur um 500 €, sondern es geht um mehr. Es geht darum, dass in einem ersten Einstieg in ausgewählten Studiengängen 500 € oder möglicherweise 1.500 € an ausgewählten Hochschulen, wo dies die Hochschulen wünschen, erhoben werden können. Ich habe so ein bisschen den Eindruck, dass damit eine Regelung geschaffen wird, die ein Einfallstor sein wird. Mit Verlaub möchte ich hinzufügen, dass es ein sehr breites Einfallstor ist, das Sie in Hessen schaffen. Das ist nicht die weichste, sondern die schärfste Regelung für Studiengebühren in der Bundesrepublik. Sie öffnen die Tür für die private Finanzierung am weitesten. Haben Sie etwa vor, die geplante Finanzierung staatlicherseits in einer nächsten Stufe zurückzufahren? Haben Sie vor, den Hochschulpakt ein erneutes Mal zu brechen? Das fühlt sich doch alles so an, wenn man dieses Gesetz genau betrachtet. Es ist nicht der Fall, dass Sie die Qualität verbessern wollen. Es ist der Fall, dass Sie ein breites Eingangstor für private Finanzierung an Hochschulen geschaffen haben. Dagegen werden wir parlamentarisch opponieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will ein letztes Argument nennen, das mir für den Bildungsstandort am wichtigsten ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen in Deutschland nicht weniger, sondern mehr Studierende. Wir liegen deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Im Übrigen wäre Herr Koch gut beraten, wenn er mit Frau Schavan über einen nationalen Hochschulpakt verhandeln würde, der im Bereich des Hochschulbaus und der Hochschulfinanzierung etwas angeht, was wir in diesem Land nötig haben. Es gab einmal eine große Koalition, die den großen Wurf einer Bildungsfinanzierung angegangen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Ziel ist es, Hessen zum Bildungsland zu machen, mehr Studierenden an unseren Hochschulen das Studium zu ermöglichen und den Hochschulzugang frei und ohne finanzielle Begrenzungen zuzulassen. Für dieses Ziel gilt es deutlich und heftig zu streiten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Michael Siebel (SPD):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht nicht mehr nur um die düstere Zukunft in den sozialen Netzwerken in Hessen. Es geht auch um eine von dieser Landesregierung gewollte düstere Zukunft für die Bildungsgerechtigkeit in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist jetzt politisch darüber zu entscheiden, ob wir einen freien Zugang zur Hochschulbildung für alle oder eine erneute Auslese wollen. Unsere Antwort ist klar: Soziale

Gerechtigkeit und Zugang zur Bildung gehören für uns Sozialdemokraten untrennbar zusammen. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Corts für die Landesregierung.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Petra Fuhrmann (SPD): Jetzt nimmt er alles zurück! – Gegenruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU): So gut war die Rede auch nicht!)

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Lieber, verehrter Kollege Siebel, ich bitte Sie um Verständnis, insbesondere die GRÜNEN und die FDP – aber vielleicht werde ich nachher noch etwas dazu sagen –, dass ich zu diesem Zeitpunkt einmal einiges grundsätzlich richtig stelle, was der Herr Siebel gesagt hat. Wenn ich mir die Situation der Hochschulen ansehe, dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder geben wir den Unis mehr Geld, das wir nicht haben, oder wir begreifen, dass wir auch von den Studenten einen Beitrag erwarten dürfen.

Ich merke, Sie schreien nicht auf. Sie kennen das Zitat. Es ist derjenige, der das gesagt hat, der fast Ihr Parteivorsitzender geworden wäre, niemand Geringeres als Klaus Wowereit. Der hat eine klare Position, und Sie brauchen noch eine Weile, bis Sie da angekommen sind.

(Beifall bei der CDU)

Weil das gerade so schön ist: Man kann über Klaus Wowereit sprechen, man kann aber auch über jemand anderen, den Landessprecher der GRÜNEN, sprechen

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Herr Berninger!)

– Matthias Berninger heißt er –: Es ist nicht einsichtig, dass Eltern für die Kinderbetreuung erhebliche Summen zahlen müssen, während wir von den Studenten für die Verbesserung der Lehre keine eigenen Beiträge verlangen.

(Michael Boddenberg (CDU): Auch ein kluger Mann!)

Es sei richtig, Akademiker in sozial gerechter Weise solidarisch an den Kosten der Hochschulausbildung zu beteiligen. – Meine Damen und Herren von der Opposition, jedenfalls dieser Teil der Opposition

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das, was Sie machen, ist sozial gerecht und solidarisch?)

– hören Sie bitte entspannt zu; ich habe Herrn Siebel auch ganz entspannt zugehört –, Sie haben keine klare Position. Die Führungspersönlichkeiten Ihrer Parteien sehen es genauso wie wir und gar nicht anders.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie – die googlen alle – einmal Folgendes googlen, nämlich „Wowereit“ und „Studiengebühren“ oder „Berninger“ und „Studiengebühren“ eingeben, dann kriegen Sie mehr als 70, 80 positive Aussagen zu Studiengebühren.

(Zurufe von der SPD)

Schauen Sie sich das einmal an. Gehen Sie in Google, dann brauchen Sie das hier gar nicht mitzumachen. Meine Damen und Herren, aber ich habe versucht

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat seine Handynummer!)

– ach, seien Sie doch entspannt –, Sie heute Morgen ein bisschen einzustimmen, indem ich mit der „Frankfurter Rundschau“ gesprochen hatte – Frau Ypsilanti hat es heute Morgen schon gelesen –, dass Sie auch in Ihrer Lektüre, mit der Sie morgens anfangen, der „Frankfurter Rundschau“, schon einmal ein Interview bekommen, um Ihre und unsere Position ein bisschen auszutauschen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Wie nett!)

Sie haben darin sicherlich gesehen, dass die Dinge, die Herr Siebel heute Morgen vorgetragen hat, gar nicht so sind, wie er das sagt.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Siebel, im Übrigen ist es meines Erachtens ein Rückfall in die Siebziger- und Achtzigerjahre, als wir beide studiert haben. Da gab es diese Sprüche von Arbeiterkindern und was weiß ich. Haben Sie überhaupt noch Arbeiter in der Partei? Sind die nicht alle schon längst weggelaufen, wenn ich mir das so anschau?

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir kümmern uns um sie und haben – –

(Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, worum geht es eigentlich in Hessen? Wir haben am 5. Mai einen Kabinettsbeschluss über einen Gesetzentwurf zu Studienbeiträgen gehabt. Danach haben wir uns geeinigt und beschlossen, dass wir mit dem Wintersemester 2007/08 für alle Studiengebühren in Höhe von 500 € einführen. Jetzt kann man dazu die Frage stellen: Warum jetzt? – Dafür gibt es zwei Gründe. Der eine Grund liegt darin, dass es ein Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Januar 2005 gibt.

(Auf der Tribüne zeigen Zuhörerinnen beschriftete T-Shirts.)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, ich darf Sie ganz kurz unterbrechen. – Ich darf bitten, dass Sie keine Demonstration hier im Hause machen. Ich bitte, die Kamera entsprechend einzustellen, und darf Sie bitten, diese T-Shirts nicht zu zeigen.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Damen haben doch Recht!)

– Das ist eine andere Frage. Wir sind im Landtag und nicht außerhalb des Landtags. Das ist der Unterschied, und zwar ein sehr fundamentaler. – Darf ich den Hausdienst bitten, das zu veranlassen? Ich unterbreche so lange. – Das Wort hat der Herr Minister.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Meine Damen und Herren, warum haben wir jetzt diesen Beschluss im Kabinett getroffen und werden dieses Gesetz einbringen? – Ganz einfach, mit dem Verfassungsgerichtsurteil vom Januar 2005 ist es zulässig geworden. In der besonderen Situation in Hessen haben wir das Pesta-

lozza-Gutachten, aus dem klar hervorgeht, dass die Erhebung von Studienbeiträgen in Hessen möglich ist. Lieber Herr Siebel, Sie haben sich über die Frage lustig gemacht, ob Hessen von Bundesländern umgeben ist, in denen Studiengebühren erhoben werden,

(Michael Siebel (SPD): Ich habe mich ernsthaft damit auseinandergesetzt!)

und dass wir das in der Folge als ein Argument nehmen. – Wir nehmen das sehr wohl als Argument. Schauen Sie sich an, dass Herr Wowereit, den ich zitierte – er ist einer der wenigen, die von der SPD noch Verantwortung in der Wissenschaftspolitik tragen –,

(Norbert Schmitt (SPD): Es gibt auch einen Beck in Rheinland-Pfalz!)

mittlerweile einen 100-prozentigen Numerus clausus in Berlin hat, weil er nicht anders mit seiner Finanzierung hinkommt. Er hat eindeutig gesagt, er erwäge zusammen mit seinem Finanzminister Sarrazin – wenn Sie wollen, kann ich noch Herrn Sarrazin zitieren – –

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! – Herr Kollege Al-Wazir, wenn ich rede, haben Sie zu schweigen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Das gilt für alle im Hause und besonders für die, die gerade reden, wenn ich rede. Das ist doch logisch. Deswegen bitte ich, die Reaktionen so zu halten, dass zumindest die Rede nicht permanent gestört wird – egal, von wem sie stattfindet. Das gilt für alle Seiten des Hauses, in dem Fall hier auch. – Bitte sehr, Herr Minister.

#### **Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich habe über Berlin gesprochen. Aber es geht mir nicht in erster Linie darum, Vergleiche herbeizuführen.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach so!)

Es geht mir darum, unsere Situation in Hessen ein bisschen deutlicher zu machen, und zwar hinsichtlich der Frage der Einführung von Studienbeiträgen. Damit werden zusätzliche Mittel für unsere Hochschulen generiert. Zunächst einmal, was Sie ein bisschen diffus dargestellt haben: Der Hochschulpakt steht. Für 2006 bis 2010 ist er abgeschlossen. Weil er so gut ist, hat sogar die Fachhochschule Gießen-Friedberg letzte Woche zugestimmt und gesagt:

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Der Pakt ist so in Ordnung, damit haben wir eine gewisse Sicherheit.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Mein Sohn würde sagen: Träume weiter! – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

All das, was Sie bisher herbeigeredet haben, ist so nicht zutreffend.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie regen sich darüber auf, dass die Hochschulen unterfinanziert sind.

(Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

Wir haben seit 1999 – ich wiederhole das insbesondere deshalb, weil wir heute Morgen eine größere Öffentlichkeit haben – den Hochschulen 800 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) – Demonstrativer Beifall bei der SPD)

– Frau Wagner, da schließe ich Sie natürlich mit ein. Ich habe jetzt nicht gesagt, seit 2003, sondern seit 1999.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das waren mindestens 700 Millionen in meiner Amtszeit! – Demonstrativer Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Da müssen wir noch einmal die Grundrechenarten durchgehen, liebe Frau Wagner.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das gehen wir noch einmal gemeinsam durch; dann werden wir die richtigen Zahlen bekommen. Das macht aber gar nichts. Das sehe ich gelassen. Tatsache ist: Rot-Grün hat es nicht fertig bekommen. – Auf diesen Gesamthaushalt aufbauend, der jetzt bei fast 1,2 Milliarden € liegt, sehen wir jetzt die Möglichkeit, mit diesen Studienbeiträgen eine weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den Hochschulen hinzubekommen. Seit Jahren nimmt in Hessen die Zahl der Studierenden zu. Wir haben auch zunehmend zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Wir glauben, dass der Weg, den Sie immer vorschlagen – –

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie „OECD“ sagen, sprechen Sie immer von mehr Studierenden. Aber schauen Sie sich doch bitte einmal die Absolventenquoten an. Die Absolventenquoten sind in unserem Lande unter aller Kritik und notwendigerweise verbesserungswürdig – unabhängig davon, welche Partei regiert.

Deswegen haben wir gesagt: Mit diesen Studienbeiträgen, unabhängig davon, dass die anderen Länder so weit sind – nämlich Niedersachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die zum Wintersemester 2007/08 diese Gebühren erheben –, müssen wir trotzdem gleichzeitig noch die Lehre verbessern. Wir haben gesagt: Mit den Studienbeiträgen, die kommen werden – wir haben es einmal hochgerechnet, sie werden zwischen 135 und 140 Millionen € liegen –, wird den Hochschulen für die Lehre Zusätzliches zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Selbst der Beifall der CDU ist dünn! – Norbert Schmitt (SPD): Immerhin, Herr Boddenberg unterstützt Sie noch!)

Wenn Sie sich einmal die Hochschulen anschauen, an die verschiedenen Hochschulstandorte gehen und wir diese 135 Millionen € aufteilen, sehen Sie, dass wir je nach Kostenstruktur unterschiedliche Zuwächse haben – an einer Musikhochschule beispielsweise 6 % und, um das Beispiel Gießen-Friedberg zu nehmen, bis zu 20, 21 %. Das sind keine kleinen Tropfen, sondern das sind deutliche Beiträge dafür, die Lehre zu verbessern.

Sie haben gesagt, das dauere länger, weil man länger arbeiten müsse. Nein, wir wollen, dass man nicht mehrere Semester wartet, bis man über ein Losverfahren in irgendein Praktikum oder in irgendeine Übung kommt. Wir wollen das Studium damit verkürzen. Die Hochschulen sind aufgefordert, sich so zu organisieren, dass das möglich sein wird.

Ich glaube, da wird es einen Paradigmenwechsel an den Hochschulen geben, nämlich durch die Tatsache, dass ein Student dann in eine Kundenposition kommt und natürlich sagt: Wir fordern dies, wir fordern jenes, weil wir auch dafür zahlen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Garantieren Sie es denn auch?)

Meine Damen und Herren, ich will zusammenfassend einige Punkte festhalten. Erstens, 500 € pro Semester. Wenn Sie das auf 1.000 € pro Jahr hochrechnen, können Sie das auch durch 360 Tage teilen. Dann ist das weniger als das, was der normale Student für ein Bier oder eine Schachtel Zigaretten pro Tag ausgibt. Das sollte man einmal in eine Verhältnismäßigkeit setzen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das Zweite ist: Ich will mit der Summe 1.500 €, die immer wieder genannt wird, aufräumen. Wir eröffnen den Hochschulen Möglichkeiten. Sie müssen sie nicht wahrnehmen. Die Möglichkeit besteht für bestimmte Studiengänge, die an anderen Hochschulen und im Ausland bis zu 20.000, 30.000 \$ oder € kosten, weil eine bestimmte Voraussetzung, ein Mehraufwand, Übersetzungsmöglichkeiten usw. erforderlich sind, höhere Beiträge zu fordern.

Wir sind auch der Auffassung, dass dieser Gesetzentwurf sozial ausgewogen ist.

(Widerspruch bei der SPD – Michael Siebel (SPD): Da stehen Sie aber ziemlich alleine da!)

Nehmen Sie beispielsweise die Familienkomponente.

(Zurufe der Abg. Michael Siebel und Petra Fuhrmann (SPD))

Sechs Semester pro Kind sind für Erziehungsberechtigte freigestellt. Für irgendwelche Verzögerungen, die durch eine Behinderung auftreten, gibt es Freisemester.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

– Es ist so furchtbar, immer gegen Sie anzuschreien. Seien Sie doch einmal gelassen und entspannt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sagen Sie doch die Wahrheit! – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

– Herr Siebel, Herr Kaufmann, googlen Sie doch einmal ein bisschen mit Herrn Berninger, dann werden Sie ganz entspannt.

(Zurufe von der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Wie Sie über Ihren Koalitionspartner in Frankfurt herziehen, das ist eine Unverschämtheit! – Heiterkeit des Ministers Udo Corts – Weitere Zurufe)

– Lieber Herr Schmitt, um hier einige Dinge aufzuräumen: Ich bin fast sicher, mit Herrn Kaufmann wäre ich keine Koalition eingegangen – um auch das einmal deutlich zu machen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das könnte auf Gegenseitigkeit beru-

hen! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Da hätte sich noch einiges ändern müssen.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, um noch einmal das Thema der ausländischen Studierenden aufzunehmen: Grundsätzlich gilt, diejenigen, die in Deutschland eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, diese Bürgerinnen und Bürger, diese Schülerinnen und Schüler, müssen Gebühren in Höhe von 500 € zahlen. In gewissen Fällen gibt es mit Staaten außerhalb Europas keine zwischenstaatlichen Abkommen, und dann kann man höhere Gebühren erheben.

Im Übrigen können die Hochschulen ohne weiteres von den üblichen Gebühren befreien, wenn es dafür Gründe gibt – beispielsweise entwicklungspolitische Gründe, oder weil es ein ganz besonderes Interesse an hoch begabten Studierenden gibt, von denen wir auch in Deutschland etwas haben; all diese Sachen. Schauen Sie, ich habe das dabei. Ich schicke es Ihnen gerne per Post zu, dann können Sie sich auch noch einmal informieren. Unabhängig davon habe ich es auch den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

(Zurufe von der SPD – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hebt ein Druckwerk hoch.)

– Wunderbar, Herr Al-Wazir, Sie haben es schon gelesen. Dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Mein zweiter Punkt. Wir haben einen Weg gefunden, damit diese Studienbeiträge auch sozial ausgewogen erhoben werden. Herr Siebel, dabei geht es nicht mehr um die Arbeiterfamilie, die Sie zitiert haben. Es muss überprüft werden, ob die sich das aktuell leisten können.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sie haben von der sozialen Wirklichkeit in Hessen keine Ahnung!)

Unabhängig von der Politik kann jeder Student ein Darlehen beantragen. Dieses Darlehen muss er frühestens – –

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

– Herr Siebel, seien Sie doch einmal entspannt. Ich weiß, das ärgert Sie.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Darlehen, das bei 500 € pro Semester am Ende auf 4.000 oder 5.000 € aufgelaufen sein kann, muss er frühestens zwei Jahre nach Abschluss des Studiums zurückzahlen – wenn er in der wirtschaftlichen Situation ist und sich das leisten kann. Das berühmte Beispiel: Ich nehme den Soziologiestudenten, am Ende vielleicht auch Diplom-Soziologe, der Taxifahrer bleibt und kein Einkommen hat, aus dem er das jemals zurückzahlen kann.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen Ihren eigenen Gesetzentwurf nicht!)

Er kann in eine Situation kommen, in der er dieses Darlehen niemals zurückzahlen muss. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): So ein Unsinn!)

Wir machen das von der wirtschaftlichen Situation nach dem Studium abhängig.

Ich will deutlich machen, was „Studienbeitrag“ bedeutet: Wir reden über 500 € mal acht, mal neun, mal zehn – das können am Ende des Studiums 5.000, 6.000 € sein. Aber was kostet eigentlich ein Studium? Ein Soziologiestudium kostet 24.000 €, ein Ingenieurstudium 80.000 €, ein Studium der Veterinärmedizin 150.000 € usw. Setzen Sie das einmal in ein Verhältnis zu dem, was aufgewendet werden muss, um eine Meisterschule zu besuchen, eine Meisterprüfung abzulegen. Das sind im Durchschnitt 10.000 € und mehr, wie Herr Boddenberg mir bestätigen wird. Auch der angehende Meister wird hierfür ein Darlehen aufnehmen müssen.

(Sabine Waschke (SPD): Der arbeitet auch!)

Er wird aber später möglicherweise nicht in derselben Einkommenssituation sein wie ein Akademiker. Nehmen Sie es also zur Kenntnis. Wir haben uns sehr wohl überlegt, wie wir das ausgestalten: Die Zahlung wird erst nach Abschluss des Studiums fällig – und auch nur dann, wenn der Absolvent es sich leisten kann. Es ist ganz einfach: Der Studierende kann sich auf Antrag sofort ein Darlehen genehmigen lassen. Das ist unabhängig von der Bonität sowie von der elterlichen oder der eigenen Einkommenssituation. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir diesen Weg gegangen sind.

(Norbert Schmitt (SPD): „Studium plus“!)

Gleichzeitig haben wir die zusätzlichen Mittel seit 1999 deutlich erhöht, nachdem wir zusammen mit Frau Wagner 1999 einiges aus der rot-grünen Regierungszeit in desolatem Zustand übernommen haben. Als Beispiel möge die Bauplanung dienen. Denken Sie nur an Gießen und Marburg, wo gar nichts vorbereitet war, obwohl solche Maßnahmen eine Vorlaufzeit von vier bis sechs Jahren benötigen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Nicht vom Thema ablenken!)

Man hatte nicht mehr in den Bereich der Wissenschaft investiert. Sie hatten sich selbst aufgegeben. Und jetzt eine solche Klappe, obwohl Sie damals nichts zu einer Verbesserung der Situation beigetragen haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist schon ziemlich dünn, was Sie hier vortragen!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, Sie haben die Fraktionsredezeit erreicht.

#### **Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Ich empfehle Ihnen nochmals die Broschüre. Sie wird Ihnen helfen, Ihre Kenntnisse darüber aufzufrischen, wie wir diesen Weg gehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie Herrn Wowereit und Herrn Berninger zum Vorbild nehmen und in einen ernsthaften Diskussionsprozess einsteigen würden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Gernot Grumbach (SPD): Nehmen Sie Ihren Junge-Unions-Vorsitzenden zum Vorbild!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Sarah Sorge für die Fraktion der GRÜNEN.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Nein, eine Kurzintervention!)

– Entschuldigung. Ich habe eine Kurzintervention vorliegen; Frau Ypsilanti hat für zwei Minuten das Wort.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt ein Versuch der Profilbildung!)

#### **Andrea Ypsilanti (SPD):**

Selbst wenn ich schlafe, habe ich mehr Profil als Sie.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): „Herr Präsident!“ – so fängt man eine Rede an!)

Herr Corts, Sie haben mich vorhin angesprochen, weil ich Ihr Interview heute Morgen studiert habe. Ich sage Ihnen, was ich gedacht habe: Im Märchen ist tatsächlich aus Stroh Gold geworden. Aber weder haben Sie Stroh, noch sind Sie Rumpelstilzchen. Das habe ich zu Ihrem Interview gedacht.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sehr witzig!)

Sie haben mich angesprochen auf die Führungspersönlichkeiten der SPD und Studiengebühren. Herr Beck hat am Sonntag bei seiner Wahl in einer sehr langen Passage seiner Ausführungen dargelegt, dass es mit der SPD keine Studiengebühren gebe. Damit hat er Recht. Er ist Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, und er wird zu seinem Wort stehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Ihr Gesetz hat nichts mit Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und der Zukunftsfähigkeit dieses Landes zu tun. Rechnen Sie deshalb mit unserem erbitterten Widerstand. Wir werden alle politischen und rechtlichen Mittel ausloten, um dieses Gesetz nicht Realität werden zu lassen. Wir werden zum Staatsgerichtshof gehen. Wenn dieses Gesetz dennoch bestätigt würde, würden wir es 2008 innerhalb der ersten 100 Tage nach unserem Regierungsantritt wieder abschaffen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Michael Boddenberg und Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Weil wir davon überzeugt sind, dass Bildung ein Gut ist, das allen Menschen, egal welcher Herkunft, also auch den Arbeiterkindern, zur Verfügung gestellt werden muss, und weil wir die geistigen und kreativen Potenziale aller Kinder so nötig brauchen, werden wir dieses Gesetz mit allen Mitteln bekämpfen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kollegin Sorge für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf: Keine Antwort?)

– Es muss nicht geantwortet werden, Herr Kollege Kahl. Sie haben doch gesehen, dass er sich nicht gemeldet hat. – Frau Sorge hat das Wort.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Corts, die Art und Weise, wie Sie Ihre Rede hier vorgetragen haben, fand ich extrem arrogant.

(Zuruf von der SPD: Ja, zynisch!)

Anhand zweier Beispiele will ich ausführen, dass Sie anscheinend von Ihrem eigenen Gesetzentwurf keine Ahnung haben. Er ist nämlich alles andere als sozial ausgewogen.

Herr Corts, die Anerkennung der Härtefälle, von denen Sie immer erzählen und mit denen Sie sich brüsten, sind – mit Ausnahme der sechs Freisemester für Studierende, die Kinder haben – alle den Hochschulen freigestellt. Das heißt, allein die Hochschulen können darüber entscheiden. Im Gesetz gibt es außer den Studierenden, die Kinder haben, keine weiteren Härtefälle als Ausnahmen. Das ist das Erste.

Das Zweite. Sie stellen sich hierhin und führen den Soziologiestudenten an, der dann Taxifahrer wird, oder was weiß ich, und sagen, der müsse nicht zurückzahlen. Sie tun gerade so, als müsste man erst ab der Einkommensgrenze des Chefarztes zurückzahlen. Dazu will ich Ihnen jetzt einen Auszug aus Ihrem Gesetzentwurf vorlesen. Da heißt es:

Dem Darlehensnehmer ist auf Antrag Stundung des Rückzahlungsanspruchs einschließlich der Zinsen zu gewähren, solange sein monatliches Einkommen einen Betrag nach § 18a Abs. 1 Satz 1 bis 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zuzüglich 100 € nicht übersteigt.

Erstens ist diese Einkommensgrenze wirklich wahnsinnig niedrig – ein Taxifahrer in Frankfurt wird die mit Sicherheit erreichen.

Zweitens. Herr Corts, hier steht ganz klipp und klar, dass das Darlehen auf jeden Fall zurückgezahlt werden muss, wenn der Betreffende in späteren Jahren mehr verdient.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Fischer hat als Taxifahrer auch mehr verdient! Er müsste jetzt zurückzahlen!)

Herr Corts, das ist alles andere als sozial.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ich Ihnen aber auch noch sagen muss: Ich bin ja heute schon mit Ihnen aufgewacht –

(Heiterkeit und allgemeine Zurufe)

bevor ich die „Rundschau“ gelesen hatte, kam es durchs Radio. – Das war nur die Stimme im Radio; so weit ist es jetzt in Frankfurt noch nicht.

(Heiterkeit)

Da sagen Sie, die Studierenden hätten kein Interesse an sachlichen Informationen, sondern sie würden die gesamte Situation künstlich anheizen, weil sie einfach nur protestieren wollten.

Dazu muss ich Ihnen wirklich sagen: Sie haben erstens von der Lebenswelt der Studierenden, zweitens aber auch von der heutigen Studierendengeneration – die sehr wohl ein Interesse daran hat, ihr Studium relativ schnell und ordentlich durchzuführen und nicht nur auf die Straße zu gehen und zu protestieren – überhaupt keine Ahnung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben lange spekuliert, und glücklicherweise haben wir jetzt auch den Entwurf des angekündigten Studiengebührengesetzes auf dem Tisch. Wenn man genauer hinschaut, merkt man, dass Sie nicht nur der Hessischen Verfassung widersprechen – auch das ist meiner Ansicht nach der Fall –, sondern dass Sie wirklich sozial unausgewogen sind und auch – aber das habe ich hier schon wiederholt vorgetragen – dem Wissenschaftsstandort Hessen schaden.

Denn alle internationalen Studien – das ist auch nichts Neues – sind sich in einem einig: Deutschland braucht mehr Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Das ist eine Frage der volkswirtschaftlichen Vernunft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ein Land, dessen alleinige Ressource aus gut ausgebildeten Menschen besteht, kann sich nicht weiter so geringe Studierendenzahlen leisten. Bei allen vergleichbaren europäischen Wirtschaftsnationen hat sich das Bildungsniveau in den letzten zehn Jahren deutlich verbessert, sodass mehr junge Menschen einen Hochschulabschluss erlangen konnten. Aber nicht so in Deutschland. Hier stagniert das Bildungsniveau oder geht sogar zurück. Das ist ein Alarmsignal, wie zumindest ich finde.

Wie ist Ihre Antwort auf das meiner Ansicht nach in der Bundesrepublik Deutschland drängendste Problem? Gucken wir es uns an: allgemeine Studiengebühren. Damit werden Sie es nicht schaffen, die Studierendenzahlen zu steigern. Im Gegenteil, die Studiengebühren werden Abiturientinnen und Abiturienten von einem Studium abhalten. Herr Corts, Sie verspielen damit leichtfertig die Zukunfts- und Innovationskraft unseres Landes – nicht nur die der Studierenden, sondern unseres gesamten Landes. Anstatt bei den Studierenden abzukassieren, wäre eine deutliche Erhöhung der Ausgaben in Sachen Bildung geboten, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Corts, Sie schreiben und sagen immer wieder, dass nur durch Studiengebühren eine erhebliche Steigerung der Qualität der Lehre möglich wäre. Ich muss sagen: Es ist ein Armutszeugnis, wenn Sie sich als Wissenschaftsminister selbst quasi eine Bankrotterklärung für Ihren Gestaltungswillen ausstellen. Wer es politisch will, der kann eine deutliche Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen erreichen, ohne den Studierenden in die Tasche zu greifen. Anstatt sinnlose Projekte, wie beispielsweise den Ausbau des Flugplatzes Kassel-Calden, voranzubringen,

(Michael Boddenberg (CDU): Ach, jetzt kommt die Nummer!)

sollten wir besser in die Köpfe unserer Kinder und Jugendlichen investieren, denn das sind Investitionen, die sich lohnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Corts, Sie betonen auch immer wieder, dass Ihre Studiengebühren angeblich verfassungskonform seien, da sie sozial verträglich seien. Wenn ich mir jedoch die Regelungen Ihres Gesetzentwurfes anschau, muss ich feststellen,

dass wir wohl grundverschiedene Ansichten von sozialer Verträglichkeit haben. Sie behaupten, dass niemand von einem Studium abgehalten wird, und verweisen gönnerhaft auf die Studienkredite der Landestreuhandstelle. Genau hier liegt der Hund begraben. Denn die Studienkredite, die Sie hier als sozialpolitische Großtat anpreisen, sind weder sozial, noch werden sie den Bedürfnissen der Studierenden gerecht. Während nämlich Studierende aus wohlhabenden Elternhäusern die Studiengebühren sofort begleichen können, stehen Absolventinnen und Absolventen aus ärmeren Elternhäusern nach ihrem Studium einem riesigen Schuldenberg gegenüber.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Sie müssen zusätzlich zu den Gebühren eine Zinslast von bis zu 7,5 % tragen. Sie setzen damit weiter auf eine Politik nach dem Motto: Den Reichen wird gegeben, und den Armen wird genommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Mann, Mann, Mann! – Norbert Schmitt (SPD): Das ist die Wirklichkeit!)

Meine Damen und Herren, diese Studiengebühren werden vor allem junge Leute aus sozial schwachen Familien von einem Studium abhalten. Das ist eine Art von sozialer Selektion, die wir so nicht hinnehmen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe es eben schon einmal gesagt, ich sage es noch einmal: Der Gesetzentwurf zeigt auch ganz deutlich, dass Sie von der Lebenswelt der Studierenden in Hessen keine Ahnung haben.

(Lachen bei der CDU)

Ein Studierender in Frankfurt braucht für seinen Lebensunterhalt beispielsweise etwa 800 € im Monat.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Damit gehört Frankfurt zu einem der teuersten Studienstandorte in Deutschland. Zwei Drittel aller Studierenden müssen nebenher jobben, um sich ihren Lebensunterhalt selbst zu finanzieren.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Denn BAföG bekommen nur wenige. Nur 44 % der BAföG-Bezieherinnen und -Bezieher, also derjenigen, die BAföG bekommen, bekommen den Höchstsatz von 585 €, was ohnehin weniger ist als die 800 €, die man in Frankfurt braucht. Mehr als die Hälfte der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger werden mit weit weniger als dem Höchstsatz unterstützt. Das heißt, sie müssen ebenfalls nebenher noch jobben gehen. Herr Corts, dies sind die sozialen Realitäten von Studierenden in Hessen. Wie sie dann noch zusätzlich das Geld für die geplanten Studiengebühren finanzieren sollen, frage ich mich wirklich.

Der Gipfel des Unsozialen ist aber die Regelung, dass Studierende von außerhalb der EU künftig bis zu 1.500 € pro Semester zahlen müssen. Die Vereinigung der türkischen Studierendenverbände hat dies mit Recht als diskriminierend bezeichnet. Studierenden aus ärmeren Ländern wird damit der Hochschulzugang versperrt. Gerade die Gebührenfreiheit war ein hervorragender Standortvorteil,

der Studierende aus ärmeren Ländern dazu brachte, in Hessen ein Studium aufzunehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem ist die Qualifizierung von Fachkräften aus Ländern der Dritten Welt bisher einer der Schwerpunkte der hessischen Entwicklungshilfe gewesen. Auch hier stellt sich die Frage, ob das nicht kontraproduktiv für Ihre eigene Politik ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Mit großer Mühe haben wir es geschafft, unsere Hochschulen international besser zu platzieren. Durch die Quasi-Aussperrung von Studierenden aus dem Ausland schaden Sie diesen Bemühungen zur Internationalisierung der hessischen Hochschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu einer weiteren sehr traurigen Bestimmung in Ihrem Gesetzentwurf, mit der Sie sich auch noch brüsten: das Studieren mit Kindern. Zwar sieht das Modell der Landesregierung eine Befreiung von Studiengebühren von sechs Semestern vor. Allerdings brauchen Studierende mit Kind deutlich länger als sechs Semester, um ein Studium abzuschließen, zumal die sechs Semester für beide Elternteile gelten. Die finanzielle Belastung bleibt nach den sechs Freisemestern also in voller Höhe erhalten. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Kinder nach drei Jahren kein Geld mehr kosten? Dieser Gesetzentwurf geht vollkommen in die falsche Richtung. Studierende mit Kindern brauchen eine deutlich stärkere Unterstützung und keine weiteren finanziellen Belastungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Corts, Sie blenden aber nicht nur die direkten Auswirkungen dieses Gesetzentwurfes völlig aus. Ihre Bundesfamilienministerin von der Leyen hat mit Recht darauf hingewiesen, dass junge Akademikerpaare weniger Kinder bekommen. Die Rückzahlung des Studienkredits fällt genau in die Familiengründungsphase junger Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Hier wirkt sich eine Schuldenlast von mehreren Tausend Euro negativ auf die Möglichkeit zur Familiengründung aus. Junge Menschen werden es sich nämlich zweimal überlegen, ob sie Kinder in die Welt setzen, wenn sie noch so viele Schulden zurückzahlen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Corts, es kann doch auch nicht sein, dass die Kommunen gerade händeringend versuchen, junge Familien zu entlasten, etwa durch kostenlose Kinderbetreuung, und die Landesregierung bei jungen Familien gleichzeitig wieder abkassiert. Sie konterkarieren damit jede Bemühung, junge Eltern besser zu stellen. Diese Art der neuen Familienpolitik müssen Sie mir wirklich erst einmal erklären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Corts, Sie erklären immer wieder, dass die Landesregierung keine andere Wahl hat, als Studiengebühren zu erheben, weil alle anderen Bundesländer ringsherum es

auch vorhaben. Zum einen frage ich mich, warum Sie dann diesen unsäglichen Föderalismuskompromiss bei der Bildung mittragen. Hier wird nämlich jegliches Instrument, vernünftige Ausgleichsmodelle zwischen den Ländern umzusetzen, aus der Hand gegeben. Das halten wir für bildungspolitisch fatal. Das haben wir an anderer Stelle schon öfter diskutiert. Aber insbesondere frage ich mich, Herr Corts, warum Sie dann in Hessen die sozial ungerechtesten Gebühren aller Bundesländer einführen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Möglichkeit, bis zu 1.500 € von den Studierenden zu verlangen, steht in keinem anderen Gesetzentwurf Ihrer Kolleginnen und Kollegen der CDU-regierten Länder. In Bayern sollen es 100 bis 500 € werden, in Baden-Württemberg und Niedersachsen 500 €, in Nordrhein-Westfalen höchstens 500 €.

(Norbert Schmitt (SPD): Die „Studiengebühr plus“! – Heiterkeit bei der SPD)

Dazu kommen in den meisten Bundesländern noch zusätzliche Ausnahmetatbestände. Nichts dergleichen steht in Ihrem Gesetzentwurf. Ich habe es am Anfang meiner Rede schon ausgeführt.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier eine Preisspirale in Kraft gesetzt werden soll, die die anderen Bundesländer dazu zwingt, ihre Gebühren allmählich anzuheben. Meine Damen und Herren, diese Art von Gebührenwettbewerb schadet dem Wissenschaftsstandort Deutschland. Sie wird dazu führen, dass die Gebühren langfristig weiter steigen und noch weniger Absolventinnen und Absolventen die Hochschulen erfolgreich verlassen.

Anstatt immer weitere Hürden für die Aufnahme eines Studiums zu schaffen, sollten Sie sich besser überlegen, wie man die Studienbedingungen in Hessen verbessern kann. Ihr Gesetzentwurf ist völlig verfehlt. Ich bitte Sie daher, unserem Antrag gegen die Einführung von Studiengebühren zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Frau Sorge. – Das Wort hat nun Frau Kollegin Beer für die Fraktion der FDP.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion ist für Studienbeiträge. Doch es gehört für uns zur Autonomie der Hochschulen, dass diese selbst entscheiden, ob, in welchem Studiengang und in welcher Höhe sie Studienbeiträge einführen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Der CDU-Vorschlag widerspricht nicht nur vollends dem Gedanken von Autonomie und Selbstverantwortung in den Hochschulen. Die CDU verhindert mit diesem Modell auch, dass zwischen den Hochschulen Wettbewerb entsteht, dass die Hochschulen ganz bewusst ihr Leistungsspektrum überprüfen, mit den Studierenden, Professoren und Mitarbeitern zusammen darüber diskutieren und ein Konzept entwerfen, wie sie das zusätzlich eingenommene Geld einsetzen wollen, und dass sie so weiter-

hin ihr Profil ausbilden und sich erfolgreich am Markt, sowohl national als auch international, platzieren können.

Die FDP ist für Studienbeiträge. Meine Damen und Herren, doch dies ist für uns untrennbar mit der Verpflichtung verbunden, zusätzliche Leistungen für die Studierenden anzubieten und die Studienbedingungen zu verbessern.

Das heißt für uns, wir wollen die Hochschulen verpflichten, die Studierenden in angemessener Zeit zum Abschluss zu bringen und ihr Beratungs- und Betreuungsangebot zu intensivieren. Das heißt auch, dass sie die Studienbeiträge dafür verwenden können, ein Stipendienwesen aufzubauen.

Die Erfüllung dieser Verpflichtung wird in unserem Modell regelmäßig überprüft. Wir sehen eine Evaluation unter Mitwirkung der Studierenden vor. Das heißt, dass sowohl die Mittelverwendung als auch das Ergebnis der Evaluation regelmäßig veröffentlicht werden. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dies bietet zum einen die Möglichkeit, Mängel aufzuzeigen und diese abzustellen. Das geht nach unserem Modell bis dahin, dass dann, wenn die Studienbedingungen nachweislich nicht verbessert wurden, auch eine Rückerstattung der gezahlten Studienbeiträge möglich ist. Zum anderen werden die Regelungen dafür sorgen, dass die Leistungen, die jede einzelne Hochschule im Wettbewerb erbringt, transparent gemacht werden, was wiederum für den Studierenden ein Anhaltspunkt dafür ist, welche der Hochschulen er sich aussucht. Das heißt, wir stärken an dieser Stelle die Nachfragekraft der jungen Leute.

Herr Kollege Siebel, ich bin mir ziemlich sicher, dass die Verbesserung der Studienbedingungen an unseren Hochschulen eher zu einer Verkürzung des Studiums und damit auch zu einer kürzeren Zeit der Belastung durch das Studium führen wird als zu einer Verlängerung.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Sie sehen also, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen: Das FDP-Modell unterscheidet sich deutlich vom CDU-Vorschlag.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt!)

Denn die CDU will lediglich flächendeckend Beiträge erheben, um die Unterfinanzierung der hessischen Hochschulen zu kaschieren. Sie sieht keinerlei Verpflichtung vor, dass die Studienbedingungen zu verbessern seien. Sie überprüft nicht, ob diese Verpflichtung eingehalten wird, und sie macht auch nicht transparent, was mit den eingenommenen Geldern passiert. Letztendlich bleibt es im Modell der CDU auch ohne Konsequenz, wenn nichts passiert, wenn also nur Geld eingenommen wird, ohne dass sich die Leistung verbessert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Somit ist für uns auch klar, dass beim CDU-Modell nicht sichergestellt ist, Herr Minister, dass die eingenommenen Studienbeiträge nicht über kurz oder lang auf die Grundfinanzierung der Hochschulen angerechnet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Im FDP-Modell hingegen ist abgesichert, dass die Studienbeiträge da, wo sie erhoben werden, aber auch die Langzeitstudiengebühren und die Verwaltungsgebühren vollständig – ich betone: vollständig – bei den Hochschulen als zusätzliche Mittel verbleiben, also on top, zusätzlich zur Grundfinanzierung des Staates.

Nach dem FDP-Modell ist die Grundfinanzierung, also der größte Batzen an Geld, den die Hochschulen bekommen, nach wie vor aus Steuermitteln sicherzustellen. Das liegt daran – da teile ich die Auffassung der Kollegen von der SPD und den GRÜNEN –, dass Bildung, auch Bildung im Hochschulbereich, nach unserer Meinung weiterhin eine öffentliche Aufgabe ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Aber, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der SPD, die FDP präsentiert an dieser Stelle ein ausgewogenes und vor allem in sich geschlossenes Konzept. Denn wir schlagen Ihnen mit unserem Antrag vor, die Grundfinanzierung über Bildungsgutscheine als Nachfragemodell zu organisieren. Dies hätte zwei Wirkungen zur Folge. Zum einen würden die Studierenden das Geld, das die Hochschulen für das Studium in den verschiedenen Fächern einnehmen möchten, in die Hand bekommen. Das heißt, ihnen würde eine wahre Nachfragemacht gegeben, die wiederum auch zu einer Leistungssteigerung an den Hochschulen führen würde.

Zum anderen sieht unser Modell, Herr Kollege Siebel, schon seit Jahren den von Ihnen eben angesprochenen Hochschulfinanzausgleich vor. Denn es ist ja richtig, dass wir als Hessen z. B. reihenweise junge Leute aus Bayern, aus Baden-Württemberg oder aus Schleswig-Holstein ausbilden, weil es sich die dortigen Bundesländer einfach machen und nicht die nötigen Kapazitäten für ihre Landeskinder an den Hochschulen vorhalten.

Das heißt aber, dass wir mit dem Modell der Bildungsgutscheine auch den Wettbewerb unter den Hochschulen weiter stimulieren würden und gleichzeitig bundesweit zu einer gerechteren Verteilung kämen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mache ich Ihnen auch den Vorschlag, dass wir, nachdem nun auch andere Bundesländer – siehe Herr Zöllner – das FDP-Bildungsgutscheinmodell entdeckt haben, einmal einen Modellversuch zwischen zwei, drei, vielleicht auch vier Bundesländern – unserer Meinung nach würden sich hier Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen anbieten – initiieren sollten, solch einen Hochschulfinanzausgleich untereinander zu organisieren. Dies hätte gleichzeitig den Vorteil, dass die privaten Hochschulen gleichberechtigt neben den staatlichen einbezogen würden. Denn selbstverständlich könnten die Studierenden die Bildungsgutscheine nach freier Wahl der Hochschule auch an privaten Institutionen einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Aber zurück zu dem Thema der Studienbeiträge. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Modell, das wir als FDP Ihnen vorschlagen, ist unserer Meinung nach sozial ausgewogen. Denn auch wenn wir für Studienbeiträge sind, machen wir uns Gedanken darüber, wie wir es jedem Studierenden ermöglichen können, ein Studium ohne eine Hürde aufzunehmen, Herr Kollege Siebel. Denn nach unserem FDP-Modell kommt es nicht auf die aktuelle Finanzlage des Studierenden an. Es kommt auch nicht auf die Finanzlage seiner Eltern oder sonstiger Unterhaltspflichtiger an, sondern wir stellen mit unserem Modell auf die Leistungsfähigkeit des fertigen Akademikers ab.

Sie können mir abnehmen, dass wir in der Fraktion eine sehr ausgiebige Diskussion hatten, welche Hürden die Einführung von Studienbeiträgen eventuell bedeutet. Ich nehme auch die Hinweise sehr ernst, dass sich möglicher-

weise gar keine tatsächliche, aber eine psychologische Hürde ergeben könnte,

(Norbert Schmitt (SPD): Mindestens das!)

sich wegen Studienbeiträgen in der Studienzeit zu verschulden. Ich glaube aber, dass es uns mit unserem FDP-Modell gelungen ist, diese Hürde zu nehmen, indem wir in unserem Modell eine Vielzahl von Befreiungen von den Studienbeiträgen, z. B. wegen minderjähriger Kinder, z. B. wegen Krankheit und Behinderung, z. B. wegen ehrenamtlichen Engagements, mit der Möglichkeit kombinieren, ein Darlehen in Anspruch zu nehmen, das ohne Bonitätsprüfung und ohne Sicherheiten jeder in Anspruch nehmen kann, der ein Studium aufnehmen will, sodass jeder die Möglichkeit hat, die Finanzierung der Studienbeiträge auf einen Moment nachzulagern, wo er nach Arbeitsaufnahme finanziell leistungsfähig ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir sehen zusätzlich einen Rückzahlungserlass für die Fälle vor, dass jemand trotz Studiums nach Arbeitsaufnahme oder aufgrund von Arbeitslosigkeit oder aufgrund von Kindererziehung nicht in der Lage ist, die Darlehen zurückzuzahlen, oder dass er aufgrund nachgewiesener besonders guter Leistungen im Studium einen sozialen Erlass bekommen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daher glaube ich, dass wir die Hürde – auch die psychologische Hürde – im Zusammenhang mit Studienbeiträgen mit einem solchen Modell nehmen können. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass zu einem sozial gerechten Modell auch ein angemessener Eigenbeitrag der Studierenden gehört. Wir als FDP – ich habe es dargestellt – sehen nach wie vor vor, dass der Großteil der Hochschulfinanzierung aus Steuermitteln erfolgen soll. Ich halte das für richtig, weil auch die Gesellschaft einen Vorteil, einen gesellschaftlichen Nutzen von ausgebildeten Akademikern hat.

Den Kritikern von Studienbeiträgen gebe ich aber zu bedenken, dass die Akademikerausbildung von einer großen Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen wird, die einen Beruf erlernen, ohne dass sie ein Studium in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Wer solch einen persönlichen Nutzen davon hat, dass ihm die Gesellschaft eine hochwertige Ausbildung zur Verfügung stellt, sollte meines Erachtens im Nachhinein auch einen angemessenen eigenen Beitrag nach einer Ausbildung leisten. Ich hoffe sehr, dass wir dann in Deutschland endlich dazu kommen, eine Ausbildung als eine persönliche Investition in die eigene Zukunft zu sehen. Denn sofern der fertige Akademiker nach seinem Studium finanziell in der Lage ist, sollte er in meinen Augen auch etwas von dem, was ihm die Gesellschaft ermöglicht hat, an die Gesellschaft zurückgeben.

(Beifall bei der FDP)

Gleichzeitig – ich glaube, dieses Thema ist in der Debatte bis jetzt viel zu kurz gekommen – setzen wir uns als FDP für den Ausbau des Stipendienwesens in Hessen ein. Es ist richtig, dass es bislang einige Möglichkeiten gibt, Stipendien zu erhalten; ich erwähne nur die Studienstiftung des deutschen Volkes oder die verschiedenen parteinahen Stiftungen. Auch gibt es Bildungsfonds und ähnliche Einrichtungen. Doch wir müssen sehr selbstkritisch feststellen, dass wir im Vergleich zu den USA oder auch zu

Großbritannien nur ein sehr unterentwickeltes Stipendensystem haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Daher sehen wir ganz explizit vor, dass die Einnahmen aus den Studienbeiträgen von den Hochschulen auch zum Aufbau eines Stipendienwesens eingesetzt werden können. Wir stellen uns vor, dass dies z. B. ergänzend mit Unterstützung der verschiedenen Vereine der Freunde und Förderer an den jeweiligen Hochschulen geschehen sollte.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Ich sage aber dazu, dass es unserer Meinung nach ganz eindeutig auch Aufgabe der Wirtschaft ist, sich am Aufbau eines tragfähigen Stipendienwesens in unserem Land zu beteiligen.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zu einem Fazit. Wer trotz der angespannten Haushaltslage messbar etwas für die Steigerung der Qualität der Ausbildung an unseren Hochschulen tun will, kommt nicht darum herum, die Erhebung von Studienbeiträgen zu ermöglichen. Die Entscheidung hierüber hat aber bei den Hochschulen zu erfolgen. Diese müssen verpflichtet werden, die Studienbedingungen nachweisbar zu verbessern und die Mittelverwendung sowie das Ergebnis der Evaluation öffentlich zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn man das mit einem Darlehen, so wie wir es vorschlagen, zur nachgelagerten Finanzierung der Beiträge kombiniert und es Bildungsgutscheine für einen fairen Wettbewerb zwischen den Hochschulen gibt, ergibt sich ein rundum ausgewogenes Modell, das dem Vorschlag der CDU weit überlegen ist. Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, das verdeutlicht auch das, was wir derzeit auf dem Schlossplatz erleben.

Herr Corts, ich hatte am Wochenende Gelegenheit, mit Ihrem Kollegen, Herrn Minister Prof. Pinkwart aus Nordrhein-Westfalen zu reden. Er schilderte mir, dass es in Nordrhein-Westfalen bei Verabschiedung des dortigen Gesetzentwurfs zur Erhebung der Studiengebühren gerade einmal 40 Demonstranten – bei 470.000 Studierenden – vor dem Landtag gegeben habe.

(Michael Boddenberg (CDU): Hier sind es auch nicht viele!)

Herr Minister, nachdem Sie Ihren Referentenentwurf vorgelegt haben, haben wir in Hessen die Situation, dass auf dem Schlossplatz schon 40 Mannschaftswagen der Polizei stehen müssen, um der Demonstranten, die erwartet werden, Herr werden zu können. Für mich bleibt da nur, zu hoffen, dass die Mitglieder der CDU-Fraktion noch umdenken und sich dem Modell der FDP anschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Beer, vielen Dank. – Das Wort hat Frau Abg. Kühne-Hörmann für die Fraktion der CDU.

#### **Eva Kühne-Hörmann (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich damit beginnen, etwas zu dem zu sagen, was Herr Siebel gesagt hat. Lassen Sie mich dabei auch einige unwahre Behauptungen abräumen.

Herr Siebel, ich komme zu Ihrer ersten Behauptung. Der Geldbeutel entscheidet nicht über die Ausbildung, die jemand erhält. Das ist eine Behauptung, die auch bei den Mitgliedern der CDU gilt. Das belegt auch der vorgelegte Gesetzentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme zur zweiten Aussage. Sie lautet: Zu Regierungszeiten der SPD waren wir weiter. – Ich kann mich da wirklich nur kaputt lachen.

(Gerhard Bökel (SPD): Bitte tun Sie das nicht! Das wollen wir nicht!)

Sie erinnern sich nicht mehr daran, dass die Hochschulen kaputtgespart wurden. Wissenschaftsministerinnen kamen früher heulend aus den Haushaltsberatungen. An der Universität in Gießen gab es, durch die rot-grüne Regierung bedingt, einen Sanierungsstau. Fast hätten wir die Universitätskliniken in Gießen und Marburg nicht mehr auf die Beine bekommen. Es war die CDU, die die Privatisierung vorangetrieben hat. Herr Siebel, das sind die Baustellen, die Ihre Partei hinterlassen hat. Trotzdem haben Sie sich hierhin gestellt und behauptet: Wir waren weiter. – Das ist wirklich lächerlich.

(Beifall bei der CDU)

Weil wir heute über die Erhebung von Studiengebühren diskutieren, will ich daran erinnern, wie es überhaupt dazu kam. Der Wahrheit halber muss man sagen, dass es Frau Bulmahn war, die versucht hat, vor dem Bundesverfassungsgericht ein generelles Verbot der Erhebung von Studiengebühren durchzusetzen. Mit diesem Versuch ist sie kläglich gescheitert. Wir haben das immer vorhergesagt. Wir sind froh, dass sie mit diesem Versuch kläglich gescheitert ist. Dadurch haben die Länder heute die Möglichkeit, die Erhebung von Studiengebühren einzuführen. Herr Siebel, auch das ist auf der ganzen Linie eine Niederlage der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will jetzt darauf hinweisen, dass es in der SPD auch Reformer gibt. Aber solche gibt es nicht in Hessen.

Beispielsweise gibt es in der SPD Reformer, die sich für die Einführung von Studiengebühren ausgesprochen haben. Dazu zählt – das will ich sagen – Frau Ute Vogt aus dem Land Baden-Württemberg. Sie sagte Folgendes – ich zitiere –:

Man muss Solidarität auch einfordern, und zwar nicht nur von Stärkeren, sondern auch von denen, die unterstützt wurden und denen es dann wieder besser geht. Das gilt ganz allgemein. Warum sollte es z. B. nicht möglich sein, Leuten, die nach einem Studium im Beruf erfolgreich sind, rückwirkend eine Leistung für ihren gebührenfreien Besuch der Universität abzufordern?

(Andrea Ypsilanti (SPD): Nein, das machen wir nicht!)

Für mich ist eine solche Überlegung kein Schreckgespenst mehr. Damit könnte man der Gesellschaft

etwas von dem zurückgeben, was man von ihr erhalten hat.

Das sagte Ute Vogt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das ist nicht unsere Auffassung!)

Der ehemalige – –

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Weitere Zurufe)

– Herr Al-Wazir, auf Ihre Partei komme ich auch noch zu sprechen. Auch in Ihrer Partei gibt es ein paar vernünftige Leute. Zu denen gehören Sie aber nicht.

(Beifall bei der CDU – Gerhard Bökel (SPD): Ui!)

Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag von Baden-Württemberg, Herr Drexler, hat Folgendes gesagt:

Ich halte nachlaufende Gebühren für sinnvoll, wenn das Geld tatsächlich den Hochschulen zur Verfügung steht.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Hören Sie doch zu. Sie verstehen das doch nicht, wenn Sie selbst reden. Beides gleichzeitig geht nicht. Das lernt man schon in der Schule. Aber das scheint bei Ihnen auch schief gegangen zu sein.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Ui, ui, ui!)

Ich zitiere weiter:

Ich hatte schon früher eine etwas andere Meinung als die Mehrheit meiner Fraktion. Allmählich denken viele meiner Kollegen um.

(Michael Siebel (SPD): Frau Kühne-Hörmann, bei Ihnen muss die Not groß sein!)

Ich will noch ein weiteres prominentes Beispiel von Mitgliedern der SPD nennen. Es betrifft Herrn Matschie, den ehemaligen – –

(Zuruf)

– Herrn Schmitt, den kennen Sie kaum noch.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Gerhard Bökel (SPD): Doch, das ist der Mann aus Thüringen!)

Die Vernünftigen wurden bei Ihnen schnell abgemeiert. Das ist die Strategie in der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Matschie, ehemals Staatssekretär bei Frau Bulmahn, hatte in den Bundestag ein Papier der jungen Abgeordneten eingebracht. In diesem Strategiepapier sprachen sie sich für die Erhebung von Studiengebühren aus. Nachlaufende Studiengebühren wurden dort richtig begrüßt.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das darf man bei uns! – Norbert Schmitt (SPD): Unsere Position wird heute hier diskutiert!)

Ich möchte Ihnen jetzt noch verraten, wer dieses Papier auch unterschrieben hat. Dieses Papier wurde von Sigmar Gabriel mit unterschrieben.

(Clemens Reif (CDU): Oh!)

Vielleicht ist auch er einer derjenigen, die sich heute kaum noch daran erinnern können.

Ich will damit Folgendes sagen: Wenn man in die Reihen der hessischen SPD guckt, findet man keinen Einzigen, der ein Reformler ist.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie sind diejenigen, die Reformen ablehnen und dann den Reformen hinterherlaufen müssen. Das betrifft die Privatisierung der Klinika. Das betrifft die Studiengebühren. Das betrifft die Freiheit der Hochschulen und deren Finanzierung. Immer sind Sie in der SPD bei den Ewiggestrigen. Das schadet unserem Land.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP) – Norbert Schmitt (SPD): Wenn soziale Gerechtigkeit von vorgestern ist, dann möchte ich gerne von vorgestern sein!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Schmitt, jetzt spreche ich. Ich bitte um etwas Ruhe. – Frau Kollegin, gestatten Sie Zwischenfragen?

(Gerhard Bökel (SPD): Was ist eine Reform? Wer ist ein Reformler?)

#### **Eva Kühne-Hörmann (CDU):**

Nein. – Jetzt will ich darauf zu sprechen kommen, dass es auch bei den GRÜNEN vernünftige Leute gibt. Herr Al-Wazir wollte das nicht glauben. Natürlich gibt es auch bei den GRÜNEN vernünftige Leute. Der Herr Minister hat vorhin Herrn Berninger genannt. Auch er hat sich eindeutig geäußert. Aber ich will noch jemanden anführen, die etwas näher an diesem Thema dran ist. Das ist Anna Lührmann. Sie ist immerhin noch Studentin. Sie hat in der „Zeit“ gesagt, sie betrachte die Erhebung von Studiengebühren als sinnvoll, wenn das zu einer Verbesserung der Studienbedingungen führen würde.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau das ist bei Ihnen aber nicht der Fall!)

Sie sagt, sie könne sich gut vorstellen, dass die Grundfinanzierung so funktioniert, wie es heute der Fall ist, und dass die Studierenden dann nach Abschluss des Studiums zurückzahlen. Das sagte Anna Lührmann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ebenso äußerte sich Fritz Kuhn. Er sagte, Studiengebühren seien ein Instrument, den Reformprozess voranzubringen. Frau Sorge, auch die GRÜNEN in Baden-Württemberg haben darauf anders als Sie reagiert.

(Gerhard Bökel (SPD): Ihre Zitatensammlung ist richtig perfekt! – Norbert Schmitt (SPD): Jetzt sagen Sie einmal Ihre eigene Meinung!)

Auch dort gibt es Reformler, die den Prozess für die Hochschulen voranbringen wollen.

Wir führen heute eine Debatte über einen Antrag der SPD-Fraktion und um Anträge der drei anderen Fraktionen.

Die Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt und ihn in den ersten Kabinettdurchgang eingebracht. Sie hat diesen Gesetzentwurf, dieses Modell für Hessen, auf Internetseiten eingestellt. Dazu kann ich nur lobend sagen: Sie hat damit für Transparenz gesorgt. – Zusätzlich wurde

eine E-Mail-Adresse freigeschaltet, unter der jede eingehende Frage beantwortet wird.

Herr Corts hat schon darauf hingewiesen: Zusätzlich wurde durch eine Broschüre frühzeitig informiert. – Transparenter kann man es nicht machen.

Ich erkläre hier: Wir, die Mitglieder der CDU-Fraktion, halten es für den richtigen Weg, den Gesetzentwurf möglichst schnell in das parlamentarische Verfahren einzubringen, damit er sachlich beraten werden kann und viele Gerüchte und Mutmaßungen aus dem Weg geräumt werden können.

Folgendes ist mir wichtig: Die Einnahmen aus den Studienbeiträgen werden allein den Hochschulen zugute kommen.

(Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Es wird geschätzt, dass Einnahmen in Höhe von rund 150 Millionen € anfallen werden. Diese Einnahmen werden ausschließlich zur Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen verwendet werden dürfen. Die von den Studierenden gezahlten Beiträge kommen ihnen selbst direkt zugute. Denn die Betreuungintensität wird verbessert werden. Die Studenten beklagen häufig, dass dort einiges im Argen liege. Dadurch werden sich die Studienzeiten verkürzen. Eine geringere Abbruchquote wird die Folge sein.

Herr Siebel, ich will an dieser Stelle darauf hinweisen, dass gerade für diejenigen, die aus einkommensschwächeren Familien stammen, ein langes, ineffizientes Studium nicht bezahlbar ist. Jedes Semester, das ein Studium länger dauert, weil es an dieser Hochschule schlecht strukturiert ist, benachteiligt genau diejenigen, die jeden Monat und jedes Semester ihre Lebenshaltungskosten aufbringen müssen. Das ist unsozial. Das werden wir ändern.

(Beifall bei der CDU)

Was wird das Ergebnis sein? Die finanziellen Aufwendungen jedes einzelnen Studierenden werden insgesamt reduziert werden. Denn die Quote der Abbrecher wird sinken, und die Studienzzeit wird verkürzt werden. Das wird insgesamt zu einer Kosteneinsparung führen.

Ich bin froh, dass in der Debatte, die wir jetzt führen, auch darüber geredet wird, wie viel die einzelnen Studiengänge kosten. Der Herr Minister hat es schon gesagt: Insgesamt kommen den hessischen Hochschulen jährlich 1,2 Milliarden € zugute. Die einzelnen Studiengänge sind aber unterschiedlich teuer.

Das Studium der Sozialwissenschaften kostet pro Person 25.000 €, ein Studium der Ingenieurwissenschaften an den Universitäten kostet 80.000 €. Bei Medizin und Zahnmedizin sind es ca. 150.000 €.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die einzelnen Studiengänge in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich teuer sind. Konkret bedeutet das, dass die Steuerzahler für einen Zahnarzt 150.000 € bezahlt haben. Ein Ingenieur, der das wissenschaftlich studiert hat, hat bis zur Beendigung seines Studiums Leistungen im Umfang von 80.000 € aus Steuermitteln erhalten. Ein Sozialwissenschaftler hat 25.000 € aus Steuermitteln erhalten.

Das bedeutet aber auch, dass jedes Semester, das zusätzlich ohne Abschluss studiert wird, den Steuerzahler erheblich Geld kostet.

Das sind beträchtliche Summen. Ich habe den Eindruck, dass sich die meisten Studierenden dieses Sachverhalts nicht bewusst sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist eine peinliche Rechnerei, die Sie hier vorführen!)

Angesichts dieses finanziellen Engagements der Bevölkerung für ihre Akademiker könnte man wahrlich mehr Dank erwarten.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollen dafür danken, dass sie zahlen müssen? – Zuruf von der CDU: Was hat das Studium des Herrn Al-Wazir gekostet?)

Es ist inzwischen mein Eindruck, dass es lediglich eine Selbstverständlichkeit ist, die hingenommen wird. Ich sage ganz deutlich: Es ist nicht selbstverständlich, sondern es ist eine besondere Leistung.

(Unruhe)

In Anbetracht der Proteste, die jetzt laut werden, könnte man den Eindruck gewinnen, die Studierenden müssten ihr Studium komplett selbst bezahlen. Das hieße für einen zukünftigen Zahnarzt, dass er 150.000 € bezahlen müsste. Bei zehn Semestern und dem jetzigen System würde er für sein Studium – ohne sonstige Vergünstigungen – einen Eigenbeitrag von 5.000 € bezahlen. Das heißt, die Allgemeinheit würde mit 145.000 € noch immer die Grundfinanzierung tragen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Zahnarzt studiert aber länger als zehn Semester!)

Man muss sich einmal klarmachen, dass das ein Solidaritätsbeitrag ist; denn das Studium eröffnet die Aussicht auf einen Arbeitsplatz mit überdurchschnittlichem Gehalt und unterdurchschnittlichem Risiko, arbeitslos zu werden.

Derzeit stellt sich die Situation wie folgt dar – Herr Siebel, da bin ich beim Gerechtigkeitsgedanken –: Der überwiegende Bevölkerungsanteil, die Nichtakademiker, zahlt durch Steuern das Studium der Akademiker, die dann ein entsprechend höheres Gehalt erzielen können. Meine Damen und Herren, das allein ist jedenfalls im Sinne der Gerechtigkeit – wie Sie das von der SPD sagen – so nicht zu vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig zahlen andere Auszubildende für ihre Prüfungen eigene Leistungen. Ich nenne nur die Meisterprüfung, die ca. 10.000 € kostet, oder die Fachschulen für Physiotherapeuten, die ebenfalls selbst bezahlt werden müssen. Die Ungerechtigkeit besteht darin, dass einkommensschwächere Familien, aus denen noch immer zu wenige Kinder studieren, das Studium der Kinder, die aus einkommensstärkeren Familien kommen, komplett finanzieren. Die Studienbeiträge sind eine Investition in die eigene berufliche und damit wirtschaftliche Zukunft. Herr Siebel, das ist ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Abwegig!)

und deswegen ist das, was Sie hier erzählen, eine glatte Volksverdummung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Herr Minister hat darauf hingewiesen, dass es zahlreiche Ausnahmeregelungen gebe, die sowohl Familien- als auch Urlaubs-, Praxis- und Auslandssemester ausnehmen sowie Krankheitsfälle, Härtefallregelungen der Universitäten und Hochbegabte berücksichtigen würden. Es gibt also viele individuelle Ausnahmeregelungen, die dazu führen, dass es eine soziale Struktur gibt.

Uns kommt es darauf an, dass in Hessen jeder studieren kann. Das kann nach dem Gesetzentwurf, den die Regierung ins Verfahren gebracht hat, jeder. Es kann auch jeder studieren, ohne diese Beiträge zu bezahlen. Sie müssen erst zurückgezahlt werden, nachdem jemand eine Tätigkeit aufgenommen hat, die dazu führt, dass auch abgezahlt werden kann. Das ist einer der sozialsten Entwürfe, den ich in Bezug auf das Studium kenne.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben auch noch nicht viel gesehen! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was haben Sie denn gesehen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen werden wir die Studiengebühren auch in Hessen einführen.

Ich will noch darauf zu sprechen kommen, dass die Marburger Stadtautobahn blockiert worden ist. Ich habe der Presse entnommen, dass der Herr Kollege Spies an dieser Blockade teilgenommen habe. Herr Kollege Spies, wenn es stimmt, dass Sie an der Blockade in Marburg teilgenommen haben, dann halte ich das für höchst bedenklich, weil damit der Tatbestand der Nötigung erfüllt sein könnte.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Seien Sie vorsichtig mit falschen Beschuldigungen!)

Als Abgeordnete haben wir die Pflicht, an der Rechtstreue keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen. Herr Kollege Spies, das haben Sie getan.

(Norbert Schmitt (SPD): Das haben wir bei dem Schwarzgeldskandal gesehen! Die Rechtstreue der hiesigen CDU haben wir gesehen!)

Die „Frankfurter Neue Presse“ berichtet, dass bei den Studierenden in Bezug auf ihre Proteste inzwischen ein Umdenken stattgefunden habe.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ach ja? – Norbert Schmitt (SPD): Gehen Sie doch einmal vor die Tür!)

Ich zitiere aus dem Artikel der „Frankfurter Neuen Presse“ vom 16.05.2006:

Vorlesungsboykott und Studentenstreik wie in den vergangenen Jahrzehnten halten viele nicht mehr für ein taugliches Mittel. ... viele Studierende hätten gemerkt, dass sie mit Boykott und Streik nicht viel weiter gekommen seien, „sich aber ins eigene Fleisch schneiden“.

(Ulrike Gottschalck (SPD): Der Zeitungsartikel geht aber noch weiter!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Sinne werbe ich um eine sachliche Beratung, damit unsere hessischen Hochschulen im Wettbewerb mithalten können und hessische Absolventen auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen haben.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Das war mehr Beifall als für den Minister!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe jetzt drei Meldungen für Kurzinterventionen vorliegen. Wir beginnen mit Frau Kollegin Wagner. – Bitte schön.

#### **Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Frau Kühne-Hörmann, Sie haben eingefordert, dass man sich hier als Reformler, als gerecht denkender Mensch und als vernunftbegabt darstellen sollte. Das will ich tun. Mein Lebensweg, der mich an dieses Rednerpult des Hessischen Landtags geführt hat, wäre mit Schulgeld und Studiengebühren anders verlaufen. Die Hessische Verfassung hat es mir mit dem Gebot der Gebührenfreiheit ermöglicht, als Tochter einer verwitweten Schneiderin das Gymnasium zu besuchen, als erstes Mädchen eines Dorfes Abitur zu machen und erfolgreich ein Studium abzuschließen.

Frau Kühne-Hörmann, ich nehme für mich in Anspruch, dass ich als Politikerin in diesem Land Reformen insbesondere an den Hochschulen eingeleitet habe und dass ich nicht zu Dank verpflichtet bin, da ich mir auf meinem Lebensweg wirklich vieles erarbeitet habe. Ich sage Ihnen aus eigener Erfahrung – anders als meine Fraktion –, dass ich Studiengebühren aus verfassungsrechtlichen Gründen, aus sozialpolitischer und bildungspolitischer Verantwortung für das Erststudium ablehne.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich respektiere die Argumente anderer Kollegen und insbesondere das Modell meiner FDP-Fraktion, die die Option freier Entscheidungen autonom handelnder Hochschulen vertritt und die die Gebühren von Studierenden zur Qualitätssteigerung an Hochschulen verwendet wissen will.

Meine Damen und Herren von der Regierung, es bleibt dabei: Es gibt nicht nur ein Gerechtigkeitsmodell, sondern eine Abwägung darüber, ob junge Eltern überhaupt Eltern werden, ob sie von der schwarz-roten Koalition in Berlin weiterhin steuerlich belastet werden, ob sie weiterhin Kindergartengebühren und zusätzlich Studiengebühren bezahlen müssen, ohne dass die 2-prozentige Möglichkeit eines Stipendienwerbs besteht. Ich sage Ihnen daher: Ich will aus Gerechtigkeitsgründen für das Erststudium keine Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ich darf Frau Kollegin Kühne-Hörmann darauf hinweisen, dass sie die Möglichkeit hat, entweder zu jedem Punkt zu antworten oder nachher in der Summe, aber auch nur in zwei Minuten. Das entscheiden Sie. – Das Wort hat Frau Kollegin Sorge zu einer Kurzintervention.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Zuerst möchte ich kurz sagen, dass ich es vonseiten der CDU-Fraktion für eine ziemliche Unverschämtheit halte, bei der Rede der Kollegin Wagner so laut zu murmeln und ihr nicht zuzuhören. Sie wissen alle, dass es wirklich kein leichtes Unterfangen ist, gegen seine Fraktion eine Position vertreten zu müssen oder zu wollen. Ich finde, dass es ein Gebot des Respekts ist, ihr aufmerksamer zuzuhören.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Das muss gerade ein Mitglied der GRÜNEN sagen!)

Nun aber zu meiner Kurzintervention. Frau Kollegin Kühne-Hörmann, Sie sagen, der Geldbeutel entscheide in Hessen nicht über den Bildungserfolg. Das ist wirklich die größte Unwahrheit, die Sie hätten verbreiten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kennen alle die Studien. Es geht nicht darum, dass wir die Politik der Landesregierung angreifen, sondern wir wissen seit PISA doch alle, dass der Bildungserfolg in Deutschland – und zwar sehr viel stärker als in anderen Industrienationen – extrem vom Geldbeutel der Eltern bzw. der Herkunftsfamilie abhängig ist. Wir wissen, dass das bei dem Abitur schon der Fall ist und dass sich das bei den Hochschulen noch einmal verschärft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deswegen bedarf es der Anstrengung aller, dass wir diese Chancenungleichheit beseitigen bzw. schmälern und dass wir uns anstrengen, es hinzubekommen, dass auch Menschen aus bildungsfernen Schichten oder aus Familien mit Migrationshintergrund bei gleicher Eignung dieselben Chancen haben, ein Abitur oder Hochschulstudium zu absolvieren.

Dann schaue ich mir das Gesetz an. Sie reden immer wieder davon, dass es sozial gerecht sei und dass es sich um nachgelagerte Studiengebühren handle. Ich möchte noch einmal klipp und klar sagen, dass das bei diesem Gesetzentwurf überhaupt nicht der Fall ist. Wir haben es hier mit der Einführung von ganz klassischen Studiengebühren zu tun. Für diejenigen, die sich die Studiengebühren momentan nicht leisten können, für die Papa oder Mama morgens nicht den Scheck auf den Küchentisch legen, gibt es die Möglichkeit, ein Darlehen aufzunehmen, was eine enorme Verschuldung mit sich bringt und wahrscheinlich eher diejenigen vom Studium abhalten wird, die das Geld von zu Hause eben nicht mitbekommen. Ich glaube, dass Sie hier wirklich einen großen Fehler begehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist um.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das ist genau der falsche Weg, in Deutschland die Chancengerechtigkeit wieder herzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort zu einer Kurzintervention hat Frau Kollegin Beer.

**Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident! Frau Kollegin Kühne-Hörmann, da Sie vorhin keine Zwischenfragen zugelassen haben, nutze ich jetzt die Gelegenheit, zwei Punkte aufzuzeigen, die uns als FDP sehr wichtig sind und bei denen ich glaube, dass das CDU-Modell nicht das einhält, was es verspricht.

Zum einen haben Sie hier sehr breit davon gesprochen, dass Sie die Autonomie der Hochschulen respektieren wollen. Dann stelle ich die Frage: Wenn Sie die Autonomie der Hochschulen so hoch halten, wieso überlassen Sie es dann nicht den Hochschulen, zu entscheiden, ob, für welchen Studiengang und in welcher Höhe sie Studienbeiträge erheben wollen?

Sie haben davon gesprochen, dass auch Ihr Modell dazu dienen soll, Gelder einzunehmen, um die Studienbedingungen zu verbessern. Doch wenn Sie die Studienbedingungen wirklich nachhaltig verbessern wollen, warum sieht Ihr Modell nicht vor, dass die Verpflichtung den Hochschulen auferlegt wird und dass die Erfüllung dieser Verpflichtung unter Mitwirkung der Studierenden überprüft wird und bei Nichterfüllung Konsequenzen vorgesehen werden?

Ich glaube, die Tatsache, dass diese beiden Bereiche, die ich eben angesprochen habe, nicht vorgesehen sind, legt den Schluss nahe, dass Sie nur Gelder erheben wollen, um die Löcher an den hessischen Hochschulen zu stopfen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Wir haben vier Anträge vorliegen, und wir kommen zum Verfahren. Ich gehe davon aus, dass über Punkt 45 abgestimmt wird. Sollen die anderen Anträge dem Ausschuss überwiesen werden?

(Reinhard Kahl (SPD): Dann alles abstimmen!)

– Über alle abstimmen, alles klar. – Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe Punkt 43 auf, Antrag der Fraktion der SPD, Drucks. 16/5543. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit stelle ich fest, dass dieser Antrag bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ablehnung durch die Fraktionen der CDU und der FDP abgelehnt worden ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 45 auf, Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend keine Studiengebühren in Hessen, Drucks. 16/5547. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit stelle ich fest, dass dieser Antrag bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ablehnung durch die Fraktionen der CDU und der FDP abgelehnt worden ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 75 auf, Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Drei-Säulen-Modell zur Qualitätsverbesserung und Stärkung der Finanzautonomie an den hessischen Hochschulen, Drucks. 16/5591. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit stelle ich fest, dass dieser Antrag bei Zustimmung der Fraktion der FDP, Ablehnung durch die Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Kollegin Ruth Wagner abgelehnt worden ist.

Tagesordnungspunkt 77, Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend Studienbeiträge dienen der weiteren Qualitätsverbesserung der Lehre und der Studienbedingungen, Drucks. 16/5594. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und Ablehnung durch die übrigen Fraktionen des Hauses mehrheitlich so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 16** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend umsichtige und nachhaltige Umweltpolitik in Hessen – Drucks. 16/5414 –**  
zusammen mit **Punkt 31:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend fehlende nachhaltige Umweltpolitik schwächt den Standort Hessen – Drucks. 16/5509 –**

Die antragstellende Fraktion zu Tagesordnungspunkt 16, die Fraktion der CDU, hat das Wort. Ich erteile es Frau Kollegin Apel. Die Redezeit beträgt 15 Minuten.

**Elisabeth Apel (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Hessische Landesregierung hat mit der vorgelegten Zwischenbilanz zur Umweltpolitik der Legislaturperiode von 2003 bis 2008 eine beeindruckende Bilanz ihrer bisherigen Umweltpolitik vorgelegt, die in allen Bereichen die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges dokumentiert. Nachhaltigkeit zum Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und Erhalt der Umwelt sind Teil des Selbstverständnisses gerade konservativer Parteien. Konservativ – vom lateinischen „conservare“, also bewahren – stellt keine Umweltfeindlichkeit dar, wie es immer wieder gerne von den Damen und Herren der Opposition zu konstruieren versucht wird.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch!)

Unsere Politik ist vielmehr darauf ausgerichtet, verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Umweltressourcen und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes gleichermaßen zu fördern. Nur wenn ökologische Ziele unter gleichzeitiger und gleichwertiger Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Belange verfolgt werden, sind Nachhaltigkeit und Akzeptanz in Umwelt- und Naturschutz am ehesten zu erreichen und fußt die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes auf einem sicheren Fundament.

Die derzeitige rasante wirtschaftliche Entwicklung in vielen Schwellenländern dieser Erde mit allen ihren wachsenden Problemen im Umweltbereich macht deutlich, dass wirtschaftliche Entwicklung ohne angemessene Be-

rücksichtigung ökologischer Belange auf Sand gebaut ist und erhebliche Folgeschäden verursacht, die, wenn überhaupt, nur durch erhebliche finanzielle Anstrengungen kompensiert werden können. Wirtschaftliche Entwicklung ohne Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutz ist ebenso zum Scheitern verurteilt wie einseitig überzogene Umweltauflagen, die wettbewerbsverzerrend und damit wirtschaftskraftzerstörend wirken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Naturschutz- und Umweltpolitik ist jedoch nicht allein an Finanzmitteln festzumachen. Vielmehr muss Umwelt- und Naturschutzpolitik verlässlich sein und transparente, nachvollziehbare und wettbewerbsgleiche Rahmenbedingungen setzen. Dazu müssen übergeordnete Rechtsbereiche konsequent 1 : 1 umgesetzt und gesetzliche Auflagen gleichwertig angewandt werden.

Meine Damen und Herren, diesen Grundsätzen folgt die Umwelt- und Naturschutzpolitik dieser Landesregierung in vorbildlicher Weise und mit bemerkenswerten Erfolgen. Lassen Sie mich hier exemplarisch auf einige Bereiche eingehen.

Seit etwas mehr als zwei Jahren hat Hessen seinen ersten Nationalpark, und das mit und nicht gegen die Bevölkerung,

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein paar Jahre zu spät!)

weil Naturschutz- und Umweltpolitik von uns in partnerschaftlichem Miteinander mit Betroffenen statt mit staatlicher Bevormundung durchgeführt wird

(Beifall bei der CDU)

und weil wir erkannt haben, dass der Nationalpark Kelleralwald-Edersee nur dann leben wird, wenn die Menschen mit ihm leben wollen.

(Beifall bei der CDU)

Dieser partnerschaftliche Ansatz anstelle von zwanghaftem Überstülpen à la Rot-Grün führte schließlich dazu – Sie erinnern sich sicherlich sehr gut –, dass unter der Regierungsverantwortung Roland Kochs ein jahrelanger Streit in der Region beendet wurde, der in einem für die Natur- und Umweltpolitik der rot-grünen Vorgängerregierung vernichtenden Bürgerentscheid gegen einen Nationalpark gipfelte.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat ihn denn betrieben und unterstützt?)

Ausschlaggebend für die Ausweisung des Nationalparks war ein zuvor nicht für möglich gehaltener Sinneswandel bei der Mehrheit der örtlichen Bevölkerung, die aufgrund verlässlicher politischer Zusagen der Hessischen Landesregierung sogar den Nationalpark forderte.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wichtig ist, dass bei diesem Projekt nicht ausschließlich Naturschutzaspekte verfolgt werden, sondern gezielt auch die Chancen für Regionalentwicklung, insbesondere Natortourismus und Fremdenverkehr, gestärkt werden.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leider ist kein Geld da!)

Daher dient der Nationalpark vor allem der Belebung von Wirtschaft, Handel, Gastronomie und Regionalent-

wicklung in einer vergleichsweise strukturschwachen Wirtschaftsregion unseres Landes.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann müssten Sie aber mehr tun!)

Demgegenüber – wir werden es heute sicherlich wieder erleben – haben die Kollegen von der Opposition den Nationalpark nach seiner Ausweisung stets aus politischem Kalkül instrumentalisiert und damit letztendlich der Region und dem Ansehen des Nationalparks schwer geschadet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Statt ständig zu bekunden, was Sie alles besser machen würden, sollten Sie ebenso kritisch wie die Bevölkerung vor Ort Ihre Umwelt- und Naturschutzpolitik bewerten. Der Nationalpark Kellerwald-Edersee in Verbindung mit der Landesgartenschau und dem kommunalisierten Staatsbad Bad Wildungen verleiht der Region entscheidende Impulse jetzt und für die Zukunft.

Meine Damen und Herren von der rot-grünen Opposition, Sie versuchen hier wieder einmal, hinter einen fahrenden Zug aufzuspringen und haben noch immer nicht realisiert, dass der Zug ohne Sie längst abgefahren ist.

Auch im Energiebereich haben wir den rot-grünen Stillstand bei der Bioenergie beendet

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Gott sei Dank!)

und arbeiten uns stetig und konsequent an die Spitzenposition Bayerns heran. Wir stehen für einen ausgewogenen und breit gefächerten Energiemix, der die gleichberechtigten Ziele einer verantwortungsvollen Energiepolitik von Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit vollständig erfüllt.

Jeder Energieträger besitzt seine spezifischen Vor- und Nachteile, um seinen Beitrag für die Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen zu leisten. Angesichts des weltweit stark gewachsenen Energiebedarfs, der Herausforderungen des Klimaschutzes sowie der Entwicklung der Energiepreise dürfen bestimmte Energieträger nicht aus ideologischen Gründen im Vorfeld aus der Diskussion ausgeklammert und von Forschungsaktivitäten freigehalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dennoch ist es unumstritten, dass der Anteil der erneuerbaren Energien eine wachsende Bedeutung bekommen muss. Dass unsere Politik Früchte trägt, zeigt sich unter anderem auch daran, dass die hessische Stromerzeugung aus Wasserkraft, Windenergie, Biomasse und Photovoltaik von rund 750 Gigawattstunden im Jahre 1999 auf heute 1.400 Gigawattstunden nahezu um das Doppelte gesteigert werden konnte.

(Beifall bei der CDU – Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotz dieser Regierung! – Andrea Ypsilanti (SPD): Das hat nichts mit dieser Regierung zu tun! Das sind die vielen privaten Initiativen!)

Aktuell kann der Stromverbrauch von 420.000 Dreipersonenhaushalten – das sind etwa 15 % aller hessischen Haushalte – inzwischen über erneuerbare Energien sichergestellt werden.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Obwohl Sie die Mittel gekürzt haben!)

Den Schwerpunkt im Bereich erneuerbarer Energien legen wir auf die Biomasse, die neben der energetischen Verwendung auch interessante Anwendungsgebiete zur stofflichen Verwertung besitzt.

Neben einer nachhaltigen Energieversorgung besteht das Ziel der verstärkten stofflichen und energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe auch im aktiven Klimaschutz, in einer unverzichtbaren Steigerung vorhandener endogener Potenziale und damit in einer stabilen Entwicklung des ländlichen Raums, der daher zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr auf staatliche Alimentierung angewiesen sein wird. Um dies zu unterstützen sowie Forschung, Produktion und die Nutzung nachwachsender Rohstoffe zu vernetzen, wurde im Juni 2004 das Kompetenzzentrum Hessen-Rohstoffe in Witzenhausen offiziell eröffnet.

Überaus erfolgreich ist das Leitprojekt der Hessischen Landesregierung „Bioregio Holz“ in der Knüll-Region, d. h. in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg und Schwalm-Eder. Als Folge des großen Zuspruchs stehen dort in öffentlichen Gebäuden mittlerweile mehr Holzheizungen als im Rest des Landes. Aufgrund der positiven Resonanz wurde zum 01.12.2004 auch im Odenwald eine Bioregio mit ähnlicher Zielsetzung gegründet. Die Erfolge im Odenwald sind ebenso beeindruckend wie im Knüll.

In beiden Regionen wurden und werden die zuvor schon hohen Erwartungen weit übertroffen. Es entwickeln sich völlig neue Wirtschaftszweige. Neue Dienstleistungen schaffen zusätzliche Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze. Aufwendungen der Verbraucher für Strom und Wärme bleiben als Erlöse in der Region und werden vor Ort für neue Investitionen bereitgestellt. Der Erfolg nährt neue Erfolge.

All das ist nur möglich, weil das Land Hessen unter unserer Regierungsverantwortung in kommunalen Liegenschaften die Verwendung nachwachsender Rohstoffe über ein Marktanzreizprogramm zur Wärmeerzeugung mittels Holzhackschnitzeln und Pellets fördert. Seit Laufzeitbeginn sind 100 Investitionsprojekte mit einem Gesamtvolumen von über 10 Millionen € realisiert worden.

Darüber hinaus wurden Modellprojekte zur thermischen Verwendung von Energiegetreide sowie zum Einsatz von Rapsöl als Bitumenersatz im Straßenbau initiiert.

An die Universität Gießen wurde ein umfangreicher Forschungsauftrag zur Züchtung spezieller Energiepflanzen vergeben. Erste Ergebnisse werden bereits im nächsten Jahr vorliegen.

Auch bei der Entwicklung von Biogasanlagen ist in Hessen endlich ein positiver Trend zu verzeichnen. Während im Zeitraum von 1992 bis 1998, also im Verlauf von sechs Jahren, unter Rot-Grün ganze acht Anlagen mit einer elektrischen Leistung von ungefähr 2.000 kW gefördert wurden, waren es im Zeitraum von 1999 bis 2005 schon 34 Anlagen mit einer elektrischen Leistung von 8.000 kW. Das ist in etwa das Vierfache, sowohl was die Leistung als auch was die Anzahl betrifft.

Allein für das Jahr 2006 sind im Haushalt 4,1 Millionen € für den Bereich Biomasse vorgesehen. Zum Vergleich: Von 1991 bis 1998, also unter Rot-Grün, wurden hierfür insgesamt lediglich 2,5 Millionen € bereitgestellt. Das sind, im Gegensatz zu unseren 4,1 Millionen € allein für das Jahr 2006, gerade einmal 300.000 € für jedes Jahr. Be-

sonders in den Neunzigerjahren unter Rot-Grün wurde die Biomasse als Energiequelle in Hessen sträflich vernachlässigt.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mitbekommen, dass ein technischer Fortschritt stattgefunden hat?)

Man setzte lieber – allerdings völlig wirkungslos – auf das ideologisch ausgerichtete Leitbild einer extensiven und ökologischen Landwirtschaft. Ich erlaube mir, aus einem Plenarprotokoll von 1994 zu zitieren. Die frühere Kollegin Kiekheben-Schmidt-Winterstein hat gesagt:

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist hoch aktuell! – Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können auch das Mittelalter anführen!)

– Wenn Sie meinen, dass vor zwölf Jahren noch das Mittelalter herrschte, ist das Ihre spezielle Zeitrechnung, Frau Kollegin.

Wenn man sich einmal den Öl- und Kraftstoffbedarf vorstellt, den wir haben, und sich dann vergegenwärtigt, dass dieser Bedarf durch Rapsfelder gedeckt werden sollte, kann man sich auch die Landschaft vorstellen, die uns dann beschert wird. Das bedeutet: riesige Felder voller Monokulturen, nur noch Raps auf den Feldern, mit all der Verarmung der Arten, die damit einhergeht, mit all der Belastung der Böden durch speziellen Dünger und auch durch spezielle Pestizide, die dann eingebracht werden müssen.

Das hat Frau Kiekheben-Schmidt-Winterstein von der SPD im Hessischen Landtag gesagt. Sehen wir einmal in einem Plenarprotokoll des Deutschen Bundestags nach. Ich zitiere aus einem Redebeitrag von Frau Flinker von den GRÜNEN.

Außerdem wissen wir alle, dass der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und Energiepflanzen in großem Maßstab einschneidende Folgen für unser Ökosystem und schwere Veränderungen unserer Kulturlandschaft mit sich bringen wird.

So weit die GRÜNEN-Bundestagsabgeordnete Flinker im Deutschen Bundestag. Der plötzliche Sinneswandel unserer rot-grünen Kollegen im Landtag, was die nachwachsenden Rohstoffe betrifft, ist also nichts anderes als der ungeeignete Versuch, auf einen bereits abgefahrenen Zug aufzuspringen.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann auch den Bürgermeister von Kleinkleckersdorf zitieren! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Auch bei der Kompensation von Eingriffen in die Natur haben wir mit der im vergangenen Jahr in Kraft gesetzten Kompensationsverordnung einen Paradigmenwechsel in der Naturschutzpolitik eingeleitet.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das haben wir gemerkt!)

Neben der Schonung wertvoller landwirtschaftlicher Böden werden jetzt langfristig angelegte Naturschutzmaßnahmen vorrangig in Natura-2000-Gebiete gelenkt, um hier gezielt die Lebensräume bedrohter Tier- und Pflanzenarten zu entwickeln. Mit dem Ökopunktehandel haben wir ein in Deutschland bisher einzigartiges und hoch

innovatives Projekt in Gang gesetzt, das unter anderem durch die Anerkennung von Entsiegelungsmaßnahmen in Industriebrachen völlig neue Naturerlebnisse in Ballungszentren schafft.

(Beifall bei der CDU)

Zur Altlastensanierung und zum Bodenschutz. Auch das genießt bei uns oberste Priorität. Ziel ist, dass bis zum Jahr 2010 alle großen und bisher bekannten Altlasten saniert sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auf jeden Fall kein CDU-Setzpunkt, sondern eine Schlafdroge!)

Besonders hervorzuheben sind die Altlast in Lampertheim-Neuschloss, die Rüstungsalblast in Hessisch Lichtenau, die Tri-Halde Stadtallendorf und das Pionierparkgelände Mühlheim. Für Letzteres hat das Land Hessen den amerikanischen Umweltpreis „Phoenix Award“ erhalten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wofür?)

– Herr Kaufmann, das will ich Ihnen gerade sagen. Hören Sie gut zu. – Als Kriterien für diesen Preis werden der Umfang und der Schwierigkeitsgrad des Projektes, die Verwendung innovativer Techniken sowie die Kooperation unterschiedlichster Beteiligter in der Projektumsetzung einschließlich der Lösung von Finanzierungsfragen festgelegt. Die positiven Auswirkungen auf die Umwelt und die grundsätzlichen und langfristigen ökonomischen Folgewirkungen werden begutachtet.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

#### **Elisabeth Apel (CDU):**

Ich komme zum Ende. – Für die gelungene Präsentation des Projektes wurde neben dem „Phoenix Award“ auch der Publikumspreis verliehen. Die Liste der Erfolge in der Umweltpolitik der Hessischen Landesregierung ließe sich noch fortsetzen. Aber ich denke, unser Minister wird hierauf noch näher eingehen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt kommt ein Bericht aus China oder Korea!)

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Apel, dass Sie die Regierungserklärung zur Umweltpolitik abgeben, hat schon etwas Besonderes.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wir sind auch die Regierungsfraktion!)

Wenn ich mir überlege, um welche Inhalte es hierbei ging, muss ich feststellen, dass dies sehr dürrig war. Das werde ich im Folgenden darlegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie glauben, dass Sie die hessische Umweltpolitik verbessern, indem Sie aus alten Plenarprotokollen, speziell aus Redebeiträgen von Mitgliedern der SPD und der GRÜNEN, zitieren, sind Sie sehr schief gewickelt. Sehen Sie nach vorne. Betreiben Sie eine vernünftige Umweltpolitik anstelle dessen, was Sie hier versuchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist bezeichnend, dass Herr Minister Dietzel darauf verzichtet hat, eine Regierungserklärung zur Umweltpolitik in Hessen abzugeben. Aber ich kann das sehr gut nachvollziehen; denn an seiner Stelle hätte ich auch keine Regierungserklärung abgegeben. Wenn man sich nämlich die Umweltpolitik im Lande Hessen anschaut, stellt man sehr schnell fest, dass es de facto überhaupt keine vernünftige, auf die Zukunft gerichtete Umweltpolitik gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Das reden Sie sich nur ein!)

Laut ihres Antrags nimmt die CDU die „Zwischenbilanz des Umweltressorts für die Legislaturperiode 2003 bis 2008 mit großer Zufriedenheit zur Kenntnis“. Dazu muss ich sagen: Sie sind sehr leicht zufrieden zu stellen. Eine nachhaltige Umweltpolitik sieht ganz anders aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch mittlerweile unbestritten, dass eine aktive und nachhaltige Umweltpolitik auch deshalb wichtig ist, weil sie ein wichtiger Standortfaktor ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ministerpräsident Koch hat in China genau das dargestellt. Nur, es genügt nicht, in China Lippenbekenntnisse dazu abzugeben, wenn es in Hessen an der Umsetzung einer vernünftigen Umweltpolitik mangelt. Ich hätte mir gewünscht, dass das, was dort gesagt wurde, auch für Hessen Bedeutung hätte und dass die Vorschläge, die dort gemacht wurden – z. B. für wichtige Investitionen in die Zukunft –, hier ebenfalls massiv unterstützt würden. Ich denke nur daran, dass auf der PowerPoint-Präsentation von Ministerpräsident Koch die Namen ISET und IWU standen. Aber wir wissen ganz genau, dass in Hessen diesen Institutionen seitens der CDU die Gelder gekürzt worden sind. Das ist Ihre Umweltpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Hessen stellt sich die CDU ihrer Verantwortung für die Umwelt nicht. Im Gegenteil, man versuchte immer und immer wieder, wichtige Impulse der EU oder der damaligen rot-grünen Bundesregierung zu verhindern. Jahrelang hat die CDU massiv Kritik an dem Erneuerbare-Energien-Gesetz geübt. Heute können wir nur feststellen, dass sich dieses marktwirtschaftliche Instrument bewährt hat. Es hat erheblich dazu beigetragen, dass inzwischen 11 % des Stroms in Deutschland aus regenerativen Energien erzeugt werden und über 160.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich entstanden sind. Trotz entsprechender Beteuerungen der CDU, die wir auch in diesem Antrag wieder finden, ist es für uns unverständlich, dass auf marktwirtschaftliche Instrumente verzichtet wird.

Zu Ihrer negativen Politik gehören auch die Abschaffung der Grundwasserabgabe, die unterlassene Fortsetzung des Klimaprojekts Hessen-Tender sowie die Blockade der Initiative im Bundesrat zur Senkung der Kraftfahrzeugsteuer für Fahrzeuge mit Rußfilter.

Aber auch die positiven Ansätze einer Kooperation mit der Wirtschaft für einen innovativen Umweltschutz werden durch Minister Dietzels Vorgehen in der Umweltallianz nicht effizient genutzt. Wir müssen feststellen, dass es der CDU-Landesregierung bis heute nicht gelungen ist, die Umweltallianz mit konkreten und ambitionierten Zielvorgaben zu versehen. Gerade im Hinblick auf die Probleme des Klimawandels hätte die Umweltallianz doch eine Chance geboten, mit festen Zielvorgaben für eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu sorgen, wie es – das wissen Sie alle – die Umweltallianz in Bayern zum Inhalt hat. Die Umweltallianz in Hessen hätte hier ambitionierte Ziele festschreiben können, und wir hätten dadurch auch für den Klimaschutz mehr erreichen können. Die Klimaproblematik ist eines der großen Themen, die uns noch lange beschäftigen werden, bei denen wir erwarten, dass die Landesregierung in diesem Bereich konsequent handelt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, ein Konzept für den verstärkten Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente zur Ergänzung ordnungsrechtlicher Instrumente für die Umwelt vorzulegen und die Umweltallianz durch konkrete und ambitionierte Zielvorgaben zu einem wirkungsvollen Instrument der Umweltpolitik zu machen.

Kommen wir zu einem anderen Punkt, der im Antrag genannt wird, nämlich der Ausweisung des Nationalparks Kellerwald. Es wird gesagt, man habe diesen Nationalpark „in Rekordzeit im Konsens mit der Region“ ausgewiesen. Meine Damen und Herren, wir sind sehr froh, dass der Nationalpark Kellerwald endlich ausgerufen wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hätte aber alles viel besser auf den Weg gebracht werden können – wenn ich nur daran denke, wie dilettantisch diese Landesregierung mit dem für Hessen wichtigen Projekt Nationalpark Kellerwald umgegangen ist.

(Klaus Dietz (CDU): Ihr habt euch nicht getraut!)

Die Besetzung der Leitung des Nationalparkamts war doch ein Trauerspiel. Das ging durch die Medien. Sie wissen ganz genau, wo hier unsere Kritik ansetzt. Die Botschafterin für den Nationalpark, Felicitas Woll, ist Ihnen weggelaufen. Es gibt sie mittlerweile nicht mehr.

(Widerspruch)

– Es gibt sie sehr wohl noch, das haben Sie falsch verstanden. Es ist auch sehr schön, dass es sie noch gibt, denn sie ist eine gute Schauspielerin. – Es wäre für das Land Hessen wichtig gewesen, wenn Frau Woll diesen Nationalpark für Hessen im Ausland und in den anderen Bundesländern repräsentiert und dort für ihn geworben hätte.

Die unzureichende Finanzausstattung hat auch die Aktivitäten der Region nicht unerheblich behindert. Daraus resultieren die im Vergleich zu dem zeitgleich gestarteten Nationalpark Eifel deutlich geringeren Fortschritte hinsichtlich der Maßnahmen für den Naturschutz, der touristischen Erschließung und auch der Forschung. Es reicht also nicht aus, einen Nationalpark auszurufen, sondern man muss einen solchen Nationalpark auch mit genügend finanziellen Mitteln ausstatten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Apel hat den Naturschutz angesprochen. Eine verantwortungsvolle Umweltpolitik hat auch einen verant-

wortungsvollen Naturschutz zum Inhalt. Deshalb muss der Naturschutz in Hessen insgesamt wieder aufgewertet werden. Dazu dient Ihr Gesetzentwurf zur Reform des Naturschutzrechts, den wir in der folgenden Runde besprechen werden, in keiner Weise, denn er stellt eine Rückentwicklung dar.

Die Auswirkungen der Demontage des haupt- und ehrenamtlichen Naturschutzes durch die Landesregierung in den letzten Jahren und des jetzt vorgelegten Entwurfs zur Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes zeigen sehr deutlich die negative Entwicklung der Naturschutzpolitik in Hessen.

Kommen wir nun zum Gewässerschutz. Auch das ist ein Teil einer vernünftigen und vorsorgenden Umweltpolitik. Sie können auch hier leider nur eine negative Bilanz vorweisen, denn es gibt eine Datengrundlage für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die einen erheblichen Handlungsbedarf für Hessen aufzeigt. Es ist deshalb unverständlich, dass die Landesregierung immer noch keine Strategie für 89 % der Flüsse und Bäche sowie für die Grundwasservorkommen unter 61 % der Landesfläche vorgelegt hat, für die die Erreichung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie unklar oder unwahrscheinlich ist. Wir müssen leider feststellen, dass nicht nur in der rechtlichen Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die mit über einem Jahr Verspätung erfolgte – das ist Ihnen bekannt, darüber haben wir schon gesprochen –, sondern auch in der tatsächlichen Situation ein mangelhaftes Engagement des Umweltministers erkennbar ist.

Nun komme ich zu dem, was Frau Apel im Hinblick auf die Altlastensanierungsmaßnahmen angesprochen hat. Kommen wir zum Lob der CDU für die Verleihung des Phoenix Award für das Altlastenprojekt Pionierpark Mühlheim am Main.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ich meinte, Sie wollten uns loben!)

– Herr Wintermeyer, wir GRÜNE freuen uns darüber, dass Sie ein Lob ausgesprochen haben, denn das ist ein Lob für eine grüne Umweltpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Sie loben uns also doch!  
– Gegenruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Wahrheit loben Sie uns!)

Mit der Auszeichnung der amerikanischen Umweltbehörde EPA wird nämlich das in dem von einem GRÜNEN geführten hessischen Umweltministerium in den Jahren von 1994 bis 1996 entwickelte Konzept zur Bodensanierung und Folgenutzung als besonders innovativ bewertet. Das heißt, dieses Lob ist angebracht. Darüber freuen wir uns sehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kritisieren aber, dass sich Minister Dietzel auf diesen Lorbeeren auszuruhen scheint und es eben nicht schafft, einen zukunftsfähigen Bodenschutz in Hessen zu betreiben. Weder existiert ein Konzept zur Reduzierung des Flächenverbrauchs, noch wird das seit sieben Jahren überfällige Bodenschutzgesetz vorgelegt, um den Bodenschutz in Hessen auf eine solide rechtliche Basis zu stellen. Dies muss aber unbedingt umgesetzt werden. Wir lassen in diesem Bereich nicht locker, denn wir wissen ganz genau, dass der Bodenschutz ein wichtiger Faktor im Umweltschutz ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir nun zu den Luftbelastungen. Frau Apel, kein Wort von Ihnen zu der Problematik der Feinstäube. Die Feinstaubbelastung in den hessischen Ballungsräumen ist ein großes Problem. Wir haben auch hier im Plenum schon darüber gesprochen. Wir begrüßen es, dass die Kommunen im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger aktiv werden. Leider werden sie aber durch die Landesregierung zum Teil massiv behindert. Ich erinnere an die Diskussion zwischen der Stadt Darmstadt und dem Umweltministerium. Ein Jahr nach den vollmundigen Ankündigungen von Ministerpräsident Koch ist der so genannte Fünf-Punkte-Plan immer noch nicht umgesetzt, obwohl es durchaus wünschenswert wäre, diesen Plan umzusetzen. Am 25. März dieses Jahres wurde in Frankfurt der EU-Grenzwert bereits zum 35. Mal überschritten. Die Landesregierung ist deshalb besonders gefordert, hier zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Wir fordern Sie auf, über die Stadt Frankfurt hinaus insbesondere in den Ballungsräumen in Hessen weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Feinstaubbelastung zu ergreifen und die kommunalen Maßnahmen endlich aktiv zu unterstützen.

Wir GRÜNEN begrüßen es, dass mittlerweile auch die CDU-Landesregierung die Klimaveränderungen als Problem erkannt hat. Gestern gab es dazu eine Veranstaltung. Ich bedauere es sehr, dass wir Abgeordnete nicht die Möglichkeit hatten, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Im Rahmen des Programms INKLIM 2012 wurden die Wirkungen des Klimawandels auf Hessen ermittelt, und es wurde ein erheblicher Handlungsbedarf festgestellt. Hier setzt unsere Kritik an. Herr Minister Dietzel hat parallel zu diesen Arbeiten etliche erfolgreiche Projekte zum Klimaschutz, z. B. das Projekt Hessen-Tender oder das Projekt „Klimaschutzregion Hessisches Ried“, nicht mehr weitergeführt. Ich erinnere auch daran, dass er die aktive Unterstützung des Agenda-21-Prozesses aufgegeben hat.

All dies waren sinnvolle Maßnahmen im Hinblick auf die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, im Hinblick auf einen vernünftigen Klimaschutz. All das müsste Bestandteil einer aktiven Umweltpolitik des Landes Hessen sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bedauern es sehr, dass diese Maßnahmen nicht weitergeführt wurden.

Kommen wir nun zur Energiepolitik. Wir begrüßen die Investitionsentscheidungen von Bürgerinnen und Bürgern, von Kommunen und auch der Wirtschaft für erneuerbare Energien und für eine höhere Energieeffizienz auch in Hessen. Die von dem grünen Bundesumweltminister Trittin initiierte Neuausrichtung der Energiepolitik einschließlich des Beginns des Atomausstiegs in den Jahren von 1998 bis 2005 hat auch in Hessen zu Erfolgen geführt.

Welche Inhalte hat die Energiepolitik der CDU-Landesregierung? Zum einen die falsche Entscheidung, die Hessen-Energie zu verkaufen. Die Landesregierung hat mit dem Verkauf des Hessen-Energie ihre bedeutenden Einflussmöglichkeiten auf die Energiepolitik in Hessen erheblich reduziert. Zum anderen wird eine unsystematische Förderung der Biomassenutzung vorgenommen. Es soll kein falscher Eindruck erweckt werden: Wir sind dafür, dass die Förderung der Biomassenutzung weiterhin ausgebaut wird, denn sie ist Teil eines vernünftigen und nachhaltigen Energiemixes, den das Land Hessen braucht.

(Axel Wintermeyer (CDU): Dazu gehört auch die Atomkraft!)

Dazu kommt die extreme Blockadehaltung gegenüber der Windenergie, obwohl Ihr Wirtschaftsministerium Ihnen gesagt hat, dass auch die Windenergie in Hessen weiter ausgebaut werden muss, damit das von Ihnen gewünschte Ziel, bis zum Jahre 2015 den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 15 % zu erhöhen, zu erreichen ist. Die Windenergie ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Energiemixes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

– Frau Lannert, Sie schütteln den Kopf. Schauen Sie in die Internetseite des Wirtschaftsministeriums. Da können Sie das schwarz auf weiß nachlesen.

(Zurufe von der CDU)

Kommen wir nun zur Atompolitik. Wir kritisieren, dass Sie eine einseitig an den Betreiberinteressen ausgerichtete Atompolitik betreiben. Wir fordern die Landesregierung auf, die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung über die Profitinteressen der Betreiber zu stellen und die Abschaltung der Blöcke A und B des KKW Biblis gemäß dem geltenden Atomgesetz sicherzustellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich ein Fazit ziehen. Der Jubelantrag der CDU ist mehr als durchsichtig. Anhand meiner Darstellung ist deutlich zu erkennen, dass eine umfassende und nachhaltige Umweltpolitik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Hessen unzureichend betrieben wird. Aus den erkannten Defiziten in allen Umweltbereichen müssen endlich Konsequenzen gezogen werden, damit wir gesunde Lebensbedingungen in einer lebenswerten Umwelt auch für künftige Generationen haben werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Hammann. – Herr Heidel, Sie haben als Nächster das Wort.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Sie anwesend sind! Die anderen werden in der Umwelt sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Herr Minister, ich kann es nicht anders sagen: Der Antrag der Fraktion der CDU überschlägt sich vor Jubel.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit ihrem Antrag macht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das, was sie immer tut: Sie kritisiert Dinge, die nicht zu kritisieren sind. Außerdem ist der Antrag ideologisch überfrachtet aufgrund der Umweltbetrachtung, die Sie vornehmen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich einige Bemerkungen machen. Es ist üblich, dass in der Mitte der Legislaturperiode ein Bericht über den bisher erreichten Stand in der Umweltpolitik vorgelegt wird. Außerdem ist es eine gute Tradition, dass man damit einen Überblick über die bisherigen Aktivitäten, aber auch – auch das wird deutlich – über die noch nicht abgearbeiteten Felder des Regierungsprogramms erhalten kann. In dem Antrag der Fraktion der CDU kommt in diesem Zusammenhang eine große Zufriedenheit zum Ausdruck.

(Zuruf von der CDU: Zu Recht!)

Für die Fraktion der FDP kann ich sagen: Wir nehmen den Antrag zur Kenntnis und werden weiter darauf achten, dass das umgesetzt wird, was vorgesehen und aus unserer Sicht wichtig ist.

Ich will einige Punkte aufgreifen. Dabei beginne ich mit dem, was von meinen beiden Vorrednerinnen als Leuchtturm dargestellt wurde, nämlich beim Nationalpark Kellerwald. Frau Kollegin Apel, Ihr Antrag sagt, er sei in Rekordzeit eingerichtet worden. Ich kann dazu nur sagen: In Rekordzeit vollzog sich ein Sinneswandel der CDU.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Januar 2004 habe ich mit dem damals und heute zuständigen Minister Wilhelm Dietzel an einer Podiumsdiskussion des BUND auf Kreisebene teilgenommen. Dabei haben wir beide diskutiert und argumentiert, dass wir mit der Einrichtung des Nationalparks Kellerwald auf dem richtigen Weg seien und dies unser gemeinsames Ziel für die Zukunft sei. Ach, wie bald nach der Landtagswahl kam bei der CDU eine neue Erkenntnis, ein Sinneswandel, den bis heute viele Bürgerinnen und Bürger noch nicht nachvollzogen haben. Wenn also von Rekordzeit die Rede ist, dann nur von einer Rekordzeit beim Sinneswandel der CDU.

Es ist unstrittig, dass dieser Nationalpark, der nun politisch von der Mehrheit gewollt wird, zu einem Erfolg für die Region gemacht werden soll und muss. Das bedeutet aber auch, dass diejenigen, die den Mund spitzen, dann auch pfeifen müssen. Ich sage ganz deutlich: Wer einen Nationalpark will, der muss auch einen Nationalpark finanzieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wer eine regionale Entwicklung in der Region will, der muss eine Regionalentwicklung verstärkt vorantreiben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, bei beiden Punkten habe ich zurzeit ein Problem.

(Reinhard Kahl (SPD): Der Kreis sollte das auch wollen!)

Es werden viele Ankündigungen gemacht. Wenn es aber an die konkrete Umsetzung geht, dann klemmt es an dieser und jener Stelle. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Debatte um die Finanzierung des Nationalparkhauses.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

– Herr Kollege Kahl, ich könnte Ihnen dazu noch einiges sagen. Das sollten wir vielleicht nachher in einem internen Gespräch abarbeiten.

Die Diskussion um die Finanzierung macht deutlich, dass die Landesregierung, wenn sie A sagt, auch B sagt und das finanziert.

(Beifall bei der FDP)

Im Zusammenhang mit der Regionalentwicklung werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten über den künftigen Zuschnitt der Förderprogramme unterhalten. Deshalb fordere ich für die Region ein: Wenn der Nationalpark kommt, dann muss Regionalentwicklung verstärkt in die Regionen geleitet werden können. Deshalb können an dieser Stelle nicht Haushaltsmittel gekürzt oder gar ganz gestrichen werden.

Das werden wir kritisch und aufmerksam beobachten, um zu sehen, wie die Entwicklung voranschreitet. Herr Kollege Kahl, um das gleich vorwegzunehmen: Dann werden wir auch die Probleme lösen, die der Kreis mitzuverantworten hat. Ich gehe davon aus, dass sich der Kreis für eine künftige positive Entwicklung einbringen wird.

(Reinhard Kahl (SPD): Erst hat er es abgelehnt!)

Lassen Sie mich einen anderen Punkt ansprechen, nämlich die Altlastenfinanzierung, die bereits von Frau Kollegin Apel angesprochen worden ist. Über Altlasten und Bodenschutz haben wir in der vergangenen Plenardebatte diskutiert. Deshalb kann ich mir vertiefende Ausführungen hierzu ersparen. Nach unserer Auffassung ist der derzeitige Stand der Altlastensanierung positiv zu bewerten. Als FDP haben wir den Altlastensanierungsfonds mit auf den Weg gebracht, der nach unserer Auffassung und auch nach dem Bekunden der Regierung nicht funktioniert. Ich sage ganz deutlich, dass Absprachen und Verträge natürlich für beide Seiten gelten. Herr Minister, Sie haben unsere volle Unterstützung, wenn es darum geht, vom Partner, der Wirtschaft, einzufordern, den Altlastenfonds aufzufüllen. Deshalb fordere ich Sie auf, am Ball zu bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Wir begrüßen den Ansatz der Kooperation statt Konfrontation, den wir mit auf den Weg gebracht haben. Das wird von uns ausdrücklich begrüßt und mitgetragen. Das ist in vielen Programmen und Anträgen zum Ausdruck gekommen, die sowohl im Hessischen Landtag als auch auf Landsparteitagen von der FDP erarbeitet worden sind. Deshalb ist Kooperation statt Konfrontation nach unserer Auffassung der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP)

Ebenso ist es richtig, dass in der Umweltpolitik vermehrt marktwirtschaftliche Instrumente zum Zuge kommen. Wir setzen darauf, dass der wissenschaftliche Fortschritt, die daraus erwachsenen Innovationen und ein großes Stück mehr Eigenverantwortlichkeit bei der Vergabe von Zielen, beim Abbau von Bürokratie und auch bei der Deregulierung im Bereich Umwelt und Naturschutz künftig greifen werden. Nach unserer Auffassung ist die Umweltallianz ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, der fortgesetzt werden sollte und der noch ausgeweitet werden kann. Die Umweltallianz kann und sollte ausgeweitet werden, um die Kosten zu senken und um mehr Effizienz in den Umwelt- und Naturschutz einziehen zu lassen; denn – auch darüber müssen wir uns im Klaren sein – neben der Förderung von Forschung und Entwicklung muss die Umweltpolitik in Zukunft rationaler, effizienter und verlässlicher werden.

(Beifall bei der FDP)

Die Unternehmen brauchen zum einen Handlungssicherheit und zum anderen Handlungsspielräume für ihre Entscheidungen. Die FDP zieht hieraus für die Umweltpolitik folgenden Schluss: Es gilt, Monopole aufzubrechen. Offene Märkte bieten Marktchancen auch für kleine und mittlere Unternehmen. Das wird deutlich im Bereich der Kreislaufwirtschaft, der Abfallwirtschaft, der Energiewirtschaft und der Wasserwirtschaft. Ich bin der Meinung, das haben wir in diesem Hause ausgiebig diskutiert, und die unterschiedlichsten Standpunkte wurden ausgetauscht.

Als FDP befürworten wir einen Wettbewerb für effiziente und kostengünstige Lösungen. Als Beispiel nenne ich die Planung, den Bau und den Betrieb von Entsorgungsanlagen.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin der Auffassung, der Markt bietet noch viele Chancen für finanzielle Einsparungen.

Der mit der Umweltallianz eingeforderte und eingerichtete Maßstab der Selbstverpflichtung bietet die Chance, noch weiter ausgebaut zu werden, aber nur dann, wenn wir konsequent Gesetze und Verordnungen abschaffen, damit die Mechanismen der Umweltallianz greifen können.

Die Umweltzertifikate, die als neues Instrument Marktmechanismen einführen und dabei erreichen wollen und sollen, dass für Unternehmen mehr Spielräume bestehen, können sich nicht auf einzelne Bereiche begrenzen, sondern dieses Instrument ist nach unserer Auffassung in der gesamten Umweltpolitik zusammenhängend zu sehen, um die Umweltpolitik als ein Ganzes betrachten zu können. Dieses scheinen nach unserer Auffassung in die Zukunft gerichtete Möglichkeiten zu sein, um die marktwirtschaftlichen Instrumente vermehrt zum Tragen zu bringen.

Wenn der Handel mit den Zertifikaten an Fahrt gewinnt, wenn das von der Wirtschaft erst einmal mehr angenommen wird, dann wird sich durchsetzen, dass „Umwelt“ nicht zum Nulltarif zu haben ist, sondern dass nur derjenige emittieren darf, der sich bewusst ist, was es kostet. Ich glaube, dass dies in der Zukunft dazu beitragen wird, dass viel bewusster mit dem Gut Umwelt umgegangen wird, als es heute noch zu greifen oder im Bewusstsein vorhanden ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir sollten in diesem Bereich festhalten, dass es, wenn wir auf der einen Seite den Unternehmen die Freiheit und die Kreativitätsmöglichkeiten geben, gleichzeitig darauf ankommt, dass wir jährlich hinterfragen und bewerten, welche Maßnahmen es zu ergreifen gilt. Ich glaube, die Freiheit bedingt auf der anderen Seite, dass man jährlich überprüft, welche Maßnahmen am effizientesten für die Umwelt sind. Die Zertifikate zwingen uns dazu, das zu machen.

Ich will das Thema Verbraucherschutz aufgreifen. Bei all dem, was wir in den vergangenen Jahren an Lebensmittelproblemen und Lebensmittelskandalen hatten, ist deutlich geworden, dass Hessen gut aufgestellt ist. Das ließe sich an Zahlen verdeutlichen. Die Zahl der Lebensmittelkontrolleure ist fast verdoppelt worden. Das trägt sicherlich dazu bei. Aber bei all dem, wo wir sehen können, Hessen ist gut aufgestellt, dürfen wir eines nicht vergessen: Es hat eine Kommunalisierung stattgefunden, die regionales Handeln ermöglicht. Ich glaube, dass gerade der Verbrau-

cherschutz sicherstellen muss, dass flächendeckend nach einheitlichen Kontrollsystemen untersucht wird. Es muss auch durch Transparenz im Lebensmittelhandel und in der Nahrungsmittelproduktion sichergestellt werden, dass eine Sensibilisierung für angemessene Preise im Nahrungsmittelbereich auch durch diese Kontrollen und durch das Hinweisen auf Qualität erfolgt.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Heidel, die Redezeit ist um. Sie kommen bitte zum Schluss.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Ich will zu den beiden Anträgen noch Folgendes sagen. Nach unserer Auffassung ist die Umweltbilanz, die vorgelegt worden ist, akzeptabel. Herr Minister, Verbesserungen werden wir im Detail mit Ihnen und der Landesregierung diskutieren. Wir machen diesen Jubelantrag nicht mit, weil ich glaube, dass das eine Überhöhung wäre. Meine Damen und Herren der GRÜNEN, genauso werden wir aber auch Ihren Antrag ablehnen, der wieder einmal klein-klein und ideologisch motiviert Umweltpolitik karikiert.

(Beifall bei der CDU – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch gar nicht wahr!)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Heidel.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, letzter Satz.

Wir wollen eine ideologiefreie Umweltpolitik: schützen durch nützen. Der Mensch ist Teil der Umwelt. Deshalb wollen wir den Mensch mitnehmen, um Umweltpolitik gemeinsam für die Menschen zu betreiben. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Als Nächster hat Herr Grumbach für die SPD-Fraktion das Wort.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage mich schon, aus welchen Gründen das heute der Setzpunkt der CDU ist. Sie begrüßen eine Broschüre des Ministers und finden es angemessen, bei Ihrem eigenen Setzpunkt gerade mal mit zehn Leuten da zu sein. Ich frage mich, was dieses Thema dann überhaupt für einen Stellenwert hat.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Leisten Sie einen Sachbeitrag!)

Die Broschüre heißt: „Zwischenbilanz des Umweltsorts für die Legislaturperiode 2003 bis 2008“. Eine Bilanz hätte mich interessiert. Aber findet sie darin statt? – Mich würde interessieren, wie es mit dem Flächenverbrauch in

Hessen ist. Ist es gelungen, ihn zu stoppen? – Mich würde interessieren, wie es mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Hessen ist. Ist es gelungen, ihn zu verringern? – Oder das nette Thema Feinstaub. Wir haben hier diskutiert, und die Landesregierung hat erklärt, wie toll sie ist. Ich fahre Anfang März nach Frankfurt und stelle fest, dass mich am Ortseingang ein Schild begrüßt: Leider sind die 35 Grenzwertüberschreitungen schon passiert; bitte steigen Sie auf öffentliche Verkehrsmittel um. – Diese Art von Aufforderung und diese Art von Nichtpolitik sind kennzeichnend für das, was in Hessen passiert: viele Worte, wenig Handeln. Damit lässt sich die Bilanz ganz gut zusammenfassen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Weitere Bereiche: Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Wie weit sind Sie? Was ist geklärt? – Nichts ist geklärt. Für zwei Drittel aller Flächen, für fast 85 % aller Wasserläufe ist die Frage, wie es weitergeht, noch lange nicht geklärt. Haben wir es geschafft, das Artensterben zu reduzieren? Haben wir es geschafft, den Naturschutz in Hessen zu verbessern? Das Thema lasse ich aus, weil wir uns nachher noch bei einem merkwürdigen Gesetzentwurf länger genüsslich darüber streiten können. Wie weit ist der vorsorgende Bodenschutz?

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Auch das finde ich ganz spannend. Es gab Versprechungen für einen Gesetzentwurf. Auf den warten wir immer noch. Darüber wollten wir schon immer einmal debattieren. Aber irgendwie scheint es Ihnen zu gelingen, so viele Punkte einzuschieben, dass wir nicht dazu kommen. Dann loben Sie die schönen Altlastenprojekte. Das ist nett.

(Clemens Reif (CDU): Geben Sie doch einmal eine Antwort!)

Es ist besonders nett, wenn man Projekte fortführen kann, die andere für einen geplant haben. Aber was Sie nicht erzählen und was sozusagen Ihre eigene Strategie so deutlich konterkariert, ist: Als Sie in Hessen angefangen haben zu regieren, haben Sie mit der Industrie darüber geredet, wie Sie mit den Altlasten umgehen. Es gab das Versprechen: Wir zahlen in einen Fonds ein, wenn ihr uns diese schreckliche Grundwasserabgabe abschafft. – Was ist passiert? Den Fonds gibt es nicht. Die Abgabe ist abgeschafft. Das Land Hessen finanziert aus Haushaltsmitteln etwas, was man hätte anders finanzieren können. Sie sind mit dieser Politik gescheitert.

(Clemens Reif (CDU): Nö!)

Sie sind so an der Nase herumgeführt worden, dass Sie mit Ihren Partnern einmal ein bisschen härter reden müssten. Die haben es in dieser Frage verdient.

Nächste Fragen: Geht es unseren Wäldern besser? Wie ist es mit der Energieeffizienz? – Dazu fällt mir vieles ein. Ich glaube, das ist der Unterschied zwischen CDU und SPD: Sie sind mit dieser Broschüre zufrieden – wir wollen eine echte Bilanz, und wir wollen sie auch demnächst.

Evaluation ist Mode geworden. Die Landesregierung redet und redet von Evaluation. Schauen Sie doch einmal nach. Sie haben hier Ihre Umweltallianz gepriesen. Was hat sie konkret an Fortschritt gebracht? – Ich finde es faszinierend, weil die CDU-Fraktion in Hessen eine der großen Gegnerinnen von Kuschelpädagogik ist. Was ist denn die Umweltallianz anderes als Kuscheln? Was hat sich in der Vergangenheit geändert, als dass jetzt mehr Leute

mitkuscheln, aber konkret nichts dabei herauskommt? – Das ist Ihre Politik. Ich glaube, dagegen muss man etwas tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wäre zu tun? – Ich zitiere: Ohne ökologische Modernisierung ist die Wirtschaft Europas nicht zukunftsfähig. – Ich muss mich bei meinen eigenen Genossinnen und Genossen und bei Ihnen entschuldigen, dass ich sehr gerne Klaus Töpfer zitiere. Aber umweltpolitischer Sachverstand ist nicht auf Parteien beschränkt. Darauf besteht ich. Leider ist der bei Ihnen sehr in der Minderheit.

(Zuruf von der CDU: Gut, dass Sie dabei sind!)

Es geht nicht nur um Ökologie. Es geht um eine vernünftige Wirtschaft. Wenn man sich anschaut, welche zwei Entwicklungswege wir eigentlich haben: Auf der einen Seite, ökonomisch gesehen, wollen wir Unternehmen, die weiter Standardprodukte anbieten und die ihre Gewinne dadurch erhöhen, dass sie Kosten kürzen. Auf der anderen Seite ist die Frage: Können wir Gewinne langfristig nur mit Unternehmen sichern, die Innovationen mit neuen Produkten anfangen und die damit für Wachstum und Beschäftigung sorgen? – Ich sage Ihnen relativ kühl: Diese Art von Umweltpolitik, die im Prinzip den Bestand belohnt und Innovationen nicht fördert, ist eine, die unserer Wirtschaft schadet. An dieser Stelle sollten Sie umdenken.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen ökologische Modernisierung. Wir wollen die Verantwortung für Arbeit und Umwelt nicht auseinander nehmen, sondern wir tragen für beides Verantwortung; wir müssen für beide etwas tun.

Wenn man das Stichwort Klimaschutz nimmt, haben wir gerade – Frau Kollegin Hammann hat es gesagt – das nette Beispiel INKLIM. Was hat es bisher geleistet? – Es hat zusammengefasst, was es bisher an Gutachten gab. Es hat faktisch nichts anderes gemacht, als aufzuschreiben, was seit 20 Jahren geschrieben worden ist. Was sind daraus die Konsequenzen? Wo ist das Handeln? – Es wird eine Bestandsaufnahme gemacht, und das Handeln bleibt aus.

Zum Energiesparen. Hessen war einmal Vorreiter bei der Hauswärme. Ich will daran erinnern: Wir waren Vorreiter – da gab es die Wohnungsbaurichtlinie, die den Standard des Niedrigenergiehauses für öffentlich geförderten Wohnungsbau festlegen wollte.

Da gab es die Hessische Bauordnung, die nachgezogen hat. Da gab es das Niedrigenergiehaus als Modellprojekt, dann das Passivhaus. Dann gab es eine Förderung des Instituts Wohnen und Umwelt, das relativ viele kluge Ideen hatte. Es gab Programme zum Einsparen von Energie in öffentlichen Gebäuden.

Übrig geblieben sind Rudimente.

Herr Dietzel, ich verstehe, dass Sie sagen: Ich bin nicht allein dafür verantwortlich, weil in Hessen für diesen Bereich ein anderes Ministerium mitverantwortlich ist. – Aber, ehrlich gesagt, genauso, wie ich Ihnen nachher vorschlagen werde, Ihre Naturschutzabteilung zu schließen, würde ich dem hessischen Wirtschaftsminister vorschlagen, seine Energieabteilung zu schließen. Denn sie tut nichts mehr für das, wofür sie eingesetzt wurde. Ich finde aber, an dieser Stelle muss man endlich zum Handeln kommen und darf nicht beklagen, die Welt sei so schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Energiesparen schafft Arbeit vor Ort für Handwerk und Kleinunternehmen. Wachstumsorientiertes Wirtschaften unterstützt Innovationen, die überholte Technologien schneller ersetzen.

Nehmen wir das Beispiel, das wir schon häufig diskutiert haben, die Kernenergie. Sie setzen relativ viel Zeit daran, eine überholte Kernenergie mit viel Kraft aufrechtzuerhalten. Ich sage Ihnen und muss das hier nicht weiter ausführen: Wir sind in dieser Frage klar entschieden und glauben, dass Kernenergie nicht verantwortbar ist. Ich will hier nicht die Debatte des letzten Plenums wiederholen. Aber ich glaube, wir müssen damit anfangen, ein Stück der Verantwortung, die wir anderen zuschieben – und bei der wir in Deutschland Sorge haben, als europäisches Land könnten wir in einen weiteren Krieg geraten –, auch in der Debatte auf der Ebene der Landespolitik aufzunehmen; denn es gibt bestimmte Entwicklungen, die dort hin treiben.

Dazu gehört, dass die friedliche und die militärische Nutzung der Kernenergie nicht zu trennen sind. Wer den aufstrebenden Nuklearmächten – dazu zählen außer Iran: Indien, Pakistan und andere – keine Alternative für die Energieversorgung anbietet – Ausstieg aus der Kernenergie –, der wird mit der Gefahr einer zunehmenden Zahl von Atommächten leben müssen. Das heißt, mit unserer Politik einer alternativen Energieversorgung, des Ausstiegs aus der Kernenergie, leisten wir nicht nur einen Beitrag für den Umweltschutz, sondern wir kümmern uns ein Stück um den Frieden. Auch das ist ein Thema, dem sich ein hessisches Landesparlament stellen muss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Helmut Peuser (CDU))

Immerhin haben wir die Themen Energiesparen und Ersatzenergien. Frau Apel hat so schön darüber geredet, wie sich die erneuerbaren Energien in Hessen entwickelt haben. Das erinnert mich an meinen Grundkurs in Statistik, in dem uns erzählt wurde, das beste Beispiel für Koinzidenz statt Kausalität sei die Anzahl der Störche im Ruhrgebiet: die hat abgenommen, und gleichzeitig hat dort die Zahl der Geburten abgenommen.

Frau Apel, ich kann Ihnen relativ freundlich sagen: Für das, was sich in Hessen an Energie aus nachwachsenden Rohstoffen entwickelt hat, hat diese Landesregierung fast nichts getan.

(Lachen der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Das haben andere privatwirtschaftlich auf die Füße gestellt. Da haben Leute viel Geld aus ihrem Privatvermögen investiert, und Sie sind als Landesregierung gerade einmal flankierend tätig geworden.

(Helmut Peuser (CDU): Aber es hat funktioniert!)

Das berühmte Zitat von Frau Winterstein, das Sie angeführt haben, trifft zu – aber Sie verstehen den Unterschied nicht: Auf der einen Seite ist es völlig klar, dass wir mit nachwachsenden Rohstoffen eine Chance haben, vernünftige Dinge auf den Weg zu bringen. Auf der anderen Seite ist es wie bei Medikamenten: Es geht um die Nebenwirkungen. Wer auf die Idee kommt, auf riesigen Flächen mit hohem Dünger- und Energieeinsatz Ölsaaten anzubauen, der straft die Worte Ökologie und Nachhaltigkeit Lügen. Das ist ein anderes Verfahren. Ich glaube, diesen

Unterschied müssen Sie lernen. Wir wollen Nachhaltigkeit und einen Umgang mit der Natur, der nicht ein Übel durch ein anderes ersetzt, sondern der eine Anbauform wählt, die naturverträglich ist. Ich glaube, hier haben Sie eine ganze Menge Nachholbedarf.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hamann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich muss gestehen, ich freue mich immer, wenn sich der Hessische Bauernverband zu nachwachsenden Rohstoffen äußert. Ich freue mich darüber sehr. Denn das scheint mir die einzige Möglichkeit zu sein, dass in dieser Landesregierung etwas passiert.

(Heiterkeit des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Denn immer dann, wenn das geschieht, wird etwas ausgelöst, und der Minister gerät in Bewegung.

Aber was sind denn die Hausaufgaben? Wenn wir dieses große Projekt HeRo und die Förderung des Holzeinsatzes bei der Energieerzeugung nehmen: Wo ist denn die stabile Logistik von Hessen-Forst, die in der Lage ist, es auf die Reihe zu bringen, dass Holzhackschnitzel – die Pellets – dort ankommen, wo sie hin sollen?

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Wo ist die Logistik, die dafür zu sorgen hat, dass diejenigen, die umrüsten, auch versorgt werden?

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Hier ist einer der großen Rohstoffproduzenten in Landeshand – aber er ist nicht in der Lage, das auf die Reihe zu bringen, obwohl es im Verantwortungsbereich des zuständigen Ministers liegt. Ich denke, an dieser Stelle müssen Sie ebenfalls nacharbeiten.

Dann haben wir den netten Punkt Biomasse zu Treibstoff.

(Norbert Schmitt (SPD): Oh ja!)

Das finde ich besonders nett. Denn ich hatte das Vergnügen, mit einigen Unternehmen zu reden, die das gerade machen. Diese Unternehmen lösen sich ein Stück weit von der Strategie „Wir machen nur Pflanzenöl“ und sagen: Wir können mehr; wir können dafür sorgen, dass Müll zu Treibstoff gemacht wird und dass Getreide sehr viel besser ausgebeutet wird, als wenn wir es verbrennen, oder dass aus der gesamten Biomasse Holz oder anderem ein vernünftiger Ersatztreibstoff wird, der unsere Abhängigkeit vom Öl reduziert.

Das Spannende ist: Mindestens eines oder zwei dieser Unternehmen haben in Hessen einen Standort gesucht, und ich würde gerne wissen, was die Landesregierung dafür getan hat. Denn es fehlen einer bis zwei große Standorte in Süddeutschland, und die bayerische und die baden-württembergische Landesregierung kümmern sich darum. Die Hessische Landesregierung hat zur Kenntnis genommen, dass es bereits eine Geländebesichtigung in Hessen gab – und das wars dann.

Ich glaube, an dieser Stelle brauchen wir einmal aktive Politik, nicht Abwarten.

(Beifall bei der SPD)

Dann komme ich zu dem berühmten Motto: Kooperation statt Konfrontation. Das Motto ist ja nett.

(Clemens Reif (CDU): Ein Töpfer-Zitat!)

Die spannende Frage aber ist: Mit wem kooperieren Sie, und wo suchen Sie die Konfrontation?

Sie kooperieren mit all denen, die die Umwelt belasten. Das machen Sie in der Umweltallianz und in vielen anderen Bereichen. Denjenigen aber, die dafür eintreten, dass die Umweltsituation besser wird, die in Verbänden in jahrzehntelanger ehrenamtlicher Arbeit dafür tätig sind, denen erklären Sie, sie würden nicht gebraucht. Das ist Ihre Vorstellung von Kooperation.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der nächste Widerspruch: Sie reden vom entschlossenen Ordnungsrecht und sagen, wir brauchen einen klaren, starken Staat, der alle Übertritte ahndet und dafür sorgt, dass sie nicht stattfinden. Auf der anderen Seite verzichten Sie in der Umweltpolitik auf genau dieses Ordnungsrecht und betreiben stattdessen Ihre Umweltallianz. Was ist dabei herausgekommen? – Wie gesagt: Wir warten noch auf die Antwort.

Wenn man das zusammenfasst, würde ich sagen: Wir haben in Hessen einen netten, auch durchaus humorvollen Minister, der sich um Landwirtschaft kümmert.

(Norbert Schmitt (SPD): Ein echter Ökologe: Der reißt keinen Baum aus! – Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Schmitt! Das ist nicht mein Stil, aber es war trotzdem ganz gut.

(Heiterkeit)

Ein netter Minister, der sich um Landwirtschaft kümmert und auch etwas anderes tut – wenn der Bauernverband es anstößt. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Umweltminister in Hessen vermissen wir seit sieben Jahren. Hoffentlich bekommen wir irgendwann einen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Grumbach. – Für die Landesregierung hat der Staatsminister Dietzel jetzt das Wort.

(Gerhard Bökel (SPD): Ich würde mir den Schmitt jetzt einmal vornehmen!)

### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns über nachhaltige Umweltpolitik in Hessen unterhalten, dann haben wir als Hessische Landesregierung den Grundsatz – auch wenn das eben spitz angemerkt wurde – Kooperation statt Konfrontation. Herr Schmitt, ich wollte nicht von Bäumen reden.

Wir wollen hier marktwirtschaftliche Instrumente einsetzen und haben das auch seit sieben Jahren getan. Wir stärken die Eigenverantwortung.

Wenn ich dann den Antrag der CDU sehe – trotz der Kritik von Heinrich Heidel –, so finde ich ihn aus Sicht der Landesregierung angemessen, richtig und gut.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang darf ich einige Punkte anmerken.

Eines der wichtigsten Dinge, das wir in den letzten sechs Jahren auf den Weg gebracht haben, ist die Umweltalli-

anz. Ich möchte das hier einmal eindeutig sagen. Wir haben sie mit 124 Mitgliedern gegründet, inzwischen sind es über 800. Wir nehmen neue Partner auf. Seit dem letzten Jahr sind das Gemeinden und Landkreise sowie Kommunale Spitzenverbände. Die hatten ein großes Interesse daran, in diesem Zusammenhang mit uns zu arbeiten. Damit wird es uns gelingen, den Wirtschaftsstandort Hessen attraktiv zu machen, indem wir die Eigenverantwortung der Unternehmen stärken und hohe Umweltstandards auch in Zukunft gewährleisten wollen. Ich denke, in diesem Zusammenhang ziehen alle an einem Strang.

Wenn wir über dieses Thema mit den Verbänden, den Unternehmen, aber auch mit der Verwaltung diskutieren, dann kann man feststellen, dass es eine Klimaverbesserung gegeben hat und man heute nicht mehr übereinander redet, sondern miteinander. Auch die Arbeitsstruktur innerhalb der Umweltallianz in Hessen trägt dazu bei, dass in Umweltfragen ein positives Klima mit der Wirtschaft organisiert werden kann.

Deswegen sind diese Klärungsstellen, die wir für die Themenkomplexe Abfallwirtschaft, Anlagensicherheit, Industriepark, Immissionsschutz und Grundwassersanierung eingerichtet haben, ein Erfolgskonzept. Wir versuchen, dort zu Lösungen zu kommen, wo das Ordnungsrecht an seine Grenzen stößt. Deswegen auch die Zusammenarbeit mit den Kommunen, die wir in Arbeits- und Projektgruppen nach vorne treiben. Wir stellen die Frage: Welche Dinge können von uns in diesen Bereichen in Zukunft angepackt werden?

Die Veranstaltung „Betriebe und Behörden im Dialog“ bringt genau das, was wir wollen: dass die Unternehmen miteinander reden statt übereinander.

Wir haben z. B. den Bereich „Glanzlichter der Umweltallianz“. Wenn ich an die Firma Viessmann denke, die ich in diesem Zusammenhang ausgezeichnet habe, dann ist die sicher eine der außergewöhnlichen Firmen in Hessen, die wirtschaftlich erfolgreich ist und auch für die Umwelt Außergewöhnliches leistet. Es ist angemessen, eine solche Firma – wie andere, die sich ähnlich engagieren – nach außen entsprechend darzustellen.

Deswegen auch die Frage, die wir uns gestellt haben: Industrieparks in Hessen? Das ist eine Herausforderung, die mittlerweile von anderen Ländern bei uns abgekupfert wird. Zum Beispiel sind Lärmimmissionen ein Problem, das vorher nicht rechtlich geklärt werden konnte, das im Rahmen der Umweltallianz heute aber geklärt ist. Hier sind wir Vorreiter für andere Länder, die uns das inzwischen nachmachen.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns über Kooperation statt Konfrontation unterhalten, will ich durchaus einmal den Nationalpark aufgreifen. Es hat keinen Sinn, einen Nationalpark einzurichten, wenn sich 70 % der Bevölkerung dagegen aussprechen. Aber wenn ich einmal die Entwicklung der Jahre betrachte, dann sehe ich, die Bevölkerung hat das damals abgelehnt, weil ihr zwei Dinge suspekt waren. Zum einen empfand sie den Nationalpark als von Wiesbaden übergestülpt. Zum Zweiten hatte sie auch Probleme mit den Vorzonen. Gerade dadurch, dass wir einen Naturpark eingerichtet haben, ist diese Diskussion um Vorzonen eine ganz andere geworden.

Aber vor allem kam die Forderung aus der Region: Wir wollen jetzt einen Nationalpark. – Ich glaube, dass es der Politik in Hessen angemessen ist, dies mit der Bevölkerung zu tun. Ich bin davon überzeugt – auch wenn Hein-

rich Heidel das durchaus kritisch anmerkt –, dass die Masse der Bevölkerung hinter dem Nationalpark steht. Neun von zehn Stadtverordnetenversammlungen und beide Kreistage haben sich mit großer Mehrheit für den Nationalpark entschieden.

Eben wurde im Rahmen der Regionalentwicklung das Thema Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten im ländlichen Raum angesprochen. Ich meine, dass wir vor allem organisatorisch unsere Hausaufgaben gemacht haben: mit der Einrichtung des Kompetenzzentrums Hessen-Rohstoffe, der Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“, die wir auf neue Beine gestellt haben. Im April des vergangenen Jahres haben wir eine Dachrichtlinie in Kraft gesetzt, in der alle Regelungen, die mit dem ländlichen Raum zu tun haben, auch mit der Förderung des ländlichen Raumes, enthalten sind. Das gilt auch für die Energieversorgung, die in allen Reden eine Rolle gespielt hat.

In unserem Regierungsprogramm haben wir niedergelegt, dass wir bis zum Jahre 2015 15 % der verbrauchten Energie in Hessen aus nachwachsenden Rohstoffen und erneuerbaren Energien erzeugen wollen. Ich denke, wir haben da noch Nachholbedarf. Das ist überhaupt keine Frage. Ich glaube, dass die Europäische Wasserrahmenrichtlinie einer erheblichen Ausweitung der Nutzung von Wasserkraft entgegensteht.

Meine Damen und Herren, zweitens führen wir in Hessen eine Diskussion über Windkraft. Vor sechs, sieben Jahren wurden noch Freudenfeste gefeiert, wenn Windkraftanlagen aufgestellt wurden. Heute ist die Bevölkerung in den Bereichen sehr kritisch geworden. Ich habe das hier schon oft gesagt: Ich bin durchaus kein Gegner von Windkraftanlagen. Aber ich möchte auch anmerken, dass nicht auf jedem Berg eine Windkraftanlage stehen muss. An windhöffigen Standorten ist das in Ordnung. Ich meine aber, dass man darüber hinaus schauen sollte, ob man die Energieversorgung anders sicherstellt. Vor sieben Jahren haben wir das Konzept eines Energiemixes in unserem Land vorgegeben. Wir praktizieren es und leben es vor. Deswegen stellt sich auch die Frage nach nachwachsenden Rohstoffen.

Sie haben Recht, dass uns die Entwicklung der Energiepreise hierbei geholfen hat. Was volkswirtschaftlich eine Katastrophe für unser Land ist, weil viel zu viel Geld für Treibstoff aus unserem Land herausfließt, ist eine Chance für erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, weil sie jetzt konkurrenzfähig sind.

Ich habe mich das erste Mal Ende der Achtzigerjahre mit diesem Thema beschäftigt. Wenn wir damals mit Prof. Scheffer aus Witzenhausen angerückt sind, wurde gesagt: „Ach, jetzt kommen die Spinner schon wieder“, weil eine Konkurrenzfähigkeit über den Preis überhaupt nicht möglich war. Ich glaube, dass wir richtig liegen, wenn wir uns intensiv um Biogas, um Biomasse oder auch um Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen kümmern. Wir haben auch gezeigt, dass wir in den letzten Jahren erfolgreich waren.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das gilt auch ganz eindeutig, wenn wir uns über Kraftstoffe unterhalten. Es wird dort eine Weiterentwicklung geben. Wir haben einen Forschungsauftrag an Herrn Prof. Scheffer aus Witzenhausen vergeben. Ich möchte hier eindeutig anmerken: Bei ökologischer Landwirtschaft in Witzenhausen geht es nicht darum, intensivste Erträge zu erzielen, aber dies mit neuen Ideen zu tun. Herr Prof. Schef-

fer erntet zweimal im Jahr. Er erntet nicht nur das Korn, sondern er erntet die gesamte Pflanze. Er hat in einer Veranstaltung in Witzenhausen Anfang dieses Jahres gesagt, dass er im vergangenen Jahr eine Ernte erzielt hat, mit der pro Hektar 5.000 l Treibstoff hätte erzeugt werden können – bei Rapsöl heute 1.300 l. Meine Damen und Herren, das sind ganz andere Dimensionen. Dies wollen wir mit Forschungsaufträgen der Hessischen Landesregierung unterstützen. Wir wollen aber vor allem auch immer wieder die Frage stellen, wie wir die Wertschöpfung im ländlichen Raum halten. Das ist sicher eine schwierige Frage, die zu lösen es kein Patentrezept gibt.

Ich möchte das an einem Beispiel demonstrieren. Im vergangenen Jahr ist der Preis für Diesel um 30 % nach oben gegangen. Der Preis für Biodiesel ist mit einem Abstand von 10 Cent auch um 30 % nach oben gegangen, obwohl der Raps beim Bauern nicht teurer geworden ist. Es ist für uns eine schwierige Diskussion, wenn wir uns über Wertschöpfung unterhalten und darüber, wie wir diese Wertschöpfung innerhalb der Landwirtschaft halten können.

Meine Damen und Herren, eine Möglichkeit ist z. B. die Getreideverbrennung. Wir werden das Thema im Bundesrat wieder aufnehmen. Wahrscheinlich werden wir uns nachher noch einmal über das Thema unterhalten. Denn es ist eine Chance, die Wertschöpfung innerhalb der Landwirtschaft zu halten. Schade, dass Herr Häusling nicht da ist, dann müsste ich hier wieder von der Bioregio Knüll reden. Meiner Meinung nach wurde dort ein Erfolgskonzept ausgeschrieben und durchgezogen – mit Unterstützung beider Kreise, der Kommunen und der Bevölkerung. 25 % des Wärmebedarfs der kreiseigenen Gebäude der Kreise Hersfeld-Rotenburg und Schwalm-Eder kommen inzwischen aus Biomasse. Bis zum Jahre 2008 soll der Anteil auf 40 % gesteigert werden. Ich meine, dass man auch nach außen darstellen kann, wie erfolgreich man damit sein kann und wie man darüber hinaus auch die Wertschöpfung in der Region halten kann.

Ein weiteres Thema war, warum Hessen-Forst in diesem Bereich nicht aktiv ist. Als wir die erste Anlage eingeweiht haben, kamen die Pellets aus Österreich. Jetzt werden sie in Hessen produziert. Landrat Neupärtl sagte mir, dass eine Ausschreibung für eine Schule ergeben hat, dass sechs private Firmen bereit waren, zu liefern. Meine Damen und Herren, wenn es private Leute können, warum muss der Staat in diesem Bereich eingreifen?

Meine Damen und Herren, ich komme zu unserem Beitrag zur Kernenergie. Seit sieben Jahren sagen wir eindeutig, dass wir für die friedliche Nutzung der Kernenergie auf höchstem Sicherheitsniveau sind. Allein bei Biblis A haben wir über 50 sicherheitserhöhende Maßnahmen durchgesetzt. In den sieben Jahren, in denen wir an der Regierung sind, wurden für Biblis A und Biblis B über 900 Millionen € für sicherheitserhöhende Maßnahmen ausgegeben. Daher denke ich, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns über Kernenergie unterhalten, auch wenn es der eine oder andere nicht hören mag, ist außerdem Thema die Energievorsorge, die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit. Auch diese Dinge sollten wir nicht außen vor lassen.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir auch in anderen Bereichen hoch erfolgreich waren, z. B. im Hochwasserschutz. Ich betrachte einmal die drei Säulen im Hochwasserschutz. Es endet nicht damit, dass wir Deiche

an Rhein und Main bauen. Wir machen uns darüber nicht nur Gedanken, wenn es Hochwasser gibt, sondern auch in anderen Zeiten, weil Hochwasserschutz in Hessen eine wichtige Aufgabe für die Bevölkerung und für unser Land ist. Wir haben in den letzten Jahren für Hochwasserschutz am Rhein regelmäßig etwa 10 Millionen € ausgegeben. Meine Damen und Herren, im Jahr vor unserer Regierungsübernahme mit der FDP, im Jahre 1999, wurden übrigens 1 Million € für den Deichbau ausgegeben. Wir hoffen, dass wir bis zum Jahre 2015 mit dem Deichbau an Rhein und Main fertig sind.

(Norbert Schmitt (SPD): Das haben wir schon 30-mal diskutiert!)

Andere Länder, Oberanlieger am Rhein, z. B. Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg oder Frankreich, bekommen von uns bis zu 20 % Zuschuss, wenn die Maßnahme Auswirkungen auf den Hochwasserstand in Hessen hat. Wir bauen Rückhaltebecken bei uns im Land, wo es sinnvoll ist. Wir renaturisieren Bäche, um den Ablauf des Wassers zu reduzieren, wenn Hochwasser anfällt.

(Beifall der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Meine Damen und Herren, wir unterhalten uns immerhin über die „Kleinigkeit“ von fast 30 Millionen € pro Jahr. Ich glaube, dass wir hiermit nach außen darstellen können, dass der Hochwasserschutz für uns in Hessen eine ernste Aufgabe ist – und das nicht nur dann, wenn es Hochwasser gibt, sondern auch in der sonstigen Zeit.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Thema Altlasten. „Phoenix Award“ soll ich nicht mehr sagen, sondern Altlasten-Oscar, wie letztes Mal angemerkt worden ist. Das wurde von einem grünen Minister eröffnet. Ich denke, wir haben es glanzvoll fertig gestellt. Ich denke, dass die Auszeichnung angemessen war, weil hier in hervorragender Weise eine Altlast saniert wurde, was internationale Anerkennung gefunden hat. – Bitte schön, ich will es nicht nur an meine Jacke heften: Auch vorher ist Arbeit getan worden.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Für uns ist es wichtig, dass wir sagen: Wir wollen die großen Altlasten bis zum Jahr 2010 saniert haben. – Fertig geworden sind wir z. B. mit der Tri-Halde in Stadtallendorf. Das hat immerhin die „Kleinigkeit“ von 136 Millionen € gekostet. Aber wir hatten Handlungsbedarf. Etwa 40 % des gesamten oberhessischen Wassers lagerten unter dieser Tri-Halde, unter dieser Altlast. Es wäre zu einer Katastrophe gekommen, wenn es zu einem Durchbruch dieser Altlast in das Grundwasser gekommen wäre.

Gleiches gilt für Hessisch Lichtenau, wo wir schon Halbzeit hatten. Schon 1943 ist die Schmutzfracht bis ins Grundwasser gekommen. In Lampertheim konnten wir es noch einmal aufhalten. Meine Damen und Herren, es gab einiges Erstaunen, als wir versuchten, die Quellen in Lampertheim vor dieser Altlast zu schützen, indem wir eine Pumpstation bauen wollten, und die Bürger gegen diese Maßnahme geklagt haben. Im zweiten Verfahren haben wir gewonnen. Richtig einsichtig ist dieses Verhalten für mich nicht. Aber gut, ein Rechtsstaat gibt dem Bürger die Möglichkeit zu klagen, auch wenn es aus unserer Sicht keinen Sinn macht.

Ich komme zum Thema Abwasseranlagen. Ich denke, das Programm, das wir im vergangenen Jahr aufgelegt haben – mit dem wir in einer Größenordnung von 500 Millionen € sanieren wollen, was zugegebenermaßen in erheb-

lichem Umfang überzeichnet worden ist –, zeigt, dass wir etwas für den Grundwasserschutz tun und dass wir auf der anderen Seite auch etwas für die Baukonjunktur tun. Das ist gar keine Frage. Ich meine, dass gerade bei den Abwasseranlagen in den letzten Jahrzehnten sehr erfolgreich gewirtschaftet worden ist, vor allem vor folgendem Hintergrund. In den Sechziger- bis Mitte der Siebzigerjahre war der „Vater Rhein“ tot. Heute hat er wieder eine Qualität wie etwa um 1900. Ich denke, dass das mit vielen Dingen zu tun hat: dass Kläranlagen im kommunalen Bereich, aber auch im wirtschaftlichen Bereich, in Industrieanlagen gebaut wurden und die Leute ihre Verantwortung gegenüber dem Wasser, gerade auch gegenüber dem Rhein, gesehen haben.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass es sinnvoll war, hier einige Punkte anzureißen, um zu zeigen, dass wir in diesen letzten sieben Jahren eine erfolgreiche Umweltpolitik gemacht haben. Dies können wir in dem Zwischenbericht dokumentieren. Ich glaube, dass es uns als Landesregierung gelungen ist, von der Umweltpolitik im klassischen Sinne zu einer querschnittsorientierten Nachhaltigkeitpolitik zu gelangen, die zu mehr Lebensqualität in unserem Lande führt. Das wollen wir so in den nächsten Jahren weiterführen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Minister Dietzel. – Herr Heidel, Sie haben sich zu Wort gemeldet. Sie haben fünf Minuten lang Gelegenheit dazu. Bitte sehr.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Ich will aus den Ausführungen von Minister Dietzel zwei Punkte aufgreifen. Aber vorab will ich, damit ich es nicht vergesse, ein herzliches Wort des Dankes an den Kollegen Grumbach richten. Das war zu viel der Ehre für den Hessischen Bauernverband; aber ich werde den Dank, den Sie ausgesprochen haben, an die restlichen Präsidiumsmitglieder weitergeben.

Ich will das Thema der erneuerbaren Energien aufgreifen, das Herr Minister Dietzel angesprochen hat. Hier gibt es ja vielfältige Bemühungen im Norden, im Süden und in anderen Bereichen unseres Hessenlandes. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass unter den erneuerbaren Energien die Biomasse sicher einen wichtigen Anteil erbringen kann. Gerade für Hessen kann hier ein wichtiges Ziel liegen, und es besteht die Möglichkeit, Potenziale aufzugreifen, aufzuarbeiten und mit all dem nutzbar zu machen, was schon angesprochen wurde, nämlich mit dem Vorteil einer Wertschöpfung im ländlichen Raum.

Wir als FDP halten es für absolut richtig und notwendig, dass die Hessische Landesregierung eine Unterstützung im wissenschaftlichen Bereich, bei der Erforschung neuer Techniken und bei der Rohstoffproduktion – auch das ist angesprochen worden – leistet. Es geht um die Fragen: Wie können energiehaltige Pflanzen erzeugt werden, wie kann ich sie am besten aufschließen, und wie kann ich sie am besten verwerten? Das alles ist richtig.

Das Thema Kraftstoff aus Energiepflanzen wird uns sicher in Zukunft beschäftigen. Andere Länder wie Schweden sind in diesem Bereich wesentlich weiter. Wir müssen

aber auch die Wirtschaft mitnehmen. Wir müssen die Automobilindustrie mitnehmen, damit sie die Innovationen aufgreift und mitmacht. Es nützt nichts, wenn wir einen Kraftstoff produzieren, der von der Fahrzeugindustrie nicht verwertet wird. An diesem Ziel müssen wir arbeiten, und da müssen wir auch die hessischen Unternehmen mitnehmen. Wir haben Gespräche bei Opel geführt. Hier ist, um mit den Worten der Landwirtschaft zu sprechen, noch Boden zu bearbeiten. Wir müssen die Automobilindustrie noch intensiver auffordern, auf uns zuzukommen und mit uns gemeinsam die Entwicklung voranzutreiben.

An dieser Stelle darf man eines nicht vergessen, und deshalb habe ich mich eigentlich zu Wort gemeldet. Bei all dem, was wir – Herr Kollege Grumbach, Herr Minister Dietzel und Frau Apel – diskutieren, müssen wir die Beschlüsse der Bundesregierung und der großen Koalition zur Besteuerung des Biokraftstoffes sehen.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Da haben Sie Recht!)

Das ist absolut kontraproduktiv.

(Norbert Schmitt (SPD): Da haben Sie Recht!)

Da erwarte ich eigentlich, dass sich die Landesregierung und der Ministerpräsident, der in der Finanzpolitik für die große Koalition verhandelt, dafür stark machen, dass hier der gleiche Vertrauensschutz gewährt wird wie in anderen Bereichen; ich nenne nur Gas und die Besteuerung von Flugbenzin. Der gleiche Vertrauensschutz muss für diese Bereiche gelten, in denen viele kleine Unternehmer in die Zukunft investiert haben. Also noch einmal meine Bitte und mein Appell an Sie: Setzen Sie sich bitte im Bundesrat und bei der Bundesregierung – Herr Kollege Schmitt, da können auch Sie mithelfen – dafür ein, dass das, was derzeit vorgesehen ist, nicht zum Tragen kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Ich teile Ihre Ansicht!)

Ein Letztes. Anscheinend herrscht in diesem Hause allmählich ein Konsens darüber, dass wir die Energieproblematik nur lösen können, wenn wir in Zukunft einen Energiemix haben werden. Nun werden wir uns wahrscheinlich darüber streiten, wie dieser Energiemix aussehen soll. Ich sage für die FDP-Fraktion ganz deutlich: Die Kernenergie darf dabei nicht außen vor gelassen werden, gerade wenn es darum geht, das Ziel einer Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu erreichen, was auch hier angesprochen wurde.

(Norbert Schmitt (SPD): Das sehen die JuLis anders!)

Wir dürfen nicht eine saubere Energie mit hohen Sicherheitsstandards – davon ist gesprochen worden – abschalten und gleichzeitig dem Verbrauch Strom aus anderen Reaktoren zuführen, wo die Sicherheitsvorkehrungen wesentlich niedriger gelagert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb meine Bitte: Lassen Sie uns emotionslos diskutieren. Die FDP steht für einen Energiemix, zu dem auch die Kernenergie gehört. Wir wollen die erneuerbaren Energien massiv nach vorne treiben. Aber bis wir so weit sind, werden wir, glaube ich, an dem Energiemix nicht vorbeikommen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Heidel. – Als Nächster hat Herr Grumbach das Wort.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Lieber Heinrich Heidel, lassen Sie uns das doch zusammen angehen. Denn in der Frage der Besteuerung von Biokraftstoffen sind wir strukturell einer Meinung. Es gibt im Bundestag einen Gruppenantrag, der von einer Reihe hessischer SPD-Abgeordneter unterschrieben ist. Der Landesvorstand der hessischen SPD unterstützt das auch, weil wir schon glauben, dass wir an dieser Stelle eine Chance vergeben. Ich finde es aber gut, dass man, wenn Sie das so sehen und wenn es andere so sehen, diese Frage aufmacht. Es geht nicht um Streit, es geht nicht darum, eine Koalition infrage zu stellen, sondern es geht einfach darum, in einem wichtigen Prozess eine vernünftige Abwägung sowohl für die Umwelt als auch für die Landwirtschaft zu finden. Ich glaube, dass wir an dieser Stelle etwas tun könnten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 16 und 31. Der Antrag der Fraktion der CDU betreffend umsichtige und nachhaltige Umweltpolitik in Hessen wurde zusammen mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend fehlende nachhaltige Umweltpolitik schwächt den Standort Hessen diskutiert.

Beide Anträge sollen zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen werden. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Ich darf **Tagesordnungspunkt 6** aufrufen:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Reform des Naturschutzrechts, zur Änderung des Hessischen Forstgesetzes und anderer Rechtsvorschriften – Drucks. 16/5549 –**

Ich gehe davon aus, dass Sie, Herr Staatsminister Dietzel, den Gesetzentwurf einbringen werden. Bitte schön. Die Redezeit für die Fraktionen beträgt 15 Minuten. Man muss sie aber nicht ausschöpfen.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Hessische Landesregierung legt Ihnen einen Gesetzentwurf vor, der Änderungen im Hessischen Naturschutzgesetz und im Hessischen Forstgesetz vorsieht. Wir verfolgen hier drei Ziele. Zum einen wird das Bundesnaturschutzgesetz in hessisches Recht umgesetzt. Zum Zweiten werden Erfordernisse des europäischen Naturschutzrechtes eingebracht. Zum Dritten haben wir uns aber auch Gedanken darüber gemacht, wie wir zu einer Verwaltungsvereinfachung und zu mehr Bürgerfreundlichkeit kommen; wir haben uns eben schon über Kooperation statt Konfrontation unterhalten.

Man sollte darauf hinweisen, dass im Rahmen der Verbändeanhörung, die zwischen dem ersten und dem zwei-

ten Kabinettdurchgang stattgefunden hat, die Frage gestellt worden ist: Warum nehmt ihr eine solche Veränderung vor? – Ich denke, es ist wichtig, dass wir Bundesrecht und europäisches Recht in hessisches Recht umsetzen. Wir haben da einen Anpassungsbedarf gesehen, und deswegen legen wir Ihnen jetzt den Gesetzentwurf vor.

Ich glaube, damit haben wir gezeigt, dass wir das Naturerbe in unserem Land sehr ernst nehmen, vor allem wenn ich die gesamte Entwicklung sehe. Als wir 1999 die Regierungsverantwortung übernommen haben, waren 0,2 % der Landesfläche Naturschutzgebiete und 1,7 % FFH-Gebiete; zugegebenermaßen waren zusätzlich 1,2 % angemeldet. Deswegen haben wir es als europäische Aufgabe angesehen, die Gebietskulisse in Übereinstimmung mit der Europäischen Union weiterzuentwickeln.

Der Vorschlag, den wir gemacht haben, ist von der Europäischen Union akzeptiert worden. Vor wenigen Wochen gab es für deutsche Landespolitiker noch ein „Strafnachsitzen“: Acht Länder müssen nachliefern. Was Hessen geliefert hat, wurde von der Europäischen Union akzeptiert.

Inzwischen haben die Vogelschutzgebiete eine Größenordnung von 14,7 % und die FFH-Gebiete eine von 9,9 %. Da sie sich teilweise überschneiden, sind es insgesamt 20,9 % der Landesfläche im Bereich der Natura 2000. Wir sprechen hier von 440.957 ha in 639 Bereichen.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Zusammenhang auch Rechts- und Planungssicherheit geschaffen, was von der Europäischen Union anerkannt wird. Mit einer landeseinheitlichen Verordnung wollen wir die Natura-2000-Gebiete sicherstellen. Diese Verordnung muss die europäischen Erfordernisse für Gebietsgrenzen und Erhaltungsziele berücksichtigen und muss regeln, wie die Gebiete zu konstituieren sind.

Die eigentliche Aufgabe, nämlich die Wahrung der ökologisch wertvollen Zustände und die ökologische Optimierung der Gebiete, kann unserer Meinung nach nur im Konsens geschehen. Wir haben in den letzten Jahren auch gezeigt, dass wir das wollen und mit den Beteiligten sprechen. Wenn die Landes- und Forstverwaltung zum Einsatz kommt, holen wir alle Beteiligten an einen runden Tisch und sprechen gemeinsam mit ihnen über das Thema. Dazu gehören die Grundeigentümer und die Nutzer, die nicht unbedingt die Grundeigentümer sind, die örtlichen Naturschutzbehörden, aber auch die betroffenen Städte und Gemeinden.

Meine Damen und Herren, wir wollen aber Behandlungen nicht unterbinden, sondern bestimmte Nutzungen in FFH-Gebieten aufrechterhalten. Denn durch die Nutzung der Gebiete in den letzten Jahrzehnten sind die Gebiete so wertvoll geworden, dass wir sie zur Europäischen Union melden konnten.

In den Bereichen, in denen wir nicht den Verordnungsnaturschutz nach vorne stellen, sondern Vertragsnaturschutz anbieten, erfolgt eine Absicherung. Dazu haben wir die Stiftung Natura 2000 zum Vertragsnaturschutz im Wald gegründet. Mit den Landwirten haben wir HELP-Verträge abgeschlossen. Wenn ich die Entwicklung sehe – das wurde beim letzten Tagesordnungspunkt schon kurz angemerkt –, stelle ich fest, dass wir die HELP-Verträge in den nächsten Jahren nach und nach in die FFH-Gebiete hineinschieben werden. Ich denke und hoffe, dass wir dafür Verständnis vor Ort haben.

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem Regierungsprogramm für die Jahre 2003 bis 2008 gesagt, dass

wir einen qualitativ hochwertigen Naturschutz wollen. Dabei soll aber nicht immer nur draufgesattelt werden, und wir brauchen nicht immer doppelte und dreifache Regelungen, sondern wir müssen den Bürgern, den Steuerzahlern, den Investoren, aber auch den Bürgermeistern erklären, was wir warum gemacht haben.

Zu den Inhalten des Gesetzentwurfs werden wir sicherlich im Ausschuss und auch im Rahmen einer Anhörung noch diskutieren.

Ich denke, weite Teile der Bestimmungen des Gesetzentwurfs dienen der Vereinfachung. Zum Beispiel sollen die Landschaftspläne Bestandteil der Flächennutzungspläne werden.

Zweifelsohne hat die Landschaftsplanung in den vergangenen Jahren mit großer Berechtigung dazugehört. Aber mit der Zeit hat sich das weiterentwickelt. Unserer Meinung nach ist die Zeit über diese Landschaftspläne hinweggegangen. Das Bauplanungsrecht wurde ökologisiert. Bei Bauplänen gibt es die Pflicht, sie der Strategischen Umweltprüfung zu unterziehen. Das ist die so genannte SUP. Das geschieht also nach europäischem Recht. Ich denke, wir können deshalb diese Vereinfachung vornehmen.

Es gibt zwei strittige Punkte, die in den nächsten Wochen sicherlich von den Verbänden aufgegriffen werden. Sicherlich werden das auch Fraktionen dieses Hauses tun.

Zum einen betrifft das die 15 großflächigen Landschaftsschutzgebiete. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, ob es sinnvoll ist, mehr als 60 % – genau genommen sind es 62 % – der gesamten Fläche Hessens unter einen Schutzstandard zu stellen. Auch wenn wir diese Landschaftsschutzgebiete dort herausnehmen, bedeutet dies nicht, dass diese Flächen schutzlos sind. Das ist ganz eindeutig nicht der Fall. Das wollte ich hier anmerken.

(Beifall der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahnthal) und Elisabeth Apel (CDU) – Norbert Schmitt (SPD): Aber es ist dann nicht mehr nötig, abzuwägen! Das fällt dann weg!)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Landschaftsschutzgebiete zu sprechen kommen. Diese Flächen können nicht wild bebaut werden. Aus diesem Grunde wurden die Landschaftsschutzgebiete Anfang der Siebzigerjahre eingeführt. Ich denke, das Recht hat sich inzwischen so weiterentwickelt, dass man das ausschließen kann.

Ich bin hinsichtlich der Landschaftsschutzgebiete folgender Meinung. In den letzten Jahren erfolgten im Durchschnitt etwa 300 Entlassungen pro Jahr aus den Landschaftsschutzgebieten. Das bedeutet, dass dort Besichtigungen durchgeführt werden mussten. Es mussten Gutachten erstellt werden. Es kam zu Diskussionen darüber.

(Norbert Schmitt (SPD): Eine ordentliche Abwägung fand statt, das soll jetzt wegfallen!)

Es mussten umfangreiche Anträge gestellt werden. Es gab also Verwaltungsaufwand. Aber genau den Verwaltungsaufwand wollen wir verringern. Ich glaube, wir sind damit auf dem richtigen Weg.

Hinsichtlich der Streuobstwiesen könnte die Diskussion durchaus heftig werden. Bei der letzten Novellierung des Naturschutzgesetzes haben wir uns darüber auch schon unterhalten. Ich denke, für uns ist es schon wichtig, das Bundesnaturschutzgesetz 1 : 1 umzusetzen. Das Bundesnaturschutzgesetz sieht Regelungen zu Streuobstwiesen

und auch zu Trockenmauern nicht vor. Aber deswegen sind die Streuobstwiesen und die Trockenmauern nicht schutzlos. Denn es gibt die Ausgleichsregelung. Wenn jemand z. B. eine Streuobstwiese rodet, muss er Ersatzanpflanzungen vornehmen. Das ist ganz eindeutig der Fall. Das ist im Gesetz so eindeutig festgehalten.

(Christel Hoffmann (SPD): Trotzdem ist die Wiese dann erst einmal kaputt!)

Vor allen Dingen haben wir natürlich auch eines immer gemacht: Herr Kaufmann, wir haben bei dieser gesamten Gesetzgebung immer versucht, die Verantwortung vor Ort zu geben. Denn die Leute, die vor Ort sind, können eher beurteilen, ob eine Streuobstwiese unter Schutz zu stellen ist, als das diejenigen können, die im fernen Wiesbaden arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen wollen wir mit unserer Novellierung auch die Möglichkeit vorsehen, dass die Kreisräte oder die Magistrate als untere Naturschutzbehörde die Streuobstwiesen oder Trockenmauern als wesentlichen Bestandteil der Landschaft unter einen besonderen Schutz stellen können. Wir haben schon im Vorfeld der Diskussion die Auffassung vertreten: Die können das vor Ort wesentlich besser beurteilen als diejenigen, die fern in Wiesbaden arbeiten.

Damit wird auch die Politik der letzten sieben Jahre fortgeführt. Wir haben immer gesagt: Wir wollen, dass die Verantwortung auf die Personen verlagert wird, die vor Ort sind. Diejenigen, die die Entscheidung treffen, sollen den Bürgern auch Auge in Auge gegenüber treten müssen. Sie sollen den Bürgern erklären, warum sie so und nicht anders entschieden haben.

Ich möchte noch einige Anmerkungen zum Hessischen Forstgesetz machen, das wir ebenfalls verändern wollen. Auch dort geht es um Verwaltungsvereinfachung. Gerade im Forstrecht hat es eine große Regelungsdichte gegeben. Auf die kommunalen und privaten Waldbesitzer hat sich das in der Form ausgewirkt, dass es regelmäßige Kontrollen gegeben hat.

Ich denke, man muss hierzu anmerken, dass die meisten Waldbesitzer Hessens – sie besitzen zusammen mehr als 85 % der Waldflächen – ihren Wald bisher einer freiwilligen Zertifizierung unterzogen haben. Das ist der höchste Wert, den es in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Das zeigt, dass es bei den Waldbesitzern ein ausgeprägtes Bewusstsein für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes gibt. Deswegen musste man sich auch fragen, ob man die Vorschriften zur Genehmigung der Betriebspläne bei privaten Waldbesitzern nicht lockern sollte. Ich denke, wir können hier auf die zusätzlich erfolgte Zertifizierung reagieren. Denn es hat sich gezeigt, dass die Waldbesitzer verantwortungsvoll mit ihrem Wald umgehen.

Als wir das letzte Mal das Hessische Forstgesetz novelliert haben, haben wir auch über das Thema Zwangsbeförderung diskutiert. Damals wurde uns vorhergesagt, dass die Kommunen, wenn sie Wahlfreiheit erhielten, massenweise auf unsere Dienstleistungen verzichten würden. Nur wenige Kommunen haben das aber getan.

Ich denke, wir können das weiterentwickeln. Das betrifft z. B. die Waldeckische Domänialverwaltung. Sie verwaltet den größten hessischen Kommunalwaldbesitz. Wir wollen auch hier dem Grundsatz folgen und diese Möglichkeit einräumen. Sie soll den gleichen Status erhalten, wie er für

den Kommunalwald gilt. Auch hier soll Wahlfreiheit gegeben werden.

Sicherlich werden wir auch noch über eine andere Frage diskutieren müssen. Dabei geht es um die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse. Das ist insbesondere auch vor dem Hintergrund ein Thema, dass sich das Kartellamt und die Europäische Union damit beschäftigen. Ich meine aber, wir sollten das Zeichen geben, dass wir diese Zusammenschlüsse fördern wollen. In welchem Umfang dies geschehen soll, wird sicherlich in den nächsten Monaten oder Jahren eingeschätzt werden müssen.

Ich glaube, mit der Novelle, die wir Ihnen vorgelegt haben, wird es gelingen, die hessische Natur effizient und bürgernah zu schützen. Es ging uns auch darum, zu Verwaltungsvereinfachungen zu kommen. Wir wollen den Vorrang des Vertragsnaturschutzes beibehalten. Denn wir glauben, das ist die Entwicklung in die richtige Richtung.

Ich bitte Sie, den Gesetzentwurf in den folgenden Beratungen positiv zu begleiten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Minister Dietzel, vielen Dank. – Wir treten nunmehr in die Aussprache ein. Als Erster erhält Herr Heidel für die FDP-Fraktion das Wort. Herr Heidel, die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Das ist die maximale Redezeit!)

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der von der Hessischen Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes beinhaltet im Wesentlichen die Umsetzung rechtlicher Bestimmungen des Bundes oder der europäischen Ebene in hessisches Recht. Es geht dabei um die Umsetzung der FFH-Richtlinie und um die Natura-2000-Gebiete. Da sollen die Gesetze angepasst werden. Außerdem wird für die Zukunft ein kooperativer Umweltschutz angestrebt. Das haben wir schon bei dem zuvor aufgerufenen Tagesordnungspunkt diskutiert. Das wird von der FDP ausdrücklich begrüßt.

Hinsichtlich der Umsetzung des Rechts der Europäischen Union möchte ich die FFH-Richtlinie aufgreifen. Dabei geht es um Maßnahmen der Bewahrung und der Wiederherstellung von Gebieten. Die Gebiete sollen in einem günstigen Zustand erhalten werden. Das reicht von Hinweisen zur Bewirtschaftung bis hin zu Geboten und Angeboten für die Bewirtschaftung. Das soll aber nicht mit der Keule der Verbote umgesetzt werden. Das soll mit dieser Novellierung zum Tragen kommen.

Ich glaube, wir können den Naturschutz nur effektiv betreiben, wenn wir uns mit denjenigen, die in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind, die also die Situation vor Ort am besten kennen, gemeinsam auf diesen Weg begeben. Wir müssen die Menschen mitnehmen und dürfen sie nicht gängeln.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP), Armin Klein (Wiesbaden) und Kurt Wiegel (CDU))

Ein weiterer Punkt ist die Absicht, das Naturschutzrecht mit den wirtschaftlichen Belangen und Anforderungen besser zu vereinbaren, die es in unserem Lande gibt. Das heißt nicht, dass das Naturschutzrecht entschärft werden soll. Vielmehr bedeutet das, dass man die Möglichkeiten der Vereinfachung nutzt, um das Naturschutzrecht so zu gestalten, dass eine positive wirtschaftliche Entwicklung nicht gänzlich ausgeschlossen oder verboten wird.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Vielmehr muss eine wirtschaftliche Entwicklung möglich sein. Auch das wird von der FDP uneingeschränkt mitgetragen.

(Norbert Schmitt (SPD): An der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen ist der Naturschutz schuld, das ist völlig klar!)

Nachher möchte ich noch auf einige Punkte eingehen, zu denen wir noch Diskussionsbedarf sehen.

Das Thema „geschützte Biotope“ wurde schon angesprochen. Hier ist eine Regelung gefunden worden, die das Recht der Europäischen Union 1 : 1 umsetzt. Die FDP hat das schon lange gefordert. Die Mitglieder der FDP haben so etwas für viele andere Bereiche gefordert. Wenn wir darüber diskutiert haben, wie wir mit dem Recht auf der Ebene der Europäischen Union umgehen sollen, dann haben wir immer die Forderung erhoben, dass das 1 : 1 umgesetzt werden soll. Also auch das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

Ich möchte auf das Thema Landschaftspläne zu sprechen kommen. Wer erlebt, wie sich in der Kommunalpolitik damit auseinander gesetzt wird, der weiß, wie schwierig das bisher umzusetzen ist. Derjenige weiß auch, dass die Landschaftspläne und die Flächennutzungspläne miteinander verknüpft werden müssen. Es ist deshalb absolut richtig, dass das jetzt in einem Plan zusammengeführt werden soll. Dies zu integrieren ist nach meiner Auffassung der richtige Schritt. Zum einen ergibt sich dadurch eine Kostenersparnis für die kommunalen Haushalte. Zum anderen lässt sich aber auch Zeit bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen einsparen.

Wir, die Mitglieder der FDP-Fraktion, könnten uns vorstellen, dass man noch einen Schritt weitergeht. Man könnte auch die Landschaftsprogramme in den Landesentwicklungsplan einfließen lassen. Man könnte auch das noch zusammenführen, um zu einer Vereinfachung zu kommen. Wir hielten das für sinnvoll.

Das Thema Landschaftsschutzgebiete wurde angesprochen. Es geht da auch um die Streichung mancher Landschaftsschutzgebietverordnung. Ich möchte dazu Folgendes feststellen: Naturschutzfachlich gehen die Regelungen in den Verordnungen zu den Landschaftsschutzgebieten nicht wesentlich über die allgemeinen Eingriffsregelungen hinaus. Ich glaube, das ist unbestritten. Unserer Auffassung nach sollte man deshalb sagen: Das sollte zusammengefasst werden. Weniger zu regeln ist da wahrscheinlich mehr, als wenn zu viel reglementiert wird.

Natura 2000 wurde bereits angesprochen. Auch der Herr Minister hat das angesprochen. Ein bestimmter Prozentsatz der Landesfläche weist die entsprechende Schutzkategorie auf. Dabei kann man sicherlich festhalten, dass sich das mit anderen Schutzkategorien überlappt. Dem Bürger ist es manchmal nicht verständlich, warum so viele

unterschiedliche Schutzverordnungen für eine Fläche greifen. Ich meine, das wird in Zukunft stringent zu vereinfachen sein. Das muss für jeden handhabbar und begreifbar sein.

An der Stelle wird auch ein bisschen deutlich, dass es dort einen Widerspruch zwischen den Naturschutzverbänden gibt. Es hat schon vorab Stellungnahmen gegeben. Daraus lässt sich erkennen, dass zum einen das Engagement für die Windenergie sehr groß ist. Herr Dr. Lübcke, gleichzeitig wird aber die Befürchtung geäußert, diese Form der Bebauung könnte ausufernd, und es könnte zu einer Verspargelung der Landschaft kommen.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Ich kann da nur einfordern, das mit gesundem Menschenverstand zu betrachten und das mit Augenmaß anzugehen, damit wir hier vorankommen und nicht zu dem einen oder anderen Extrem gelangen.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind mehr für die strahlende Zukunft!)

Natura 2000 habe ich angesprochen. Die Naturschutzdatenhaltung ist sicherlich etwas, wo viele Leute fragen: An wie vielen Stellen werden denn die Daten in Zukunft gehalten, wer alles wird Daten sammeln? Hier müssen wir einmal aufarbeiten, was europäisches Recht vorsieht, wo in Europa schon eine Datenhaltung ist und ob man das nicht in Teilen übernehmen kann, um nicht wieder auf hessischer Ebene etwas aufbauen zu müssen.

Zum Forstgesetz. Die Walderhaltungsabgabe für die Natura-2000-Stiftung kann man durchaus positiv bewerten. Herr Minister, zu Forsteinrichtungswerken unterstütze ich ausdrücklich das, was Sie eben gesagt haben. Mit der Zertifizierung sind wir dort auf einem richtigen Weg.

Das Thema Waldeckische Domänialverwaltung wird uns sicher in anderen Bereichen der forstlichen Zusammenschlüsse noch beschäftigen müssen. Es gibt mittlerweile wohl auch entsprechende Entwürfe. Das sollten wir wirklich angehen. Ich habe eine Bitte: Wenn die Waldeckische Domänialverwaltung jetzt statt der gesetzlich vorgeschriebenen Beförderung die Wahlmöglichkeit erhält, würde ich gern bei der Waldeckischen Domänialverwaltung auch einführen, dass Frankenberger demnächst in der Domänialkommission sitzen dürfen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU) und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ah!)

Schade, Reinhard Kahl ist jetzt nicht da. Wir haben es neu schon einmal diskutiert.

(Gerhard Bökel (SPD): Sei doch froh, dass die Waldecker nicht wieder selbstständig werden wollen!)

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Der Ansatz im Naturschutz, zum einen mit den Eigentümern, mit den Bewirtschaftern gemeinsam Naturschutz vorantreiben zu wollen, ist richtig. Es ist nach unserer Auffassung ebenso richtig, wenn der Verbots- und Gebotsdschungel einmal durchforstet wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist auch richtig, wenn jetzt Verfahrensbeschleunigungen und Verwaltungsvereinfachungen im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten angegangen werden. Ich verweise nur auf die Kommission des Kollegen Posch, die in diesen Bereichen weit gehende Vorschläge gemacht hat.

(Beifall bei der FDP)

Den Vertragsnaturschutz habe ich schon begrüßt. Ich will noch einen Punkt aufgreifen, der im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten steht und der widersprüchlich ist: der Protest der Bürgerinnen und Bürger gegen den Einsatz des NABU zum Aufhalten der weiteren Baufortschritte an der A 44. Der NABU klagt dagegen. Das wird von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ganz anders gesehen. Der Bürgermeister gestern hätte sicherlich etwas dazu sagen können.

(Norbert Schmitt (SPD): Hat er ja!)

Die Kompensationsmaßnahmen sind auf den Weg gebracht worden. Ich begrüße ausdrücklich die Erhaltung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen und verweise bei der ganzen Argumentation noch einmal darauf, dass gerade die wertvollen landwirtschaftlichen Flächen es sicherstellen, hochwertige Nahrungsmittel mit geringstmöglichem Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln zu produzieren.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne Gentechnik!)

Deshalb muss gerade für diese hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen ein Schutz greifen.

Zum Abschluss. Wir als FDP gehen davon aus, dass der Mensch allmählich erkennt, dass der Wert von Umwelt und Natur für die Zukunft enorm an Bedeutung gewinnen wird, dass es uns gelingen muss, die Eingriffe auf das notwendigste Maß zu beschränken, dass aber gleichzeitig angesagt ist, diese Eingriffe dann, wenn sie unausweichlich sind, sinnvoll auszugleichen, damit im Umkehrschluss der Mensch wiederum versteht, was dort gemacht wird und warum das gemacht wird. Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt in der zukünftigen Umwelt- und Naturschutzpolitik.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Heidel. Sie haben das von der Redezeit her wieder gut eingearbeitet. – Frau Hammann, Sie haben als Nächste das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Michael Boddenberg (CDU): Denken Sie an Ihre guten Vorsätze, Frau Kollegin!)

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Naturschutzpolitik der CDU bedeutet freie Fahrt für die Naturnutzer.

(Zuruf von der CDU: Ja, und?)

Wir können erkennen, dass es, seit die CDU in der Regierungsverantwortung ist, immer wieder zum Abbau von Naturschutzrechten gekommen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Wir bauen nur Bürokratie ab! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Da können Sie raunen, wie Sie wollen. Sie sollten erkennen, dass das, was Sie mit Ihrem Gesetz regeln wollen,

nicht für den Naturschutz ist und damit auch nicht für die Menschen, die den Naturschutz hoch achten und den Naturschutz gern in einer Art und Weise erleben wollen, die lange Zeit Bestand hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Ihre Naturschutzpolitik hat überhaupt keinen Bestand!)

Was Sie tun, ist ein Rückfall in das letzte Jahrhundert, als hätten Sie überhaupt nichts aus dem gelernt, was im letzten Jahrhundert an Fehlern im Naturschutz vorgekommen ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das stimmt leider! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben sie nicht gelernt!)

– Ja, so ist es leider.

Meine Damen und Herren, der weitere Abbau des Naturschutzes birgt natürlich auch die Gefahr von politischer Willkür. Wir glauben, dass der nun vorliegende Gesetzentwurf kontraproduktiv ist. Denn ich glaube auch nicht, dass die Menschen, so sehr sie sich weiterentwickelt haben, dann, wenn es um das Durchsetzen der Eigeninteressen geht, den Naturschutz beachten werden. Deshalb sind Regeln und Vorschriften weiterhin notwendig, aber auch Informationen und Aufklärung in diesem Bereich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Elisabeth Apel (CDU): Ökodiktatur! – Axel Wintermeyer (CDU): Regeln müssen aber sinnvoll sein!)

Die Regelungen, die wir im Hessischen Naturschutzgesetz hatten, die damals auch von Rot-Grün in das Naturschutzgesetz eingearbeitet wurden,

(Axel Wintermeyer (CDU): Genau das waren die Fußangeln!)

sind absolut sinnvoll gewesen.

(Axel Wintermeyer (CDU): „Gewesen“, da haben Sie recht!)

Wir haben gesehen, dass es zu Veränderungen in Natur und Landschaft gekommen ist, weil man die Probleme früh erkannt und darauf reagiert hat.

(Elisabeth Apel (CDU): Das haben wir am Wahlergebnis 1999 gesehen!)

Was Sie vorgelegt haben, ist eine Abwärtsspirale im Naturschutz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Besonders schlimm finde ich, dass ich von Ihrer Seite erkennen kann, dass Sie es noch nicht einmal bei diesem Stand belassen wollen, sondern dass Sie den Abbau noch weiter betreiben werden. Denn in Ihrem Gesetzentwurf steht schwarz auf weiß zu lesen:

Dessen ungeachtet hält die Landesregierung im Interesse einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung weiter gehende Vereinfachungen und Entschärfungen des Naturschutzrechts für geboten, die jedoch Änderungen des Rahmenrechts voraussetzen. Die Landesregierung wird daher eine erneute Novellierung des Naturschutzgesetzes in Angriff nehmen, sobald das Bundesrecht Freiräume hierfür eröffnet.

Meine Damen und Herren, es wird explizit auf die wirtschaftliche Entwicklung hingewiesen. Ich denke, in einem Naturschutzgesetz darf so eine Überlegung keinen Platz finden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Das ist eine Anmerkung, nicht Gesetz!)

Ich nenne Ihnen auch die Stellungnahme einer anderen Seite dazu. Es gibt eine Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Umweltamtsleiter im Hessischen Städte- tag, und die ist sehr deutlich. Sie haben in ihrer Stellungnahme geschrieben:

Die Novelle des Hessischen Naturschutzgesetzes verändert den Stellenwert des Naturschutzes. Seine eigenständige Bedeutung wird aufgegeben. Er wird anderen Interessen, insbesondere wirtschaftlichen Interessen, untergeordnet. Man könnte schlagwortartig zusammenfassen: Eigennutz geht vor Gemeinnutz.

Meine Damen und Herren, diese Auffassung teilen wir.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich jetzt zu den Details kommen. Denn es ist wichtig, anhand dieser Beispiele darzustellen, wie unwichtig Ihnen offensichtlich der Naturschutz ist.

Sie legen Hand an die besonders schützenswerten Biotope. Über lange Zeit galten sie in unserem Land als etwas sehr Wichtiges, weil sie landestypisch waren und deshalb auch nicht die Regelung über das Bundesnaturschutzgesetz brauchten. Landestypische Biotope für Hessen sind z. B. Feldgehölze, Trockenmauern, Streuobstwiesen oder auch Alleen. Wir können es nicht verstehen, wenn Sie sagen, dass der Eingriff in Alleen jetzt keiner Genehmigung mehr bedarf. Der ADAC hat beispielsweise eine deutsche Alleestraße initiiert, die durch Hessen führt. Im Internet wird unter „Hessen-Tourismus“ für die Ferienstraße „Alleen in Hessen“ geworben.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Da sehen Sie einmal, wie gut das läuft!)

Wir finden es unmöglich, dass Sie den Naturschutz in diesem Bereich weiter schwächen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade diese landschaftstypischen Elemente, die wir in Hessen haben – schöne, alte, historisch geprägte Alleen –, müssen auch weiterhin Bestand haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Das bleibt doch auch so! – Elisabeth Apel (CDU): Deshalb steht es im Bundesnaturschutzgesetz!)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt. Kommen wir doch einmal zu den Streuobstwiesen. Diese Biotope gehören ebenfalls zu den charakteristischen Elementen unserer Kulturlandschaft in Hessen. Nach geltendem Recht war es bisher so, wenn eine Rodung erfolgen sollte, dass die untere Naturschutzbehörde das Ganze bewertet hat und mitentscheiden konnte, ob die Streuobstwiese weiter Bestand haben sollte oder nicht. Nach der jetzt von Ihnen vorgeschlagenen gesetzlichen Regelung hat die untere Naturschutzbehörde überhaupt keine Möglichkeit mehr.

(Elisabeth Apel (CDU): Dummes Zeug!)

Es wird ein schleichender Prozess sein. Die Entwertung der Streuobstwiesen, vielmehr der Verlust der Streuobstwiesen, wird über einen längeren Zeitraum erfolgen. Auf der anderen Seite haben wir einen Ministerpräsidenten Koch, der von dem Land Hessen spricht als dem Land vom Laptop und vom Äpfelwoi. Aber wenn die Grundlage des Rohstoffes für den Apfelwein zu Ende geht, frage ich Sie: Wie soll das Land dann noch den Apfelwein hochhalten?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Die Äpfelbäum sind weg! – Michael Boddenberg (CDU): Dann steigen wir auf Bier um!)

Machen Sie sich doch nichts vor. Wenn eine Streuobstwiese gerodet wird, brauchen neu gepflanzte Bäume lange, bis sie Äpfel produzieren. Sie kennen auch die Nutzungsansprüche, die oftmals aus der Bevölkerung entstehen. Sie selbst haben das Gesetz so geregelt, dass Streuobstwiesen weggenommen werden können. Na gut, dann nimmt man eine Ausgleichsabgabe, aber die muss auch nicht regional umgesetzt werden. Das ursprüngliche Biotop Streuobstwiese wird vollkommen flachfallen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Nein! – Elisabeth Apel (CDU): Das steht im Bundesnaturschutzgesetz!)

– Sicher, Herr Boddenberg. Das ist Ihnen doch bekannt. Sie wissen auch, dass das ein Problem für unsere hessischen Apfelweinproduzenten wird.

(Michael Boddenberg (CDU): Frau Kollegin, dafür sorgt schon der morgige Tag!)

Wir haben zahlreiche Apfelweinproduzenten, die diesen Grundstoff dringend benötigen. Es kann doch nicht sein, dass unser hessisches Nationalgetränk mit Äpfeln aus anderen Bundesländern oder sogar darüber hinaus aus dem Ausland erzeugt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Das Stöffchen! – Zurufe von der CDU)

Wir brauchen die Streuobstwiesen auch in Hessen. Frau Apel, da können Sie noch so sehr protestieren. Die bisherige Regelung in diesem Bereich war absolut notwendig. Die Keltereien sind darauf angewiesen. Ich habe das vorhin schon vorgetragen. Ich hoffe auch, dass Ihnen die wirtschaftlichen Interessen dieser Unternehmen möglicherweise etwas näher am Herzen liegen als der Naturschutz und damit vielleicht etwas Hoffnung einhergehen kann, dass Sie diese Änderungen im Rahmen der Anhörung noch zurücknehmen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite können Sie bald nicht mehr mit diesem Produkt werben unter der Qualitätsmarke „Hessen. Aus gutem Grund“, wenn Sie die Möglichkeit eröffnen, die Axt an die Streuobstwiesen anzulegen.

Ich möchte dies aber nicht allein unter dem wirtschaftlichen Faktor betrachten. Ich möchte es auch unter dem Blickwinkel betrachten, dass es Biotope sind. Sie sind eine Heimat für viele Tierarten. Bei den Obstwiesen sind es der Steinkauz und der Grünspecht. Wir sprechen über ein Naturschutzgesetz und nicht über ein Wirtschaftsgesetz. Deshalb haben diese Tiere einen Stellenwert, wenn wir darüber diskutieren, welche Veränderungen im hessi-

schen Naturschutz von Ihnen vorgenommen werden sollen.

(Elisabeth Apel (CDU): Das wird im Bundesnaturschutzgesetz behandelt!)

Kommen wir zu einem weiteren Punkt, zur Wegnahme der Feldgehölze und Hecken. Auch diese sind Lebensraum für viele Tierarten. Auch diese Lebensräume sollen zukünftig zerstört werden können. Wenn Hecken einer großflächigen Ackernutzung im Wege stehen, ist es möglich, dass sie geschleift werden.

Meine Damen und Herren, schauen wir dann in den Rheingau mit den vielen Trockenmauern. Auch dort sehen wir, dass es zu Problemen kommen wird.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Alle künstlich angelegt!)

Denn sie sind damals zum Erosionsschutz errichtet worden, sie bieten aber auch eine Heimat für viele Tierarten wie die Mauereidechse und die Kreuzotter.

Meine Damen und Herren, das Mittelrheintal ist ein UNESCO-Weltkulturgebiet. Diese Trockenmauern, die typischen Hecken, diese Lebensräume für Tiere gehören mit zu den Schönheiten dieses Gebietes. Wenn Sie das Gesetz in Ihrem Sinne regeln, dann wird es eine massive Verschlechterung bedeuten.

(Elisabeth Apel (CDU): Wir passen es an das tritinsche Gesetz an!)

– Frau Apel, passen wir das an das tritinsche Gesetz an? Sie wissen ganz genau, dass den Ländern extra aufgegeben wurde, die eigenen, landschaftstypischen Biotopelmente zu schützen. Genau das war Bestandteil unseres hessischen Gesetzes, bevor Sie darangehen konnten, das Ganze negativ umzuändern.

(Elisabeth Apel (CDU): Unterstellen Sie Herrn Trittin, dass er Streuobstwiesen vernichten wollte?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns zu einem weiteren Punkt kommen. Warum nehmen Sie die vielen Landschaftsschutzgebiete weg? Die Argumentation von Herrn Minister Dietzel ist hier nicht klar. Das Überlappen von FFH-Gebieten, Vogelschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten ist überhaupt kein Argument; denn der Schutzzweck ist jeweils ganz unterschiedlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Bei den Vogelschutzgebieten sind es die besonderen Vogelarten. Im anderen Bereich sind es bestimmte Pflanzengesellschaften, bestimmte Biotoptypen. Ein Landschaftsschutz hat ein ganz anderes Ziel.

Ich möchte es Ihnen an einer Schutzgebietsverordnung darstellen. Ich nehme die Schutzgebietsverordnung Bergstraße-Odenwald. Was wurde in einer Landschaftsschutzgebietsverordnung geschützt? Man hat dieses Gebiet z. B. vor Kraftfahrzeugen geschützt, sodass diese nicht außerhalb der für den allgemeinen Kraftfahrzeugverkehr zugelassenen Wege, Straßen und Plätze fahren und parken dürfen. Das heißt, sie dürfen sich nicht außerhalb der vorgeschriebenen Bereiche aufhalten. Dies nehmen Sie nun weg.

(Elisabeth Apel (CDU): Ganz normales Ordnungsrecht!)

Wir haben einen weiteren Punkt, die Entwässerung von Flächen oder Grundwasserentnahme. Auch das haben Sie

in Ihrem Gesetz in einem weiteren Punkt schon aufge-  
weicht, weil bis zu 50.000 m<sup>3</sup> entnommen werden können.

(Elisabeth Apel (CDU): Wassergesetz!)

Dann haben wir Motorsportveranstaltungen, Fahrradrennen, Cross- und Orientierungsläufe. Die können künftig im Landschaftsschutzgebiet durchgeführt werden, weil es keine Verordnung mehr gibt.

Die untere Naturschutzbehörde hat überhaupt keine Möglichkeit mehr, hier einzugreifen.

(Elisabeth Apel (CDU): Das ist Ordnungsrecht!)

Sie haben die unteren Naturschutzbehörden schon in dem Moment entmachtet, in dem Sie gesagt haben, die Benehmensregel gilt und nicht mehr die Einvernehmensregel. Das Problem ist, dass Sie den unteren Naturschutzbehörden jede Möglichkeit der Mitwirkung nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei Abgeordneten der SPD)

In der Vergangenheit war es so, dass Naturschutzbehörden sehr wohl einwirken konnten und dann eine landwirtschaftsverträgliche Nutzung mit auf den Weg bringen konnten. Das nehmen Sie alles billigend zur Kenntnis, obwohl Sie das wissen. Das ist eine falsche Naturschutzpolitik.

Gerade diese Landschaftsschutzgebiete sind wegen ihrer Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes geschaffen worden. Sie sind für ein Naturerlebnis ausgerufen worden. Wir wollen doch auch in unmittelbarer Nähe zu dem Ort, an dem wir wohnen, einen Lebensraum genießen können. Diese Landschaftsschutzgebiete haben dazu beigetragen. Ganz besonders prekär finde ich: Wenn Sie die Landschaftsschutzgebietsverordnung Bergstraße-Odenwald wegnehmen, die ich eben genannt habe, dann bedeutet dies, dass der Geopark Bergstraße-Odenwald ohne Schutz ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Vorgehen Ihrerseits ist absolut nicht tolerabel. Der Schutz muss weiter bestehen bleiben, denn solange der Geopark keinen eigenen Schutz hat, entwerten Sie dieses Gebiet. Aber das kann doch nicht in unser aller Sinne sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei Abgeordneten der SPD)

Kommen wir zu einem weiteren Punkt, zu den ehrenamtlichen Naturschutzbeiräten. Unser Kollege Grumbach hat es schon genannt: Sie beachten mehr die Kooperation mit den Landnutzern und gehen gerne die Konfrontation mit den Naturschützern ein. Hier sind Sie wieder auf einem Konfrontationskurs. Sie nehmen den im Naturschutz ehrenamtlich arbeitenden Menschen eine Mitwirkungsmöglichkeit weg, die sich über Jahre als positiv erwiesen hat. Ich will es deutlich machen: Auf der dritten Ebene – sprich: auf Ebene der Regierungspräsidien – wird der Naturschutzbeirat abgeschafft. Ihnen ist es egal, ob die Menschen, die sich im Naturschutz engagieren, die ihre Natur und ihre Landschaft schützen wollen, vielleicht Vorschläge einbringen können, wie man eine wirtschaftliche Entwicklung mit Naturschutz und einem Naturerleben kombinieren kann. Sie nehmen diese Ebene weg. Das heißt, Sie treten die Mitwirkung der Ehrenamtlichen im Naturschutzbereich mit Füßen. Aber das ist nicht zu tolerieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie wissen genau, und wir haben uns schon öfter darüber unterhalten, dass die Naturschutzbeiräte eine sehr positive Arbeit geleistet haben. Sie galten überhaupt nicht als die Behinderer. Im Gegenteil, sie haben Möglichkeiten gesucht, wie Maßnahmen mit dem Naturschutz in Einklang zu bringen waren. Es ist immer wieder so, dass Sie die Naturschützer als die wirklich Schuldigen darstellen wollen, aber das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Wir brauchen Menschen, die sich um die Natur kümmern. Aber von einer CDU-Fraktion kann man es leider nicht erwarten, dass sie den Naturschutz wirklich ernst nimmt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg.  
Dr. Walter Lübcke (CDU))

Ich komme zu den Genehmigungsverfahren, dem besten Beispiel, um zu zeigen, warum der Naturschutz überhaupt keinen Stellenwert mehr haben wird. Sie wollen, dass, wenn irgendwo ein Eingriff erfolgen soll, die Behörden innerhalb von drei Monaten handeln, egal wie der Personalbestand ist, egal welche Unterlagen noch fehlen. Sie wollen, dass praktisch auf Antrag eine fiktive Genehmigung erfolgt, wenn die Behörde nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums reagiert.

Meine Damen und Herren, auch wir sind für schnelle, zügige Genehmigungen. Aber wir wollen auch, dass der Aspekt des Naturschutzes in einer richtigen Größe beachtet wird, und das fällt mit Ihrem Gesetzentwurf hinten runter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Hammann, Sie müssen zum Schluss kommen. Die Redezeit ist abgelaufen.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss. – Ich hoffe auf die Anhörung, dass Menschen, die im Naturschutz tätig sind, dass Umweltverbände, dass alle die, die diese Auswirkungen anders sehen und anders darüber denken als Sie, vielleicht doch noch auf Sie einwirken können. Denn so ein Naturschutzgesetz, wie Sie es vorgelegt haben, ist eine massive Rückentwicklung für den hessischen Naturschutz. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Hammann. – Herr Denzin, Sie haben das Wort zu einer Kurzintervention.

#### **Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weise für meine Fraktion ausdrücklich zurück, dass Naturschutz für uns keinen Stellenwert mehr habe.

Worum geht es hier? Es geht darum, dass Sie falsche Behauptungen in die Welt gesetzt haben, z. B. bezüglich der

Streuobstwiesen. Diese sind nach EU-Recht geschützt. Sie bleiben geschützt, und diesen Schutz wollen auch wir beibehalten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es geht im Wesentlichen darum, dass Sie uns vorwerfen, wir wollten den Naturschutz abbauen. – Wir wollen nicht den Naturschutz abbauen, sondern wir wollen die falschen Überregulierungen abbauen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Genau damit haben Sie in den Achtzigerjahren das Gegenteil von dem erreicht, was Sie idealerweise wollten. Sie haben durch die ganzen Klein-klein-Regelungen und durch den Vorrang des Naturschutzes vor allen anderen Entwicklungszielen in den Köpfen der Menschen genau das geschaffen, was dem Naturschutz schadet,

(Norbert Schmitt (SPD): Das muss 1987 bis 1991 gewesen sein!)

sodass kein Verständnis mehr für die Grundanliegen des Naturschutzes geblieben ist. Das war das Ergebnis.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen jetzt das, was im Planungsrecht immer gegolten hat oder hätte gelten sollen, dass wir nämlich zu einer Abwägung zwischen gleichrangigen Zielen, zwischen Entwicklungszielen und Schutzzonen, kommen. Damit kommen wir ein Stück weiter.

(Norbert Schmitt (SPD): Das wird doch gerade abgeschafft, wenn die Landschaftsschutzgebiete wegfallen!)

Herr Minister, in diesem Sinne sehe ich eine gute Diskussionsgrundlage in Ihrem Entwurf.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Denzin. – Frau Hammann, Sie haben Gelegenheit zur Antwort.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil Herr Denzin darauf verwiesen hat, dass er den Naturschutz sehr wohl achtet und dass er versucht, für den Naturschutz die richtigen Entscheidungen zu treffen. Er hat das Beispiel der Streuobstwiesen genannt. Ich glaube aber, dass Sie sehr wohl mit der Landesregierung d'accord sind, dass dieser Schutz, wie er bisher im Gesetz gestanden hat, entfallen soll.

(Michael Denzin (FDP): Nein! Das ist doch durch die EU geregelt!)

Herr Denzin, wir haben keinen Schutz dieser Streuobstwiesenbestände. Das ist Fakt. Sie können einen Eingriff in diesen Bereichen vornehmen und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen vornehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Denzin, ich möchte Ihnen einen Kollegen nennen, den Sie sicher sehr gut kennen. Ich habe einen Presseartikel zu Herrn Hielscher dabei. Für diejenigen, die ihn nicht mehr kennen: Das ist ein früherer Landtagsabgeordneter der FDP. Da heißt es:

Kopfschütteln ruft die geplante Änderung des Hessischen Naturschutzgesetzes bei dem Ersten Kreisbeigeordneten Hans-Jürgen Hielscher (FDP) hervor. Der Umweltdezernent kritisiert die von der CDU-Landesregierung geplante Herausnahme der Streuobstbestände aus dem Katalog der gesetzlich geschützten Biotope.

Streuobstbestände prägten nicht nur traditionell das Landschaftsbild und dienten der Apfelweinkelterung als „Grund-Stöffche“, sondern seien auch wichtige Lebensräume für seltene Tiere und Pflanzen. Gerade die typischen Vogelarten ...

(Michael Denzin (FDP): Er ist inzwischen aufgeklärt!)

Er sagt:

Der Schutz der Streuobstwiesen sei von daher

– hören Sie bitte genau zu –

„eine besondere Pflichtaufgabe der Landesregierung“.

Sie schließen sich dem an, was die Landesregierung will.

(Michael Denzin (FDP): 1 : 1!)

Aber das ist eine Fehlentwicklung im Naturschutz. – Danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Hammann. – Als Nächste hat sich Frau Apel für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet.

#### **Elisabeth Apel (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon merkwürdig, was hier alles an Unwahrheiten und Unterstellungen in der Hoffnung verbreitet wird, daraus ein parteipolitisches Süppchen kochen zu können.

(Norbert Schmitt (SPD): Den Minister so hart anzugehen finde ich nicht okay!)

Blieben wir zunächst bei den Streuobstbeständen. Die Streuobstwiesen sind im Bundesnaturschutzgesetz, das bekanntlich noch Jürgen Trittin zu verantworten hatte, in keiner Weise enthalten, ebenso wenig wie die Trockenmauern und die Feldgehölze. Niemand, weder von den Roten noch von den GRÜNEN, hat bisher Herrn Trittin unterstellt, er habe dadurch, dass die Streuobstbestände, die Feldgehölze und die Trockenmauern im Bundesnaturschutzgesetz nicht als gesetzlich geschützte Biotope verankert sind, die Absicht verfolgt, diese zu vernichten. Das, was hier behauptet wird, ist schlicht und ergreifend dummes Zeug.

(Beifall bei der CDU)

Die Streuobstbestände haben, auch wenn sie im Landesnaturschutzgesetz nicht mehr dezidiert als gesetzlich geschützte Biotope ausgewiesen sind, natürlich weiterhin ihren Schutzstatus. Die UNBs können nämlich in der Ver-

antwortung der Kreise selbstständig entscheiden, ob der Schutzstatus weiterhin aufrechterhalten werden soll oder ob er unter Umständen fallen kann.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unsinn!)

Im Rahmen von Cross Compliance – das ist das Monstrum, wonach den Landwirten in Zukunft Fördermittel ausbezahlt werden – gibt es wunderschöne, per Satellit aufgenommene Luftbilder, auf denen zu sehen ist, welche Marke die Zigarette hat, die Sie in der Hand halten. Auf diesen Luftbildern ist jeder einzelne Streuobstbestand, der nicht entfernt werden darf, als Landschaftselement aufgezeichnet.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unsinn!)

– Frau Hammann, Sie scheinen mit Cross Compliance nichts am Hut zu haben. Sonst würden Sie nicht behaupten, das sei Unsinn. Es ist Fakt. Die Auszahlung landwirtschaftlicher Förderprämien wird am Erhalt von Landschaftselementen festgemacht. Wenn Frau Hammann hier die Argumentation des Apfelweinverbands anführt, wonach der Erhalt der Streuobstbestände erforderlich sei, weil man zur Herstellung von Apfelwein bekanntlich diesen Grundstoff benötige, sage ich dazu: Das ist genau richtig; genau das ist unsere Intention. – Jeder, der sich mit Apfelbäumen auskennt, weiß, dass Apfelbäume ihre Ertragskraft spätestens nach 30 Jahren verloren haben. Wenn man die Streuobstbestände auch weiterhin in ihrer Funktion als Apfelleveranten erhalten will, muss man die Möglichkeit schaffen, Nachpflanzungen für aus Altersgründen abgängige Bäume durchzuführen.

(Beifall bei der CDU – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gab es früher auch schon!)

Diese Nachpflanzungen dürfen nicht erst dann erfolgen, wenn eine Naturschutzbehörde ein Häkchen dahinter gesetzt hat, sondern sie müssen aus eigener Verantwortung derjenigen, die diese Streuobstbestände bisher gepflegt haben und auch weiterhin pflegen, vorgenommen werden. Aus welchem Grund müssen wir denn die Naturschutzbehörde fragen, ob, bitte schön, ein altersabgängiger Apfelbaum durch einen neuen ersetzt werden kann, damit der hessische Apfelwein auch weiterhin aus hessischen Äpfeln hergestellt werden kann?

(Beifall bei der CDU)

Das, was Frau Hammann hier vorgetragen hat, spiegelt ein klein wenig das Selbstverständnis der GRÜNEN im Hinblick auf den Naturschutz wider. Das ist ein völlig anderes Selbstverständnis, als wir haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf legen wir auch Wert!)

Für uns sind nachhaltiger Naturschutz und Schutz privaten Eigentums kein Widerspruch. Deshalb setzen wir von Anfang an auf Kooperation statt Konfrontation. Land- und forstwirtschaftliche Eigentümer haben über Jahrhunderte hinweg aus eigenem Interesse – ohne Naturschutzreglementierung – die Fruchtbarkeit der Böden gefördert und erhalten sowie durch behutsames Gestalten eine an die Landschaft und die Region angepasste Kulturlandschaft geschaffen. Bauern und Waldbesitzer haben ihre Böden aus eigenem Interesse als wichtigste Grundlage angesehen. Für ihre Gesundheit wurde jahrhundertlang

alles getan, damit Tier und Mensch ernährt werden konnten.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus Besitzer- und Nutzerinteresse dürfte Wald und Boden nie mehr abverlangt werden, als sich in einer Vegetationsperiode regenerieren kann. Jedes andere, nicht nachhaltige Wirtschaften hätte zwangsläufig den Niedergang von Land und Wald und somit einen Wertverlust des gesamten Betriebs zur Folge gehabt.

Der Anbau für den Markt unter Berücksichtigung natürlicher Standortverhältnisse bedeutet aber auch, dass die Konsumenten land- und forstwirtschaftlicher Produkte für deren Herstellung insofern Verantwortung tragen, als sie bereit sind, für Produkte aus der Region den Preis zu zahlen, der notwendig ist, um die Bodenfruchtbarkeit, Sozialstandards, den Tierschutz und die Erhaltung der Naturlandschaft weiterhin fair zu vergüten.

Fairer Handel beginnt nicht in der so genannten Dritten Welt, sondern vor der eigenen Haustür. Faire Preise bedeuten, es nicht zuzulassen, dass wertvolles Brotgetreide aus der Region billig verramscht wird und Landwirte in die thermische Verwertung von Getreide getrieben werden. Sie bedeuten, es nicht zuzulassen, dass rotkernige heimische Buche aus optischen Gründen in den Ofen wandert, statt auf der Werkbank des Tischlers zu landen. Sie bedeuten, es nicht zuzulassen, dass osteuropäisches oder sogar asiatisches Konzentrat Äpfeln aus heimischen Streuobstbeständen vorgezogen wird, weil Lebensmittel gar nicht billig genug sein können. Wir können unsere Natur- und Kulturlandschaft nur dann auf Dauer erhalten, wenn viele Konsumenten bereit sind, deren Produkte zu respektieren und einen angemessenen Preis dafür zu bezahlen.

Die 68er-Revolutionäre haben in ihrem fast vier Jahrzehnte langen Marsch durch die Institutionen versucht, unter dem Deckmäntelchen des Naturschutzes wohlverstandene, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Eigentümer- und Nutzerinteressen als naturfeindlich darzustellen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Blödsinn! – Gegenruf von der CDU: Das war so, Herr Kaufmann!)

Dem konnte nur noch der Staat mit Interventionen entgegenzutreten. Daraus resultieren bis zum heutigen Tag auf den unterschiedlichsten staatlichen Ebenen Versuche, land- und forstwirtschaftliches Privateigentum und das Wirtschaften auf diesen Flächen durch völlig überzogene, angeblich gut gemeinte gesetzliche Regelungen zu sozialisieren und die Bewirtschafter einem Generalverdacht zu unterwerfen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Freiheit statt Sozialismus, jawohl!)

Jüngstes Beispiel für diese völlige Fehlsteuerung und ein völlig fehlgeleitetes Naturverständnis ist die Klage der EU-Kommission gegen Deutschland.

(Norbert Schmitt (SPD): Deshalb wollten Sie ins EU-Parlament!)

Danach kann auch die unbeabsichtigte Zerstörung eines Lebensraums, einer so genannten Anhang-IV-Art, innerhalb und außerhalb der Schutzgebiete, also auf der gesamten Landesfläche, unter Strafe gestellt werden. Jetzt könnte man noch einigermaßen gelassen sein und sich sagen: Das ist die Meinung der EU-Kommission. Dieser

Meinung wird sich hoffentlich kein wirklich ernst zu nehmendes Gericht anschließen.

Weit gefehlt, meine Damen und Herren. Im Januar dieses Jahres hat der Europäische Gerichtshof der Klage der EU-Kommission gegen Deutschland stattgegeben. Demnach muss auch die absichtslose Zerstörung des Lebensraums einer Anhang-IV-Art unter Strafe gestellt werden. Der Europäische Gerichtshof hat Deutschland verurteilt, das Bundesnaturschutzgesetz in diesem Sinn anzupassen. Für diejenigen, die es nicht wissen: Bei Anhang-IV-Arten handelt es sich um so populäre Tierarten wie Hamster, Spechte, Würmer und Kammolche.

(Zuruf von der CDU: Wie Herr Kaufmann!)

Was bedeutet das für das Wirtschaften auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen – selbst unter Beachtung aller gängigen Fachgesetze und unter Beachtung der guten fachlichen Praxis? Wenn ein Landwirt im Herbst sein Feld pflügt, muss er naturgemäß mit dem Pflug in den Boden eindringen.

(Norbert Schmitt (SPD): Die CDU hätte Sie doch ins Europaparlament schicken sollen!)

Naturgemäß werden bei diesem Vorgang auch einmal Hamstergänge zerstört. Der Vorgang des Pflügens stellt den Bauern unter einen Generalverdacht, und er muss damit rechnen, unter Strafe gestellt zu werden, weil er einen Hamsterbau zerstört hat. Forstwirte, die einen Baum fällen wollen, müssen künftig erst auf den Baum klettern, um nachzusehen, ob da oben vielleicht eine Spechthöhle ist. Sonst setzen sie sich unter Umständen dem Vorwurf aus, rechtswidrig gehandelt zu haben.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für ein Unsinn!)

Wenn es so weit kommt, dass Naturverständnis bedeutet, dass wir diejenigen, die unter Beachtung aller guten fachlichen Praxis und unter Beachtung aller Fachgesetze gehandelt haben, unter einen Generalverdacht stellen, finden wir künftig niemanden mehr, der bereit ist, auf diesen Flächen zu wirtschaften, zumal er seine Produkte zu Weltmarktpreisen, also zu billigen Preisen, verramschen muss.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist unterirdisch!)

Das ist ein völlig fehlgeleitetes Naturverständnis. Das haben wir denjenigen zu verdanken – das muss ich leider in aller Deutlichkeit sagen –, die 1968 den Marsch durch die Institutionen angetreten haben.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gerhard Bökel (SPD): Für das Protokoll: demonstrativer und heftiger Beifall!)

Dieser Entwurf für ein Gesetz zur Reform des Naturschutzrechts, den Herr Minister Dietzel vorgelegt hat, ist angemessen und angepasst. Das gilt für alle Bereiche, auch dort, wo die großflächigen Landschaftsschutzgebiete abgeschafft werden sollen, weil Wasserrecht, Baurecht, Naturrecht usw. auf diesen Flächen noch durchgängig wirken.

Bezüglich dieser Flächen müssen wir endlich dazu kommen, Bürokratie abzubauen, um uns den wirklichen Aufgaben, den Pflichtaufgaben, nämlich der Erledigung von Natura 2000, voll widmen zu können. Wir müssen alles tun, zunächst einmal die Pflichtaufgaben zu bewältigen. Deswegen müssen wir das, was zur Kür zu rechnen und ausweislich des Bundesnaturschutzgesetzes von Herrn

Trittin eben nicht notwendig ist, erst einmal kritisch überprüfen. Wenn wir unsere Pflichtaufgaben erledigt haben, dann können wir uns auch gern der Kür widmen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Frau Apel. – Herr Grumbach, ich erteile Ihnen das Wort für die SPD-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Frank-Peter Kaufmann, ich kenne keinen Hamster, der sich seit 1968 durchgewühlt hat.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, die Streuobstwiesen und die Silberdisteln gehören in der Tat zum Vorspiel. Frau Apel, ich finde es ganz spannend, welches Rechtsverständnis Sie hier vertreten. Wir alle reden hier in vollem Bewusstsein dessen, dass der Naturschutz auch Eingriffe in Eigentumsrechte bedeuten kann. Sie sagen, wenn man kein Gesetz mehr hat, dann kann man ohne gesetzliche Grundlage in Eigentumsrechte eingreifen. Welch ein Rechtsverständnis vertreten Sie hier für die CDU-Fraktion? Ich finde es schon faszinierend, dass Sozialdemokraten Sie daran erinnern müssen, dass das Eigentum geschützt ist und nur auf gesetzlicher Grundlage in Eigentumsrechte eingegriffen werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, wenn Sie die gesetzliche Grundlage beseitigen, dann können Sie gar nichts mehr machen, es sei denn, Sie brechen die Verfassung. So ist es, ganz schlicht, ganz einfach.

Zweitens. Was sind Sie eigentlich für eine Zentralistin? Wir haben die Situation, dass in Deutschland eine Debatte darüber geführt wird, ob die Verantwortung für den Naturschutz den Ländern übertragen werden soll. Ich habe dazu die Meinung, dass das nicht falsch wäre. Ihre Landesregierung hat das bisher anders gesehen. Die Übertragung auf die Länder hätte den Sinn, dass die Dinge nicht zentralistisch geregelt werden, dass also landestypische Bestandteile der Landschaft durch Landesgesetze geschützt und bundestypische Bestandteile dort mit einbezogen würden. Sie hingegen sagen: Nur das, was zentral vorgegeben ist, ist zu schützen. – Das, was wir in Hessen an Kultur haben, z. B. die Streuobstwiesen, die es anderswo zumindest nicht in diesem Umfang gibt, interessiert Sie nicht, weil Sie Zentralistin sind und alles abschaffen wollen, was Sie nicht zentral vorgegeben bekommen.

Drittens. Sie sehen die Natur nur als Ort der Produktion. Sie reden über die Streuobstwiesen wie über Apfelplantagen. Der Zweck einer Streuobstwiese ist ein doppelter. Dass wir den einen Zweck gut finden, heißt nicht, dass wir den Hauptzweck vergessen.

(Beifall bei der SPD)

Der Hauptzweck ist, Lebensräume zu bieten. Die Lebensräume haben etwas mit dem Zustand dieser Wiesen zu tun. Ihre Plantagensicht ordnet den Zustand der Wiesen,

ordnet den Hauptzweck, Lebensraum zu sein, den Gesichtspunkten der Produktion unter. Ich glaube, dass das Unsinn ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich zu dem Gesetzentwurf. Lassen Sie uns einen ganz kurzen Blick auf die Geschichte des Naturschutzrechts werfen. Dann merken Sie ganz schnell, wo wir landen.

Anfang des 20. Jahrhunderts hat es erste Anstrengungen gegeben, den Artenschutz gesetzlich zu regeln, weil festgestellt wurde, dass eine ganze Reihe von Tieren vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben war. Relativ schnell, schon in der Weimarer Republik, hat man festgestellt, dass es nicht funktioniert, wenn man nur die Arten, aber nicht auch ihre Lebensräume schützt. Das erste Naturschutzgesetz wurde in der Weimarer Republik erlassen. Das hat 1935 seine „Blut-und-Boden-Fassung“ im Nazi-Deutschland gefunden, und zwar im Reichsnaturschutzgesetz. Mit Verlaub, Ihr Gesetzentwurf ist nichts anderes als europäisches Recht plus die alten Bestimmungen des Reichsnaturschutzgesetzes. Das ist ein Rückschritt, das ist kein Fortschritt, das ist ein Abbau von Naturschutz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss sich ein Stück weit den Problemen stellen. Natürlich gibt es nicht nur in der Frage der Abwägung des Naturschutzes gegen andere Güter Probleme, sondern es gibt auch ein Problem im Naturschutz an sich. Die Natur entwickelt sich nämlich immer weiter. Lebensräume sind eben nicht statisch. Das heißt, wir müssen im Naturschutz ein Gleichgewicht finden zwischen dem, was wir als Lebensraum schützen, und dem, was als Eingriff des Menschen in diesen Lebensraum „hineinragt“.

Da man aber die Naturschutzgebiete nicht vom Rest der Welt abschirmen kann, bedeutet das, dass Sie diese Gebiete ein Stück weit pflegen müssen. Wir haben uns für den Naturschutz entschieden. Wenn Sie das nicht tun wollen, müssen Sie es hier laut sagen. Ein sich entwickelnder Lebensraum, in dem bestimmte Arten noch leben können, der aber bedroht ist, muss also konserviert werden – im klassischen Sinne von konservativ –, um ihn zu erhalten.

Sie sagen in Ihrem Entwurf zur Reform des Naturschutzrechts: Die Verpflichtung, das zu pflegen und zu erhalten, schaffen wir ab. Hier soll es eine Kannbestimmung geben. – Gleichzeitig erklären Sie freimütig, Sie wollen alles Geld für die Natura-2000-Gebiete ausgeben. Das heißt, Sie hören auf, Naturschutz außerhalb von Natura-2000-Gebieten zu betreiben. Das ist der Kern Ihres Gesetzentwurfs zur Reform des Naturschutzrechts.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde am Umweltministerium immer wieder sympathisch, dass es solche Argumente in die Begründung zu einem Gesetzentwurf hineinschreibt. Auf Seite 19 der Begründung heißt es:

Die Haushaltslage macht es insbesondere erforderlich, das Aufkommen von Maßnahmen im Rahmen der Eingriffsfolgebewältigung zur Umsetzung und Erfüllung der europarechtlichen Pflichten einzusetzen.

Das heißt, aus Haushaltsgründen wollen Sie ein Gesetz ändern – nicht weil Ihnen der Naturschutz am Herzen liegt, sondern weil Sie nicht mehr wissen, wie Sie die Finanzierung des Naturschutzes auf der Fläche gewährleisten sollen. Ich glaube, dass wir hier eine Menge Fehlentwicklungen haben und dass Sie nicht zu Ende gedacht haben, was das für die Menschen bedeutet, die in Natura-2000-Gebieten wirtschaften wollen. Wenn wir außerhalb von Natura-2000-Gebieten keine geschützten Lebensräume mehr haben, weil diese langsam verschwinden, haben Sie die Situation, dass Sie die Auflagen für Natura-2000-Gebiete verschärfen müssen. Das heißt, Ihre lockere Aussage, der normale landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betrieb sei möglich, wird dann nicht mehr zu halten sein. Sie werden erleben, dass in den wenigen Regionen Hessens, in denen die EU zugeschlagen hat, Land- und Forstwirte unter härteren Bedingungen auf großen Flächen agieren müssen, während die kleinen Biotope, die bislang nicht gestört haben, weil sie schon lange Naturschutzgebiete waren, schrittweise verschwinden. Das ist kurzsichtig, und das ist falsch.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme nun zu den Landschaftsschutzgebieten. Wir haben in Hessen eine lange Tradition bei den Landschaftsschutzgebieten, weil wir gelernt haben, dass wir zwei wichtige Punkte zu erfüllen haben. Wenn man Naturschutz betreiben will, dann muss man rundherum Zonen schaffen, in denen Übergänge organisiert werden. Ich nenne ein Projekt, das bisher alle gemeinsam vertreten haben: den Burgwald in Hessen. Da sind Landschaftsschutzgebiete so angelegt worden, dass sie die Kernzonen des Burgwaldes schützen. Sie geben das jetzt komplett auf. Beispiel Landschaftsschutzgebiet Geopark Bergstraße-Odenwald: Hat irgendjemand von Ihnen abgecheckt, was es für den Geopark bedeutet, wenn der Landschaftsschutz aufgehoben wird? Sie tun immer so, als seien solche Einrichtungen sakrosankt und würden von internationalen Institutionen auf Ewigkeit gehalten, auch wenn Sie schrittweise die Regeln ändern. Nein, Sie gefährden eines der international bedeutendsten Projekte in Hessen, weil Sie es außer Schutz stellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob Sie das tun können, ist eine spannende Frage. Ich würde in der Anhörung gern den einen oder anderen Juristen fragen, ob das, was Sie gerade machen, möglich ist, ob das Gesetz so einfach geändert werden kann. Es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die sagen, dass Sie über Ihre Möglichkeiten hinausgehen.

Wem tun Sie eigentlich einen Gefallen? Wovon leben eigentlich die Menschen, z. B. im Odenwald und in dem Teil der Bergstraße, der zum Odenwald gehört? Sie leben davon, dass sie in die Ballungsräume zum Arbeiten fahren, und die, die zu Hause bleiben, haben entweder Telearbeitsplätze, oder sie leben vom Tourismus. Das heißt, Sie machen die Existenzgrundlage der Menschen im ländlichen Raum kaputt, indem Sie den Schutz der Lebensräume aufgeben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Glauben Sie das eigentlich, was Sie hier erzählen?)

– Der Unterschied zu Ihnen ist, dass ich nicht dem Glauben verpflichtet bin, sondern argumentiere. Das ist ein kleiner, aber feiner Unterschied.

Ich komme zum nächsten Punkt, den ich ganz spannend finde. Frau Apel hat in ihrer Rede vorhin zu Recht gesagt: Wir brauchen eine Gleichberechtigung, ein Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie. – Es geht im Prinzip um ein Gleichgewicht. Der Unterschied zwischen Rot, Grün und Schwarz ist relativ einfach darzustellen. Wir streiten mit unseren grünen Kollegen ab und zu darum, wo der Gleichgewichtswert liegt. Mit Ihnen, Frau Apel, streiten wir darum, ob Sie überhaupt noch ein Gleichgewicht wollen. Sie haben nämlich einen Gesetzentwurf vorgelegt, der dieses Gleichgewicht faktisch abschafft und andere Interessen als die der Natur vorrangig behandelt. Das ist das Ende Ihrer Naturschutzpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie als Beispiel die Landschaftsschutzgebiete. Sie regeln das Gleichgewicht zwischen Besiedelung, Gewerbe, Wohnen und Natur. Sie sind ein relativ komplexes Instrument, das in jedem Fall eine Abwägung erzwingt. Das heißt, das, was Sie wollen, dass nämlich in jedem Einzelfall abgewogen wird, ist derzeit geltendes Recht. Sie wollen den Zwang zur Abwägung überflüssig machen. Sie wollen dafür sorgen, dass nicht mehr abgewogen werden muss. Sie sagen, die Natur ist nachrangig. Wie Sie das ein Naturschutzgesetz nennen können, ist mir relativ unklarlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Spannend ist an der Stelle auch die Frage, wem Sie eigentlich Sicherheit geben. Ein Investor kann nach einem Abwägungsprozess sagen: In einem bestimmten Stadium bin ich in der Lage, mein Gewerbeprojekt durchzuführen, weil ich in der Regel erwarten kann, dass ein Gericht einer konkreten Klage gegen dieses Projekt nicht stattgibt.

Wenn Sie diesen Prozess ausschalten, dann werden Sie erleben, dass Projekt für Projekt auf sehr grundsätzlicher Ebene beklagt wird und derjenige, der investieren will, gar nicht weiß, ob er einen Rechtsschutz hat oder nicht. Sie tun also Ihren Bündnispartnern keinen Gefallen. Sie schaffen mehr Rechtsunsicherheit statt mehr Rechtssicherheit. Auch das sollten Sie sich noch einmal genau überlegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu dem netten Punkt, der die untere Naturschutzbehörde betrifft. Sie haben vorhin erzählt, die untere Naturschutzbehörde könne doch die Streuobstwiesen und anderes, wenn sie es denn wolle, unter Schutz stellen. Das ist doch ein Schmarrn. Sie haben schon vor längerer Zeit in das Gesetz geschrieben, dass es nicht einmal mehr nötig ist, mit den unteren Naturschutzbehörden ein Einvernehmen herzustellen. Diese müssen nur noch angehört werden. Sie haben die Rolle von Bittstellern. Wenn Sie das für eine starke Position der Naturschutzbehörde halten, dann weiß ich nicht, was Sie für einen Naturschutz haben wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun komme ich zu dem Punkt, der uns, wie ich glaube, mit vielen anderen verbindet, weshalb ich nicht ganz sicher bin, ob Ihre Fraktion da ganz geschlossen ist. Ich meine

den Umgang mit den Ehrenamtlern. In Sonntagsreden loben Sie das Ehrenamt, Sie verteilen Preise für ehrenamtliche Tätigkeit. Wenn die Ehrenamtler aber mitentscheiden wollen, dann sind sie draußen. Das hatten wir schon in vielen Bereichen, und das haben wir auch in diesem Gesetzentwurf. Mir kommt das vor wie die Haltung des alten Familienpatriarchen, der sagt: „Schaffe, mein Kind, aber wehe, du willst in der Familie mitbestimmen.“ Das ist Ihre Position: patriarchalisch, bevormundend. Das ist keine moderne Position, in der Menschen zur Beteiligung, zur Mitentscheidung ermuntert werden, sondern es ist eine Position, die die Menschen von der Mitentscheidung ausschließen soll. Sparen Sie sich Ihr Ehrenamt. Sonntagsreden gehören nicht in diese Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir schon bei dem eher skurrilen Teil des Gesetzentwurfs sind, will ich Folgendes hinzufügen: Manchmal ist gut gemeint richtig schlecht. Sie haben gemerkt, dass Sie mit Ihrer fachlichen Praxis ein Problem bekommen. Deshalb haben Sie beispielsweise in den Gesetzentwurf geschrieben: Gute landwirtschaftliche fachliche Praxis verhindert Erosionen. – Wenn Sie das ernst meinen, haben Sie mit dem Gesetzentwurf den Maisanbau in Hessen beendet. Wenn Sie das ernst meinen, haben Sie mit diesem Gesetz den Zuckerrübenanbau in Hessen beendet. Meine Damen und Herren, in dieser Angelegenheit haben Sie mit Ihren Landwirtschaftskollegen noch die eine oder andere Frage über grundlegende landwirtschaftliche Regelungen zu erörtern. Mit dem, was Sie aufgeschrieben haben, kommen Sie in eine Situation, dass Sie wichtige Anbaukulturen in Hessen abschaffen müssen. Ob Sie das wirklich wollen, wage ich zu bezweifeln.

Alles in allem setzen Sie ein EU-Recht 1 : 0,9 um. Eine Umsetzung von 1 : 1 wäre sicherlich ein Euphemismus. Wir werden in der Anhörung noch darauf zu sprechen kommen, dass Sie bestimmte Sachen weglassen. Sie konzentrieren alles auf die Natura-2000-Gebiete. Sie beenden den Naturschutz in allen anderen Gebieten. Sie müssen die Frage für sich beantworten, ob Sie die Natur wirklich noch schützen wollen. Naturschutz findet mit diesem Gesetzentwurf nicht statt. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir zu diesem Gesetzentwurf Änderungsanträge stellen, die sich nicht auf die Frage der Mitwirkung beziehen, ist gering; denn diesen Gesetzentwurf kann man nur insgesamt ablehnen, weil die Umsetzung des Gesetzentwurfs das Ende des Naturschutzes in Hessen bedeuten würde. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Grumbach. – Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Reform des Naturschutzrechts, zur Änderung des Hessischen Forstgesetzes und anderer Rechtsvorschriften, Drucks. 16/5549.

Zur Vorbereitung der zweiten Lesung soll der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen werden. – Ich stelle keinen Widerspruch fest.

Meine Damen und Herren, zum Artenschutz der Abgeordneten des Hessischen Landtags beginnen wir mit der

zweistündigen Mittagspause. Die Beratungen werden um 15 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung von 13.14 bis 15.04 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Ich eröffne die Nachmittagssitzung und heiße alle herzlich willkommen, die gekommen sind.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 42** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „Soziale Charta“ auch für Hessen – Drucks. 16/5542 –**

Es ist eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion vereinbart worden. Es beginnt Frau Kollegin Schulz-Asche von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, darf ich Sie um Aufmerksamkeit für die Rednerin bitten?

(Frank Gotthardt (CDU): Frau Schulz-Asche trägt ja schon schwarz-grün!)

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das war jetzt ein Einstand. Meine Damen und Herren, ich bin selten sprachlos, aber jetzt bin ich wirklich sprachlos.

Meine Damen und Herren, unser Sozialstaat erfreut sich einer breiten Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger; denn sie wissen, dass nur in einem funktionierenden Sozialsystem Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter oder Behinderung nicht zur Existenzbedrohung führt und die Bildung der Kinder gesichert ist. Wir leben in Zeiten des Umbruchs, der Globalisierung, der Individualisierung, der Massenarbeitslosigkeit, der demographischen Herausforderungen und der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte. In einer solchen Zeit muss ein Sozialstaat nicht nur weiterentwickelt werden, sondern es muss auch das Vertrauen vorherrschen, dass dieser Sozialstaat demokratisch, solidarisch und zukunftsfähig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Damit meine ich nicht nur das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, sondern ich meine auch das Vertrauen der gesellschaftlichen Akteure im Sozialbereich, der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände, der zahlreichen Selbsthilfegruppen und der zahlreichen ehrenamtlich Tätigen.

Sicher ist, dass die Sozialpolitik der CDU-Regierung in Hessen, wenn überhaupt, dann nur über wenige Antworten verfügt; denn hier wird Modernisierung als Abbau von Leistungen verstanden. Die sozialpolitischen Vorstellungen der Landesregierung manifestierten sich am deutlichsten in der „Operation düstere Zukunft“ im Jahr 2004, als in einer Nacht-und-Nebel-Aktion dem Landessozialetat 30 Millionen € durch radikale Kürzungen entzogen wurden. Ein Dialog mit den Wohlfahrtsverbänden, den ganz wesentlichen Akteuren der Sozialpolitik in Hessen, wurde

erst gar nicht geführt. Das war ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Landes Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wie nachhaltig der Dialog mit den Wohlfahrtsverbänden durch die „Operation düstere Zukunft“ gestört wurde, zeigt sich bis heute, zuletzt in der Kritik des neuen Vorsitzenden der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, Günter Woltering. So heißt es, der vernachlässigte Dialog seitens der Regierung sei demoralisierend. Man fühle sich oft nicht mehr als Mitgestalter von Sozialpolitik, sondern werde nur noch als Dienstleistungserbringer angesehen. Folglich würde man aufseiten der Regierung nicht mehr mit Sozialpolitikern, sondern lediglich mit Finanzexperten und Kostenüberwachern kommunizieren.

Was in leisen Tönen als Kritik daherkommt, bestätigt die Grundidee der „Operation düstere Zukunft“, nämlich den neoliberalen Abbau staatlicher Hilfe und die Abkehr vom Grundprinzip der Subsidiarität.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir einmal genau betrachten, was die „Operation düstere Zukunft“ bedeutet, dann stellen wir fest, dass gerade in den Bereichen gespart und gekürzt wurde, in denen Menschen auf besondere Leistungen, insbesondere zur Selbsthilfe, angewiesen sind oder sich in speziellen Notsituationen befinden, wie z. B. bei der Schuldnerberatung, bei der Erziehungsberatung, bei der Suchthilfe, bei der Sozialarbeit in sozialen Brennpunkten, bei Frauenhäusern usw. Damit wurde das Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den hessischen Sozialstaat erschüttert.

Weitere Kürzungen – an dieser Stelle komme ich auf den Antrag der Fraktion der CDU zu sprechen – in Höhe von 2,5 Millionen € folgten bei der Kommunalisierung sozialer Hilfen. Somit wurde eine über zehn Jahre alte und richtige grüne Idee konterkariert, nämlich bestimmte Leistungen möglichst wohnort- und bürgernah, bürgerefreundlich, unbürokratisch und zielgerichtet zu erbringen. Auf Druck der Wohlfahrtsverbände – nicht aber so, wie es die Landesregierung suggerieren will – kam es im Anschluss daran im Dezember 2004 zur Rahmenvereinbarung über die „Grundsätze der Neustrukturierung und Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen“. Das ist ein langer und komplizierter Begriff, aber ein richtiger Ansatz; denn damit ist ein erster wichtiger Schritt getan worden zu einer Sozialplanung und Berichterstattung in Hessen. Bisher ist dieser Ansatz aber lediglich auf die kommunalisierten Hilfen beschränkt. Von einer landesweiten verlässlichen Sozialpolitik ist die CDU-Regierung nach wie vor weit entfernt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ihre Politik erschöpft sich in Rhetorik und runden Tischen. Hinter diesem potemkinschen Dorf wird sich der sozialpolitischen Verantwortung entzogen.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen. Die familienpolitischen Leistungen des Landes Hessen sind von 6,1 Millionen € im Jahr 1999 schrittweise auf 1,8 Millionen € im Jahr 2005 gekürzt worden. Das Gleiche gilt für die Kinderpolitik. Die originären Landesmittel zur Finanzierung von Betreuungsangeboten in Höhe von 59,1 Millionen € im Jahr 2000 wurden radikal auf 2 Millionen € gekürzt. Seit dem Jahr 2001 – das geben wir zu – wird schritt-

weise immer wieder etwas draufgelegt, sodass wir im Jahr 2006 bei 23,2 Millionen € liegen. Meine Damen und Herren, das sind aber immer noch rund 26 Millionen € weniger als im Jahr 1999. Damit sind die Prioritäten klar. Auch das haben wir mehrfach angesprochen. Hierbei geht es tatsächlich darum, Prioritäten zu setzen. Wer in der Sozialpolitik mit der Begründung kürzt, der Staat müsse sparen, sich aber ein Schloss aneignet oder einen privaten Rennklub finanziert, hat nichts verstanden und schadet dem sozialen und moralischen Grundkonsens dieser Gesellschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ein sozial gerechtes Hessen bedeutet eine aktive und gerechte Bürgergesellschaft, in der jede und jeder in seiner Selbstverantwortung gestärkt wird und darauf vertrauen kann, dass sie und er unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Behinderung solidarische Hilfe erhält sowie die Teilhabe am öffentlichen Leben gewährleistet ist. Deshalb fordern wir einen Vertrag, eine Sozialcharta, zwischen der Landespolitik und den Wohlfahrtsverbänden, in dem sich jede Seite – auch die Landesregierung – ihrer Verantwortung stellt und wir gemeinsam Hessen zu einem demokratischen, solidarischen und zukunftsfähigen Land weiterentwickeln können.

Auf dieser Grundlage kann die Perspektive einer modernen Sozialpolitik bestimmt werden. Dazu gehört, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen zu gewährleisten, das bürgerschaftliche Engagement und die Solidarität in der Gesellschaft zu stärken, für alle Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Arbeit ein Leben in Würde zu sichern, durch gezielte Politik Armut und Ausgrenzung zu verhindern, die gesundheitliche und pflegerische Versorgung sicherzustellen, eine Steuerpolitik zu betreiben, die jeden nach seiner Leistungsfähigkeit an den Gemeinschaftsaufgaben beteiligt, Erwerbstätigkeit mit gemeinwohlorientierter und Familienarbeit vereinbar zu machen, allen Bürgerinnen und Bürgern gleichen Zugang zu hochwertiger Bildung und lebenslangem Lernen zu ermöglichen und Wahlfreiheit bei allen Dienstleistungen zu sichern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, das sind unsere Kernpunkte, von denen wir denken, dass es möglich ist, zu einem gemeinsamen Vertrag zwischen den Wohlfahrtsverbänden und einer modern orientierten Landesregierung zu kommen. In der Sozialcharta des Landes Rheinland-Pfalz heißt es:

Der Sozialstaat ist ohne Demokratie ebenso wenig lebensfähig wie unsere demokratische Gesellschaftsordnung ohne den Sozialstaat.

Meine Damen und Herren, wir haben in Hessen das Bündnis „Soziale Gerechtigkeit“, in dem sehr viele Wohlfahrtsverbände zusammengeschlossen sind, die bereits einen Vorschlag für eine solche hessische Charta entworfen haben. Wir fordern die Hessische Landesregierung auf, sofort Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden aufzunehmen, um einen entsprechenden Vertrag zu schließen.

Wir brauchen eine verantwortungsvolle, eine nachhaltige, eine abgesicherte Sozialpolitik im Lande Hessen. Wir brauchen nicht das Vor-sich-Hinstümpeln, das wir im Moment haben, sondern wir brauchen eine nachvollziehbare,

langfristig orientierte Planung und soziale Berichterstattung im Sozialbereich. Deswegen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, mit aufgerufen ist der **Tagesordnungspunkt 72:**

#### **Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend zukunftsgerichtete Sozialpolitik – Drucks. 16/5588 –**

Jetzt hat Frau Abg. Oppermann, CDU-Fraktion, das Wort.

#### **Anne Oppermann (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie haben Recht – der Sozialstaat muss weiterentwickelt werden. Sie haben auch Recht – er muss innovativ und zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Dies leistet diese Hessische Landesregierung mit unserer Sozialministerin Silke Lautenschläger.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Das kann doch gar nicht sein!)

Sie fordern in Ihrem Antrag einen Vertrag „Soziale Charta Hessen“. Zwischen dem Land und den Wohlfahrtsverbänden sollten Grundsätze und Perspektiven festgeschrieben werden – Sie haben es gerade ausgeführt, Frau Kollegin –, damit sich Hessen zu einer gerechten und aktiven Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft weiterentwickeln kann.

Meine Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, die Kommunen – Landkreise und Städte – erwähnen Sie vorsichtshalber nicht. Das finde ich schon bemerkenswert. Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass die Kritik der Wohlfahrtsverbände Ende des vergangenen Monats auch Grundlage Ihres Antrags war. Ich sage ganz deutlich, dass die Vorwürfe, die seitens der Wohlfahrtsverbände gemacht worden sind, jeglicher Grundlage entbehren.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehen Sie, genau das ist das Problem!)

– Frau Kollegin Schulz-Asche, die Wohlfahrtsverbände wurden und werden in vielfältigen Formen bei aktuellen sozialpolitischen Themen und Diskussionen einbezogen. Selbstverständlich sind ihr Rat und ihre Anregung wichtig. Sie sehen also, der Dialog wird geführt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das sehen die Betroffenen aber anders!)

Frau Kollegin, wieder haben Sie den Begriff des sozialen Kahlschlags in Hessen bemüht. Ich werde nicht müde, Ihnen zu sagen: Es hat bei der „Operation sichere Zukunft“ keinen sozialen Kahlschlag gegeben.

(Beifall bei der CDU – Lachen der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) – Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo leben Sie denn?)

Es gab zu der „Operation sichere Zukunft“ keine Alternative. Meine Damen und Herren, die gesunkenen Steuereinnahmen des Landes Hessen waren maßgeblich auf die verfehlte Steuerpolitik der damaligen rot-grünen Bundesregierung zurückzuführen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ach, du ahnst es nicht! – Heike Hofmann (SPD):  
Das wird auch nicht wahrer, wenn Sie das zum 20.  
Mal sagen!)

Es gab auch keine gleichmäßige Kürzung aller freiwilligen Leistungen, weil dann die soziale Infrastruktur in Hessen in der Tat nicht mehr funktionsfähig gewesen wäre. Es hat deshalb Schwerpunkte gegeben, um trotz der Einsparungen weiterhin entsprechende Angebote im sozialen Bereich vorhalten zu können.

(Petra Fuhrmann (SPD): Nur leider nicht mehr durch das Land unterstützt!)

– Frau Kollegin Fuhrmann, die politischen Schwerpunkte, wie z. B. die Offensive für Kinderbetreuung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sprachförderung, wurden von diesen Kürzungen ausgenommen. Ich weiß, dass Sie das nicht mehr hören können. Aber ich sage es bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

(Petra Fuhrmann (SPD): Es wird nicht wahrer, wenn Sie es noch so oft wiederholen! Das ist das Problem!)

Mit der Offensive für Kinderbetreuung haben wir sehr viel für Kinder- und Familienfreundlichkeit in diesem Lande getan.

(Beifall bei der CDU)

9,2 Millionen €, die in diesem Jahr für die Offensive für Kinderbetreuung mehr in den Haushalt eingestellt worden sind – das ist doch kein Pappentier. Mit diesen Mitteln können bis zu 7.500 Plätze für unter Dreijährige geschaffen werden. Wir haben in diesem Bereich mittlerweile eine Aufstockung auf 23,2 Millionen €. Das ist doch ein riesiger Schritt nach vorne,

(Beifall bei der CDU)

um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen und Hessen als Familienland zu positionieren. Meine Damen und Herren, die Hessische Landesregierung stellt in enger Kooperation mit Kommunen, Kirchen und freien Trägern die Weichen für eine moderne Familienpolitik, die tief greifende gesellschaftliche Veränderungen berücksichtigt. Durch ein Bündel von Maßnahmen verbessert sie die Lebensbedingungen der Familien in Hessen. Dabei wird ein Schwerpunkt auf die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelegt, insbesondere – ich habe es eben gesagt – durch den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots.

Meine Damen und Herren, moderne und gerechte Sozialpolitik – dazu gehört für mich auch, dass Kinder früh und besser gefördert werden. Der Bildungs- und Erziehungsplan, der sich derzeit in der Erprobungsphase befindet, verstärkt den Bildungsakzent deutlich. Das ist ein innovatives Bildungskonzept für die ganze kindliche Entwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Im Mittelpunkt des Bildungs- und Erziehungsplanes steht die Stärkung von Grundkompetenzen, die Kinder gemäß ihrem Entwicklungsstand erwerben können. Dabei sollen sie von Anfang an aktiv in die Lernprozesse eingebunden werden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Reden wir jetzt über Kinderbetreuung?)

Soziale Kompetenz zu vermitteln, ist ein Kernpunkt dieses Bildungs- und Erziehungsplanes. Soziale Kompetenz gehört zu einer aktiven Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft. Die Anhörung in der vergangenen Woche zur Kinderbetreuung in Hessen hat deutlich gemacht, dass gerade der Weg der Hessischen Landesregierung in der Kinderbetreuung der richtige ist.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Sehr richtig!)

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich das Thema Sprachförderung ansprechen. Ich hatte eingangs gesagt, dass die Sprachförderung bei der „Operation sichere Zukunft“ von den Kürzungen ausgenommen wurde. Diejenigen von Ihnen, die bei der Anhörung dabei waren, erinnern sich bitte noch daran, was die Expertin zum Thema Sprachförderung ausgeführt hat.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sprechen wir über Kinderbetreuung oder die Sozialpolitik in Hessen?)

Da sieht man, wie richtig und wichtig die Maßnahmen der Landesregierung sind. Ich erinnere an die Programme für allein erziehende junge Mütter, damit sie in Ausbildung kommen können. Diese Programme sind doch wirklich ein Erfolgsschlager. Die Teilzeitausbildung für junge Mütter ist ein ganz wichtiger Punkt, weil sie ihnen eröffnet, Familie, Beruf und Ausbildung überhaupt unter einen Hut zu bringen.

Ich nenne die Programme zur Ausbildung und zur Arbeitsmarktgestaltung. Werfen Sie einen Blick in den Landshaushalt, und Sie werden sehen, dass die Mittel aufgestockt worden sind. Hessen verfügt über eine leistungsfähige soziale Infrastruktur und arbeitet aktiv an zukunftsichernden Reformen.

(Lachen der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir brauchen – Frau Kollegin Schulz-Asche, das haben Sie angedeutet – eine Reform des Sozialstaates. Ich betone aber auch die Notwendigkeit des Prinzips des Förderns und Forderns sowie der Hilfe zur Selbsthilfe. Meine Damen und Herren, in Hessen ist mit intelligenten Konzepten die soziale Infrastruktur stabilisiert und in wichtigen zukunftsweisenden Bereichen sogar ausgebaut worden.

(Beifall bei der CDU)

Hessen hat bei der Kommunalisierung sozialer Förderprogramme zusammen mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen und den Kommunalen Spitzenverbänden sozialpolitisches Neuland betreten. Das Modell ermöglicht mehr Flexibilität und bietet bürgernah kompetente Hilfe an, die sich gezielt an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort orientiert.

Mit der Neustrukturierung und mit der Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen wird bürgernah niedrigschwellige und kompetente Hilfe in sozialen Problemlagen und Konfliktsituationen angeboten. Mit der Umstellung der Förderung werden die Voraussetzungen für wirksamere und konsequentere, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Angebote geschaffen. Die sozialen Hilfen vor Ort orientieren sich doch stärker an den jeweiligen Lebenslagen der Menschen. Die Fördermittel für soziale Hilfsangebote werden effektiver und bedarfsgerechter eingesetzt. Meine Damen und Herren, dies bedeutet mehr Bürgernähe und Wirtschaftlichkeit und dient zudem dem Bürokratieabbau.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Statt der bisherigen Einzelförderbeträge bekommen die Landkreise und kreisfreien Städte Budgets zur Verfügung, die sie eigenverantwortlich verwenden können. Meine Damen und Herren, in Zeiten knapper Kassen müssen die Landesmittel effektiver eingesetzt und die Angebote wirksamer und konsequenter an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort ausgerichtet werden. Die Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen führt zu einer zukunftssicheren Infrastruktur.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die freien Träger, die soziale Hilfen vor Ort anbieten, sind eingebunden, um qualitativ hochwertige Angebote zu haben. Um Änderungen zielgerichtet bewerkstelligen zu können, ist das Know-how der Praktikerinnen und Praktiker vor Ort unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, das Gesamtbudget von 13 Millionen € pro Jahr wird bis 2008 festgeschrieben und sogar um jährlich 2 % erhöht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Es wurde zuvor aber um die Hälfte gekürzt!)

Liebe Frau Kollegin Fuhrmann, das bedeutet, dass die Kommunen und die freien Träger jetzt Planungssicherheit haben und vorausschauender planen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Planungssicherheit? – Gernot Grumbach (SPD): Planungssicherheit fürs Taschengeld!)

Meine Damen und Herren, Qualitätsentwicklung, -sicherung und die landesweite Sozialberichterstattung sind ein weiterer Kernpunkt der Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wo ist denn die Sozialberichterstattung?)

Es kann doch nur sinnvoll sein, die sozialen Infrastrukturbedarfe und ihre Veränderungen zu erkennen und die Wirksamkeit und Zielgenauigkeit sozialer Hilfen zu überprüfen. Ich wiederhole es: Dieses Modell führt zu einer zukunftssicheren Infrastruktur.

(Petra Fuhrmann (SPD): Oje!)

Es ermöglicht für die konkreten Hilfen vor Ort mehr Flexibilität und bedeutet auch eine Qualitätssicherungsmaßnahme.

Meine Damen und Herren, die Hessische Landesregierung geht mutig und entschlossen neue und innovative Wege, um unser Land fit für die Zukunft zu machen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Oppermann. – Das Wort hat der Kollege Florian Rentsch, FDP-Fraktion.

### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Oppermann, Sie haben gerade in der Mitte Ihrer Rede gesagt, die CDU sei für Reformen. Ich dachte eigentlich, seitdem die Bundesregierung besteht, sei das Wortpaar „CDU und Reformen“ nicht mehr zulässig.

Aber das ist ein anderes Thema, das wir an dieser Stelle nicht diskutieren müssen.

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Wir sind hier im Landtag!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die GRÜNEN haben uns einen Antrag vorgelegt, der dieses Haus – da bin ich mir ganz sicher; das gilt genauso für den Antrag der CDU – in der Debatte um die Sozialpolitik sicherlich kein Stück weiterbringen wird. Der Antrag der GRÜNEN ist eine Reaktion auf eine Kampagne der hessischen Wohlfahrtsverbände, die sich – aus ihrer Sicht berechtigterweise – sehr viel stärker in die politischen Abstimmungsprozesse einbinden lassen und dort auch mehr Einfluss nehmen wollen. Das ist das eine Hauptziel des GRÜNEN-Antrags. Ansonsten ist er ein „Antrags-Recycling“ in verschiedenen Bereichen. Er nimmt die alte Forderung des Armuts- und Reichtumsberichts wieder auf. Das ist legitim, aber darüber haben wir hier letztes Jahr sehr ausführlich beraten, und es hat, wie auch andere Punkte, keine Mehrheit gefunden. Das wird dann hier zusammen unter dem Stichwort „Soziale Charta“ präsentiert.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das Thema Sozialpolitik ist zu wichtig, um es mit alten Vorstellungen und mit Schlagworten zu diskutieren. Was wir bräuchten, wäre eine moderne Debatte.

(Wortmeldung der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin, ich lasse keine Zwischenfragen zu. Sie haben die Möglichkeit einer Kurzintervention.

Sie haben weitere Schlagwörter verwendet, die man in den Sozialdebatten der letzten Monate und Jahre sehr oft hören kann, gerade was die GRÜNEN angeht. Frau Kollegin Schulz-Asche, ich habe Respekt vor Ihrem Antrag, aber ich glaube nicht, dass er uns weiterhilft. Mir wäre es wichtig, dass wir über wirklich bestehende Projekte, über bestehende Entwicklungen diskutieren und diese Projekte auch kritisch hinterfragen. Dazu gibt es sicherlich an der einen oder anderen Stelle Anlass. Aber nur mit Plättchen wird die Sozialpolitik in diesem Lande keinen Fortschritt machen.

Meine Damen und Herren, das Projekt „Operation sichere Zukunft“ der Landesregierung hat in verschiedenen Bereichen Auswirkungen gehabt. Natürlich waren es auch Auswirkungen im Sozialbereich. Das ist unbestritten, und es haben viele Kolleginnen und Kollegen – das trifft auch für viele CDU-Kollegen zu – festgestellt, dass nicht alle Einsparungen ohne Wirkungen geblieben sind. Ganz im Gegenteil: Viele Einsparungen haben nachhaltige Probleme und Schäden hervorgerufen, und ich glaube, das ist ein Punkt, den mittlerweile auch viele CDU-Kollegen wahrnehmen.

(Zurufe der Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD) und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Meine Damen und Herren, der Kollege Milde ruft dazwischen, aber er hat auch Recht. Die Chance, die das Land hat, ist auf der einen Seite, sich durch eine konsequente Sparpolitik mehr Spielraum zu verschaffen. Da bin ich bei der CDU. Frau Kollegin Fuhrmann, ich glaube, dieses Problem haben wir oder hätten wir alle. Egal wer aus diesem Hause regieren würde – das sieht man auch an der Bundesregierung –, er würde aufgrund der Finanzlage aller Haushalte Probleme haben, in jedem Bereich – jede Partei hat Lieblingsbereiche – eine Politik nach dem Motto zu machen: Wir wollen hier mehr Projekte an-

leiern, wir wollen hier mehr ausgeben. Meine Damen und Herren, das trifft für alle Parteien zu.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wenn man weiß, dass man in einem Bereich wenig Geld zur Verfügung hat – das ist im Sozialbereich der Fall –, muss man sich genau überlegen, wie man das Geld ausgibt und wie man diese Ausgaben steuert. Das ist klar. Das, was wir in Hessen machen, ist zum Status quo immer noch Sozialpolitik nach altem Muster. Wir geben Geld nach einem Gießkannenprinzip aus. Das wollen wir ändern.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Roland von Hunnius (FDP))

– Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Dame und ein Herr!)

– Wenn sich die GRÜNEN am Applaus beteiligt hätten, wären es auch mehrere Damen gewesen, das ist richtig.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber so viel Großmut hätte uns bei den GRÜNEN auch sehr verwundert, das wäre etwas ganz Neues gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Das Projekt der Kommunalisierung ist damals in Hessen gemeinsam von CDU und FDP eingeleitet worden, und zwar, wie ich glaube, nur gegen den offiziellen Widerstand der Opposition. Aber mittlerweile kann auch die damalige Opposition erkennen, dass dieser Kommunalisierungsprozess eine sehr sinnvolle Maßnahme gewesen ist. Man kann erkennen, dass das eigentlich die große Chance für die hessische Sozialpolitik ist. Wenn wir es nämlich schaffen, die verschiedenen Hilfen, die das Land zur Verfügung stellt, passgenau auszugestalten, sie so zu strukturieren, dass sie wirklich bei den Menschen ankommen, dann haben wir eine Sozialpolitik, die die Politik auch verantworten kann. Meine Damen und Herren, wer wirklich helfen will, muss wissen, was wirklich hilft. Dieser Grundsatz sollte umso mehr in der Sozialpolitik gelten, denn klar ist auch, dass unser Land auf allen Ebenen noch nie so viel Geld für Sozialpolitik ausgegeben hat wie heute.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Es muss erlaubt sein, nachzufragen, was mit diesem Geld passiert und was für eine Wirkung es entfaltet. Nehmen Sie einmal die Kinder- und Jugendhilfe. Wir hatten dort in den letzten zehn Jahren eine Verdoppelung der Fallzahlen. Das ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Aber wenn Sie sich mit Professionellen aus diesem Bereich unterhalten, werden die Ihnen sagen, dass jemand, der als Kind in solch einer Maßnahme ist, in vielen Fällen sein Leben lang nicht aus staatlichen Fürsorgesystemen herauskommen wird. Das muss uns doch zum Nachdenken anregen.

Was soll denn Sozialpolitik bewirken? Sozialpolitik soll Menschen wieder auf eigene Beine stellen. Wenn Menschen in einer Notlage sind, soll Sozialpolitik ihnen ein Angebot geben und helfen, aus dieser Notlage herauszukommen – nichts anderes.

Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie haben vorhin von dem „Sozialstaat“ gesprochen, von einer „Bürgergesellschaft“. Das aber können Sie nicht verordnen. Eine Bürgergesellschaft können Sie nicht beschließen, nach dem Motto: Wir

legen ein Programm auf, wir verabschieden ein Papier, über dem das Wort „Sozialcharta“ steht. – Eine Bürgergesellschaft entwickelt sich

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

durch Eigenverantwortung und Freiheit und nicht durch staatliche Überbevormundung. Meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg.

Ihr Antrag zeigt hier in keiner Weise etwas Neues auf, sondern er enthält nur Schlagworte ohne Ende. Er enthält keine neue Idee, außer der Tatsache

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Frau Kollegin Fuhrmann, darauf komme ich noch –, dass Sie sagen, wir brauchen eine stärkere Kooperation, eine stärkere Absprache mit den Sozialverbänden.

Die Sozialverbände in Hessen haben mit einer sehr starken Presseaktion versucht, stärker in die Sozialpolitik einzugreifen.

Zunächst einmal muss ich feststellen: Ich bin überrascht darüber, dass die Sozialverbände in Hessen mittlerweile auch Parteipolitik machen wollen. Bis jetzt nämlich hatten wir eine klare Aufteilung: auf der einen Seite das Land, die Politik, die die politische Verantwortung übernimmt; auf der anderen Seite die Sozialverbände, die als Dienstleister mit ihrem Know-how Partner der Sozialpolitik sind.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) – Unruhe)

Meine Damen und Herren, diese Rolle haben die Sozialverbände in Hessen aufgegeben, indem sie gesagt haben, sie wollen dort stärker eingreifen.

Frau Kollegin Fuhrmann, es ist legitim, das zu tun. Aber dann müssen sie sich auch in politischen Debatten verantworten. Das ist das Erste.

(Unruhe)

Das Zweite. Es ist völlig legitim, als Sozialverband zu sagen: Wir wollen mehr eingreifen, weil wir natürlich auch Interesse an der Entwicklung in diesem Bereich haben. – Dass die Sozialverbände einerseits ein Interesse haben, für ihre Klienten und Kunden eine gute Arbeit zu leisten, ist völlig legitim und auch in Ordnung.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Abgeordneter, einen Moment. – Meine Damen und Herren, darf ich Sie um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten?

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Vielen Dank. Ich glaube aber, es wird nur kurzzeitig wirken. Ich werde mich bemühen, etwas lauter zu reden.

Meine Damen und Herren, das ist legitim. Frau Kollegin Fuhrmann, aber natürlich haben Sozialverbände auch ein eigenes Interesse. Sie wollen eine Sozialpolitik betreiben, in der sie natürlich ihre Angebote ausgelastet und ihre Institutionen genügend berücksichtigt sehen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Weil sie den Bedarf sehen!)

Dieses eigene Interesse kann man keiner Institution in unserem Lande absprechen. Insofern sind sie befangen,

wenn es darum geht, Aussagen über die zukünftige Sozialpolitik in Hessen zu machen. Ich kritisiere nicht, dass sich die Sozialverbände einmischen. Aber ich kritisiere ganz klar, dass die Sozialverbände damit ihren unpolitischen, überparteilichen Status aufgeben. Ich glaube – das kann man hier ganz offen sagen –, dass es nicht bei allen Mitgliedsverbänden der Liga nur auf Applaus gestoßen ist. Ich bin sehr gespannt, was in dem neuen Papier stehen wird, das die Liga in den nächsten Wochen vorlegen wird, und wie sie sich genau ausdrückt; denn sie gibt damit ihren überparteilichen Status auf.

Meine Damen und Herren, kommen wir zum CDU-Antrag und dann vielleicht zu einer Aussicht, wie es unserer Meinung nach, aus Sicht der Liberalen, in Hessen mit der Sozialpolitik weitergehen soll. Die CDU hat, wie es in einer solchen Debatte Usus ist, sofort mit einem eigenen Antrag reagiert. Der Antrag hilft in der Sozialpolitik leider kein Stück weiter. Dort sind Allgemeinheiten formuliert. Natürlich begrüßen wir, dass eine Kommunalisierung stattfindet. Es ist ein Auftrag, den der Landtag an die Landesregierung gegeben hat. Frau Kollegin Oppermann, dass solche Beschlüsse von der Landesregierung eingehalten werden, halte ich persönlich für völlig normal.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der Landesregierung ist das nicht normal!)

Dass man über einen solchen Prozess gelegentlich auch berichtet bekommt, sollte auch Usus sein. Das sollte man nicht noch extra beschließen müssen.

Das zweite Thema wurde vorhin schon durch einen lautstarken Zwischenruf von Frau Kollegin Fuhrmann aufgegriffen: das Thema der landesweiten Sozialberichterstattung. – Ich glaube, ich habe vorhin auch gesagt, dass die Kommunalisierung eine große Chance für dieses Land ist, weil man damit das Sozialwesen komplett neu ausrichten kann. Wir haben in einer sehr interessanten Debatte letzte Woche im Ausschuss darüber diskutieren können, wie sich die Landesregierung diesen Bereich vorstellt. Frau Oppermann, ich glaube, dass es ganz wesentlich sein wird, dass man, wenn man an die Umsetzung der Kommunalisierung geht, genau schaut, welche Bedürfnisse die Orte haben, dass man wirklich eruiert, in welchen Bereichen Notwendigkeiten vorhanden sind und dass man dann ganz fein gezogen die Sozialpolitik darauf abstimmt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das bedeutet aber auch, dass die Sozialberichterstattung und das Berichtswesen ein ganz wesentlicher Teil dieses Kommunalisierungsprozesses sein werden und dass man, wenn man jetzt in die Kommunalisierungsphase einsteigt, in der Umsetzung genau festlegen muss, mit welchen Instrumenten man evaluieren will, welches Monitoring man macht und wie man genau feststellt, in welchen Bereichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten vorhanden sind. Meine Damen und Herren, das bedeutet für uns auf der einen Seite, dass man ein intelligentes System der Evaluation benötigt. Dazu ist bis jetzt noch nichts bekannt. Vielleicht wird die Ministerin gleich Aufklärung geben.

Frau Oppermann, das Zweite, was ganz wesentlich ist, ist, dass man nicht nur dort, wo man zurzeit den Kommunalisierungsprozess umsetzt, evaluiert, sondern dass man weiß, was insgesamt sozialpolitisch vor Ort vorhanden ist, d. h. nicht nur hinsichtlich der Schuldnerberatung, sondern auch in anderen Bereichen, die nicht von dem Kommunalisierungsprozess betroffen sind.

Ich muss sagen, bis jetzt habe ich relativ wenig gehört, wie Sie ganz fachlich und ganz konkret diesen Bereich umsetzen wollen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie diesen Bereich nicht in die Sozialberichterstattung einbetten. Ich denke, das ist ein Riesenfehler.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Prozess – ich muss fast lachen, weil der Kollege Hahn einer der Befürworter eines sehr tiefen Evaluationsprozesses in der Wetterau gewesen ist –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ja, da beginnen wir jetzt erst, Herr Kollege!)

muss von Ihnen sehr viel stärker gefahren werden. Ich finde es zwar schön, dass wir heute von der Ministerin einen großen Aufklärungsbericht über diesen Fall hören werden – so steht es im Antrag, und ich gehe davon aus, dass sie den Antrag gleich ausführen wird –,

(Beifall bei der FDP)

aber es ist auch Zeit, dass wir darüber etwas hören. Denn der Kommunalisierungsprozess ist wirklich schon sehr weit fortgeschritten. Insoweit brauchen wir hier dringende Aufklärung.

Lassen Sie mich zum Abschluss zwei Fakten festhalten. Erstens. Ich habe Respekt für den Antrag von Frau Kollegin Schulz-Asche, weil er die Chance beinhaltet, alte Anträge zu recyceln. Recyceln ist bei den GRÜNEN kein Thema, das keine Rolle spielt, sondern es ist ein positives Thema.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen doch jetzt auch so etwas, denke ich!)

Auf der anderen Seite glaube ich schon, dass wir uns mit reinen Plattitüden, mit reinen Anträgen, die keinen Inhalt haben, sehr zurückhalten sollten. Sie bringen diese Diskussion in keiner Weise voran. Sie sind ein Rückschritt in der Debatte,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen gerade Sie sagen!)

denn wir sind eigentlich einen ganzen Schritt weiter. Darüber wird uns gleich die Ministerin Aufklärung geben. Darauf freue ich mich sehr. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Zu einer Kurzintervention hat die Kollegin Schulz-Asche das Wort.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, weil der Kollege Rentsch am Ende noch einmal nachgelegt hat, nachdem sich sein Vortrag teilweise eher wie ein Bewerbungsgespräch für Aushilfslehrer im Rahmen der „Unterrichtsgarantie plus“ angehört hat, kann ich mir eine Antwort nicht ganz verkneifen. Sie haben mir zum wiederholten Male vorgeworfen, es handle sich um Plattitüden. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wesentliche Teile meiner Rede, was die Inhalte anging, Zitate aus der Sozialcharta waren, die im Lande Rheinland-Pfalz zwischen der Landesregierung und den Wohlfahrtsverbänden geschlossen wurde, um dort in Reaktion auf die „Operation düstere Zukunft“ zu beweisen,

dass man versucht, verlässlicher als die Hessische Landesregierung zu sein. Es handelte sich damals um eine rot-gelbe Regierung. – Ich stelle fest, dass Sie hier gerade behauptet haben, dass das, was in Rheinland-Pfalz vorbildlich zu diesem Zeitpunkt, nämlich im Jahre 2004 und 2005, gemacht wurde, Plattitüden waren. Ich denke, dass die Wohlfahrtsverbände Ihnen das danken werden – ironisch gemeint. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Fuhrmann, SPD-Fraktion.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, dem, was der Kollege Rentsch zum Thema Ligaverbände gesagt hat, braucht man nichts hinzuzufügen. Das werden die Betroffenen sehr genau zur Kenntnis nehmen, insbesondere auch, dass Sie sagen, das sei parteilich. Ich sage Ihnen: Das ist genau das, was es sein soll, nämlich parteilich für die Betroffenen. Das ist die Aufgabe der Wohlfahrtsverbände, und die nehmen sie wahr.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, der sich das Bundesland Rheinland-Pfalz mit einer, Frau Ministerin, rot-gelben Koalition und jetzt einer alleinigen Regierung mit Kurt Beck zum Vorbild genommen hat. Wir finden auch, dass da eine ordentliche Sozialpolitik gemacht wird. Unser neuer Bundesvorsitzender ist auch unser Vorbild in Hessen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Oje!)

Es macht also Sinn, wenn dann auch bei den Rheinland-Pfälzern abgekupfert wird. Denn man zeigt dort, dass unter sozialdemokratischer Führung eine gute Sozialpolitik gemacht wird. Nach dieser grundsätzlichen Zustimmung zu dem Antrag muss ich allerdings sagen, dass ich nicht davon überzeugt bin, dass eine solche Vereinbarung in Hessen Sinn machen würde, bei einer Regierung, die seit 1999 weiter nichts tut, als Sozialabbau in Hessen in großem Stil zu betreiben – mit FDP-Beteiligung und jetzt ohne, bei einer Regierung, die jeden Fach- und Sachverstand in der Sozialpolitik vermissen lässt,

(Beifall des Abg. Günter Rudolph (SPD))

was sich im Übrigen auch in dem CDU-Antrag wieder findet, auf den man wirklich nicht einzugehen braucht. Wenn das die ganze Sozialpolitik der hessischen CDU ist, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Bündnis für soziale Gerechtigkeit hat auch in Hessen eine Sozialcharta vorgelegt und mit 4.000 Unterschriften übergeben. Aber anders als in Rheinland-Pfalz, wo das dazu führte, dass Kurt Beck in Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden eintrat und darauf bestand, eine gemeinsame Verabredung zu treffen, hat hier weder der Ministerpräsident noch die zuständige Ministerin auch nur die Unterschriften entgegengenom-

men, sondern der Staatssekretär. Das ist eben der gravierende Unterschied zwischen einem sozialdemokratisch geführten Bundesland und einem CDU-geführten.

In der Presseerklärung des Ministeriums stand anlässlich der Übergabe in Hessen dann – ich zitiere –, in Hessen sei mit intelligenten Konzepten die soziale Infrastruktur stabilisiert und in wichtigen zukunftsweisenden Bereichen sogar ausgebaut worden. – Das Gleiche haben wir gerade von der Kollegin Oppermann gehört. Ich kann nur sagen: Das ist die übliche Sprechblase. Ich kann sie bald nicht mehr hören.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Es ist die Sprechblase, für die Sie jeden, aber auch jeden Beweis schuldig bleiben. Wo sind irgendwelche Systeme stabilisiert worden? Wo ist die soziale Infrastruktur ausgebaut worden? Das ist Neusprech in Reinstkultur von Herrn Metz.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Dass die „Operation düstere Zukunft“ alles andere als ein intelligentes und zukunftsweisendes Konzept ist, machen nüchterne Zahlen deutlich. Das will ich nur an einem einzigen Beispiel deutlich machen, der Verbraucherinsolvenz. Hat ein Klient einige Gläubiger, die von ihm Geld zurückfordern, so beläuft sich die Grundgebühr bei einem Anwalt auf zwischen 224 und 560 €. Das ist Geld, das letztlich aus der Landeskasse bezahlt wird. Die geringen Mittel, die der Schuldnerberatung zugeflossen sind und die ersatzlos gestrichen wurden, führen bei Ihnen im Etat zu Einsparungen, bei anderen tauchen sie höher wieder auf. Ganz zu schweigen von dem Geld, das Menschen teilweise bei gewerblichen Schuldenbereinigern zahlen. Da werden Honorare von bis zu 2.500 € bezahlt. Das ist nur ein Beispiel.

Fakt ist auch, dass sich die Wartezeiten der Hilfe suchenden in fast allen Beratungsstellen in allen sozialpolitischen Bereichen fast verdoppelt haben. Zusätzlich steigt die Zahl der Klientinnen und Klienten. Immer mehr Dienste werden aufgelöst oder sind auf ein Minimum ausgedünnt. Auch das ist eine Folge Ihres angeblich so intelligenten und zukunftsweisenden Sparkonzepts. Meine Damen und Herren, das ist Neusprech in Reinstkultur.

Wohin diese Entwicklungen führen, steht außer Frage. Immer mehr Hilfebedürftige in Hessen stehen im Regen, bzw. sie stehen in den Suppenküchen. Soziale Dienste, die leicht zugänglich, niederschwellig, flexibel und situationsgerecht sein sollen, werden zur absoluten Mangelverwaltung degradiert. Auch das ist Fakt. Sie haben sich mit der „Operation düstere Zukunft“ jeder sozialen Verantwortung entzogen und Ihre eigene landespolitische Verantwortung auf Träger und Kommunen verlagert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass die Landesregierung und die CDU-Fraktion die Streichung der Förderung von Schuldnerberatungsstellen, von psychosozialen Kontakt- und Beratungszentren, von Familienbildungsstätten

(Zurufe von der CDU)

– Sie hören das nicht gerne, das weiß ich –, von Frauenhäusern, Weiterbildungssträgern und Sozialarbeit in sozialen Brennpunkten

(Axel Wintermeyer (CDU): Das sind Ihre Sprechblasen!)

als einen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Infrastruktur sehen, zeigt ganz eindeutig, wie weit Sie inzwischen von der Realität in Hessen entfernt sind und wie zynisch Sie reden und handeln.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Da hilft es Ihnen auch gar nichts, wenn Sie immer wieder erzählen, alles sei gut.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich gehe ein bisschen weiter. Sie haben es nicht verstanden: Demokratie und Sozialstaat gehören untrennbar zusammen. So steht es im Grundgesetz.

(Axel Wintermeyer (CDU): „Operation düstere Sprechblase“!)

– Was Sie gerade als Sprechblase bezeichnet haben, steht im Grundgesetz, Herr Kollege.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie habe ich als Sprechblase bezeichnet!)

Ich erkenne, dass die Regierung Koch mit einer ganzen Masse von Zerstörern in dieser Gesellschaft unterwegs ist. Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen.

Zerstörer Nummer eins betreibt die Entsolidarisierung der Gesellschaft. Wer das Wort „fördern“ nicht mehr ohne das Wort „fordern“ gebraucht, negiert, dass jeder einzelne Mensch jenseits seiner Leistungen und seiner so genannten Nützlichkeit eine Würde und damit auch ein Recht auf soziale Teilhabe hat. Die zynische „Operation düstere Zukunft“ hat gezeigt, dass Sie den Schwächeren der Gesellschaft keine Unterstützung mehr geben. Die Menschen können nur noch bei kirchlichen und karitativen Organisationen um Hilfe bitten. Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung: Menschen haben soziale Rechte.

(Beifall bei der SPD)

Der Zerstörer Nummer zwei entmachtet die Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Beschäftigten. Ich sage: Auch die gehören zum sozialen Frieden. Die Regierung betreibt systematisch die Entrechtung aller Landesbediensteten – auch mithilfe der FDP –, wenn zugleich mit der „Operation düstere Zukunft“ auch das HPVG geändert wurde und damit jeder und jede Beschäftigte entrechtet wurde. Durch die PVS wurden Tausende von Beschäftigten zur beliebigen Verfügungsmasse und als überflüssig gebrandmarkt – ebenfalls ohne Mitbestimmungsrechte. Der Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder hat die 42-Stunden-Woche, die Streichung des Urlaubs- und die Kürzung des Weihnachtsgeldes durchgesetzt.

Wenn sich die GEW jetzt gegen eine Schimäre der Hessischen Kultusministerin, nämlich die Unterrichtsgarantie, wehrt, wird ihr kurzerhand mit dem Kahlschlag der Mitbestimmung auch in diesem Bereich gedroht.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie haben es einfach nicht verstanden: Demokratie braucht auch Interessenausgleich, braucht starke Tarifpartner. Dies unterhöhlt diese Regierung systematisch.

Der Zerstörer Nummer drei kämpft gegen die freie Presse – auch das eine wichtige Errungenschaft. Herr Metz lädt zu Reisen des Ministerpräsidenten unliebsame Journalistinnen und Journalisten nicht mehr ein. Wer irgendwann gegen die Regierung schrieb, bleibt zu Hause. Das zeigt Ihr Demokratieverständnis und zeigt, wie Sie Pressefreiheit schwarz beleuchten.

Der Rundfunkrat wurde – sagen wir es einmal vorsichtig – um Verbände erweitert, die der Regierungsfraktion eher näher stehen als anderen Verbänden und Parteien. Regierungskritische Beiträge des Hessischen Rundfunks und Fernsehens ziehen – so höre ich mehrfach – unweigerlich massive Interventionen von Herrn Metz nach sich, oftmals verbunden mit schlecht verhohlenen Aufforderungen, dies künftig zu unterlassen. Gleiches wird mir von verschiedenen Zeitungen berichtet. Ich sage Ihnen: Wenn auch nur die Hälfte davon stimmt, ist das ein Skandal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut in einer Demokratie. Ich fordere Sie auf, daran zu denken, dass wir uns nicht im Italien Berlusconi befinden.

Zerstörer Nummer vier. Sie zerstören systematisch Bildungschancen. Meine Damen und Herren, Bildungschancen haben auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Das Zementieren des dreigliedrigen Schulsystems, die Trennung der Kinder in gute und schlechte – Frau Ministerin, da sollten Sie vielleicht einmal mit der Kultusministerin reden –, alle Studien zeigen, dass der Schulerfolg nirgendwo sonst so stark von der sozialen Herkunft der Eltern abhängt. Das ist ein Skandal.

Mit Ihren G-8-Klassen verhindern Sie die Durchlässigkeit des Schulsystems, mit Querversetzungen werden unliebsame Schülerinnen und Schüler durchgereicht, und als Krönung des Ganzen drohen jetzt die Studiengebühren, die sicher dazu führen werden, dass nicht die Besten studieren, sondern die, deren Eltern einen genügend großen Geldbeutel haben. Auch das ist ein Skandal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Durch Ihre hartnäckige Weigerung, einen sinnvollen, notwendigen und überfälligen Ausbildungspakt auf hessischer Landesebene abzuschließen und 10 % Ihrer eigenen Ausbildungskapazität hochzufahren, tragen Sie die Verantwortung für die skandalöse Ausbildungsmisere in Hessen, für die rote Laterne unter den westdeutschen Flächenländern und für einen absehbaren Fachkräftemangel in wenigen Jahren.

Meine Damen und Herren, Demokratie heißt, dass Bildungschancen nicht nach dem Geldbeutel der Eltern, sondern nach der Intelligenz vergeben werden und dass Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Auch das hat etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, Herr Kollege.

Der Zerstörer Nummer fünf beschneidet die demokratischen Mitwirkungsrechte und entmachtet unliebsame Fachgremien. Sie plappern in allen möglichen Reden vom Ehrenamt; aber wo Ehrenamtliche bisher mitwirken durften, werden ihre Rechte beschnitten. Das Beispiel Rundfunkrat habe ich bereits genannt. Der Ausländerbeirat wurde abgeschafft und als Integrationsbeirat neu zusammengesetzt. Wenn dort gefasste Beschlüsse nicht passen, werden sie negiert. Die Naturschutzverbände sind in ihren Mitwirkungsmöglichkeiten massiv behindert. Der Landesjugendhilfeausschuss als wesentliches Fachgremium des Landes wird praktisch überhaupt nicht mehr

beteiligt, und wenn dort Beschlüsse gefasst werden, werden sie negiert. Die Ligaverbände werden auf Landesebene seit Jahren systematisch ausgebremst. Die wichtige Beratungsfunktion der Wohlfahrtsverbände als Partner der Sozialpolitik haben Sie noch nie begriffen. Demokratie lebt von sozialen Rechten, Demokratie lebt von Beteiligung und vom Ehrenamt und nicht von der Ausgrenzung.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Durch Ihre völlig verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik haben Sie auch in allen anderen Bereichen das einst wirtschaftsstarke Hessen komplett heruntergewirtschaftet. Die Arbeitsplätze, die Ausbildungsplätze und das Wirtschaftswachstum – alles wurde durch Sie heruntergewirtschaftet. – Herr Boddenberg, Sie schauen entsetzt; aber so ist es.

Ich denke, die Zerstörer haben deutlich gemacht, dass eine Sozialcharta ein hehres Ziel ist. Ich würde sie auch anstreben, allerdings erst nach dem Regierungswechsel im Jahr 2008. Die jetzige Landesregierung jedenfalls wird kein geeigneter Partner für eine Sozialcharta sein. Selbst wenn eine Unterschrift darunter stünde, würde das nichts helfen; ich glaube, darin stimmen wir überein. Meine Damen und Herren, diese Regierung muss 2008 abgewählt werden. Aber bis dahin appelliere ich wirklich nachdrücklich an Sie, Ihr Sozialstaatsverständnis und Ihr Demokratieverständnis dringend zu überprüfen. Denn was Sie in Hessen tun, ist mehr als gefährlich. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Fuhrmann. – Zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Florian Rentsch gemeldet. Bitte sehr.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Kollegin Fuhrmann, jeder Wahrsager würde im Hessischen Landtag arbeitslos werden. Was Sie sagen, ist jedes Mal sehr überraschend.

(Petra Fuhrmann (SPD): Man muss die Dinge manchmal in einen größeren Zusammenhang stellen!)

Wenn es für Recycling in Parlamentsreden einen grünen Punkt geben würde, würden Sie ihn bekommen. Aber heute war nur noch eine thermische Verwertung möglich.

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit)

Es war klar, dass die Debatte relativ wenig bringen würde; das haben viele Reden heute gezeigt.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung zu den Wohlfahrtsverbänden machen. Frau Kollegin Fuhrmann, ich habe vorhin gesagt, dass sich die Wohlfahrtsverbände einerseits um ihre Klienten und Kunden kümmern – das ist völlig legitim –, auf der anderen Seite aber auch wie jede Institution und wie jeder Organismus in unserem Land Eigeninteressen haben. Wir als FDP wollen gleichberechtigter Partner der Wohlfahrtsverbände sein; wir lassen uns aber ganz sicher nicht zum Büttel der Wohlfahrtsverbände in der Politik machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn Sie als SPD das vorhaben und da blauäugig sind, sind Sie, glaube ich, wirklich kein guter Partner für Debatten mit den Wohlfahrtsverbänden.

Frau Schulz-Asche, Sie haben die Debatte in Rheinland-Pfalz angesprochen. Man muss feststellen, dass in Rheinland-Pfalz eine ganz andere soziale Struktur vorherrscht. Es gibt ein anderes Sozialmanagement und eine andere Sozialpolitik. Ich habe vorhin gesagt: Wir in Hessen sind mit der Kommunalisierung und der Sozialberichterstattung ein ganzes Stück weiter. Deshalb ist die Sozialpolitik in Hessen und in Rheinland-Pfalz nicht vergleichbar. Rheinland-Pfalz hat eine andere Struktur. Das sehen Sie im Übrigen auch bei Wahlergebnissen. In Rheinland-Pfalz sind die GRÜNEN z. B. nicht mehr im Landtag vertreten. Dort ist die Situation einfach ganz anders. Man kann das politische System und das Sozialsystem nicht vergleichen.

Deshalb habe ich gesagt: Frau Schulz-Asche, Ihr Antrag hier wird Ihnen genauso wie die Rede von Frau Fuhrmann sehr wenig weiterhelfen. In Hessen brauchen wir eine kritische Auseinandersetzung mit dem, was die Landesregierung in der Frage des Kommunalisierungsprozesses macht. Daran sollten wir uns abarbeiten. Wir sollten Verbesserungsvorschläge machen. Dazu haben wir Liberale im letzten Jahr einen großen Antrag gestellt. Leider habe ich von Ihnen zu diesem Projekt gar nichts gehört. Das zeigt nun einmal, dass Sie sich mit Dingen beschäftigen, die in Hessen absolut keine Rolle spielen. Eine Sozialcharta wird es in Hessen wahrscheinlich auch in zehn Jahren noch nicht geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Rentsch. – Das Wort hat die Sozialministerin, Frau Staatsministerin Lautenschläger.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muss sich erst einmal überlegen: Was wollten die GRÜNEN mit ihrem Antrag erreichen?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht im Antrag!)

Immerhin ist dieses Thema jetzt etwas mehr als eineinhalb Jahre alt; denn die Sozialcharta wurde uns im September 2004 von den Wohlfahrtsverbänden übergeben. Spannenderweise enthält der erste Satz einen deutlichen Hinweis an die damalige rot-grüne Bundesregierung, die dort unter dem Stichwort „Hartz IV“ angesprochen wurde. Sie brauchen also nicht so zu tun, als wäre immer nur die Hessische Landesregierung betroffen, sondern es gab einen allgemeinen Aufruf unterschiedlicher Sozialverbände.

Spannend ist, ob das, wie Kollege Rentsch sagte, ein Recycling ist oder ob wir immer wieder die gleichen Punkte besprechen. Es ist wichtig, sich über große Linien zu unterhalten, wie Sozialpolitik aussehen kann und was die Schwerpunkte der Sozialpolitik sein müssen und in Hessen auch sind.

Selbstverständlich ist der Arbeitsmarkt ein Thema. Da geht es um die Frage: Wie können die auf Bundesebene beschlossenen Reformen so umgesetzt werden, dass sie den Langzeitarbeitslosen tatsächlich helfen?

(Petra Fuhrmann (SPD): Sie können nicht einmal eine Frage aus diesem Bereich beantworten! Sie wissen nichts!)

– Frau Fuhrmann, hören Sie doch einfach zu. Regen Sie sich doch nicht so auf.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ich stelle das nur fest! Ich rege mich nicht auf!)

Ich möchte jetzt auf den Ausbildungspakt zu sprechen kommen. Wir können dort deutlich Erfolge erkennen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wie bitte?)

Zusammen mit den Verbänden haben wir eine ganze Menge bewegt. Wir alle wissen aber auch, dass gerade hinsichtlich der Ausbildung noch eine Menge getan werden muss. Die Hessische Landesregierung hat aber in den vergangenen Jahren ihren Teil ganz klar erfüllt.

Ich möchte aber auch über Themen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Integration von Langzeitarbeitslosen sprechen. Wir haben hinsichtlich der Förderung von Frauen bei der Rückkehr ins Erwerbsleben ganz klar einen Schwerpunkt gesetzt. Wir werden das auch in Zukunft tun.

Man wird im Ausschuss sicherlich gemeinsam darüber reden oder streiten können, ob man dafür eine neue Charta beschließen muss. Zumindest ich kann nicht erkennen, was sich in Rheinland-Pfalz durch die Charta geändert hat. Selbstverständlich führen wir auch regelmäßig den Dialog mit den Verbänden. Die Verbände arbeiten z. B. sehr intensiv bei dem Projekt der Kommunalisierung verschiedener Sozialbudgets in Hessen mit. Sie sollten sich das einmal genau anschauen. Nicht nur wir, sondern gerade auch die Vertreter der Verbände der Liga und die Kommunalen Spitzenverbände wissen ganz genau, dass damit ein neuer Weg beschritten wird. Man kann schon fast sagen, dass da tatsächlich von räumlichen sozialen Budgets ausgegangen wird. Dabei fängt man an, zu schauen, was vor Ort möglich ist. Es werden also nicht abstrakt auf Landesebene Förderprogramme festgeschrieben. Denn dabei schaut man sich die räumliche soziale Struktur vor Ort nicht an.

Herr Kollege Rentsch, Sie haben es angesprochen. Auf der Grundlage dieser Kommunalisierung ist eine soziale Berichterstattung zu entwickeln. Das ist eine der völlig neuen Aufgaben. Denn wir denken jetzt sozial räumlich. Damit müssen wir uns aber mit der Frage beschäftigen: Wie können wir da tatsächlich zu einer vernünftigen Berichterstattung kommen, die zielführend wirkt und die Probleme vor Ort aufzeigt?

Es gibt eine Arbeitsgruppe, die sich genau dieses Themas angenommen hat. Im Gegensatz zu dem, was die Rednerinnen und Redner von Grün und Rot hier vorgetragen haben, wird in dieser Arbeitsgruppe mit den Spitzenvertretern sowohl der Liga als auch der kommunalen Seite in völligem Einvernehmen ein Konzept entwickelt, das zum Inhalt hat, wie so etwas erstmals überhaupt umgesetzt werden kann. Es ist der Bedarf festzustellen, und die unterschiedlichen Angebote sind aufzunehmen. Es muss aber auch eine Perspektive festgelegt werden. Es kam zu Fachkonferenzen. Dabei ging es um Interventionsfelder und vieles mehr.

Ich werde darüber gerne weiter während einer Ausschusssitzung berichten. Ich glaube aber, dass sich dieses Haus einmal mit folgender Frage auseinander setzen sollte: Wie soll die Sozialpolitik aussehen? – Frau Fuhrmann, Sie recyceln hier jeden Tag einen Antrag. Tatsächlich geht es aber um die Frage, wie die Reformen umgesetzt werden können. Wir sollten uns gemeinsam um das Thema Langzeitarbeitslosigkeit und die dazu gehörigen

Reformen kümmern. Wir sollten uns um die weiter gehenden Schritte kümmern, die auf Bundesebene notwendig sind, damit die Reformen vor Ort gangbar werden, damit das also tatsächlich ermöglicht wird.

Genau dasselbe gilt natürlich auch für die anderen Schwerpunkte, die wir in den nächsten Jahren sehr konsequent weiterverfolgen werden. Dabei geht es um die Themen Familie und demographische Entwicklung. Selbstverständlich geht es dabei aber auch um die Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ich lade Sie sehr herzlich ein, das mit uns und den Vertretern der Verbände zu diskutieren, unabhängig davon, ob es sich um Vertreterinnen und Vertreter der Verbände der Liga oder der Spitzenverbände handelt. Es gibt da auch noch andere sehr unterschiedliche Gruppen. Vertreterinnen und Vertreter des Sozialministeriums reden regelmäßig mit diesen. Gerne können sich die Mitglieder der Oppositionsfractionen daran beteiligen.

Ich glaube aber, es ist nicht nötig, einen recycelten Antrag einzubringen, der immer dann eingebracht wird, wenn irgendwo etwas verlaublich wurde. Das zeigt für diese Sozialpolitik auch keinen zielführenden Weg auf.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Zu einer Kurzintervention erhält Frau Fuhrmann von der SPD-Fraktion das Wort. Frau Fuhrmann, bitte sehr.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das kann natürlich so nicht stehen bleiben.

Zunächst einmal muss ich Ihnen sagen: Hier von einem recycelten Antrag bzw. einer recycelten Rede zu sprechen, ist schon eine Frechheit und erfordert Chuzpe. Damit kann ich nicht gut umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin, offensichtlich haben Sie nicht zugehört. Offensichtlich hat auch Herr Kollege Rentsch nur teilweise zugehört. Sozialpolitik ist eben mehr –

(Unruhe)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren!

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Wir haben hier über Demokratie gesprochen. Offensichtlich ist das nicht bei allen Teilen dieses Hauses so angekommen, wie es hätte ankommen sollen. Aber da das so schwierig ist, will ich das jetzt noch einmal ein wenig konkretisieren und auf den Punkt bringen.

Erster Punkt. Frau Ministerin, Sie sagten, der Ausbildungspakt sei wunderbar und das Land habe sich wunderbar daran beteiligt. Sie haben alle unsere Anträge dazu abgelehnt. Einer betraf die Forderung, die Ausbildungskapazitäten des Landes um 10 % hochzufahren. Im Regierungspräsidium Darmstadt beträgt die Zahl der Auszubildenden gerade einmal 1 % der Beschäftigten. Ange-

sichts der gegenwärtig bestehenden Situation muss man das als Skandal bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD: Das ist unglaublich!)

Ich komme zum zweiten Punkt. Das „Hessenpraktikum“ erwies sich als eine riesige Luftblase. 100 € sollten pro Monat für die Unversorgten zur Verfügung gestellt werden. Dieses Projekt wurde völlig eingestellt. Darüber kann man nichts mehr lesen. Davon ist nichts mehr zu hören. Ich glaube, es waren auch nur drei oder vier junge Menschen, die dieses „wunderbare“ Angebot, das in Wirklichkeit eine Frechheit war, wahrgenommen haben.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Es hat auch nichts getaugt!)

Ich komme zum dritten Punkt. Dabei geht es um die Kommunalisierung der Mittel des Sozialhaushalts. Frau Ministerin, Sie können viel erzählen. Aber Sie haben die Hälfte der Mittel, die ursprünglich in einem Gesamtpaket kommunalisiert werden sollten, im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ sang- und klanglos gestrichen. Jetzt sind gerade noch 12 Millionen € übrig. Dazu kann ich nur sagen: Inzwischen betreiben die Kommunen die Sozialpolitik. Das Land hat sich daraus komplett verabschiedet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Abgeordnete, die Redezeit im Rahmen einer Kurzintervention ist zu Ende.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Ich komme zum vierten Punkt. Sie reden immer von Ihrer Arbeitsmarktpolitik. Wir haben gerade die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zum Thema Umsetzung von Hartz IV in Hessen erhalten. Keine einzige Frage konnten Sie beantworten. Fast überall muss man lesen:

Eine Beantwortung der Frage ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.

Der Landesregierung liegen dazu also überhaupt keine Erkenntnisse vor. Das ist alles sehr dünn. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält Frau Schulz-Asche das Wort. Frau Schulz-Asche, bitte sehr.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich nach der Rede der Frau Ministerin noch einmal zu Wort gemeldet und will zu zwei Punkten etwas sagen.

Frau Ministerin, Sie haben Ihre Sozialpolitik wieder sehr rosig dargestellt. Schon in meinem ersten Redebeitrag habe ich das als potemkinsches Dorf bezeichnet. Ich bin während meiner ersten Rede unter anderem auch auf die Situation der langzeitarbeitslosen Menschen in Hessen eingegangen. Ich möchte wirklich sagen, dass das einer

der Bereiche ist, in denen sich das Versagen dieser Landesregierung sehr deutlich manifestiert. Die neu vorgelegten Zahlen zeigen deutlich, dass in Hessen wiederum die Fördermittel zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser zu über 50 % nicht abgerufen wurden.

Hier wird ständig darüber diskutiert, ob das Arbeitslosengeld II weiter gekürzt werden soll und welche sonstigen Maßnahmen unternommen werden sollen, um Hartz IV zu verschärfen. In diesem Zusammenhang muss man aber darauf hinweisen, dass die Ansätze zur Förderung, die in Hartz IV mit angedacht wurden, bei den Hilfeempfängern in Hessen nur in einem ganz geringen Umfang angekommen sind. Ich finde, das ist einer der ganz wesentlichen Punkte des Versagens Ihrer Sozialpolitik. Sie sind nicht in der Lage, Langzeitarbeitslose zu unterstützen, Fördermaßnahmen durchzuführen und die entsprechenden Gelder abzurufen, damit diese Menschen wieder in Arbeit vermittelt werden können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Stattdessen reden Sie ständig über Einsparungen und unterstützen die Verschärfung dessen, was mit Hartz IV beschlossen wurde. Das ist ein gutes Beispiel für die unsziale Seite Ihrer Politik. Das wollte ich zum einen sagen.

Ich komme zum Zweiten. Sie haben uns vorgeworfen, wir würden einen Antrag recyceln. Mir liegt ein Artikel der „Frankfurter Rundschau“ vom 28. April 2006 vor. Ich weiß nicht, wie lange es bei Ihnen dauert, bis Sie etwas als verfallen ansehen. Für mich liegt der April 2006 noch nicht lange zurück. Das ist also noch nicht verfallen.

Auch der Jahresempfang der Diakonie in Hessen und Nassau ist noch nicht so lange her. Dort wurde der Abschluss einer Sozialcharta gefordert, mit der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und den Wohlfahrtsverbänden endlich wieder etabliert werden könnte. Dieser Jahresempfang ist auch noch nicht so lange her. Wenn ich mich richtig erinnere, fand er im März 2006 statt.

Es stellt sich hier also nicht die Frage, ob etwas recycelt wird. Vielmehr stellt sich die Frage, wie ernst Sie die Wohlfahrtsverbände überhaupt noch nehmen. Schon zu Beginn meiner ersten Rede hatte ich kurz aus der Kritik an der Arbeit der Landesregierung zitiert. Ich möchte das jetzt noch einmal tun. Herr Woltering, das ist der Vorsitzende der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen, also nicht irgendwer, kritisiert – ich zitiere aus dem Artikel der „Frankfurter Rundschau“ –:

Der „vernachlässigte“ Dialog mit der Regierung sei „demoralisierend“.

Das zeigt den aktuellen Stand, wie sich die Wohlfahrtsverbände von dieser Landesregierung behandelt fühlen.

Die Wohlfahrtspflege drohe ihre Rolle als „Lobby der Benachteiligten“ und Sensorium für Missstände im sozialen Bereich zu verlieren. Dabei sei jeder Staat gut beraten, etwa die Präventionsarbeit sozialer Einrichtungen zu nutzen, die „im Endeffekt Kosten spare“.

Weiter kann man in dem Artikel lesen:

In einem ersten Entwurf eines Positionspapiers wollen sich die Verbände auf ihre Grundsätze als Teil des sozialstaatlichen Systems besinnen und daraus politische Forderungen zur Landtagswahl formulieren.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann und Dr. Thomas Spies (SPD))

Das zu tun, ist auch richtig. Aus ihrer Sicht ist das ihre Aufgabe.

Die positiven Erfahrungen, die man bei der Übertragung sozialer Leistungen auf die Kommunen gemacht habe, sollten auf Landesebene übertragen werden. „Alle Beteiligten vereinbaren klare Zielsetzungen und Aufgaben“, ... „Das ist echte Sozialplanung. ...“

Das steht in einem Artikel der „Frankfurter Rundschau“ aus dem April dieses Jahres. Meine Damen und Herren, Sie reden hier über die Liga der Freien Wohlfahrtspflege, also über die großen Anbieter sozialer Leistungen, die wir in Hessen haben. Dass Sie unseren Antrag als recycelt bezeichnet haben, zeigt, wie wenig ernst Sie die Wohlfahrtsverbände im politischen Dialog tatsächlich nehmen. Sie versuchen, unseren Antrag zu diskreditieren. Sie versuchen, zu negieren, dass die großen Wohlfahrtsverbände genau diese Forderungen stellen. Sie wollen nicht ein verlässlicher Partner in der Sozialpolitik werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Meine Damen und Herren, damit werden der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „Soziale Charta“ auch für Hessen, Drucks. 16/5542, und der Dringliche Antrag der Fraktion der CDU betreffend zukunftsgerichtete Sozialpolitik, Drucks. 16/5588, zur weiteren Beratung an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

#### **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Sicherstellung einer hochschuleinheitlichen Entwicklungsplanung – Drucks. 16/5525 zu Drucks. 16/5411 –**

Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir brauchen noch eine Berichterstatterin!)

– Das ist die zweite Lesung, Entschuldigung. Die Berichterstatterin ist, wenn ich das richtig sehe, Frau Kollegin Sorge.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist Herr Kollege Bocklet!)

– Herr Kollege Bocklet, Sie haben das Wort.

#### **Marcus Bocklet, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung abzulehnen.

Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst in der 97. Plenarsitzung am 28. März 2006 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat sich in seiner Sitzung am 4. Mai 2006 mit dem Gesetzentwurf befasst und mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die obige Beschlussempfehlung gefasst. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, wir eröffnen die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Für die CDU-Fraktion erhält Frau Oppermann das Wort.

(Anne Oppermann (CDU): Frau Sorge ist zuerst dran!)

– Frau Sorge, dann haben Sie das Wort.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist außerordentlich schade, dass dieser Gesetzentwurf abgelehnt wird, und ich glaube, die Regierungsfraktion hätte sich hier wirklich nichts abgebrochen. Ich will noch einmal kurz schildern, um was es bei diesem Gesetzentwurf geht. Es geht darum, dass uns bei der Auseinandersetzung über die wahrscheinlich bevorstehende Schließung des Instituts für Sexualwissenschaften aufgefallen ist, dass es im Hessischen Hochschulgesetz einen Paragraphen gibt, der dem Fachbereich Medizin gegenüber anderen Fachbereichen bzw. der gesamten Universität eine Autonomie erlaubt. Wir halten das aus zwei Gründen für sehr misslich: Der eine ist – deswegen haben wir auch einen Gesetzentwurf eingebracht –, dass wir das, was diesem Gesetz immanent ist, für falsch halten, weil sich der Autonomieprozess der Hochschulen so gestalten muss, dass die Hochschule über ihre Belange, ihre Entwicklungsplanung und vor allem auch über ihre wissenschaftlichen Profile selbst entscheiden können muss.

Das geht eben nicht, wenn die Hochschulen auf einen relativ großen Teilbereich – der Fachbereich Medizin ist kein kleiner Fachbereich, sondern ein sehr wichtiger – keinen Einfluss haben. Deswegen haben wir diesen Gesetzentwurf eingebracht. Wir finden, dass sich die Regierung nichts abgebrochen hätte, wenn sie diesem Vorschlag zur Gesetzesänderung zugestimmt hätte. Wir glauben, dass es für die Autonomie der Hochschulen ein richtiger Schritt gewesen wäre. Es geht um einen Passus, der aufgrund der besonderen Stellung der Fachbereiche Medizin in das Gesetz aufgenommen worden ist, der sich aber meines Erachtens im Zuge der immer weiter gehenden Autonomie als falsch erwiesen hat. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, dass wir diesen Passus des Gesetzes als Fehler entdeckt haben, und zwar aufgrund der Diskussion zur bevorstehenden Schließung des Instituts für Sexualwissenschaften in Frankfurt. Wir haben das natürlich zum Anlass genommen, über eine Gesetzesänderung nachzudenken. Ich will aber noch einmal ausdrücklich sagen: Das ist es nicht allein, sondern wir sind der Meinung, dass es ein falsches System ist, das uns zu dieser Gesetzesänderung veranlasst hat.

Wir wollen mit dieser Gesetzesänderung natürlich auf die Situation des Instituts für Sexualwissenschaften aufmerksam machen. Nach dem, was ich bisher gehört habe, scheint das auf einem guten Wege zu sein; dennoch ist es noch immer so, dass die Verträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im September auslaufen werden. Ich

habe das bei der ersten Lesung schon einmal dargestellt. Es gibt nach wie vor einen sehr großen Beratungsbedarf. Es gibt auch in Bezug auf neue Therapien sehr viele Anfragen, und es können natürlich – solange die Existenzsicherung des Instituts für Sexualwissenschaften nicht gewährleistet ist – keine neuen Therapien angefangen werden.

Die Bezeichnung „Institut für Sexualwissenschaften“ klingt immer ein wenig witzig. Über Sexualität redet man nicht so gerne. Aber es geht im Wesentlichen um Menschen, die enorme Probleme und zu ihrer Sexualität kein normales Verhältnis haben, die dadurch auch psychische Probleme haben, denen geholfen werden muss. Von dieser Hilfe profitieren die Betroffenen nicht nur individuell, sondern die Gesellschaft profitiert ebenfalls, da es häufig um Fälle geht, die hoch problematisch sind.

Insofern hätte ich mir zum einen gewünscht, dass sowohl die Regierungsfraktion als auch die Oppositionsfraktionen unserem Gesetzentwurf hätten zustimmen können, weil eine Zustimmung meiner Ansicht nach wirklich wichtig gewesen wäre. Ich hätte mir des Weiteren gewünscht, dass sich sowohl die Landesregierung als auch die anderen Fraktionen des Hessischen Landtags des Problems des Instituts für Sexualwissenschaften mehr angenommen hätten. – Dabei will ich es zunächst belassen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Die nächste Rednerin ist Frau Oppermann von der CDU. Bitte schön.

#### **Anne Oppermann (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Sorge, Ihr Gesetzentwurf ist seit der ersten Lesung, der Beratung im Ausschuss bis heute nun wirklich nicht besser geworden.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat sich auch nicht geändert! – Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er war von Anfang an so!)

– Nun, das hätte ich mir gewünscht. Ich komme noch einmal darauf zu sprechen: Sie hätten ihn noch ändern können, und zwar als Sie im Ausschuss gemerkt haben, dass Ihr Gesetzentwurf in der Tat – was ich Ihnen im Ausschuss auch schon gesagt habe – in dieser Form gar nicht richtig ist. Ich führe das noch einmal aus, was ich bereits im Ausschuss gesagt habe: Er ist schlicht und ergreifend nicht zielführend.

Es ist unbestritten, dass das Institut für Sexualwissenschaften während seines mehr als 30-jährigen Bestehens eine sehr gute Arbeit geleistet hat. Frau Kollegin Sorge, ich komme jetzt auf das zu sprechen, was Sie im Ausschuss gesagt haben. Sie haben gesagt, dass die Strukturkommission nur für das Universitätsklinikum Marburg und Gießen gelten würde. Ich habe Ihnen das in der ersten Lesung und im Ausschuss gesagt, und ich sage es Ihnen jetzt zum dritten Mal: Das ist nicht zutreffend.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich lese Ihnen gerne noch einmal den § 57 des Hessischen Hochschulgesetzes vor, den der Hessische Landtag im Rahmen des Gesetzes für die hessischen Universitätskliniken im Dezember des vergangenen Jahres – zugegebenermaßen gegen Ihre Stimmen – beschlossen hat. Er hat es dennoch beschlossen.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Oppermann, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen? – Frau Sorge, bitte sehr.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Oppermann, würden Sie mir zugestehen, dass ich im Ausschuss gesagt habe, dass es nicht um die Fachbereiche in Marburg und Gießen gehe, sondern dass es nur um die Fachbereiche Medizin und eben nicht um die gesamte Hochschulentwicklungsplanung gehe?

#### **Anne Oppermann (CDU):**

Ich habe im Ausschuss gesagt, dass die Strukturkommission hierüber entscheide. Daraufhin haben Sie mir entgegengehalten – –

(Lachen der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Entschuldigung, ich weiß nicht, was da so witzig ist, wenn ich versuche, auf Ihre Frage zu antworten. Dann kann ich es gleich sein lassen. – Ich habe Ihnen gesagt, dass die Strukturkommission auch für Frankfurt gelte. Daraufhin haben Sie mir vorgeworfen: Nein, Frau Kollegin Oppermann, das stimmt nicht. – Sie haben zu mir gesagt, die Strukturkommission gelte nur für Marburg und Gießen.

Ich mache da weiter, wo ich eben angefangen habe. Der besagte § 57 wird wie folgt geändert – ich zitiere –:

Der Fachbereich Medizin erfüllt seine Aufgaben in Forschung und Lehre in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum. Zur Vorbereitung von Strukturentscheidungen des Fachbereichs Medizin der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main sowie der Fachbereiche Medizin der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Philipps-Universität Marburg nach § 50 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 in Verbindung mit § 59 Abs. 2 Satz 3 werden

– jetzt hören Sie bitte zu; es ist schön, dass Sie es jetzt einmal lesen –

am Standort Frankfurt und gemeinsam für die Standorte Gießen und Marburg Strukturkommissionen gebildet; im Bereich der klinischen Medizin mit dem jeweiligen Universitätsklinikum. Der jeweiligen Strukturkommission gehören mindestens eine Vertreterin oder ein Vertreter des Dekans und des Präsidiums sowie im Bereich der klinischen Medizin des Universitätsklinikums an.

Im geänderten § 57 heißt es weiter:

Bei der Bildung Klinischer Zentren nach § 24 Abs. 4 des Gesetzes für die hessischen Universitätskliniken sind die Festlegungen der Strukturplanungen zu berücksichtigen.

Kollegin Sorge, im besagten § 24 Abs. 4 steht:

Zur Koordination und Optimierung der Betriebsabläufe von Abteilungen und sonstigen Organisationseinheiten des Universitätsklinikums können klinische Zentren gebildet werden. Dabei sind die Festlegungen der Strukturplanung der Universitäten zu berücksichtigen.

Ich sage es noch einmal: Das, was Sie mit Ihrem Gesetzentwurf beabsichtigen, nämlich die Mitwirkung des Präsidiums an Strukturentscheidungen des Fachbereichs Medizin sicherzustellen, entspricht schon der gegenwärtigen Rechtslage. Somit ist ein Regelungsbedarf für eine weitere Gesetzesänderung nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich bitte daran erinnern, dass es die so genannte „Quertapete“ gibt, das Konzept der hessischen Hochschulmedizin, das in einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Prof. Leonhard in enger Abstimmung – das ist ganz wichtig – mit den Universitäten Frankfurt, Gießen und Marburg und ihren jeweiligen Medizinfachbereichen – das ist mindestens ebenso wichtig – erarbeitet worden ist.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

#### **Anne Oppermann (CDU):**

Ich komme zum letzten Satz, Frau Präsidentin. – Unabhängig von den Schwerpunktbildungen in Forschung und Lehre bleibt die Krankenversorgung an allen drei Standorten sichergestellt. Frau Kollegin, das bedeutet im speziellen Fall des Instituts für Sexualwissenschaften in Frankfurt, dass die Patientenversorgung im Rahmen der sexualmedizinischen Sprechstunde am Universitätsklinikum Frankfurt fortgeführt wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Beer das Wort.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Kollegin Sorge, ich kann es nach dem längeren juristischen Vortrag der Kollegin Oppermann kurz machen. Auch ich konnte in der ersten Lesung und in der Beratung im Ausschuss von Ihnen nicht davon überzeugt werden, dass es sich bei diesem Gesetzentwurf um etwas anderes als ein schlichtes Maßnahmengesetz handelt; will heißen: Sie haben einen Einzelfall und werfen zur Lösung des Einzelfalls ein Gesetz hinterher. Dabei ist es auch nach den Feststellungen und Beratungen im Ausschuss geblieben.

Sie haben auch selbst noch nicht einmal eine Anhörung zu diesem Thema beantragt. Eine Anhörung hätte auch das gezeigt, was wir durch eine kurze Abfrage bei allen drei Hochschulstandorten, die ein Klinikum haben, erfahren haben, nämlich dass dieses Gesetz nicht benötigt wird. Das ist die Aussage aller drei Standorte, die wir in Hessen haben. Das ist sogar die Aussage der Frankfurter. Selbst

die Frankfurter gehen davon aus, dass sie diese Gesetzesänderung nicht brauchen, um ihre Probleme zu lösen.

Sie stellen zudem dar – wir haben es noch in dieser Woche telefonisch abgefragt –, dass sich eine Lösung für das Institut für Sexualwissenschaften, für das Sie sich hier dankenswerterweise so einsetzen, auf gutem Wege befindet. Der Fachbereich wird nach meinen Informationen Anfang Juni über das nun vorgelegte Konzept entscheiden. Danach sind die Stellen sofort ausschreibbar. Das heißt, es mag ganz partiell Kommunikationsprobleme gegeben haben. Es ist aber nicht notwendig, dem gleich ein Gesetz hinterherzuwerfen. Von daher werden wir bei unserer Ablehnung Ihres Gesetzentwurfs bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall der Abg. Anne Oppermann (CDU))

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Der nächste Redner ist Herr Dr. Spies für die SPD-Fraktion. Sie können die Redezeit noch unterbieten, Herr Spies.

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

I'll do my very best. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man kurz den Auftrag der Hochschulen reflektiert, stellt man fest, dass eine Universität doch ein bisschen mehr ist als eine Berufsschule, und es sollte uns selbstverständlich sein, dass sie in ihrer Gänze miteinander abgestimmt agiert. Insofern ist der Gesetzentwurf der GRÜNEN natürlich hilfreich, weil er an einer Stelle, an der das Hochschulgesetz das nicht vorsieht, eine – wenn auch zugegebenermaßen überschaubare – Problemlage löst.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dass es am Beispiel des sexualmedizinischen Instituts der Universität Frankfurt so deutlich geworden ist, ist zwar – da will ich Frau Beer gerne zustimmen – tatsächlich nur ein überschaubarer Einzelfall, macht aber deutlich, dass gerade bei Fragen, die über den strengen Fachrahmen hinausgehen und die ein gesellschaftliches Problem insgesamt betrachten, der einzelne Fachbereich in Abstimmung mit dem Rest der Hochschule handeln sollte.

(Beifall der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, deshalb macht eine abgestimmte Planung unter Einbeziehung der größten und in der Regel teuersten Fachbereiche natürlich einen Sinn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Frau Kollegin Oppermann uns hier allerdings von der hochschulmedizinischen Konzeption der Landesregierung erzählt, dann läuft es einem kalt den Rücken herunter. Liebe Frau Oppermann, wir erinnern uns doch: Es gibt zwei hochschulmedizinische Konzeptionen der Landesregierung. Die eine ist die „Quertapete“. Darin geht es darum, wer welches Institut hat. Die andere ist das Konzept, aber das ist geheime Kommandosache. Das kann man nur im Ministerium angucken, weil es im ominösen Vertrag steht. Wir erinnern uns an die grobe Fehlentscheidung dieses Hauses in Bezug auf die Privatisierung der Universitätskliniken. Da gibt es tatsächlich ein Konzept zur Hochschulmedizin, es wird aber keinem verraten.

Meine Damen und Herren, am Ende greift dieses Gesetz natürlich kurz. Es sichert die Koordination innerhalb der Hochschule. Da dies an dieser Stelle richtig ist, werden wir dem auch zustimmen.

Viel wesentlicher erscheint es uns, dass sich der Landesgesetzgeber mit der Frage befasst, welche Forderungen und welche Wünsche er an seine Hochschulen hat, welchen Rahmen von Hochschulplanung er haben möchte für all das viele Geld, das der Steuerzahler dafür bezahlt. – Nach unserer Ansicht reicht es auch, wenn der Steuerzahler dies bezahlt.

Dass die Landesregierung an dieser Stelle willens ist, eine weiter gehende Diskussion zu führen, freut uns. Wir hätten es noch besser gefunden, wenn auch die Mehrheit diesem Gesetzentwurf heute zustimmen könnte. Die SPD-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Corts das Wort.

#### **Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Alle wichtigen Dinge sind eben ausgetauscht worden. Für uns hat Frau Oppermann das alles zusammengefasst.

Tatsache ist, dass der Ausschuss den Gesetzentwurf abgelehnt hat. Tatsache ist auch, dass das Ziel, das Sie, Frau Kollegin Sorge, hatten, erreicht worden ist. Man hat über das Thema Sexualwissenschaft diskutiert, und zwar auch öffentlich. Mein Eindruck ist, dass in diesem Zusammenhang alles auf einem guten Weg ist. Damit können Sie am Ende auch zufrieden sein.

Zu einem letzten Punkt von Herrn Dr. Spies. Wir werden nicht nur bei der Medizin, sondern allgemein über die Hochschulentwicklung diskutieren. Wir müssen im Herbst sehen, wann wir einen vernünftigen Termin finden. Dann können wir damit umgehen, was autonom ist, was Entwicklungsplanung ist und wie weit unser Einfluss geht. Dabei können wir es belassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstimmung schreiten.

Ich rufe den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Sicherstellung einer hochschuleinheitlichen Entwicklungsplanung auf, Drucks. 16/5525 zu Drucks. 16/5411. Wer dem Gesetzentwurf nach zweiter Lesung in diesem Plenum zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dann ist mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der GRÜNEN und eines Teils der SPD – die anderen haben sich nicht beteiligt –

(Gerhard Bökel (SPD): Mit dem Herzen voll dabei!)

– einige da vorne mit dem Herzen voll dabei, die anderen nicht – dieses Gesetz abgelehnt.

Wir kommen damit zu einer weiteren Gesetzeslesung, und zwar zu **Tagesordnungspunkt 64:**

#### **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen – Drucks. 16/5572 zu Drucks. 16/5253 –**

Berichterstatteerin ist Frau Dörr (Bergstraße).

#### **Ihona Dörr (Bergstraße), Berichterstatterin:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialpolitische Ausschuss hat zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen folgende Empfehlung abgegeben:

Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung abzulehnen. – Die Entscheidung fiel in der Sitzung am 11. Mai 2006.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Rentsch das Wort. Wir haben fünf Minuten Redezeit vereinbart.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat diesen Gesetzentwurf eingebracht, um mehr Transparenz in den Landeswohlfahrtsverband zu bringen. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, mit einer jährlichen Berichtspflicht des Landesdirektors jährlich einmal über die Situation im LWV und über die Situation von behinderten Menschen informiert zu werden, weil wir der festen Überzeugung sind, dass der LWV als einer der wichtigsten Dienstleister, die in diesem Land für das Land Hessen tätig sind, ein Recht dazu hat, uns als Parlamentarier und damit die Öffentlichkeit zu informieren. Auf der anderen Seite haben wir dies auch deshalb vorgeschlagen, weil wir der Meinung sind, dass die Öffentlichkeit über die notwendigen Reformen im LWV immer und überall auf dem Laufenden gehalten werden muss.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Die bisherige Diskussion hat erstaunlicherweise ergeben, dass sich die Landesregierung, die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, wenn auch aus anderen Gründen, und auch die GRÜNEN gegen diese Transparenz einsetzen. Ich muss schon sagen, darüber sind wir sehr erstaunt.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Michael Denzin (FDP))

Was man gegen mehr Transparenz, gegen mehr Offenheit in der Diskussion um einen Verband haben kann, der sich um Menschen mit Behinderungen kümmert, ist uns wirklich nicht klar. Es gibt mehrere Erklärungsmuster. Eines der Erklärungsmuster – das Erklärungsmuster SPD, das Erklärungsmuster rot – ist, dass die SPD es nicht gerne hat, wenn der Landesdirektor Uwe Brückmann, CDU, hier über den LWV Auskunft erteilt, weil sie Angst hat, dass Herr Brückmann, der ein sehr fachkundiger und guter Landesdirektor des LWV ist, die SPD in den Schatten stellen könnte.

(Beifall bei der FDP)

Diese Angst kann man teilweise nachvollziehen. Aber wir hätten diesen Antrag auch gestellt, wenn es noch einen SPD-Landesdirektor gegeben hätte.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das macht es nicht besser! Der Gesetzentwurf ist trotzdem überflüssig!)

Diesen gibt es leider nicht mehr. Aber das sind andere Gründe, über die wir hier nicht diskutieren müssen.

Wir sind der festen Auffassung, dass Sie aus diesen Gründen den Antrag ablehnen. Aber das ist auch nicht sehr überraschend.

Meine Damen und Herren, überraschender für mich ist – deshalb will ich mit dieser Überraschung nicht hinter dem Berg halten –, dass die GRÜNEN und die CDU unseren Antrag ablehnen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist ein Hammer!)

Bei den GRÜNEN gibt es verschiedene Erklärungsmuster. Der Kollege Dr. Jürgens hat in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs sehr unterschiedlich reagiert. Er hat gesagt, einerseits habe er Zweifel, ob dazu tatsächlich eine Gesetzesänderung notwendig sei. Dabei habe ich Ihnen, Herr Dr. Jürgens, damals gesagt – diesem Argument können Sie sich nicht verschließen –, dass Sie ein Gesetz ändern müssen, wenn Sie eine verbindliche Regelung haben wollen. Er hat gesagt, ob er eine Gesetzesänderung befürworte, wisse er nicht, aber grundsätzlich würde er noch einmal darüber nachdenken. Schlecht sei die Idee nicht.

Auf der anderen Seite befindet sich die CDU, die, erstaunlicherweise, ihren eigenen Mann, Herrn Brückmann, hier nicht sprechen lassen will.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Das verstehe ich wirklich nicht. Ich kann Ihnen versichern – das sehen viele CDU-Kollegen sicherlich genauso –, dass Herr Brückmann das kann. Er wird den LWV gut vertreten, und er wird auch die CDU hier gut vertreten. Meine Damen und Herren, Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen. Deshalb gibt es eigentlich keinen Grund, unseren Antrag hier abzulehnen.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Argument ist die Debatte über die Reformen im Landeswohlfahrtsverband. Der Landeswohlfahrtsverband ist als Kommunalverband auch ein Dienstleister für das Land. Das kann man einerseits an den Transferleistungen erkennen, die das Land für den LWV erbringt, sowie daran, dass der Landeswohlfahrtsverband durch ein Landesgesetz, das Mittelstufengesetz, geregelt wird. Andererseits kann man das daran erkennen, dass der LWV für einen der wichtigsten sozialpolitischen Bereiche zuständig und verantwortlich ist, nämlich dafür, wie es den behinderten Menschen in unserem Land geht.

Meine Damen und Herren, es wundert mich wirklich, dass Sie sich als diejenigen, die im LWV mit uns Verantwortung tragen, gegen Transparenz dort aussprechen.

(Beifall bei der FDP)

Es geht beim LWV um die Situation von Menschen mit Behinderungen.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Dr. Jürgens, ich glaube, dass wir alle die Intention haben müssten, auch den Betroffenen klarzumachen, wel-

che Reformen wir im LWV vorhaben. So etwas sollten wir nicht hinter geschlossener Tür machen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wäre die Berichtspflicht eine gute Möglichkeit, gerade auch in der aktuellen Diskussion zu zeigen, dass die neue Koalition im LWV, die eine gute Arbeit macht, nichts zu verbergen hat. Sie ist für Transparenz, Offenheit und für eine ehrliche Diskussion in diesem Bereich.

Abschließend will ich sagen: Es gibt oft Überraschungen. Eine Überraschung war für mich, dass sich Schwarz und Grün in diesem Haus gegen Transparenz aussprechen. Das Verhalten der SPD in dieser Debatte war keine Überraschung, so, wie das Verhalten der SPD in vielen anderen Bereichen keine Überraschung mehr ist.

Vielleicht nutzen Sie abschließend die Möglichkeit, sich für Transparenz auszusprechen. Herr Dr. Jürgens ist diesen kleinen Schritt schon einmal gegangen, wurde dann aber anscheinend zurückgepiffen. Auf jeden Fall hatte er heute die Möglichkeit, das Ganze klarzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Schulz-Asche das Wort.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es hat selten so überflüssige Gesetzentwürfe gegeben wie den, den die FDP vorgelegt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nicola Beer (FDP): Den davor!)

Offenbar versteht die FDP unter Transparenz, dass der Landesdirektor jedes Jahr zum 31.12. hier berichtet. Am 31. Dezember haben wir nie eine Sitzung in diesem Haus. Abgesehen davon, dass das mein Geburtstag ist, gibt es auch noch bessere Gründe dafür, warum ich andere Tage für geeigneter halte. Sie werfen uns vor, wir alle würden uns der Transparenz – diesem etwas bürokratischen Ansatz hier – verweigern. Lieber Kollege Rentsch, die Auffassung, die Sie da vertreten haben, hat schon verschwörungstheoretische Dimensionen.

Was die Berichte und den Landeswohlfahrtsverband angeht, ist es so:

(Zurufe von der SPD)

– Ich kann auch noch einmal von vorn anfangen, wenn Sie das wollen. – Alle bisherigen Landesdirektoren, egal von welcher Partei, haben sich dadurch ausgezeichnet, dass sie ausgesprochen informationsfreudig waren, nicht nur dem Landtag, sondern auch der Öffentlichkeit gegenüber. Das war bestimmt nicht das Hauptproblem des Landeswohlfahrtsverbands.

Das Problem war eher – ich denke, das kann man auch nicht per Gesetz verordnen –, dass die Informationen, die der Landeswohlfahrtsverband und die Landesdirektoren an die Öffentlichkeit gegeben haben, leider oft auf wenig Resonanz gestoßen sind. Darin hat der Kollege Rentsch Recht: Wenn es um einen solch wichtigen Bereich geht, sollte man die Informationen auch aufnehmen. Aber das kann man tatsächlich nicht gesetzlich verordnen.

Mit anderen Worten: Dieser Gesetzentwurf ist überflüssig, weil er nicht wirklich für mehr Transparenz sorgt.

Nun möchte ich noch etwas zu Ihrem Vorwurf sagen. Den anderen Fraktionen des Hauses vorzuwerfen, sie würden sich der Transparenz verweigern, nur weil wir Ihnen etwas oberflächlichen und kurz gefassten Entwurf ablehnen, halte ich schon ein bisschen für eine Unverschämtheit. Das gilt auch für die Tatsache, dass Sie diesen Vorwurf in einer Presseerklärung wiederholt haben.

Wie gesagt, ein vorgefertigter Bericht, ein bürokratisches Instrumentarium, das hier seitens der FDP gefordert wurde, trägt meines Erachtens nicht zur Transparenz bei. Das kann nur eine offene Debatte über die Verbesserung der tatsächlichen Situation von Menschen mit Behinderungen und psychischen Krankheiten in Hessen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Schulz-Asche, Sie haben mir keine Gelegenheit gegeben, Sie zu unterbrechen. Lassen Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abgeordneten zu?

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das sagt mein Mann auch immer. – Bitte, Herr Kollege Rentsch.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Ihr Mann nennt Sie „Abgeordnete“. Das ist natürlich auch eine interessante Information. Aber Entschuldigung. – Frau Schulz-Asche, meine Frage lautet: Das Land regelt gesetzlich eine jährliche Berichtspflicht des Landesdatenschutzbeauftragten. Wie beurteilen Sie diese, und halten Sie diese auch für überflüssig?

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich halte sie deshalb nicht für überflüssig, weil sie zum Regelungsbedarf innerhalb des Datenschutzes gehört. Ich vermute, dass, wenn es gesetzliche Regelungen im Landeswohlfahrtsverband geben sollte – Reformansätze und andere Regelungen –, auch überlegt werden muss, in welcher Form die Öffentlichkeit unterrichtet wird. Die jetzige Form der Berichterstattung finde ich ausreichend und gut. Ich habe keinem Landesdirektor vorzuwerfen, dass er mir den Eindruck vermittelt, die Berichte seien nicht transparent, und ich könne nicht durchschauen, was dort geplant und auch durchdacht worden ist. Das war bei Herrn Bauer so, und das ist auch bei Herrn Brückmann so. Von daher sehe ich da keinen Regelungsbedarf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Falls sich noch irgendwelche Kollegen melden wollen, sollten sie das unverzüglich tun. – Frau Fuhrmann, Sie haben das Wort.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Streit, der in der Jamaika-Koalition herrscht, wird jetzt hierher getragen. Ich weiß nicht, woher das kommt: zu viel Rum oder zu viel Sonne? Oder womit müssen wir rechnen?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– Herr Kollege Rentsch, warten Sie erst einmal ab, bevor Sie dazwischenrufen. – Ich habe schon in der ersten Lesung gesagt, dass ich diesen Gesetzentwurf für völlig überflüssig halte. Für die SPD möchte ich darauf hinweisen, dass wir einen Kommunalverband haben, der einem eigenen Parlament verpflichtet ist, dem es zu berichten gilt, und dass die FDP-Fraktion im LWV-Parlament und die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag – oder ist es Herr Rentsch? – offensichtlich ein Problem miteinander haben, nämlich ein Kommunikationsproblem.

Aber da Herr Dr. Jürgens in der ersten Lesung dieses überflüssigen Gesetzentwurfs etwas nebulös von möglichen weiteren rechtlichen Änderungen an dem Mittelstufengesetz gesprochen hat, jedoch weder Ross noch Reiter genannt hat, muss ich ehrlich sagen, dass uns diese erste Lesung doch ein wenig zu denken gegeben hat. Herr Rentsch, Sie haben eben sehr gut argumentiert.

(Norbert Schmitt (SPD): Eine Sternstunde des Parlaments!)

Deswegen sage ich: Wir haben das Gefühl, dass innerhalb dieser „Schwampel“ im LWV deutliche Differenzen bzw. Kommunikationsprobleme bestehen. Das spricht dafür, dass der Landesdirektor doch verpflichtet werden sollte, zumindest einmal im Jahr dem Landtag zu berichten. Allerdings sollte diese Berichterstattung nicht ausgedehnt werden, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich möchte deshalb den Änderungsantrag stellen, dass dieses Gesetz, wie alle anderen hessischen Gesetze auch, befristet wird, und zwar bis zum 31.12.2007.

(Beifall bei der SPD)

Dann hat der Hessische Landtag die Gelegenheit, von dem Landesdirektor einen Bericht darüber zu erhalten, welche Planungen dieser „Schwampel“ für das Jahr 2007 nötig zu sein scheinen, oder darüber, was uns jetzt mehr oder weniger vorenthalten werden soll.

Deswegen ändern wir unser Votum aus der ersten Lesung. Wir halten diesen Gesetzentwurf nach wie vor für überflüssig. Aber wir sind der Auffassung, dass man diesen Gesetzentwurf, wenn er mit einer Befristung bis zum 31.12.2007 versehen wird, durchaus in Kraft setzen sollte.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Abg. Fuhrmann, lassen Sie noch eine Nachfrage von Herrn Jürgens zu?

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber gern!)

– Bitte sehr, Sie haben das Wort.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Fuhrmann, wenn Sie nur einen Bericht haben wollen, aber gleichzeitig den Gegenstand des Berichts, nämlich die Entwicklung der Behindertenpolitik und die Lage der Behinderten in Hessen, für wichtig halten, frage ich Sie, warum Sie das nur einmalig interessiert.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Kollege Dr. Jürgens, das ist ganz einfach. Ich habe mich über die Lage der Behinderten bisher hervorragend informiert gefühlt. Wann immer ich als Mitglied des Sozialausschusses um einen Bericht des LWV gebeten habe, habe ich den auch bekommen. Herr Dr. Jürgens, offensichtlich ist hier etwas anderes im Gange, als die Lage der Behinderten in Hessen in den Vordergrund zu stellen, und deswegen sage ich, dass das durchaus sinnvoll ist.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Dörr, einen Augenblick. – Frau Fuhrmann, Sie haben hier – falls das ernst gemeint war – im Namen Ihrer Fraktion einen Änderungsantrag gestellt. Den müssten Sie mir in schriftlicher Form einreichen, damit er nach der GOHLT ordentlich behandelt werden kann. Es geht nicht, lediglich mündliche Erklärungen zur zweiten Lesung abzugeben. Diesen Antrag hätten Sie eigentlich zur Vorbereitung der zweiten Lesung im Ausschuss stellen müssen.

(Michael Siebel (SPD): Dann müssen wir eine dritte Lesung beantragen!)

– Dann müssen Sie das machen. Bisher liegt mir nichts vor. – Jetzt hat Frau Dörr für die CDU-Fraktion das Wort.

**Ilona Dörr (Bergstraße) (CDU):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Fuhrmann, als Mitglied der Verbandsversammlung des LWV darf ich Ihnen versichern, dass keine Entscheidungen getroffen werden oder Gespräche im Gange sind, die nicht in einem Bericht des seitherigen und des neuen Verbandsdirektors dargestellt wurden. Insoweit kann ich Ihnen also die Arbeit ersparen, die Sie sich jetzt mit einem Änderungsantrag machen wollen, mit dem Sie den vorliegenden Gesetzentwurf der FDP-Fraktion mit einer Befristung belegen wollen. Das ist nicht notwendig, denn ich kann Ihnen sowie der Kollegin Schulz-Asche und dem Kollegen Rentsch bescheinigen, dass von allen Verbandsdirektoren, egal welcher politischen Couleur, ganz objektiv über die Situation im Verband, aber auch über die Arbeit, die der Verband für die kommunale Familie leistet, Bericht erstattet wurde – sei es im Sozialpolitischen Ausschuss, sei es, wenn Sie als Abgeordnete direkt Anfragen gestellt haben. Immer kamen belegbare, wahrheitsgemäße Antworten oder Stellungnahmen an uns zurück.

Darum kann ich eigentlich das, was die Kollegin Schulz-Asche hier gesagt hat – was im Prinzip auch Frau Fuhrmann gesagt hat –, nur noch einmal betonen. Wir sollten die Partnerschaft zwischen dem LWV und der kommunalen Familie auch hier respektieren. Wir sollten auch respektieren, dass das Gesetz sagt, dass das eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung und in einem Rechenschaftsbericht gegenüber der Verbandsversammlung

zu belegen ist und wir als Land Hessen lediglich die Rechtsaufsicht ausüben. Damit schaffen wir keine Unklarheiten für andere Institutionen und können auch künftig darauf bauen, dass die Berichterstattung aus dem Landeswohlfahrtsverband uns ohne gesetzliche Anforderung zu jeder Zeit geleistet wird.

Das war kurz und bündig das, was auch schon in der ersten Lesung vonseiten der CDU-Fraktion dazu gesagt wurde. Es hat sich also in der Sache nichts geändert. Die CDU-Fraktion wird den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, zu dem Gesetzentwurf haben wir im Ausschuss ausführlich diskutiert. Der Landeswohlfahrtsverband kann von den Abgeordneten – dazu ist der Ausschuss nach wie vor gut in der Lage – zur Berichterstattung eingeladen werden. Selbstverständlich ist auch die Landesregierung weiterhin bereit, sowohl über die Behindertenpolitik im Landeswohlfahrtsverband als auch kontinuierlich über die anderen Aufgaben des Verbandes zu berichten. Deshalb sehen wir im Augenblick keine Notwendigkeit für gesetzliche Änderungen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege Rentsch, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

**Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem die SPD-Fraktion schon einen kleinen Schritt in die richtige Richtung gemacht hat, bekommen wir vielleicht auch noch den ganzen richtigen Schritt hin. Wir beantragen deshalb die dritte Lesung dieses Gesetzentwurfs. In den nächsten Wochen werden wir sicher noch Überzeugungsarbeit leisten können.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, es ist dritte Lesung beantragt. Müssen wir darüber abstimmen? – Herr Kollege Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Frau Präsidentin, zur Klarstellung: Wenn eine dritte Lesung beantragt wird, dann ist sie nach § 12 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung durchzuführen. Dann können entsprechende Änderungsanträge – wenn das gewünscht wird – eingebracht werden. Allerdings wird der Gesetzentwurf nicht besser, wenn wir ein drittes Mal über ihn abstimmen.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Das Letzte war keine Bemerkung zur Geschäftsordnung mehr.

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen, Drucks. 16/5572 zu Drucks. 16/5253, wird an den Sozialpolitischen Ausschuss zur Vorbereitung der dritten Lesung zurücküberwiesen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 9:**

**Bericht des Landesschuldenausschusses nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 (GVBl. S. 93); hier: 54. Bericht über die Prüfung der Schulden im Haushaltsjahr 2004 – Drucks. 16/5467 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Schmitt. Bitte sehr.

**Norbert Schmitt, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie werden schon den ganzen Tag mit großer Spannung auf diesen Bericht des Landesschuldenausschusses gewartet haben.

Der Landesschuldenausschuss hat in seiner 51. Sitzung am 7. März 2006 nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 die Verwaltung der Schulden des Landes und die Führung des Landesschuldbuches im Haushaltsjahr 2004 geprüft.

Seinen Erörterungen lag der Bericht des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes vom 12. Dezember 2005 über die von ihm in Wahrung der Belange des Landesschuldenausschusses vorgenommene Prüfung des Schuldenstandes zum 31. Dezember des Jahres 2004 sowie der Verwaltung der Landesschuld im Haushaltsjahr 2004 zugrunde.

Wie aus dem vorgelegten Bericht hervorgeht, hat die Prüfung des Landesschuldbuches und der Landesschuldenverwaltung im Haushaltsjahr 2004 zu den im Abschnitt 9 aufgeführten Ergebnissen geführt. Der Landesschuldenausschuss hat sich auch seinerseits hiervon überzeugt.

Das Ergebnis seiner Prüfung für das Haushaltsjahr 2004 fasst der Landesschuldenausschuss wie folgt zusammen:

Bei den nach dem Landesschuldengesetz in das Landesschuldbuch einzutragenden Verbindlichkeiten sollten die schulderhöhend wirkenden, jährlich anwachsenden Zinsverbindlichkeiten aus den Zero-Schuldscheinen berücksichtigt werden. Entsprechend der bisherigen Zuführung an die Schuldendienstrücklage handelt es sich dabei um einen Betrag von insgesamt 28 Millionen €.

Die Prüfung des Landesschuldbuchs und der Schuldenverwaltung ergab keine Beanstandung von grundsätzlicher oder erheblicher Bedeutung.

Die für die Haushaltsführung 2004 ausgesprochenen Ermächtigungen zur Aufnahme von Darlehen und Kassenverstärkungskrediten sowie zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen sind eingehalten worden.

Die verfassungsmäßige Schuldenobergrenze wurde im Nachtrag zum Haushaltsplan um 933 Millionen €, im Haushaltsvollzug um 841 Millionen € überschritten.

Der Kapital- und Zinsendienst wurde zeitgerecht und vollständig geleistet.

Die im Zusammenhang mit der Prüfung der Landesschuldenverwaltung stehende Rechnungsprüfung des Kapitels 15 des Einzelplans 17 wurde ebenfalls durchgeführt.

Der Landesschuldenausschuss erstattet diesen Bericht nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 und beantragt: Der Landtag möge von diesem Bericht zustimmend Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. So schön haben wir die Schuldenlage noch nie vorgetragen bekommen. Herzlichen Dank.

(Heiterkeit – Axel Wintermeyer (CDU): So schön hat Herr Schmitt noch nie gesprochen!)

Ich rufe zur Aussprache auf. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Herr Kaufmann hat das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Entgegen einiger Einschätzungen bin ich nie sprachlos.

(Heiterkeit)

Insofern ist zu diesem Bericht noch etwas zu sagen. Der Kollege Schmitt hat das vorgetragen, was in der Drucksache steht. Ich denke aber, wir lassen den Bericht des Landesschuldenausschusses in einigen weiteren Passagen schon noch für sich direkt sprechen.

Meine Damen und Herren, es ist sicherlich nicht das Vergnügungsthema Nummer eins, über die Schulden des Landes zu sprechen. Das betrifft das ganze Haus. Es gibt aber für die Schuldenentwicklung eine politische Verantwortung. Die darf man nicht aus dem Auge verlieren.

Die gesamte Landesschuld ist im Haushaltsjahr 2004 – insoweit zitiere ich aus der Zusammenfassung des Berichts – von 29.948 Millionen € auf 31.839 Millionen € angestiegen.

Meine Damen und Herren, das muss man sich einmal klarmachen. Das ist bald schon eineinhalb Jahre her. Seitdem sind die Schulden des Landes nicht gesunken, sondern weiter gestiegen.

Ferner ist aus dem Bericht Folgendes festzuhalten: Die durch Art. 141 der Verfassung des Landes Hessen in Verbindung mit § 18 der Landeshaushaltsordnung bestimmte Kredithöchstgrenze betrug gemäß Haushaltsplan einschließlich Nachtrag 863 Millionen €. Die Nettokreditaufnahme lag mit insgesamt 1.795.000.000 € um 932 Millionen € höher. Das heißt, die verfassungsmäßige Schuldenobergrenze wurde im Haushaltsvollzug um 841 Millionen € überschritten, also um fast das Doppelte. Deswegen bitte ich nach wie vor um Verständnis, wenn so etwas von der Opposition angekreidet wird und sogar ange-

kreidet werden muss und wir dies als verfassungswidrigen Haushaltsvollzug bezeichnen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt aus dem Bericht ist unbedingt anzumerken. Unter Ziffer 0.5 der Zusammenfassung ist Folgendes festgehalten: „Als Folge des fortdauernden Rückgangs der Zinsen am Kapitalmarkt waren Ende 2004 nur noch weniger als 5 v. H. der Landesschuld mit 7 v. H. und darüber zu verzinsen. Ein Anteil von 85 v. H. ist mit Zinssätzen unter 7 v. H. versehen.“ Eine solche Mitteilung kann einen zunächst erfreuen. Wenn das Land wenig Zinsen zahlen muss, dann freut das jeden in diesem Hause.

Meine Damen und Herren, das beschreibt aber zugleich die Bombe, die tickt; denn irgendwann wird die Tiefzinsphase beendet sein. Dann wird die Verschuldung nicht auf einen Schlag, aber Schritt für Schritt teurer werden. Insofern wächst die Belastung wieder an. Deshalb hat die Landesregierung mit ihrer Schuldenmacherei sicherlich Glück gehabt, dass sie gerade in eine Phase sehr niedriger Zinsen gefallen ist. Wir müssen uns alle darüber Gedanken machen, dass es so nicht weitergehen kann. Herr Kollege Milde, dabei werden selbst Sie mir zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, immerhin belief sich der Schuldendienst des Landes im Jahr 2004 auf 4.836.000.000 €. Die Tilgungen hatten hieran einen Anteil von etwa 3,4 Milliarden €, sodass ein Rest von etwa 1,33 Milliarden € übrig bleibt. Die Geldbeschaffungskosten können dabei quasi vernachlässigt werden. Diese 1,33 Milliarden € stehen im Bezug zu den relativ niedrigen Zinssätzen.

Seit dem Jahr 2000 ist wegen der von mir beschriebenen Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt die jährliche Zinsbelastung nur sehr moderat gestiegen, nämlich von 185 %, bezogen auf das Basisjahr 1984, auf 191 %. Dagegen haben sich der Schuldenstand des Landes und die Steuereinnahmen in dieser Zeit ganz anders und obendrein in gegensätzliche Richtung entwickelt. Während die Steuereinnahmen von 211 % auf 181 % gefallen sind – wir haben die Worte des Finanzministers noch im Ohr, der oft darüber geklagt hat –, stieg der Schuldenstand im gleichen Zeitraum von 224 % auf 282 %, bezogen auf das gleiche Basisjahr. Damit liegt der Schuldenstand über dem Durchschnitt des Schuldenstandes der westdeutschen Flächenländer.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Um all diese Schulden zu begleichen, benötigen wir die Steuereinnahmen von zweieinviertel Jahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. Sie wissen, wie schlimm die Schulden für uns sind.

Ich will den Bediensteten des Finanzministeriums meinen ausdrücklichen Dank aussprechen, die unter schwierigen Bedingungen eine hervorragende Arbeit leisten. In den Dank schließe ich auch den Vorsitzenden des Landesschuldenausschusses ein, der gleichzeitig Präsident des Rechnungshofs ist.

Wir wollen festhalten, dass die Regierungsmehrheit diese Schuldenpolitik zu verantworten hat. Deswegen können Sie die Kenntnisnahme des Berichts von uns erwarten, aber gewiss keine Zustimmung. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kaufmann. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Milde das Wort.

### Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit dem, womit Herr Kollege Kaufmann seine Rede beendet hat, nämlich mit dem Dank an den Hessischen Rechnungshof und in Person den Präsidenten, der nicht nur für die Vorbereitung der Sitzung des Landesschuldenausschusses, sondern auch für den Bericht verantwortlich zeichnet, der in einer besonders transparenten Art und Weise darstellt, wie sich der Schuldenstand entwickelt und wie sich die Schulden aufteilen. Er liefert darüber hinaus Hintergründe und Vergleiche mit anderen Bundesländern. An dieser Stelle danke ich auch dem Finanzministerium, das bei der Landesschuldenverwaltung eine extrem gute Arbeit leistet. Angesichts dieser Zahlen ist es enorm wichtig, dass die Mitarbeiter der Landesschuldenverwaltung zum richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Produkten am Kreditmarkt agieren. Dadurch werden jedes Jahr viele Millionen € für das Land Hessen eingespart, und zwar allein durch ein gutes Management dieser Verwaltung. Ich meine, das sollte den Dank des ganzen Hauses wert sein.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Herr Kollege Kaufmann, ich möchte kurz auf die Zahlen eingehen, die Sie vorhin interpretiert haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe sie genannt, nicht interpretiert!)

– Den Bericht haben Sie zitiert und interpretiert. Sie sagten, wenn das Zinsniveau nach dieser Zinsniedrigphase ansteigen werde, dann würden natürlich auch die Schulden teurer. Natürlich besteht ein Zusammenhang zwischen einer schwachen Konjunktur und niedrigen Zinsen. Die Zinsen sind deshalb niedrig, weil die Konjunktur schwach ist.

Ich erinnere daran, dass wir im Jahr 2004 in Hessen und in Deutschland ein extrem schwieriges Jahr hatten. Herr Kollege Kaufmann, damals trugen Ihre Parteifreunde in Berlin noch Regierungsverantwortung. Es war eine Phase, in der bundesweit alle öffentlichen Haushalte mit zurückgehenden Steuereinnahmen zu tun hatten. Wenn die Steuereinnahmen zurückgehen, bleibt nichts anderes übrig, als die Schulden zu erhöhen, also gegenzusteuern. Die Ausgaben haben mit den Einnahmen nicht mehr Schritt halten können.

Meine Damen und Herren, der Schuldenbericht zeigt, dass wir auch in den Neunzigerjahren konjunkturelle Probleme hatten. Auf Seite 16 des Berichts haben Sie einen schönen Bogen, den Sie sich einmal anschauen sollten. In den Jahren 1993, 1994, 1995, 1996 und 1997 wurde die Verfassungsgrenze überschritten. Nur in den Jahren 1998, 1999 und 2000, als sich die Konjunktur deutlich besser entwickelt hatte und die Steuereinnahmen wieder angestiegen sind, waren die Schulden nicht höher als die Ausgaben für Investitionen, sodass die Verfassungsgrenze eingehalten wurde.

Insofern sollten wir in der heutigen Debatte, die sachlich geführt werden sollte, nicht so tun, als sei Hessen auf einer Insel der Glückseeligen, die losgelöst von allen ökonomi-

schen Trends in Deutschland agieren kann. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Landesregierung unter schwierigsten Bedingungen verdammt gut gehandelt hat.

Abschließend erinnere ich daran, dass wir im Jahr 2004 die bei Ihnen so beliebte „Operation sichere Zukunft“ durchgeführt haben, um nicht tatenlos zuzusehen, dass die Schulden immer weiter steigen, während die Steuereinnahmen sinken. Mit einem Einsparvolumen von 1 Milliarde €, das unter schwierigsten Bedingungen von der CDU getragen wird, haben wir genau die Antwort gegeben, die die Konjunktur von uns verlangt hat und die die Menschen von uns erwartet haben. Ich bin stolz darauf, dass wir es geschafft haben, entgegen der Aktion, die Sie auf der Straße gemacht haben,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben wir gemacht?)

gegen die konjunkturellen Schwierigkeiten anzukämpfen. Wir haben unter den härtesten Bedingungen Einsparungen vorgenommen, von denen andere manchmal nur träumen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Milde. – Als nächster Redner hat Herr Kollege von Hunnius von der FDP-Fraktion das Wort.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Milde, Grund zum Stolz hätten Sie, wenn die Verfassungsgrenze eingehalten worden wäre. Das wäre ein Grund gewesen, stolz zu sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Frei nach dem Kollegen Blüm, der einen großen Flop gelandet hat mit der Aussage, die Renten seien sicher, kann man sagen: Eines ist sicher, die Schulden steigen weiter. Sie steigen mal schneller und mal langsamer, aber sie steigen von Jahr zu Jahr weiter. Das ist eine der Lehren aus dem Landesschuldenbericht, der uns nun vorliegt.

Die Ursache ist, dass wir uns alle daran gewöhnt haben, dass der Staat permanent über seine Verhältnisse lebt. Wenn man das macht, dann muss man die erforderlichen Mittel irgendwoher beschaffen. Man beschafft sich die Mittel üblicherweise vom Kreditmarkt. Daher stellt sich diese Kurve ein.

(Der Redner zeigt eine Seite aus dem Bericht des Landesschuldenausschusses.)

Die Grafik ist zwar klein, aber man kann erkennen, dass es bergauf geht. Mit der Pro-Kopf-Verschuldung geht es unaufhaltsam bergauf. Eine Trendwende ist nicht zu erkennen, Herr Kollege. Zumindest für mich ist sie nicht zu erkennen. Wahrscheinlich ist sie aber auch für Sie nicht zu erkennen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will mit großer Anerkennung sagen, dass wir kein Problem mit dem Schuldenmanagement haben. Das Schuldenmanagement des Landes ist ausgezeichnet. Deshalb habe ich vorhin meinen Beifall gezollt, als Sie das gesagt haben, Herr Kollege Milde. Wenn dies nicht so wäre, dann

würde uns die Zinslast noch viel mehr erdrücken, als sie uns ohnehin schon erdrückt. Das Management der Schuldenaufnahme, des Umschuldens und des Versuchs, die besten Zinsen zu erreichen, funktioniert hervorragend.

Wir haben aber ein Problem mit der Schuldenpolitik. Man kann natürlich sagen, dass wir alle Sünder sind und wir alle Schulden machen. Das ist für uns aber nicht ausreichend. Es gibt viele Rechtfertigungsversuche für die Aufnahme von Schulden. Wer auch immer hier vorn steht, kann einige davon vorbringen. Wir kennen sie alle auswendig. Es gibt viele Rechtfertigungsversuche. Keiner davon ist wirklich überzeugend. Alle haben ein Fünkchen Wahrheit, aber keiner ist überzeugend.

Da ist eine Behauptung: Wir haben neue Aufgaben, und wir brauchen neue Mittel. – Wenn das der Fall wäre, dann würde der Schuldenberg in der Tat ins Unermessliche wachsen, und es kämen immer neue Aufgaben dazu. Das kann es nicht sein.

Dann wird gesagt: Wir haben sinkende Einnahmen. – Das hat Kollege Milde gerade wieder gesagt. Ich empfehle einen Blick auf die Seite 39 des Berichts. Hier erkennen Sie

(Der Redner zeigt eine Grafik.)

– man sieht es aus der Ferne vielleicht nicht so deutlich – eine rote Linie. Die steigt und steigt und steigt. Dann sehen Sie darunter Linien der Zinsausgaben, der Steuereinnahmen, der Steuern nach LFA und der bereinigten Gesamteinnahmen. Sie sehen deutlich, dass sich die Schuldenaufnahme von der Einnahmensituation emanzipiert hat. Das heißt, Schulden werden relativ unabhängig davon aufgenommen, wie die Einnahmen sind – mit einigen kleinen Schwankungen, die man aber bei der Debatte vernachlässigen kann.

Dann wird gesagt: Wir nehmen die Schulden für Investitionen auf. – Welch fromme Lebenslüge.

(Beifall bei der FDP)

Investitionen – das ist ein Wort wie das Wort Kaninchen, wenn ich sage, was darunter zu verstehen ist. Da sind weder Nettoinvestitionen noch Festinvestitionen abgesetzt worden, noch haben wir die implizite Verschuldung, die zu berücksichtigen ist. Das ist einfach nicht wahr. Wir nehmen faktisch die Schulden auf, um Zinsen zu bezahlen, und mehr nicht.

Dann sagen Sie: Wir sind besser als die anderen Bundesländer. – Das ist schon vorhin vom Kollegen Kaufmann angesprochen worden. Erstens würde mich das überhaupt nicht beruhigen, dass andere noch schlechter als wir sind.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir sind gar nicht besser!)

Zum Zweiten müsste man danach streben, bei uns eine Trendwende zu erreichen und nicht in Baden-Württemberg oder Bayern oder sonst wo. Wenn ich Hessen mit den anderen Flächenländern und nicht mit Bremen, Berlin und Hamburg vergleiche,

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

dann sieht das ganz anders aus

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir sind immer noch besser als in den letzten Jahren! 2005 ist das für Hessen eindeutig!)

– schauen Sie sich das doch bitte an –, dann sind wir nicht die Besten.

Weiter geht es. Dann gibt es die Behauptung: Der LFA drückt uns. – Der Länderfinanzausgleich ist natürlich ein riesiges Problem. Er ist in seiner Struktur ungerecht. Aber er muss in die Ausgabenplanung einbezogen werden. Insofern kann ich das nicht als gerechtfertigt gelten lassen.

(Beifall bei der FDP)

Dann wird noch gesagt: Die Wachstumsschwäche hindert uns daran, anders zu operieren; wir investieren praktisch antizyklisch. – Das ist nun überhaupt nicht richtig, denn wir wissen alle, dass Kredite zwar mit der Ausrede Wachstumsschwäche aufgenommen werden. Aber sie werden anschließend nicht zurückgeführt. Das zeigt die blanke Erfahrung.

(Beifall bei der FDP)

Nein, die wirklichen Hauptgründe für die steigenden Schulden sind nicht die Rechtfertigungspunkte, die ich hier angeführt habe und die nur Scheinrechtfertigungen sind, sondern das sind erstens die Angst, Prioritäten zu setzen – denn Prioritäten setzen heißt, ich muss anderes weniger gewichten –, und zweitens die Bequemlichkeit der einfachen Einnahmeerzielung. Schulden sind schnell gemacht. Das Land Hessen bekommt immer noch Kredite; auch im jetzigen Rating ist es relativ einfach. Deshalb ist eine der Lehren aus diesem Bericht: Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik. – Den muss man in der Tat wollen. Wenn ich mir vor Augen halte, dass die FDP-Fraktion im Zusammenhang mit dem Haushalt 2006 den Antrag gestellt hat, das Fachziel „Einhaltung der verfassungsmäßigen Kreditobergrenze“ einzuführen, und dieses Ziel von der Mehrheit des Hauses mit den Stimmen der CDU abgelehnt wurde, dann muss ich sagen: Es fehlt offenbar an dem Willen, dieses Ziel zu erreichen. Wenn man es nicht erreichen will, erreicht man es natürlich auch nicht.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege von Hunnius, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Frau Präsidentin, ich bedanke mich für den Hinweis und sage: Nein, es darf nicht dazu kommen, dass der Wahnsinn, auf Kosten unserer Kinder zu leben, für normal gehalten wird. Wir müssen, wenn man das schon einsehen darf, die Konsequenz ziehen. Das ist für mich die Lehre aus dem Bericht, den der Hessische Rechnungshof dankenswerterweise aufgestellt hat. Alles andere ist Technik, sind Kleinigkeiten. Diese Lehre müssen wir beherzigen. Nur dann werden wir den Anforderungen gerecht. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr von Hunnius. – Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Schmitt von der SPD-Fraktion das Wort.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst dem Dank anschließen, der hier von den

Rednern an die Adresse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium vorgetragen worden ist, die für das Zinsmanagement verantwortlich sind. Das ist eine verantwortungsvolle Tätigkeit, für die man ein Näschen braucht, für die man Kontakte braucht, ich glaube, auch Entschlusskraft braucht; und man braucht auch eine glückliche Hand. Das ist zumindest in den letzten Jahren gelungen. Deswegen an dieser Stelle auch von uns den Dank an die Mitarbeiter in Ihrem Hause, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das ist keine einfache Tätigkeit. Das kann man fraktionsübergreifend sagen. Der Dank gilt auch den Mitarbeitern und dem Präsidenten des Rechnungshofes, der den Vorsitz im Landesschuldenausschuss hat. Wiederum sind wertvolle Tabellen vorgelegt worden – auch Ländervergleiche, über die wir vielleicht gleich streiten werden oder schon gestritten haben. Dieser Bericht ist für alle, die sich mit Finanzpolitik näher befassen, wertvoll.

Weder der Präsident des Rechnungshofes noch die Mitarbeiter im Hause können etwas dafür, dass die politischen Weichen in den letzten Jahren falsch gestellt worden sind und wir es mit einer Schuldenentwicklung zu tun haben, wie sie in diesem Bericht festgestellt wurde. Im Jahre 2004 – das benennt der Bericht auf der Seite 41 – war der Schuldenstand durch Anleihen und Darlehen im Lande Hessen bei rund 30,5 Milliarden €. Das ist schon eine sehr hohe Summe. Die Entwicklung geht weiter. Der Kollege Kaufmann und der Kollege von Hunnius haben darauf hingewiesen, Ende dieses Jahres werden wir bei rund 32,7 Milliarden € stehen.

Herr Minister, wenn man sich die Entwicklung in Ihrer Regierungszeit ansieht, muss man sagen: Durch Ihre Mehrheit – die FDP war vier Jahre dabei – sind die Schulden in den letzten acht Haushaltsjahren um 10 Milliarden € angestiegen. Meine Damen und Herren, das ist ein Drittel aller Nachkriegsschulden des Landes Hessen. Das haben Sie in acht Haushaltsjahren zu verantworten. Und, das macht auch eine Tabelle im Schuldenbericht deutlich, die Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung im Lande Hessen zeigt, dass von Trendwende wirklich keine Spur ist. Dann müssten Sie sie schon auf den Kopf stellen, um von Trendwende sprechen zu können. Daran wird deutlich, wenn Sie das bis in dieses Jahr weiterrechnen, dass die Regierung Koch/Weimar bei jeder Hessin und bei jedem Hessen für 1.400 € höhere Schulden verantwortlich ist.

Der Schuldenstand liegt mittlerweile deutlich über 5.000 € pro Kopf im Lande Hessen. 1.400 € sind allein in der Regierungszeit von Minister Weimar dazugekommen. Das macht eine Entwicklung deutlich, die sehr problematisch ist. Ich will aber an einer anderen Stelle – weil das eben besprochen worden ist und zu Zwischenrufen geführt hat – fragen: Wie bewegt sich Hessen im Bundesvergleich? – Das gibt die Tabelle auf der Seite 41 her. Ich zitiere daraus: Schuldenstand pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 2004 in Hessen 4.828 € – wir sind mittlerweile über 5.000 € –, in den Flächenländern 4.487 €. – Das an sich so reiche Land hat es mittlerweile fertig gebracht, über dem Schuldenstand der Flächenländer in Deutschland zu liegen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das war immer so!)

Das ist eine Entwicklung, die besonders schlimm ist.

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen. Herr Milde, das finde ich besonders schön, und da müssen Sie vielleicht noch einmal über Ihr heutiges Abstimmungsverhalten nachdenken. In diesem Bericht wird festgestellt – wir werden ihm nicht zustimmen, das ist klar, das müssen Sie mit Ihrer Mehrheit selbst machen –,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das fällt uns nicht schwer!)

dass auch im Jahre 2004 ein verfassungswidriger Haushalt vorgelegen hat. Aber die entscheidende Passage in dem Bericht lautet: Die verfassungsmäßige Schuldenobergrenze wurde im Nachtrag zum Haushaltsplan um 932 Millionen € und im Haushaltsvollzug um 841 Millionen € überschritten.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsobergrenze, die zugrunde gelegen hat, entspricht Art. 141 der Hessischen Verfassung. Das sind die Nettoinvestitionen des Landes. Das ist genau die richtige Schuldengrenze. Durch Ihr Abstimmungsverhalten werden Sie nachher dokumentieren, dass das auch die Schuldengrenze ist, an der sich die Landesregierung eigentlich hätte orientieren müssen.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

– Herr Minister, Sie lachen. Aber wenn Sie das ernst nehmen, was Sie mittlerweile versuchen – nämlich die Verfassungsgrenze umzudefinieren –, dann müssten Sie dazu entweder einen Änderungsantrag stellen oder diese Passage ablehnen.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Ich finde das interessant, weil Sie im Landesschuldenausschuss an dieser Stelle zugestimmt haben. Es macht deutlich – ich komme damit zum letzten Satz –, mit dieser Abstimmung dokumentieren Sie heute, was die Schuldenobergrenze des Landes Hessen uns bedeutet. Das sind die Nettoinvestitionen. Wir werden Sie wieder daran erinnern. Es wird endlich Zeit, dass sich die Landesregierung wieder an der Hessischen Verfassung orientiert und damit an Art. 141 der Hessischen Verfassung, der die Nettoinvestitionen des Landes als Schuldenobergrenze ansieht. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Schönen Dank, Herr Kollege Schmitt. – Für die Landesregierung hat sich nun Herr Finanzminister Weimar zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Abg. Schmitt, wir haben uns daran gehalten. Wir haben voriges Jahr einen Haushalt vorgelegt, der mit der zweitniedrigsten Verschuldung in Deutschland geendet hat: 127 € pro Kopf der Bevölkerung. Also sind wir noch nicht über 5.000 €. Vor uns liegt das Land Sachsen. Alle anderen Länder liegen hinter uns. Ich finde, das ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Deswegen kann man mit Gelassenheit das ertragen, was immer wieder fälschlicherweise hier vorgetragen wird.

Zweiter Punkt. Ich weise noch einmal darauf hin, weil es eigentlich die Fairness gebietet, dass man es zumindest anspricht: Wir haben von 1999 bis 2005 – nicht auf den Euro

genau – 14,6 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich bezahlt und haben knapp 8,4 Milliarden € neue Schulden gemacht. Meine Damen und Herren, das ist eines der zentralen Probleme.

(Unruhe)

– Wenn Sie mir eine Sekunde zuhören.

Ich war gezwungenermaßen vor 14 Tagen beim Bundesverfassungsgericht im Hinblick auf die Klage des Landes Berlin und die angekündigten Klagen der Länder Bremen und Saarland hinsichtlich verstärkter Mittel, die ihnen der Bund bei gleichzeitiger Ankündigung bezahlen soll, dass der Bund das auf die Länder durchreichen wird. Was da im Moment passiert, ist nicht akzeptabel. Wir haben den Bürgern dieses Landes die „Operation sichere Zukunft“ zugemutet. Wir sind in einem erheblichen Umfang dafür kritisiert worden, dass wir mit Erfolg versucht haben, unseren Haushalt zunehmend in den Griff zu bekommen.

Andere Bundesländer, die zehn Jahre lang Mittel aus dem Länderfinanzausgleich erhalten haben, bekommen zusätzlich weitere Finanzhilfen, nämlich Sanierungshilfen, und erklären: Es geht uns nach diesen zehn Jahren schlechter als vorher, und ihr müsst weiter mehr bezahlen.

Berlin hat 1990/91, nach der Wiedervereinigung, fast mit einer Nullverschuldung begonnen. Jetzt beträgt der Schuldenstand dort mehr als 60 Milliarden €. Gleichzeitig aber hat Berlin einen Hauptstadtvertrag, wonach ihm z. B. die Bereiche Polizei, Kultur und Sonstiges vom Bund zusätzlich bezahlt werden. Trotzdem wollen diese Länder von den Geberländern – denn das ist es in der Realität – zusätzliche Mittel haben.

Ich finde, das ist nicht in Ordnung. Das habe ich auch beim Bundesverfassungsgericht vorgetragen. Denn ich glaube, wir müssen die Interessen des Landes Hessen dort sehr wohl im Auge haben. Im ersten Quartal haben wir über 800 Millionen € in den Länderfinanzausgleich gezahlt; kassenmäßig ist da die Spitzabrechnung noch nicht dabei, die wir für das Jahr 2005 noch gezahlt haben. Damit kommen wir auf Zahlungen von über 1 Milliarde € in einem einzigen Quartal in den Länderfinanzausgleich.

Meine Damen und Herren, bei allem Streit darüber, ob man mehr sparen kann, ob man an der richtigen Stelle Geld ausgibt, muss ich einfach darauf hinweisen, dass wir wenigstens an dieser Stelle einmal gemeinsam sagen müssen, wo das eigentlich enden soll. Wo, bitte, soll das enden?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im vorigen Jahr haben wir pro Kopf 127 € Schulden aufgenommen und 271 € in den Länderfinanzausgleich bezahlt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das haben wir aber festgelegt!)

– Frau Kollegin Wagner, eines der kleineren Probleme in dieser Angelegenheit ist, dass zwölf nehmen und vier geben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Es ist also mit den Mehrheiten ein bisschen schwierig. Und wir können bei diesem Thema auch nicht dauernd prozesshanseln. Aber auf der anderen Seite muss einmal gesagt werden, dass wir damit belastet sind.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): In Ordnung!)

Zweitens muss jeder auf seiner Schiene dafür sorgen, dass das thematisiert wird; möglicherweise wird die Föderalis-

musreform, Teil II, tatsächlich die Chance dazu bieten, hier zu günstigeren Ergebnissen zu kommen. Dabei geht es gar nicht um die absolute Summe, die wir abgeben, sondern darum, ob die Wettbewerbsbedingungen in Deutschland gleich sind – ob es richtig ist, dass ein Land massiv im Haushalt einspart, die anderen diese Mittel konsumtiv verwenden und keinerlei strukturelle Verbesserungen vornehmen. Zehn Jahre mit Milliarden € gefördert: Bremen, Saarland, Berlin, mit zig Milliarden €. Aber nichts hat sich dort verändert. Ich finde, das ist ein Fokus, der hier zumindest einmal bemerkt werden sollte.

Ein zweiter Punkt aus meiner Sicht. Das Jahr 2007 ist auch angesichts der erwarteten höheren Steuereinnahmen ein nach wie vor außerordentlich schwieriges Jahr. Ich habe dazu einmal öffentlich gesagt: Die Zeit für den Finanzminister wird besonders schwierig, weil alle Beteiligten glauben, wir seien schon aus dem Tal heraus, und wir könnten jetzt wieder beliebig Geld ausgeben.

Ich sage an diesem Pult: Das können wir nicht. Denn wir sind in einem solch tiefen Tal, dass wir ganz konsequent – noch konsequenter als bisher – die Sparbemühungen fortsetzen müssen. Wir dürfen auch öffentlich nicht den Eindruck erwecken, jetzt könnte das fröhliche Geldausgeben wieder beginnen.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Minister, ein freundlicher Hinweis: Die vereinbarte Zeit ist abgelaufen.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Danke schön. Ich wollte das hier nur hinterlegen.

Mein letzter Punkt bei diesem Thema ist: Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie die außerordentlich qualifizierte Arbeit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern sogar belobigt haben. Das habe ich viele Male getan, weil es dazu Anlass gibt.

Gelegentlich weise ich allerdings darauf hin, dass die Arbeitsteilung – wenn es klappt, waren es die Mitarbeiter; wenn es nicht klappt, war es der Minister – in diesem Fall nicht so ganz richtig ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist im Gehalt mit drin!)

Denn die Strategie des Schuldenmanagements wurde von mir nach 1999 dramatisch geändert, und ich bin ein bisschen stolz darauf,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur ein bisschen?)

dass wir sozusagen unter der Hand für das Land Hessen Dinge tun konnten, die jetzt positiv gesehen werden.

Ich danke auch den Abgeordneten für die Diskussionsmöglichkeit im Schuldenausschuss. Es ist wirklich so, dass wir dort ein Forum haben, auf dem wir sehr vernünftig und in die Tiefe gehend miteinander reden können.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt!)

Dort habe ich auch die Chance, etwas vorzutragen, bei dem wir in Grenzbereiche des Risikos gehen – ich drücke mich einmal so aus –, ob das geht, nicht geht, wie die Meinung dazu ist. Das ist eine ausgezeichnete Sache, denn manchmal ist man selbst unsicher. Es ist nicht unser Geld,

mit dem wir versuchen, den besten Ertrag zu finden. Denn mehr Ertrag ist meistens auch höheres Risiko. Ich glaube, es gelingt uns, dort mit der Hilfe des Rechnungshofs die richtige Linie zu finden.

Dem Rechnungshof danke ich auch außerhalb des Schuldenausschusses außerordentlich dafür, dass wir immer, wenn wir mit neuen Dingen kommen und mit ihm beraten, ausgezeichneten fachlichen Rat und großes Verständnis dafür finden, dass es neue Instrumente am Kapitalmarkt gibt, die man zumindest einmal ganz offen prüfen muss.

Insofern einmal wirklich ein ganz herzliches Dankeschön für die Arbeit in diesem Bereich. Ansonsten werden wir uns munter weiter streiten,

(Norbert Schmitt (SPD): Stimmt!)

über hessische Schulden, Geldausgaben usw. Darauf freue ich mich. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache angelangt und kommen zur Abstimmung über den Bericht des Landesschuldenausschusses, Drucks. 16/5467.

Herr Wintermeyer, zur Geschäftsordnung.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Wir beteiligen uns gerne an dieser Abstimmung. Allerdings halte ich sie insofern für eine Farce, weil wir von diesem Bericht Kenntnis nehmen. Im Beschlussvorschlag heißt es, wir nehmen „zustimmend“ Kenntnis, und über dieses Wort „zustimmend“ kann man sich zweifelsfrei streiten. Aber wenn jetzt abgestimmt wird, und es wird nicht zustimmend Kenntnis genommen, dann würde von denjenigen, die dagegen stimmen, praktisch auch das Ergebnis der Prüfung verneint.

Das will ich hier zumindest einmal festhalten. Wenn z. B. jemand von dem Satz „Der Kapital- und Zinsendienst wurde zeitgerecht und vollständig gewährleistet“ keine zustimmende Kenntnis nehmen möchte, der möge dann bitte mit Nein stimmen. Wir halten es, wie gesagt, für leicht bedenklich, aber da das Wort „zustimmend“ im Beschlussvorschlag enthalten ist, machen wir das so.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist alles wegen der Verfassungsgrenze!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Gut. Trotzdem kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer den Bericht des Landesschuldenausschusses zustimmend zur Kenntnis nehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Wer sich enthalten möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der FDP.

Damit ist dieser Bericht des Landesschuldenausschusses besprochen und mit der Mehrheit des Landtags zustim-

mend zur Kenntnis genommen worden. – Ich bedanke mich.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 59:**

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/5466 –**

Hierzu zunächst ein Hinweis. Die in Drucks. 16/5466 aufgeführte Beschlussempfehlung zur Petition 4072/16 wird wie folgt korrigiert: „Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum, die Petition der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.“ – Das war das eine.

Das Zweite. Es wurde gebeten, Petitionen, die sich mit der Bitte um Hilfe wegen der Genehmigung einer unabhängigen gymnasialen Oberstufe beschäftigen, aus diesen Beschlussempfehlungen herauszunehmen. Ich darf Ihnen jetzt eine ganze Reihe von Petitionsnummern vorlesen, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Dies sind die Petitionen 3599/16, 3586/16, 3587/16, 3588/16, 3589/16, 3600/16, 3601/16, 3602/16, 3603/16, 3604/16, 3614/16, 3615/16, 3616/16, 3617/16, 3620/16, 3626/16, 3627/16, 3634/16, 3635/16, 3636/16, 3637/16, 3638/16, 3639/16, 3642/16, 3661/16, 3662/16, 3667/16, 3687/16, 3688/16, 3694/16, 3695/16, 3788/16, 3789/16, 3790/16, 3791/16, 3792/16, 3793/16, 3794/16, 3795/16, 4295/16, 4303/16, 4327/16 und 4346/16.

Es tut mir Leid, das war ein bisschen viel.

(Allgemeiner Beifall)

Es wird beantragt, diese Beschlussempfehlungen herauszunehmen. Hierzu ist eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Wenn nicht, dann verfahren wir so.

Als erste Wortmeldung liegt mir die von Herrn Kollegen Frömmrich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Sie haben das Wort.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, vielen Dank. Sie wären durchaus als Lotto-Fee geeignet – so charmant, wie Sie diese Zahlen hier vorgetragen haben.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen diese Petitionen herausnehmen, weil es zwei Dinge gibt, die hier bemerkenswert sind.

Zum einen ist das eine Form der Missachtung des Petitionsausschusses durch diese Landesregierung, die ich in den drei Jahren, die ich mittlerweile Mitglied dieses Ausschusses bin, noch nicht miterlebt habe.

Zweitens wird uns hier der Vorschlag unterbreitet, etwas zur Sach- und Rechtslage zu entscheiden, was faktisch nicht zur Sach- und Rechtslage entschieden werden kann.

Es geht hier darum, dass verschiedene Petenten – insgesamt 43 – beantragt haben, an der Limeschule in Altenstadt einen gymnasialen Zweig einzurichten. Die rechtlichen Voraussetzungen für dieses Begehren sind einwandfrei erfüllt.

Im Hessischen Schulgesetz steht in § 144a Abs. 2:

Die Errichtung einer gymnasialen Oberstufe oder eines beruflichen Gymnasiums setzt in der Regel voraus, dass in der Jahrgangsstufe der Einführungsphase voraussichtlich eine Jahrgangsbreite von

mindestens 80 Schülerinnen und Schülern erreicht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Zahl von Schülerinnen und Schülern war auch erreicht. Als der Antrag abgegeben wurde, haben insgesamt 86 geprüfte Anmeldungen beim Schulamt vorgelegen. Deshalb hat auch die verehrte Frau Kultusministerin erst eine Presseerklärung abgegeben, und zwar am 14. April, in der sie sagte: Wolff beabsichtigt, der Einrichtung von gymnasialer Oberstufe zuzustimmen. – Die Kultusministerin sah sich dann genötigt, am 27.04.2005 einen Brief an den Schulleiterbeirat der Limeschule zu schreiben. Da schreibt sie:

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass das Hessische Kultusministerium beabsichtigt, der Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Limeschule zuzustimmen, da die nach dem Hessischen Schulgesetz notwendigen Voraussetzungen nun gegeben sind und über 80 Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern vorliegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem war dann auch so. Der Schulbetrieb wurde begonnen. Der Wetteraukreis hat fleißig gebaut. Dort wurden 1,4 Millionen € für eine neue Schule investiert. Der Schulbetrieb lief auch schon zwei Wochen. Dann kam die Nachricht aus dem Staatlichen Schulamt, wahrscheinlich vonseiten des Kultusministeriums über das Staatliche Schulamt, in der den Eltern mitgeteilt wurde, dass, nachdem der Unterricht seit 14 Tagen lief, an diesen Tagen 71 Schüler zum Unterricht erschienen seien. Daraufhin teilte das Kultusministerium mit, dass der gymnasiale Zweig nun nicht genehmigt werde und dass er eine Außenstelle von Büdingen wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Rechtsbeugung, die die Kultusministerin hier vorgenommen hat, die so nicht geht.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ui! Rechtsbeugung ist ein Straftatbestand, das wissen Sie!)

– Entschuldigung, das nehme ich ausdrücklich zurück. – Frau Kultusministerin, Sie haben jedenfalls mitgeteilt, dass dieser Zweig nicht genehmigt wird. So kann man mit Eltern nicht umgehen. Man kann nicht in Presseerklärungen und mit Schreiben den Eltern mitteilen, dass der gymnasiale Zweig genehmigt wird. Dann ist vonseiten des Schulamtes eine ganze Weile gar nichts passiert. Es wurde angekündigt, dass ein Erlass in Vorbereitung ist. Dann fing der Schulbetrieb an, und man stellte auf einmal fest, es sind nur 71 Schüler. Dann teilte man mit: April, April, jetzt wird das Ganze doch nicht genehmigt. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann mit Eltern, mit Schülern und mit Schulleitungen in diesem Lande nicht so umgehen, wie es die Kultusministerin hier tut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dann haben wir 43 Petitionen vorgelegt bekommen. Es hat einen Ortstermin gegeben. Dort waren auch der Kollege Hahn und der Kollege Hugo Klein anwesend. Dort haben wir uns darauf geeinigt, dass wir die Kultusministerin anschreiben und sie bitten, keine vollendeten Tatsachen zu schaffen, solange das Petitionsverfahren läuft. Die Kultusministerin sah sich genötigt, obwohl wir über die Petitionen noch nicht entschieden hatten, am 29. April einen Erlass herauszugeben, in dem sie mitteilte, dass nun endgültig der gymnasiale Zweig an dieser Schule nicht genehmigt wird. – Das ist ein Umgang mit dem Petitionsrecht, mit dem Petitionsausschuss und mit dem Recht des Berichterstatters im Petitionsverfahren, den ich ausdrück-

lich zurückweise. Frau Ministerin, so lassen wir im Petitionsausschuss nicht mit uns umgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fahren durch das Land. Wir machen Termine in Darmstadt. Wir machen Termine beim Regierungspräsidium in Kassel. Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, sich an den Hessischen Landtag zu wenden, wenn sie sich von Entscheidungen ungerecht behandelt fühlen. Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, ihr Verfassungsrecht wahrzunehmen. Dann richten sich 43 Eltern an den Hessischen Landtag, und die Kultusministerin hat nichts Besseres zu tun, als zu entscheiden, bevor der Ausschuss getagt hat, bevor der Ausschuss entschieden hat, obwohl ich angekündigt habe, dass ich diese Petitionen zur Berücksichtigung vorschlagen werde. Frau Kultusministerin, das lassen wir mit uns nicht machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Frömmrich, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, ich komme sofort zum Schluss. – Frau Kultusministerin, ich fordere Sie auf, solch ein Verfahren nicht zu wiederholen. Ich fordere Sie auf, dass wir hier über diese Petitionen abstimmen. Wir schlagen diese Petitionen zur Berücksichtigung vor, weil das Anliegen, das die Eltern im Verfahren vorschlagen, geltende Rechtslage ist Hessen ist. § 144a des Schulgesetzes sieht genau dies vor. Man kann nicht Petitionen zur Sach- und Rechtslage stellen, wenn sich Bürgerinnen und Bürger an den Landtag wenden und dieses Recht einfordern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Waschke für die SPD-Fraktion das Wort.

#### **Sabine Waschke (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Vorgang, über den wir heute zu debattieren haben, erinnert doch sehr an einen Schildbürgerstreich. Er macht auf der anderen Seite aber auch wieder deutlich, wie wichtig unser Petitionsrecht ist.

Es gibt eine Kultusministerin Karin Wolff,

(Axel Wintermeyer (CDU): Gute Frau! Die beste Kultusministerin, die es hier jemals gegeben hat!)

die den geeigneten Zeitungslesern in der Wetterau am 14. April des vergangenen Jahres mitteilt, sie beabsichtige die Genehmigung der gymnasialen Oberstufe an der Limeschule in Altenstadt. Am 27. April desselben Jahres schreibt eben diese Kultusministerin Karin Wolff dem Vorsitzenden des Schulelternbeirats der Limeschule, sie

freue sich, ihm mitteilen zu dürfen, dass sie die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe beabsichtige. Zum damaligen Zeitpunkt lagen 94 geprüfte Anmeldungen für die Oberstufe vor. Gesetzlich sind 80 vorgeschrieben. Aber die Genehmigung ließ auf sich warten. Zu Beginn der Sommerferien im Juli lag sie immer noch nicht vor, obwohl sie bereits im April angekündigt wurde.

Jeder Vater und jede Mutter, die schon einmal in der Situation waren, ein Kind an einer weiterführenden Schule anmelden zu müssen, können sich sehr gut in die Lage der Eltern versetzen. Sie wurden unruhig, und sie waren verunsichert. Was passiert, wenn Fristen verpasst werden? Findet mein Kind an einer anderen Schule überhaupt noch einen Platz? Denn die anderen gymnasialen Oberstufen in der Umgebung sind gut ausgelastet, und auch die Limeschule hat eine gute Prognose.

Der Unterricht an der gymnasialen Oberstufe hat nach den Sommerferien begonnen. Aber das Glück dauerte sage und schreibe nur drei Wochen. Dann hat die Kultusministerin Karin Wolff mitgeteilt, dass sie die gymnasiale Oberstufe an der Limeschule nun doch nicht genehmigen wird. Weil es ohnehin kaum möglich sei, die Schülerinnen und Schüler auf die anderen Gymnasien in der Umgebung zu verteilen, werde die Oberstufe an der Limeschule derzeit als Dependance des Büdinger Gymnasiums geführt, und zwar bis zum Ende des Schuljahres.

Die Petenten, die sich an den Hessischen Landtag gewandt haben, begehren die Einrichtung einer unabhängigen gymnasialen Oberstufe. Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass der Schulträger im Vertrauen auf die Zusagen aus dem Kultusministerium immerhin 1,6 Millionen € an der Schule investiert hat – 1,3 Millionen € für Baumaßnahmen und 300.000 € für die Ausstattung.

Der zuständige Landrat Rolf Gnadt sagt – Zitat aus der „FAZ“ vom 07.10.2005 –: Es hat schon lange keinen Vorgang mehr gegeben, der mich so erbost hat. – Er bezeichnet den Vorgang des Kultusministeriums als hilfloses Herumeiern und Possenspiel. Der Landrat fordert, dass die Oberstufe genehmigt werden muss, und zwar ohne Wenn und Aber.

Die Petitionen wurden vom zuständigen Berichterstatter zur Berücksichtigung angemeldet. Das heißt, man wollte die Kultusministerin doch noch davon überzeugen, eine unabhängige gymnasiale Oberstufe an der Limeschule zu genehmigen. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dieses Ansinnen mit Überzeugung unterstützt. Aber die Mehrheitsverhältnisse in Hessen sind eben, wie sie sind. Wir konnten uns leider nicht durchsetzen.

(Zuruf von der CDU: Gut so!)

Ich bin aber davon überzeugt, dass dieser Schildbürgerstreich seinen Niederschlag im Bericht des Rechnungshofes finden wird, und zwar unter der Rubrik „Verschwendung von Steuergeldern“. Ich bin auch davon überzeugt, dass sich die Menschen im Wetteraukreis nicht für dumm verkaufen lassen. Im Jahr 2008 ist die nächste Landtagswahl, und wir freuen uns darauf.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Waschke. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Rentsch für die FDP-Fraktion das Wort.

**Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, Herr Kollege Frömmrich und auch Frau Waschke haben viel zu diesem Sachverhalt beigetragen. Frau Ministerin, Fakt ist: Es gibt einen Zusammenhang zwischen Ihrem Einschalten in dieser Frage, nämlich dem Brief, den Sie geschrieben haben – in dem Sie gesagt haben, Sie werden diese Oberstufe genehmigen, weil zu diesem Zeitpunkt so viele Anmeldungen vorlagen; diesen Brief haben wir im Ausschuss vorgelegt bekommen –, und dem Reagieren der Eltern, nach und nach zu sagen: Wir ziehen die Anmeldungen für unsere Kinder aus der Oberstufe zurück, weil die Genehmigung nicht gekommen ist.

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist doch gar nicht wahr!)

– Herr Kartmann, dieses Verhalten ist auch nachvollziehbar, weil Eltern natürlich überlegen, ob sie ein Kind in eine Schule schicken, in der die Oberstufe möglicherweise keinen Bestand hat. Frau Ministerin, das ist das Einzige, was wir Ihnen ankreiden. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Ihrem Handeln und dem Handeln der Eltern.

(Norbert Kartmann (CDU): Nein!)

Sie haben selbst im Ausschuss zugegeben, dass das Staatliche Schulamt an dieser Stelle nicht richtig gehandelt hat. Sie haben es ein bisschen verklausuliert gesagt.

(Zuruf der Ministerin Karin Wolff)

– Ich habe das politisch übersetzt. Wir müssen keine Fachdiskussion führen.

Sie haben sich dann fairerweise, wie es eine gute Ministerin macht, vor Ihr Schulamt gestellt. Das finde ich okay. Aber auf der anderen Seite, Frau Ministerin, müssen Sie sagen, dass es hier einen Vorgang gab, der nicht richtig gelaufen ist. Herr Kartmann, das ist einfach so. Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem politischen Einfluss auf der einen Seite und der Entscheidung der Eltern auf der anderen Seite, die auch ein Stück weit von dem abhängig war, was die Ministerin gesagt hat und mit ihrem Schreiben ausgelöst hat. – Frau Ministerin, das ist das Einzige, was wir Ihnen vorwerfen. Sie müssen diese Verantwortung, die Sie auf jeden Fall haben, auch eingestehen. Sie können nicht sagen, dass die Eltern die Leidtragenden in dieser Diskussion sind. Ansonsten bleibt es dabei.

Klar ist: Normalerweise geht der Petitionsausschuss vor. Der Kollege Frömmrich hat das gesagt. Auch das war sicherlich kein optimales Verfahren. Aber Fakt ist schlussendlich, dass einzig und allein die Schülerinnen und Schüler die Leidtragenden sind, die nicht mehr die Oberstufe der Limeschule besuchen können. Dabei bleibt es.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deshalb helfen hier auch keine politischen Reden mehr. Das ist eine Nachbetrachtung des Sachverhalts. Die Leidtragenden sind die Schülerinnen und Schüler. Darum geht es. Dazu können wir leider nicht mehr beitragen. Aber wir können wenigstens zur Aufklärung des Sachverhalts beitragen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Kartmann für die CDU-Fraktion das Wort.

**Norbert Kartmann (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe meinen Kollegen Bellino gebeten, dass ich Stellung nehmen darf, weil ich, ohne überheblich zu sein, glaube, dass ich der Einzige bin, der die Details wirklich kennt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na! – Weiterer Widerspruch)

– Dazu komme ich gleich.

Wir beschäftigen uns in der Wetterau seit 1987 mit dieser Schule und haben – damals unter einer von der Union und der FDP geführten Regierung – die Oberstufe und den Gymnasialzweig eingeführt. Wir waren eigentlich jährlich mit der Frage einer Oberstufe konfrontiert.

Zur Oberstufe in Altenstadt selbst glaube ich schon, dass ich zu denen gehöre, die sich massiv dafür eingesetzt haben, dass diese Oberstufe kommt. Deswegen will ich einfach ein paar Dinge richtig stellen, die im Rahmen eines Petitionsverfahrens, Herr Kollege Frömmrich, und nicht im Rahmen einer politischen Debatte darüber, ob wir die Oberstufe einführen oder nicht, vom Berichterstatter des Petitionsausschusses korrekter hätten dargestellt werden müssen. Das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unbeschadet des politischen Streits über den Sinn von 72 oder 82 Schülern oder über die Frage, wann welche Zahlen festgestellt worden sind, gibt es ein paar Fakten, die vielleicht – das gebe ich gern zu – nicht darstellbar sind, weil wir das Gezerre um Schüler in dieser peripheren Schule, in der Randlage zum Main-Kinzig-Kreis, sehen müssen.

(Ulrike Gottschalck (SPD): Woran liegt das denn?)

Jeder, ob Sozialdemokrat, GRÜNER, Freidemokrat oder Christdemokrat, hat von Anfang an gewusst, dass die Zahl 80 absolute Bedingung ist. Zum Zweiten hat jeder gewusst

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Regel!)

– ich spreche von denen vor Ort –, dass dann, wenn die Zahl zu Beginn des Schuljahres nicht erreicht wird, keine Genehmigung ausgesprochen werden kann. Jeder hat mitbekommen, dass Frau Ministerin Wolff mit äußerster Kulanz dafür gesorgt hat, dass keine irgendwo gesetzte Frist eingehalten werden musste, sondern dass der Schule alle Chancen gegeben waren, die Zahl zu erreichen. Jeder hat mitbekommen, dass am Ende jede Menge Schüler aus dem Main-Kinzig-Kreis gekommen sind und dass die Frage, ob sie geeignet oder nicht geeignet sind, einer Prüfung des Schulleiters und des Schulamtes unterzogen wurde und es letztendlich eine Vorlage im Ministerium gab. Jeder war sich darüber im Klaren – es gab auch bis zum Tag X keinen Streit –, dass es in einem Bereich des Kreises, der nicht der bevölkerungsdichteste ist, nämlich

im Westkreis, äußerst kompliziert ist, eine vierte Oberstufe zu implantieren, nachdem fünf Jahre vorher an einer anderen Schule mitten im Kreis, in Konradsdorf, eine Oberstufe implantiert worden war.

Das waren die äußeren Voraussetzungen. Vor den Ferien gab es die Zahl 82. Die Frau Ministerin hat sehr korrekt gesagt: Das ist die Grundlage, auf der ich die Genehmigung prüfen und aussprechen werde. – Sie hat damit – auch den Eltern – vor den Ferien klargemacht: Wenn die Zahl bleibt, kommt die Oberstufe. Hätte sie Zweifel gehabt und anders gehandelt, hätte der Vorwurf gestimmt, sie habe dazu beigetragen, dass Eltern abspringen.

Dann kommt ein Nächstes. Jeder weiß, Gott sei Dank, dass Eltern – daran waren wir in den letzten 25 Jahren nicht unbeteiligt – in diesem Land frei entscheiden können, welche weiterführende Schule sie ihre Kinder besuchen lassen können. Nun haben eben zehn oder zwölf Eltern während der Ferien gesagt: Wir gehen an eine andere Schule.

(Sabine Waschke (SPD): Warum?)

– Weil es an dieser Stelle – man muss sich die Landkarte ansehen – ein Gezerre zwischen den Schulen gegeben hat: Kommst du zurück, gehst du hin? Man muss wissen, was da gelaufen ist. Nidderauer Schüler, die normalerweise nach Bruchköbel gehen und deren Eltern gesagt haben, dass sie nicht nach Bruchköbel möchten, sind, weil Nidderau nur bis zur Klasse 10 geht, nach Altenstadt gegangen. Es war eine permanente Fragestellung – auch von Schulen –, wohin die Schüler gehen.

Dann haben sich die Eltern von zehn oder zwölf der 82 oder 84 Schüler in den Ferien entschieden: Wir gehen nach Bruchköbel. Das – nicht mehr und nicht weniger – ist geschehen. Das war nichts Subversives, nichts Verstecktes und nichts Getrickstes, sondern die klare Entscheidung von Eltern, wegzugehen.

Am Tag des Schulbeginns waren es dann nur noch 72. Damit war die Grundlage für die Absicht der Kultusministerin entfallen, die Oberstufe zu genehmigen. Man kann ja nicht willkürlich sagen: 80 ist die Grenze, aber bei 72 machen wir es auch. – Meine Damen und Herren, das sind erst einmal die Fakten.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind nicht die Fakten!)

– Das sind die Fakten, Herr Kollege Frömmrich.

(Gernot Grumbach (SPD): Das ist Mathematik!)

Ich bedauere selbst zutiefst, dass am Ende keine 82 Schüler da waren. Nun hat aber die Frau Ministerin noch etwas gemacht. Sie hat nicht gesagt: „Das war es“, sondern sie hat der Schule, der Region und dem Kreis eine zweite Chance eröffnet. Diese zweite Chance heißt: Wenn ihr es im nächsten Schuljahr schafft, wird die Oberstufe im ersten Jahrgang auch bei 72 Schülern genehmigt. – Eine größere Kulanz kann man sich nicht vorstellen. Die Ministerin hätte anders exekutieren können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was aber passierte? Jetzt kommt der Punkt. Eltern entscheiden sich logischerweise eher dann, wenn sie eine Chance sehen. Die zweite Chance ist mit einer gewissen Bedenkzeit am Anfang eröffnet worden; denn die Oberstufe musste aus Rechtsgründen an ein Gymnasium angebunden werden. Deswegen kam Büdingen ins Spiel.

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Kartmann, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

### **Norbert Kartmann (CDU):**

Das ist eine Minute von vorhin. Okay.

Dann ist etwas passiert, was natürlich immer schlecht ist: Dann wurde politisch debattiert. Es war Wahlkampfzeit. Ich sage Ihnen eines; das gilt überall. Wenn, angefangen beim Bürgermeister der Gemeinde bis zum Kreisbeigeordneten, dem Schuldezernenten – damals war es der Koalitionspartner –, öffentlich nach dem Motto debattiert wird: „Schlimme Ministerin, schwarze Regierung, die machen alles kaputt“, melden Eltern ihre Kinder an einer solchen Schule nicht mehr an. Sie haben damit das zarte Pflänzlein der zweiten Chance ausgetreten. Bei 55 Schülern war – das ist jedem klar – die Sache gestorben.

Ich will zum Abschluss nur eines darstellen, Frau Präsidentin. Es gibt Fakten, die in keinem Bericht stehen können. Es gibt aber auch Fakten, nach denen man fragen kann. Im Endeffekt ist die Sachlage im Hinblick auf die Petitionen und im Hinblick auf die Rechtslage klar, weshalb wir ganz klar sagen können: Bescheidung nach Sach- und Rechtslage. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kartmann. – Für die Landesregierung hat sich nun Frau Kultusministerin Wolff zu Wort gemeldet. Bitte schön.

### **Karin Wolff, Kultusministerin:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Frömmrich hat die Petitionen verschiedener Eltern aus dem Bereich der Schule in Altenstadt herausziehen lassen. Ich denke, dies ist auch die Konsequenz aus der Tatsache, dass er relativ knapp vor der Kommunalwahl als Berichterstatter einen Vor-Ort-Termin gestaltet hat und daraus abgeleitet hat, heute ein Nachspiel dieser Veranstaltung machen zu sollen.

Meine Damen und Herren, aus der Sache heraus haben Sie durch die Darstellung im Ausschuss, implizit durch die Darstellung des Kollegen Rentsch im Schlussteil und durch die Sachdarstellung des Kollegen Kartmann deutlich gemacht bekommen, dass es nicht anders gemacht werden konnte. Deswegen verwehre ich mich gegen die Aussage, Herr Kollege Frömmrich, der Ausschuss sei übergangen worden. Denn Sie verlangen von mir im Kern, dass ich ein Petitionsverfahren zum Anlass nehme, gesetzlich vorgesehene Termine und Daten außer Kraft zu setzen. Als Sie mir vorhin Rechtsbeugung vorwerfen wollten, war das implizit die Aufforderung, das Recht zu beugen

(Axel Wintermeyer (CDU): Sehr richtig!)

und von solchen Terminen abzusehen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Herr Kollege Kartmann hat eben sehr deutlich darauf hingewiesen, dass ich nach bewusster und langwieriger Beratung der Frage einer zusätzlichen Oberstufe im Wet-

teraukreis ausdrücklich positive Signale für die Oberstufe ausgesandt habe. Von diesen positiven Signalen ist auch nichts zurückgenommen worden. Dieses positive Signal hat bis in die Sommerferien hinein angehalten.

Meine Damen und Herren, eine solche Situation – selbst sehr viel schwierigere Situationen – haben die Menschen in der Region oftmals selbst als Herausforderung begriffen, ein deutliches Ja zu einer Schule zu sagen und ein klares Ja zu einer neuen Schule zu sagen. Dies ist in diesem Fall nicht eingetreten. Das kann man bedauern, und das ist auch im Sinne aller bedauerlich, die daran gearbeitet haben und die dafür geworben haben.

Ich will ausdrücklich sagen, Herr Kollege Rentsch – da will ich das schärfen, was ich im Ausschuss gesagt habe –: Es verdient mit Sicherheit keinen Schönheitspreis, weil dann, wenn eine Schule neu errichtet ist, die Schule und das Schulamt normalerweise bei der Anmeldung besser koordiniert zusammenarbeiten können, als dies hier der Fall gewesen ist. Es hat eine massive Werbung in der Region und über die Region hinaus gegeben, und es hat sehr viele Anmeldungen gegeben. Aber im Letzten muss nicht nur die Frage gestellt werden, wo die Eltern ihre Kinder endgültig anmelden, sondern es muss auch die Frage gestellt werden, ob die Jugendlichen, die zur Klasse 11 angemeldet werden, für die gymnasiale Oberstufe auch tatsächlich geeignet sind. Hier hat sich eindeutig erwiesen, dass von den 86 im Frühjahr angemeldeten Schülerinnen und Schülern 11 für die gymnasiale Oberstufe überhaupt nicht geeignet waren, sondern sich ihre Prognose auf den Hauptschulabschluss ausgerichtet hat. Dass ich mit solchen Schülerinnen und Schülern keine Jahrgangsstufe eröffnen kann, sollte jedem einsichtig sein.

Deswegen gilt dann in der Tat die Zahl, die im Schulgesetz als eine der Bedingungen vorgeschrieben ist, um eine Oberstufe zu errichten, nämlich die Quantität von 80 Schülerinnen und Schülern. Das ist dann in der Sukzession der Ereignisse – eben auch mit dem Zweifel an der Eignung vieler Schülerinnen und Schüler – erst zu Schuljahresbeginn festgestellt worden.

Die Rechtsstellung keiner Schülerin und keines Schülers wurde geschädigt. Alle haben den Unterricht an ihrer alten Schule genießen können. Sie haben Lehrerinnen und Lehrer bekommen, die dafür vorher schon vorgesehen waren, und werden jetzt nach ihren Wünschen bedient, nachdem auch der zweite Jahrgang – Kollege Kartmann hat es beschrieben – keine Schülerzahl ergeben hat, die ein Weitermachen ermöglicht hätte.

Ich möchte noch auf etwas anderes zu sprechen kommen. Er hat mit seinem Hinweis Recht: Die Reaktionen in der Region haben zu der Entwicklung der Zahl der Schüler beigetragen. Es gibt jetzt nur noch 50 Anmeldungen für die Jahrgangsstufe 5 des Gymnasialzweigs dieser Schule. Auch daraus ergibt sich weiß Gott nicht die Prognose, dass für die Jahrgangsstufe 11 80 Anmeldungen erreicht werden könnten.

Eines möchte ich noch sagen. Die §§ 144, 144a, 145 und 146 verlangen nicht nur, dass eine bestimmte Quantität erreicht wird. Vielmehr wird vom Schulträger verlangt, eine Prognose abzuliefern, ob nicht nur für einen Jahrgang, sondern auf Dauer an einer Schule in einer bestimmten Region der entsprechende Bedarf besteht. Er muss darüber Rechnung legen, ob für ein Angebot ein öffentliches Bedürfnis besteht. Das muss mit einer Prognose begründet werden.

Für diese gymnasiale Oberstufe wurde massiv und mit aller Kraft über die Region hinaus geworben. Trotzdem wurde die notwendige Zahl der Anmeldungen nicht erreicht. Außerdem muss man die gymnasialen Angebote in der Umgebung berücksichtigen. Deswegen muss leider schlicht und ergreifend das Resümee gezogen werden, dass eine Genehmigung auf der Grundlage dieser vier Paragraphen nicht erfolgen kann. Das Bestehen des öffentlichen Bedürfnisses kann nicht bejaht werden.

Das geht dann halt nicht. Die Eltern haben mit ihren Petitionen die Eröffnung einer Oberstufe begehrt, die nach den Bestimmungen des Hessischen Schulgesetzes nicht eröffnet werden kann.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Ministerin, ich darf mir einen freundlichen Hinweis erlauben: Die für die Fraktionen vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

#### **Karin Wolff, Kultusministerin:**

Ich wollte gerade zu meinen Schlusssätzen kommen. – Alle, die im Petitionsausschuss darüber beraten haben, wissen im Prinzip über den Sachverhalt Bescheid. Das ist eine reine Prestigefrage, warum das jetzt herausgegriffen wurde. Ich glaube, es ist eindeutig, dass nicht anders verfahren werden konnte. Deswegen wäre es die richtige Entscheidung, wenn man diese Petitionen der Landesregierung mit der Bitte überweisen würde, die Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Ministerin, vielen Dank. – Herr Kollege Frömmrich hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Herr Frömmrich, Sie haben fünf Minuten Redezeit.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde schon, dass man diese Debatte dazu nutzen sollte, sich über das Grundrecht, Petitionen zu stellen, Gedanken zu machen.

Herr Kollege Kartmann hat vorhin hier etwas gesagt. Herr Kollege Kartmann, mit Verlaub, ich habe relativ intensiv an diesen Petitionen gearbeitet. Ich habe relativ viele Leute gefragt und mit Leuten gesprochen. Ich habe mit den Petenten gesprochen. Ich war vor Ort. Ich habe mit der Schulleitung gesprochen. Ich habe mit Bediensteten des Staatlichen Schulamts gesprochen. Ich habe mit Vertretern des Landkreises gesprochen, der dort als Schulträger zuständig ist. Ich habe mit Bediensteten des Kultusministeriums gesprochen. Ich möchte von Ihnen bewiesen haben, dass es jemanden gibt, der sich bei Petitionen mehr engagiert, als ich das getan habe. Von daher ziehe ich mir den Schuh nicht an, den Sie mir herübergereicht haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Petitionsausschuss auch sehr intensiv und ohne Streit – ich glaube, das ist wichtig – über diese Fragen geredet. Ich hätte mir vorstellen können, dass man sich dort hätte einigen können, wenn sich die Kultusmi-

nisterin bewegt hätte. Die Kultusministerin hatte im Petitionsausschuss schon etwas dazu gesagt. Ich hatte die Petitionen vorgestellt und gesagt, dass das wohl suboptimal gelaufen sei. Dem hat Frau Kollegin Wolff zugestimmt und ebenfalls gesagt, der ganze Vorgang sei eher suboptimal abgelaufen. Sie können die Kolleginnen und Kollegen, die an der Sitzung des Petitionsausschusses teilgenommen haben, darauf ansprechen.

Herr Kollege Kartmann, im Kern stellt sich doch die Frage, ob diese Petitionen in der Form entschieden werden können, dass man die Landesregierung bittet, den Petenten die Sach- und Rechtslage mitzuteilen. Ich meine, das kann man nicht machen. Es handelt sich um insgesamt 43 Petitionen. Das Petikum der Menschen, die sich an uns gewandt haben, lautet: Zum damaligen Zeitpunkt hätte die Einrichtung der gymnasialen Oberstufe genehmigt werden müssen.

(Norbert Kartmann (CDU): Nein!)

Frau Kollegin Wolff, ich möchte Ihnen jetzt noch einmal eine Passage aus Ihrem Schreiben vom 27. April 2006 vorlesen. Sie waren doch selbst der Überzeugung, dass die Errichtung der Oberstufe an dieser Schule genehmigt werden kann. Es lagen 86 überprüfte Anmeldungen vor. Am 27. April 2006 schrieb die Kultusministerin:

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass das Hessische Kultusministerium beabsichtigt, der Errichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Limeschule zuzustimmen, da die nach dem Hessischen Schulgesetz notwendigen Voraussetzungen nun gegeben sind und über 80 Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern vorliegen.

Frau Kultusministerin, das haben Sie geschrieben. Auf das, was Sie dem Schullehrerbeirat geschrieben haben, sollte er sich eigentlich verlassen können. Sie haben aber den Erlass nicht unterschrieben. Das war ein Fehler auf Ihrer Seite. Zwischen dem Zeitpunkt, zu dem Sie Ihr Schreiben verfasst haben, und dem Beginn des Schulbetriebs – der Schulbetrieb wurde dann doch noch 14 Tage aufgenommen – haben sich viele Eltern gesagt: Jetzt ist das immer noch eine Hängepartie, da ist immer noch nichts geregelt. – Deswegen haben sie ihre Kinder an einer anderen Schule angemeldet, bevor der Unterricht begann. Denn noch einen Schulwechsel wollten sie ihren Kindern nicht zumuten. Das ist die Realität.

Dann haben Sie sich aber hierhin gestellt und beantragt, diese Petitionen sollten der Landesregierung mit der Bitte überwiesen werden, die Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Das Petikum der Menschen, die sich an uns richten, ist aber richtig. Denn zu dem entsprechenden Zeitpunkt haben die 80 notwendigen Anmeldungen vorgelegen. Das haben Sie doch selbst geschrieben. Frau Kultusministerin, dieser Brief trägt Ihre Unterschrift. Die Menschen müssten sich eigentlich auf Ihre Zusage verlassen können. Deswegen können Sie bei diesen Petitionen nicht entscheiden, die Landesregierung möge den Petenten die Sach- und Rechtslage mitteilen. Vielmehr müssen diese Petitionen der Landesregierung zur Berücksichtigung überwiesen werden. Die Eltern haben das entsprechend vorgetragen.

Ich bin wirklich folgender Meinung. Herr Kollege Kartmann, wir streiten über viele politische Themen. Das ist oft auch notwendig. Aber hier geht es um eine andere Frage. Hier haben sich Eltern mit einem wirklich nachvollziehbaren Anliegen an den Hessischen Landtag gewandt und gesagt: Wir fühlen uns bei dieser Angelegen-

heit von einer Landesdienststelle nicht ordentlich behandelt. – Das mag das Kultusministerium oder das Staatliche Schulamt sein.

Sie haben sich dann hierhin gestellt und gesagt, man solle den Menschen, die auf uns vertrauen und das Petitionsverfahren ernst nehmen, zurückschreiben: April, April, die Landesregierung wird ihnen die Sach- und Rechtslage mitteilen. – Zu dem Zeitpunkt, zu dem sie die Petition eingereicht haben, konnten sie noch darauf vertrauen, dass die Oberstufe eingerichtet würde. Denn die Kultusministerin hatte in ihrem Schreiben zugesagt, die Einrichtung der Oberstufe zu genehmigen. Deswegen können Sie jetzt nicht entscheiden, die Landesregierung möge den Petenten die Sach- und Rechtslage mitteilen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Frömmrich, vielen Dank. – Auch Frau Waschke hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Sie spricht für die SPD-Fraktion. Frau Waschke, Sie haben fünf Minuten Redezeit.

#### **Sabine Waschke (SPD):**

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte das, was die Frau Kultusministerin gerade von diesem Pult aus gesagt hat, so nicht stehen lassen. Frau Kultusministerin, glauben nicht auch Sie, dass das Vertrauen der Eltern in die Verlässlichkeit der Ankündigungen des Kultusministeriums nachhaltig geschädigt worden ist?

Sie kündigten bereits im April letzten Jahres an – der Herr Kollege hat gerade aus dem Schreiben zitiert –: Wir schaffen an der Limeschule eine gymnasiale Oberstufe.

Sie haben das für dieses Jahr wieder angekündigt. Sie haben gesagt, Sie würden der Schule eine zweite Chance geben. Mich wundert nicht, dass die Eltern kein Vertrauen mehr in solche Zusagen haben. Deswegen hat es in diesem Jahr auch nur wieder 50 Anmeldungen gegeben.

Ich glaube, das Kultusministerium hat durch sein Verhalten die Chance, dass es an der Limeschule überhaupt einmal eine gymnasiale Oberstufe geben wird, stark geschädigt. Ich sehe nicht, wie da das Vertrauen wieder aufgebaut werden soll. Ich kann die Eltern gut verstehen. Wenn es keine klaren Zusagen gibt, dann schaue ich, dass ich für mein Kind einen Platz an einer anderen Schule finde.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Waschke, vielen Dank. – Nun hat sich Herr Kartmann auch noch einmal zu Wort gemeldet. Auch er hat fünf Minuten Redezeit. Herr Kartmann, bitte schön.

#### **Norbert Kartmann (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe sehr selten die Möglichkeit, von diesem Pult aus zu reden. Lasst mich das deswegen bitte jetzt noch einmal tun.

(Michael Boddenberg (CDU): Lass dir ruhig Zeit!)

Herr Frömmrich, ich möchte das klarstellen: Ich weiß sehr genau, wie engagiert Sie Petitionen bearbeiten. Es war nicht meine Absicht, dass da ein anderer Eindruck entstehen könnte. Das war auch nicht der Hintergrund dessen, was ich gesagt habe. Ich weiß, wie sehr Sie sich in die Bearbeitung der Petitionen hineinknien.

Ich will aber drei Dinge zu der Frage sagen, wie man mit Petitionen umgeht.

Erster Punkt. Ich habe gesagt: Man kommt von einem Thema von außen heran, oder man ist schon mittendrin. Nehmen Sie es mir bitte ab, ich war in der Thematik schon mittendrin, ohne dass ich das unbedingt wollte. Denn die Schule liegt in meinem Wahlkreis.

Ich kann deshalb die Dinge sehr genau beurteilen. Ich versuche das jetzt einmal von außen zu beurteilen. Da gibt es Entwicklungen und psychisch bedingte Situationen, die man in einem bestimmten Zusammenhang sehen muss.

Ich kenne das Engagement des Schulleiters. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten einige Euros in Gesprächen mit ihm vertelefoniert. Dabei ging es immer wieder um diese Fragestellung. Das wollte ich einmal sagen.

Zweiter Punkt. Herr Frömmrich, ich glaube, wir sollten wirklich einmal über die Frage reden, wie man mit Petitionen umgeht, aber aufgrund eines ganz anderen Anlasses. Dabei geht es um die Frage: Gilt die Regelung, dass Abgeordnete vor den Wahlen keine Schulen besuchen, nicht für Abgeordnete, die eine Petition bearbeiten?

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie gilt natürlich nicht!)

Ich möchte Ihnen dazu etwas ganz offen sagen. Ich hatte dazu schon etwas gehört. Für mich ist diese Frage schon relevant. Es gab da auch noch zwei oder drei andere Fälle. Auch die kenne ich. Herr Frömmrich, denn da besteht schon die Gefahr – das ist auch passiert –, dass ein Petitionsverfahren, das außerhalb der politischen Debatten geführt werden sollte, für wahlpolitische Zwecke gebraucht wurde. Ich sage nicht, dass es missbraucht wurde. Aber es ist dafür gebraucht worden. Das war der Fall.

(Michael Boddenberg (CDU): Das war kein Einzelfall!)

Ich habe das gesehen. Ich habe nichts dagegen unternommen. Ich habe es in der Öffentlichkeit auch nicht kommentiert. Das ist eine Fragestellung, um die es dabei auch geht.

(Zuruf)

– Lassen Sie mich das doch einfach nur sagen. Ich darf doch auch einmal sagen, was ich dabei empfunden habe. Es gab ein ähnliches Verfahren bei einer anderen Schule im Wetteraukreis. Da wurde ich gefragt. Da habe ich gesagt: Natürlich können Sie auch an diese Schule gehen. Wenn Herr Kollege Frömmrich an die eine Schule gehen kann, dann können Sie auch an die Schule in Karben gehen.

Selbstverständlich ist das so. Trotzdem bleibt die Frage unbeantwortet. Es bleibt die Frage unbeantwortet, ob es im Sinne der Erfinder des Petitionswesens ist, dass wir Abgeordnete vor Wahlen keine Schulbesuche machen dürfen, dass aber auf der anderen Seite Petitionen, ob man das will oder nicht, mit Wahlkampfauseinandersetzungen unterlegt werden.

Die Frau Ministerin hatte noch einmal die Genehmigung in Aussicht gestellt. Sie hatte keine Verpflichtung, das zu

tun. Sie hätte im März 2006 schon sagen können: Das klappt bei euch nie, die Anmeldezahlen reichen vorne und hinten nicht. – Sie hat das nicht gemacht. Sie hat der Schule Chancen über Chancen geboten. Die Schule hat das konstatiert und auch lobend erwähnt.

Herr Frömmrich, ich meine Folgendes: Das, was Sie sagen, ist falsch. Sie behaupten, die Eltern hätten sich von der Schule abgewandt, weil die Frau Ministerin die Genehmigung angeblich zu einer Hängepartie gemacht habe.

Ich sage: Es ist genau umgekehrt. Die Anmeldungen zu der Zeit, als die Chance groß war, dass die Einrichtung der Oberstufe genehmigt wurde, sind nur erfolgt, weil die Ministerin daraus keine Hängepartie gemacht und gesagt hat: Leute, ihr habt die Chance, dass diese Oberstufe eingerichtet wird. – Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sonst wäre doch schon im März 2006 Schicht gewesen. Das ist also ganz klar.

Der dritte Punkt ist der – drehen wir den Spieß einmal um –: Wenn es um eine Oberstufe gegangen wäre, die Sie nicht gewollt hätten, Herr Kollege Frömmrich, die Frau Ministerin im Juli genehmigt hätte und am Anfang des Schuljahres 72 Schüler da gewesen wären, hätten wir die umgekehrte Debatte gehabt nach dem Motto: Wie können Sie eine Oberstufe genehmigen, ohne zu schauen, wie viele Schüler am ersten Schultag da sind? – Gerade wie ihr wollt, like Shakespeare.

Deswegen sage ich Ihnen: Wenn man den ganzen Wahlkampfschaum wegnimmt, ist das völlig korrekt, was wir machen. Eines will ich noch sagen, weil hier der Landrat des Wetteraukreises zitiert wurde: Weder die Debatte um diese Schule noch der Keltenfürst hat Sie davor bewahrt, eine Schlappe bei der Wahl hinzunehmen. Das war auch ein schöner Tag. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kartmann. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache.

Es ist vorgeschlagen, die herausgenommenen Petitionen 3599/16 ff. – ich hoffe, dass ich sie jetzt nicht alle noch einmal vorlesen muss – der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Ich schlage vor, diesen Vorschlag und das ursprüngliche Votum des Petitionsausschusses, nämlich die Petitionen der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, die Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten, gegeneinander abzustimmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst das eine, dann das andere! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist der weiter gehende Vorschlag!)

Wer dem Antrag zustimmt, die Petitionen der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen? – Das ist die CDU-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die ursprüngliche Beschlussempfehlung abstimmen, nämlich über die Sach- und Rechtslage

zu unterrichten. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind wieder die Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP.

Dann komme ich noch zur Abstimmung über die restlichen Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen. Wer denen die Zustimmung geben möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.14 Uhr)